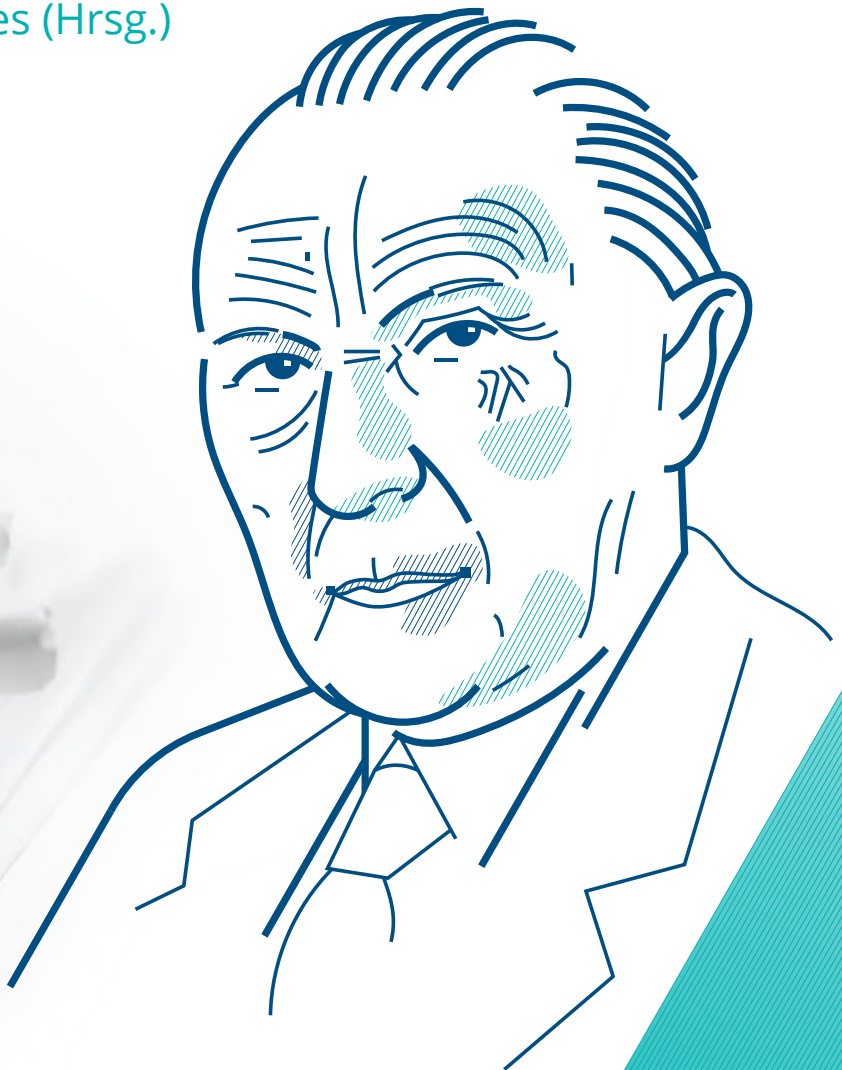


Rezepte für die Redaktion

Deutscher Lokaljournalistenpreis 2018

Ergänzungsband 14

Heike Groll, Robert Domes (Hrsg.)



Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Berlin

Herausgeber und Redaktion: Heike Groll, Robert Domes

Das Werk ist in all seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. oder der Rechteinhaber des jeweiligen Beitrags unzulässig. Dies gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich, für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

Umschlagfoto: © bernie_photo/iStock by Getty Images

Gestaltung: yellow too Pasiak Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei Kern GmbH, Bexbach, klimaneutral produziert und auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-617-5

Rezepte für die Redaktion

Ergänzungsband 14

Ausgezeichnet

Deutscher Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung
Dokumentation der preisgekrönten und fast preisgekrönten
Einsendungen des Jahres 2018

Herausgeber: Heike Groll, Robert Domes

Vorwort

Qualitätsjournalismus bringt die Bürger ins Gespräch

Traditionelle Medien sind auch in Zeiten der Digitalisierung unverzichtbar – insbesondere die Lokalzeitung. Sie ist meist die einzige unabhängige Instanz, die den Leserinnen und Lesern Hintergründe und Argumente liefert und ihre Urteilsfähigkeit stärkt. Im Alltag, aber vor allem auch immer dann, wenn es in Städten oder Regionen zu Krisen oder Konflikten kommt, können lokale Medien dem gesellschaftlichen Auseinanderdriften entgegenwirken. In den „sozialen Medien“ finden selten Dialoge statt, sondern vielfach nur Erklärungen oder Behauptungen, oft verbunden mit Halbwahrheiten oder Falschinformationen.

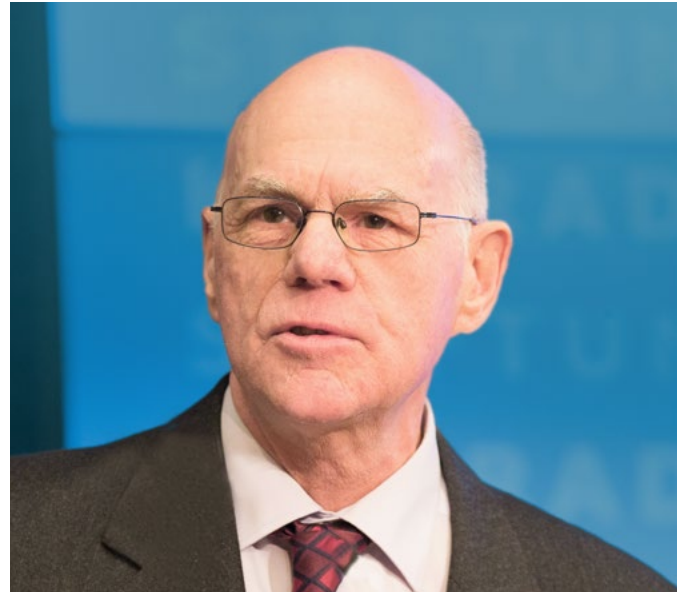
Eine Studie der Universität Trier, die 2018 mehr als 100 Lokalteile ausgewertet hat, zeigt: Um den Lokaljournalismus ist es nicht allzu schlecht bestellt. Die Redaktionen sind insgesamt unabhängiger und vielfältiger in den Themen geworden, sie sind neutral und glaubwürdig in der Berichterstattung und achten die Persönlichkeitsrechte der Bürger.

Kritik gibt es aber auch: Über das lokale Geschehen werde häufig eher unkritisch und oberflächlich berichtet, die Leserinnen und Leser könnten sich zu wenig beteiligen. Die Empfehlung der Wissenschaftler lautet daher: Eine Lokalzeitung, die unentbehrlich sein will, muss mehr Hintergründe liefern, die Menschen mehr einbinden und sich mehr kritische Berichterstattung erlauben.

Nach diesen Maßstäben sind die rund 400 Einsendungen für unseren Lokaljournalistenpreis vorbildlich. Das gilt natürlich ganz besonders für die vier Preisträger, aber ebenso für die acht Kandidaten, die es auf die Auswahlliste geschafft haben, sowie für die 42 beinahe ausgezeichneten Serien, Reportagen und Aktionen. Sie alle belegen, dass die Redaktionen anspruchsvollen Themen in ernsthafter Weise nachgehen.

Prof. Dr. Norbert Lammert

Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Präsident des Deutschen Bundestages a. D.



Beispielhaft ist die Leistung der Freien Presse, die mit dem ersten Preis ausgezeichnet wird. In einer aufgeheizten Atmosphäre nach den Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018 lädt sie die Menschen zum Dialog ein. Mit dem Gesprächsformat „Chemnitz diskutiert“ sowie einem großen Leserforum mit der Bundeskanzlerin ermöglicht die Redaktion einen kontroversen, gleichwohl respektvollen Austausch. Sie verschafft dadurch auch der schweigenden Mitte Gehör.

Alle Journalistinnen und Journalisten, deren Arbeiten hier vorgestellt werden, sind sowohl aufmerksame und kritische Chronisten als auch Zuhörer und Moderatoren, Meinungsbildner und Wertevermittler. Sie alle verdienen Respekt, denn ihre Leistungen sind für eine freie Gesellschaft unerlässlich und machen politische Teilhabe erst möglich.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Norbert Lammert'. The signature is fluid and cursive.

Prof. Dr. Norbert Lammert

Einleitung der Herausgeber

Qualitätsjournalismus im Dialog mit den Lesern

Lokaljournalismus war schon immer ein Seismograph für gesellschaftliche Entwicklungen. Die knapp 400 Einsendungen des Preisjahrgangs 2018 zeigen dies eindrücklich. Sie greifen Strömungen auf, nehmen sie manchmal vorweg. Viele Redaktionen beschäftigen sich mit Umwelt- und Klimathemen, mit Pflege und Gesundheit oder mit der Frage, wie wir künftig leben wollen. Sie gehen den explodierenden Miet- und Immobilienpreisen ebenso nach wie der Frage nach der Integration von Flüchtlingen.

Gute Lokalredaktionen finden diese Themen nicht erst, wenn sie in der politischen Debatte und in den Talkshows angekommen sind. Sie wissen, was die Menschen bewegt. Nicht nur, weil sie dort leben und arbeiten, wo ihr Publikum zu Hause ist, sondern weil sie genau hinschauen und zuhören.

Die Geschichten werden dadurch besser, gründlicher, präziser, die Arbeit der Redaktion wird transparenter. Die Menschen belohnen diese Offenheit, sie schenken der Lokalzeitung ein hohes Vertrauen und setzen sich zugleich kritisch mit ihr auseinander.

Diese Resonanz ist ein hohes Gut. Sie erdet die Redaktion und hilft ihr, Irrtümer zu entdecken und zu korrigieren. Das heißt nicht, dass schwere Fehler und Missverhalten im Lokalen nicht passieren können. Natürlich kennen wir auch im Lokaljournalismus Fälle, in denen Mitarbeiter geschummelt haben. Doch ein Fall Relotius ist in diesem Ausmaß äußerst unwahrscheinlich. Fälschungen werden – in der Regel sehr schnell – entlarvt. Die Leser bilden ein aufmerksames Korrektorat: Sie schreiben, rufen an oder stehen auch mal vor dem Schreibtisch und erklären, was ihnen nicht gefallen hat oder was schlicht falsch war.

Der Austausch mit Leserinnen und Lesern ist nicht nur als Korrektiv sinnvoll. Die Einbindung beginnt idealerweise bereits bei der Entstehung der Geschichten, und sie endet nicht, wenn eine Story fertig ist. Oft beginnt dann erst der Dialog.

Dies zeigen die ersten Preisträger von der Freien Presse in Chemnitz äußerst eindrucksvoll. Als die Stadt nach den gewalttätigen Unruhen im Sommer 2018 in einen Schockzustand fällt, berichtet die Lokalzeitung nicht nur besonnen, sondern übernimmt auch gesellschaftliche Verantwortung. Sie regt die Menschen dazu an, miteinander wieder ins Gespräch zu kommen. Dabei hören die Journalistinnen und Journalisten zu und moderieren. Diese Leistung der Chemnitzer Redaktion zeigt in herausragender Weise, was Lokaljournalismus unverzichtbar macht.

Auch die zweiten Preisträger von der Pforzheimer Zeitung haben die Menschen von Anfang an in ihre Arbeit eingebunden. Für ihr cross-mediales Projekt „50 Jahre Tornado“ haben sie die Leser aufgerufen, Erinnerungen an den verheerenden Wirbelsturm von 1968 zu schildern. Die Zeitzeugenberichte und Fundstücke präsentiert die Redaktion mit großer multimedialer Kompetenz zu einem beeindruckenden Gesamtpaket.

Mit dem dritten Preis zeichnet die Jury die Rhein-Main-Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung für die investigative Recherche zu Pannen bei der Landtagswahl in Hessen aus. Ausgehend von einigen Ausreißern bei den Wahlergebnissen recherchieren die Redakteure hartnäckig und decken gravierende Fehler bei der Auszählung der Stimmen auf.

Groß war in diesem Jahr die Konkurrenz um den Volontärspreis. Die Jury hatte fast 50 Bewerbungen vorliegen, die alle zeigen, wie gut der Journalisten-nachwuchs sein Metier beherrscht. Der Sonderpreis für Volontäre geht an Katia Henriette Backhaus von der Kreiszeitung Syke für das Projekt „Klimawandel in der Region“. In ihrem Multimedia-Dossier gibt die Volontärin ein sachlich fundiertes und überzeugend umgesetztes Gesamtbild von den lokalen Auswirkungen eines globalen Problems.

Neben den vier preisgekrönten Geschichten stellen wir in diesem Band acht Einsendungen vor, die in der engeren Auswahlliste gelandet sind. Die Auswahlliste ersetzt die früheren Sonderpreise. Es sind investigative Recherchen, einfühlsame Hintergrundgeschichten und beeindruckende Teamprojekte, die es nur knapp nicht aufs Siegertreppchen geschafft haben.

Zusätzlich präsentieren wir 42 eindrucksvolle Serien und Projekte, Reportagen, Aktionen und Konzepte. Alle diese Arbeiten sind herausragend und verdienen Nachahmer.

Dieses Jahr gibt es im Rezeptband zwei neue Kapitel. Das eine ist der Tatsache geschuldet, dass es 2018 viele Jahrestage gab. Das Kapitel „Zeitgeschehen“ gibt Beispiele, wie kreativ und lesernah viele Redaktionen die historischen Themen aufarbeiten.

Die zweite Neuerung heißt „Labor“. Hier dokumentieren wir Experimente und Innovationen, die in den Lokalzeitungen ausprobiert werden. Es sind neue Kanäle, ungewöhnliche Formate oder originelle Zugänge zu den Lesern. Gute Beispiele von Redaktionen, die ausgetretene Pfade verlassen. Sie zeigen, dass die gute alte Lokalzeitung innovativ und fit für die Zukunft ist.

Die Gewinner des Jahres 2018

Freie Presse

1. Preis

Freie Presse Chemnitz

Die Zeitung bringt die Bürger zusammen

Nach einer Messerattacke kommt es in Chemnitz zu gewaltsamen Ausschreitungen. In diesem Ausnahmezustand übernimmt die Redaktion Verantwortung. Sie organisiert den Dialog und bringt die Bürger ins Gespräch.

Pforzheimer Zeitung Der Tag wird gut

2. Preis

Pforzheimer Zeitung

Naturkatastrophe multimedial aufbereitet

Im Juli 1968 fegte ein verheerender Tornado durch Pforzheim und die Region. Die Redakteure sprechen mit Zeitzeugen und Experten und arbeiten das Drama in bewegenden Bildern, Texten, Tönen und Videos auf.

Frankfurter Allgemeine
**RHEIN-MAIN
ZEITUNG**

3. Preis

Rhein-Main-Redaktion der Frankfurter
Allgemeinen Zeitung

Pannen bei der Landtagswahl in Hessen

Nach der Landtagswahl in Hessen im Oktober 2018 entdecken die Redakteure gravierende Unstimmigkeiten. Sie recherchieren akribisch und hartnäckig und finden heraus: Die Stimmenauszählung war ein Chaos.

MK Mediengruppe
Kreiszeitung

Sonderpreis für Volontärsprojekte

Kreiszeitung Syke

Klimawandel vor der eigenen Haustür

Die Volontärin beschreibt in ihrem Multimedia-Dossier den Klimawandel in der eigenen Region. Sie schafft ein fundiertes und überzeugend umgesetztes Gesamtbild über die lokalen Auswirkungen eines globalen Problems.

Die Auswahlliste des Jahres 2018



Der neue Tag/Amberger Zeitung **Tote am Eisernen Vorhang**

Während des Kalten Kriegs starben hunderte Zivilisten an der tschechisch-deutschen Grenze. Die Redakteurin erzählt von tragischen Schicksalen aus ihrer Region, detailliert recherchiert und spannend dargestellt.

The logo for 'Hamburger Abendblatt' consists of the text 'Hamburger Abendblatt' in a white, serif font, centered within a dark green rectangular box.

Hamburger Abendblatt **Der Kampf um ein fünfjähriges Kind**

Der Redakteur schreibt über ein fünfjähriges Kind, das vom Jugendamt ins Heim gebracht wird. Er spricht mit allen Beteiligten. Ihm gelingt es, den dramatischen Fall differenziert und einfühlsam zu schildern.



Neue Osnabrücker Zeitung **Immobilienboom und Wohnungsnot**

In Osnabrück und der Region ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Der Redakteur beschreibt in einer Serie die Lage und die Auswirkungen. Er deckt die Preispolitik des größten Vermieters auf und macht sich zum Anwalt der Leser.

The logo for 'SÜDKURIER' consists of the text 'SÜDKURIER' in a large, black, serif font.

Südkurier **Fasnachtsikone als Nazigröße enttarnt**

Willi Hermann war eine Fasnachtsikone am Bodensee. Zwei Redakteure decken zusammen mit dem Stadtarchivar auf: Der Mann war ein Kriegsverbrecher. Unbeirrt von Widerständen bringt die Redaktion die Wahrheit ans Licht.

The logo for WAZ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung) is displayed in a bold, red, sans-serif font.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung **Lokaljournalismus der Zukunft**

Zwei Jahre lang wird die Bochumer WAZ-Redaktion zum Labor. Mit enger Leseranbindung testet sie neue Kanäle, Erzähl- und Darstellungsformen. Das Ziel: Lösungen für den Lokaljournalismus der Zukunft entwickeln.

The logo for Märkische Allgemeine Zeitung features the text 'Märkische Allgemeine' in a black serif font, with a small red crest icon between the words.

Märkische Allgemeine Zeitung **Jugend in Brandenburg**

Die Volontäre begleiten sieben Jugendliche jahrelang auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben. Sie dokumentieren Träume, Pläne und Alltag der jungen Menschen in einem Webspecial. Es zeigt, was demografischer Wandel bedeutet.

The logo for Südwest Presse is shown in a bold, black, serif font.

Südwest Presse **Frischer Zugang zum Thema Heimat**

Mit pfiffigen Fragen und Erzählformaten nähern sich Volontäre und Azubis gemeinsam dem Thema Heimat. Sie erzählen multimediale Heimat-Geschichten, organisieren ein Bühnenprogramm und entwickeln dazu die Finanzierung.

The logo for VRM Mainz features the letters 'VRM' in a colorful, multi-colored font, with the tagline 'Wir bewegen.' in a smaller black font below it.

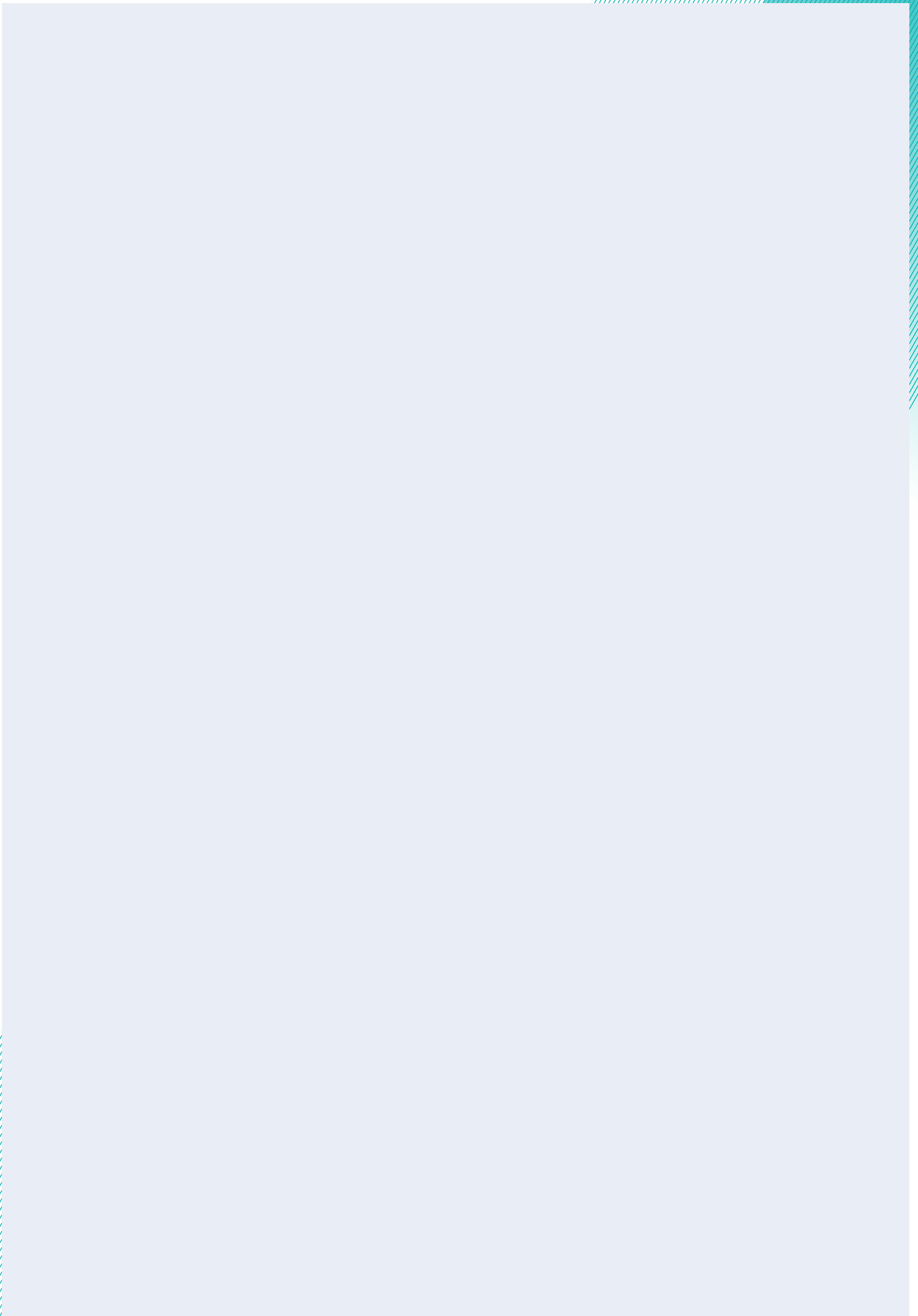
VRM Mainz **Täter und Opfer gegenübergestellt**

Vor 37 Jahren verletzte ein Verbrecher einen Polizisten schwer. Der Täter wurde zum Medienliebling, das Opfer nahezu vergessen. Der Volontär spricht mit beiden und stellt ihre Perspektiven eindrucksvoll gegenüber.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Prof. Dr. Norbert Lammert	2	Politik lokal	48
Einleitung von Heike Groll und Robert Domes	4	Personalräte beziehen utopisch hohes Gehalt Aachener Zeitung / Aachener Nachrichten	50
Die Gewinner des Jahres 2018	6	Bürger machen klar, was die Stadt anpacken muss Kölner Stadt-Anzeiger	52
Die Auswahlliste des Jahres 2018	8	Die Leser bestimmen die Wahlberichterstattung Potsdamer Neueste Nachrichten	54
Preisträger 2018	12	Machtkartell in Wiesbadens Stadtpolitik Wiesbadener Kurier / Wiesbadener Tagblatt	56
Toleranter und offener Dialog als Antwort auf Hass und Gewalt Freie Presse	14	Wie Flüchtlinge einen kleinen Ort verändert haben Bürgerportal Bergisch Gladbach	58
Videos, Bilder und Töne machen die Naturkatastrophe spürbar Pforzheimer Zeitung	18	Flüchtlingspolitik: Mit Fakten gegen Vorurteile Hellweger Anzeiger und Westfälische Rundschau	60
Investigative Recherche deckt Chaos am Wahlabend auf Frankfurter Allgemeine / Rhein-Main-Zeitung	22	Wie steht es um die Integration der Flüchtlinge? Die Norddeutsche	62
Den Klimawandel in der Region multimedial aufbereitet Kreiszeitung Syke	26	Zeitgeschehen	64
Auswahlliste 2018	30	Ende des Prager Frühlings aus sächsischer Sicht Freie Presse	66
Tragödien am Grenzzaun minutiös aufgearbeitet Der neue Tag mit Amberger Zeitung	32	Reise für den Frieden: Schüler besuchen Verdun Funke-Zentralredaktion	68
Im Fall des Kindes David gibt es nur Verlierer Hamburger Abendblatt	34	Lebendige Erzählung einer vergessenen Revolution Hamburger Morgenpost	70
Misstände beim größten Vermieter der Stadt Neue Osnabrücker Zeitung	36	Lüneburgs Umgang mit der braunen Vergangenheit Landeszeitung für die Lüneburger Heide	72
Nazivergangenheit einer Faschnachtsikone enthüllt Südkurier	38	Katastrophale Zustände in DDR-Gefängnissen Sächsische Zeitung	74
Laborredaktion für Lokaljournalismus der Zukunft Westdeutsche Allgemeine Zeitung	40	Labor	76
Langzeitprojekt über Jugendliche in Brandenburg Märkische Allgemeine	42	Redaktion schenkt den Lesern eine Wundertüte Landeszeitung für die Lüneburger Heide	78
Facetten der Heimat auf allen Kanälen Südwest Presse	44	Die fränkische Sichtweise gibt es zum Anhören Nürnberger Nachrichten	80
Täter und Opfer sprechen über ein altes Verbrechen VRM Mainz	46	Podcast verändert die Arbeitsweise der Redaktion Rheinische Post	82
		Was für Leser in der Zukunft wesentlich ist Westfalenpost	84
		Die Redaktion sendet live zur Bürgermeisterwahl Zeitungsverlag Waiblingen	86

Wirtschaft lokal	88	Panorama lokal	128
Vermieter als Abzocker und machtlose Behörden Hinz&Kunzt gGmbH 90		Web-TV-Sendungen direkt von der Festwiese Mittelbayerische Zeitung 130	
Aufgedeckt: Kiesexport in Nachbarländer Schwäbische Zeitung 92		Blick in die Glaskugel: Wie sieht München 2040 aus? Münchner Merkur / tz 132	
Besuch in einem Sehnsuchtsort für Wohlhabende Süddeutsche Zeitung 94		Erfolgsgeschichten vom Glück und Gelingen Nordsee-Zeitung 134	
Zementfabrik: Drücken Behörden ein Auge zu? Zollern-Alb-Kurier 96		Betroffene geben Denkanstöße für mehr Respekt Pforzheimer Zeitung 136	
Kultur lokal	98	Service lokal	138
Der tägliche Terror im Staatstheater Cottbus Lausitzer Rundschau und Märkische Oderzeitung 100		Gemeinsame Aktion lässt Stadt und Kreis aufblühen Cellesche Zeitung 140	
Volontäre spüren dem Frankenfeeling nach Mediengruppe Oberfranken / frankenfeeling.de 102		Redaktion zeigt: Radler werden oft bedrängt Der Tagesspiegel 142	
Aus Weihnachtsliedern werden Geschichten Mindener Tageblatt 104		Geschichten und Daten beleuchten den Ärztemangel Heilbronner Stimme 144	
Sport lokal	106	Eine App erweckt die Gesundheitsserie zum Leben Mitteldeutsche Zeitung 146	
Zur Fußball WM treten Leser im Tipp-Kick-Duell an Augsburger Landbote 108		Ein Leben (fast) ohne Plastik ist möglich Südkurier 148	
Ein Sportverein zeigt, wie Integration funktioniert Nürtinger Zeitung / Wendlinger Zeitung 110		Stichwortverzeichnis	150
Bolzplatzgeschichten sind ein Stück Zeitgeschichte Rhein-Zeitung 112			
Jahrelange Misswirtschaft im Landessportverband Saarbrücker Zeitung 114			
Gesellschaft lokal	116		
Strafprozess engagiert und transparent begleitet Badische Zeitung 118			
Säuglingssterben: Was steckt hinter den Zahlen? Berliner Morgenpost 120			
Gemeinsame Aktion fördert den guten Bürgersinn Der Tagesspiegel 122			
Eskalation bei Abschiebung eines Syrers HNA / Witzenhäuser Allgemeine 124			
Artenschutz wird zu einem Eiertanz der Behörden Stuttgarter Nachrichten 126		Projekte von Volontären sind im Inhaltsverzeichnis farblich gekennzeichnet.	



Preisträger

Mutig, beharrlich, dialogbereit

Gute Lokalredaktionen bewegen die Menschen, verbinden sie und binden sie ein. Sie leisten investigative Recherche und genaue Analyse, sind dabei mutig und beharrlich. Sie stellen Menschen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit und ihrer Geschichten. Und sie beleuchten die Zustände und Entwicklungen in unserer Gesellschaft, zeigen Hintergründe auf, nehmen eine Wächterfunktion ein. Das alles machen die Preisträger 2018 vorbildlich.

Toleranter und offener Dialog als Antwort auf Hass und Gewalt

Im August 2018 gehen erschreckende Bilder aus Chemnitz um die Welt: Hooligans mit Hitlergruß, Gewalt auf den Straßen, Polizei mit Wasserwerfern. Die Bürger sind geschockt. In dieser Situation organisiert die Freie Presse den Dialog. Sie lädt die Bürger ein, um zu diskutieren: Wie kann es jetzt weitergehen?

Am 26. August wird mitten in Chemnitz ein 35-jähriger Mann erstochen. Zwei Asylbewerber gelten als tatverdächtig. In der Folge kommt es zu Kundgebungen und gewalttätigen Ausschreitungen. Während sich Neonazis und Hooligans binnen Stunden mobilisieren, unterschätzt die Polizei zunächst die Situation und wird der eskalierenden Lage kaum Herr.

Die Stadt ist gelähmt. Ein Gespräch scheint in der aufgeheizten Atmosphäre nicht möglich. Doch viele Chemnitzer suchen genau das. Sie melden sich in der Redaktion, fragen, wie es weitergehen kann in ihrer Stadt.

Die Redaktion greift das auf. Sie will Angebote für einen offenen, kritischen und sachlichen Dialog schaffen. Dabei sind ihr drei Dinge wichtig: höchste Transparenz, ein für die Stadt repräsentativer Teilnehmerkreis und ein respektvoller Umgang in den Gesprächen. So entsteht „Chemnitz diskutiert“ – fünf Workshops mit insgesamt 30 Teilnehmern. Dazu werden Leserinnen und Leser eingeladen oder können sich anmelden. Thema ist die Sicherheit in der Stadt vor dem Hintergrund der Zuwanderung. In kleinen Runden wird darüber respektvoll debattiert, jeder kommt zu Wort.

Die Gespräche werden ausführlich im Lokalteil und im Mantel dokumentiert. Auf insgesamt acht Seiten und online können die Chemnitzer lesen, wie in den Workshops Menschen mit sehr unterschiedlichen Anschauungen ins Gespräch kommen. Die Runden dienen nicht nur dem Meinungsaustausch, sondern machen auch konkrete Vorschläge, wie die Situation in der Stadt verbessert werden kann.

Das zweite Format ist ein Leserforum mit Angela Merkel, das die Redaktion im November 2018 organisiert. Insgesamt 120 Leserinnen und Leser erhalten die Möglichkeit, mit der Regierungschefin zu diskutieren. Die meisten Plätze werden über ein Losverfahren vergeben. Schwerpunkt der Debatte ist die Migrationspolitik. Aber die Bürger sprechen auch andere Themen wie etwa Bildung, Vereinsarbeit, Ärztemangel oder Rente an. Die zweistündige Debatte, moderiert von Chefredakteur Torsten Kleditzsch, wird via Livestream übertragen und von einem Liveticker begleitet, am Folgetag wird auf fünf Seiten berichtet.

Aufgrund der guten Resonanz wird „Chemnitz diskutiert“ 2019 fortgeführt. Die Themen bestimmen vorher die Leserinnen und Leser.

Freie Presse

1. Preis

Begründung der Jury

Die Freie Presse übernimmt in einer extrem aufgeheizten Situation gesellschaftliche Verantwortung und entwickelt ein Angebot, das den offenen und respektvollen Austausch ermöglicht. Der Redaktion gelingt es, auch der verunsicherten, schweigenden Mitte Gehör zu verschaffen. Unter dem Leitgedanken „Der andere könnte recht haben“ diskutieren Akademiker und Arbeiter, Rentner und Unternehmer, Flüchtlingshelfer und Gegner der Migrationspolitik darüber, wie sich die tiefen Gräben in der Stadt überwinden lassen. Insbesondere in einer Zeit, da sich immer mehr Menschen von klassischen Medien abwenden, zeigt die Freie Presse in herausragender Weise, was Lokaljournalismus unverzichtbar macht.

Kontakt: Torsten Kleditzsch, Chefredakteur,
T +49 371 / 656 104-00,
torsten.kleditzsch@freiepresse.de

Medium: Freie Presse
Auflage: 200.000/1,1 Mio. Unique User pro Monat

Verbreitungsgebiet:
Regierungsbezirk Chemnitz
Anzahl Lokalteile: 19
Redaktionsgröße: 150 Redakteure

Tipp:

„Wer bei hochemotionalen Themen eine sachliche Darstellung und Sprache wählt, hält sich den Zugang zu breiten Leserschichten offen. Konkrete Themen, die vor Ort lösbar sind, tragen dazu bei, sich nicht im Großen und Ganzen zu verlieren.“

CHEMNITZER ZEITUNG

Der Fall Chemnitz – Was muss anders werden?



„Chemnitz diskutiert“ auf Initiative der „Freien Presse“ in der Villa Esche.

FOTO: UWE MANN

Chemnitz diskutiert Die Sicherheit in der Innenstadt ist Thema eines von der „Freien Presse“ veranstalteten Forums gewesen. Am Ende standen erste Ideen, wie manches Problem gelöst werden könnte.

VON MANDY FISCHER

CHEMNITZ – Respektlosigkeit und Aggressivität sind gestiegen; die Hemmschwelle, Menschen zu belästigen, ist gesunken. Und abends allein durch die Innenstadt zu gehen, das traut sich nicht mehr jede Frau – Schlagworte einer Bestandsaufnahme, die am Anfang von „Chemnitz diskutiert“ stand. Zu dem Dialog-Format hatte die „Freie Presse“ Leser eingeladen, um nach den Ereignissen von Ende August wieder miteinander ins Gespräch zu kommen.

Und Vorschläge kamen eine ganze Menge: So sollten ausreichend Parkplätze für Frauen im Zentrum geschaffen werden, die gut ausgeleuchtet und auch für in Teilzeit beschäftigte Verkäuferinnen bezahlbar sind. Momentan würden Frauen, die in der Innenstadt arbeiten, nach Ladenschluss häufig nicht mehr ohne Begleitung nach Hause beziehungsweise zum Auto gehen, berichtete ein Diskussionsteilnehmer aus eigener Erfahrung. Zu groß sei das Unsicherheitsgefühl. Hinzu kommt, dass in den kommenden Jahren mehrere Hundert Stellflächen im Chemnitzer Zentrum wegfallen, weil die Standorte bebaut werden sollen. In mehreren Parkhäusern sind bereits die Gebühren gestiegen.

Ein weiterer Vorschlag lautete, dunkle Ecken in Parks und Seitenstraßen besser auszuleuchten. Im Stadthallenpark, einem Treffpunkt Kleinkrimineller, waren bereits im vergangenen Jahr hellere Lampen installiert worden. Alle Diskussionsrunden werteten eine Personalau-

stockung bei Polizei und Ordnungsamt als unausweichlich, was von Stadt und Freistaat zum Teil schon angekündigt wurde. „Integration durch Arbeit“ lautete eine weitere Idee. Warum sollte Chemnitz nicht ein Pilotprojekt starten, in dem Flüchtlinge beschäftigt werden, auch wenn sie laut Status noch keine reguläre Arbeit annehmen dürfen? „Vielleicht ähnlich wie einst die 1-Euro-Jobber. Ein gutes Mittel gegen Langeweile“, hieß es.

Vor nunmehr fast sechs Wochen war es nach dem Tötungsdelikt an einem 35-jährigen Mann zu Kundengebungen und Ausschreitungen mit teils rechtsextremistischer Beteiligung gekommen. Die Stadt schien nach den Vorfällen gelähmt, eine sachliche Debatte zunächst nicht möglich. Ziel des Formats „Chemnitz diskutiert“ ist es, „über die sehr gegensätzlichen Lager hinweg zu diskutieren, die Positionen und Argumente der Gegenseite genauer kennenzulernen und gemeinsam Lösungsansätze zu entwickeln“, sagte „Freie Presse“-Chefredakteur Tors-

ten Kleditzsch vor Beginn des Dialogforums.

Zum einen beteiligten sich Leser, die in den vergangenen Wochen mit Kritik und Anregungen auf die Redaktion zugekommen waren. Zum anderen konnten sich weitere Interessenten anmelden, die mitreden wollten. Da es mehr Anmeldungen gab, als Plätze vorhanden waren, wurde ausgelost. Zudem gehörten Personen der Runde an, die mit dem Thema Sicherheit im Chemnitzer Zentrum konfrontiert sind – vom Restaurantleiter bis zum Chef einer Sicherheitsfirma. In kleinen Runden debattierten insgesamt 25 Leser im Alter zwischen 31 und 89 Jahren – unterstützt von fünf Moderatoren – sehr intensiv über Sorgen, die die Chemnitzer Bürger derzeit umtreiben. Nach mehr als vier Stunden standen aber auch Vorschläge, was gegen das gestiegene Unsicherheitsgefühl getan werden könnte.

WIE DIE DEBATTEN in den Workshops verließen, lesen Sie ausführlich auf **Seite 3** und im **Lokalteil**, einen Leitartikel auf **Seite 4**.

Auf ein Wort!

Chemnitz diskutiert:

Friede, Freude – Pustekuchen. Beim ersten Gesprächsabend kommen die Teilnehmer nicht immer auf einen Nenner, aber dafür auf den Punkt. Und das kann helfen.

VON RONNY SCHILDER (TEXT)
UND UWE MANN (FOTOS)

CHEMNITZ – „Es ist eben so“, sagt Katrin Muschert, die in einem Chemnitz Brennpunkt ein Eiscafé betreibt: „Wir haben 35 bis 40 Leute, da sind 15 Nationen drunter. Meine ausländischen Mitarbeiter muss ich inzwischen beschützen, weil die offen angefeindet werden. Und was sich meine Mitarbeiter bei diesen Pro-Chemnitz-Demos anhören müssen, das ist unterste Schublade... Die erste Kündigung liegt auf dem Tisch, manche wollen wegziehen, weil sie sich in Chemnitz nicht mehr sicher fühlen. Das ist die eine Seite. – Und dann gibt es meine deutschen Mädels, die ich abends um zehn auch nicht mehr alleine nach Hause gehen lassen kann. Der Stadtpark, der Wall.“

„Die Angst hat also zwei Dimensionen?“ fragt Gunnar Bertram. „Ja, das wird alles in einen Topf geschmissen und umgerührt. Ausländische Kollegen, die arbeiten und Steuern zahlen, und die Probleme, das sind zum Teil auch Ausländer, und es sind genug Deutsche dabei. Und das macht alles kaputt.“

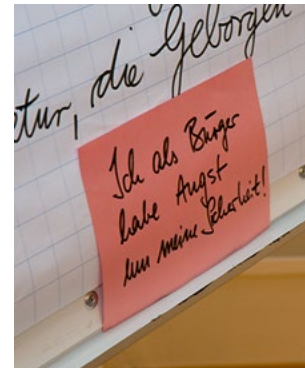
Katrin Muschert hat die volle Aufmerksamkeit der Runde, die in einer früheren Bedienstetenkammer der „Villa Esche“ miteinander spricht. Zwei weitere Gesprächsrunden tagen unterm Dach, eine vierte im ersten Geschoss, eine fünfte im Saal „Stadtblick“. Veranstalter: die „Freie Presse“, Dauer: vier Stunden, Thema: städtische Sicherheit. Prominente Vertreter der Chemnitzer Zivilgesellschaft moderieren. Gunnar Bertram zum Beispiel ist der Vorstandschef der hiesigen Volksbank.

Muscherts Eiscafé „Cortina“ ist in Chemnitz eine bekannte Adresse: Innenstadtlage, Straße der Nationen, der Rote Turm in Sichtweite, gegenüber der Stadthallenpark. Der Park hat eine tatsächliche und mediale Karriere als Kriminalitätsschwerpunkt hinter sich. Zeitweise galt ein Alkoholverbot, das war für die Anlieger eine ruhigere Zeit. Heute drücken sich dort wieder die „Bankangestellte“ herum, wie Frau Muschert sie nennt, und es werden Drogen aus großen Taschen verkauft, wie sie beobachtet. Mehrmals täglich gebe es Polizeieinsätze. „Die Polizei macht einen Spitzenjob!“

Man müsse mehr durchgreifen, meint Ulrich Feiertag, ein Chemnitzer Ingenieur und freier Dozent, der von sich sagt, dass er „nach allen Seiten lese“, auch nach weit rechts und weit links. Leserschriften verfasse, vieles für „übertrieben“ halte und doch bestürzt sei von dem, was passiert. Sein Grundton ist ironisch – „Ich bin ja schon sechzig, ich muss abends nicht mehr raus!“ Mit hinter-sinnigen Fragen treibt er die Diskussion voran. „Mehr Gesetzlichkeit, mehr Konsequenz, das richtet sich doch nicht gegen Flüchtlinge per se. Nutzt so etwas nicht alle, die sich positiv verhalten?“

Man soll sich in Chemnitz wieder wohlfühlen können, sagt Katrin Muschert, es soll wieder Spaß machen in der Stadt – und zwar jedem. Auch ihrem Restaurantleiter Fredj Chamakhi, der seit zwanzig Jahren hier lebt und in diesem Moment an einem anderen Tisch erzählt, wie er, seine Familie und seine drei Kinder permanent beleidigt werden, als Sozialschmarotzer beschimpft, am häufigsten übrigens von Rentnern. „Leider. Und ich sage das mit wirklichem Respekt vor dem Alter!“

Ein verlässliches Sicherheitsgefühl, glaubt die Betreiberin des Eiscafés, würde viele Probleme in Chemnitz lösen. Das findet breite



Zustimmung, aber mit dem Sicherheitsgefühl ist das so eine Sache. „Es wäre ein abendfüllendes Programm, nach Altersgruppen aufgliedert zu erläutern, wo die Ängste herkommen“, sagt Uwe Reißmann, der frühere Chemnitzer Polizeichef, ein Mann wie ein Schrank von stoischer Ausstrahlung, der als Experte allen Workshops zur Verfügung steht. In einer aktuellen Veröffentlichung zur inneren Sicherheit in Sachsen legt der Leipziger Soziologieprofessor Kurt Mühlner dar, dass so ein Sicherheitsempfinden nie das tatsäch-

liche Kriminalitätsniveau widerspiegelt – eine Tatsache, die durch die Chemnitzer Erfahrungen bestätigt wird. Es gibt auch keinerlei Maß, wie hoch das Kriminalitätsniveau sein müsste, um einem wünschenswerten Sicherheitsempfinden zu entsprechen, schreibt Mühlner. Vermehrte Anstrengungen in der Kriminalitätsbekämpfung führen nicht automatisch zur Verbesserung. Schon gar nicht lasse sich dieses Empfinden nur durch Worte und Appelle beeinflussen. Uwe Reißmann erklärt, dass der Stellen-

abbau der vergangenen Jahre bei der Polizei in Chemnitz mit der relativ niedrigen Kriminalitätsbelastung zusammenhing: „Da gingen im Bereich der Polizeidirektion 300 bis 400 Stellen weg, weil nur sehr einseitig auf die Straftaten geschaut wurde. Die beste Prävention ist aber die Präsenz uniformierter Kräfte in der Stadt, die zu Fuß unterwegs und für den Bürger ansprechbar sind!“

Bei „Chemnitz diskutiert“ erläutert Reißmann mehrfach, dass aus politischer Sicht „eine niedrige dreistellige Anzahl von Intensivta-

tern“ für das verantwortlich sei, was den Frieden in der Stadt belastete. Wenn, wie angekündigt, der Stadtordnungsdienst und die Polizeipräsenz vor Ort bis nächstes Jahr aufgestockt werden, erwarte er Besserung. Auch die Videoüberwachung, ursprünglich in Bussen und Bahnen eingeführt, dann auf kritische Orte ausgedehnt, wirke positiv. „Das verhindert keine Straftaten, aber man kann sie leichter verfolgen. Und das hat vorbeugende Wirkung.“ Nachholbedarf sieht Reißmann bei der Justiz. Die Schwellen der Strafver-

folgung seien in vielen Fällen zu hoch, den Tätern passiere nichts. „Das deutsche Recht ist alt und gut, aber es ist vom heutigen Deliktgeschehen bisweilen überfordert.“

Es gibt Kräfte in der Stadt, die ungehindert davon profitieren, Ängste zu schüren und Gerüchte zu verbreiten. Das ist offensichtlich. Konstruktive Leute suchen nach verbindenden Interessen, egal, wo jemand politisch steht. Für Frieden und Sicherheit seien die meisten, daraus lasse sich anknüpfen, glaubt Ralf Sippel, Geschäftsführer der Zebra-Werbeagentur und Moderator bei „Chemnitz diskutiert“. Jeder sei gefordert, die Stadt ein Stück besser zu machen. „Respektvolles Verhalten, Aufrechterhalten des Dialogs, keinen Alltagsrassismus dulden, elementare Höflichkeit – das können wir tun. ‚Arsch hoch!‘ in der Straßenbahn, Platz anbieten, die alte Dame sitzt zuerst, wie wir das in der DDR gelernt haben. Da kommen wir doch her!“ Schmunzeln im Raum.

Die Wahrnehmungen können freilich auseinanderklaffen. Was der eine gar nicht bemerke, das sei der anderen „autsch“, sagt Sippel. Der Rentner Eckhard Lorenz kann lange über Dinge reden, die er in der Stadt gehört, im Café und in der türkischen Moschee beobachtet oder im Internet gelesen hat. Er äußert viele Bedenken. Übergriffige Ausländer, aggressive Reporter – im Disput mit dem Ministerpräsidenten Kretschmer rief er: „Die Presse lügt!“ Die „Freie Presse“ hat ihn trotzdem eingeladen, und er ist gekommen. Die Chemnitzer Ballettchefin Sabrina Sadowska, die aus der Schweiz stammt, hält ihm im Pausengespräch entgegen, dass sie eine gewisse Lust bei vielen Chemnitzern beobachtet, das Haar in der Suppe zu suchen, alles schlechtzureden. „Ich wünschte mir, es gäbe mehr Studenten in der Stadt, junge und weltoffene Leute! 40.000 Studenten, das wären für 240.000 Einwohner doch nicht zu viel!“ – „Aber keine Chinesen!“ sagt Eckhard Lorenz sofort. „Die bauen uns dann alles nach und nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“

Eckhard Lorenz beklagt, dass er viele Leute kenne, die sich abgehängt fühlen, politisch heimatlos. Ulrich Feiertag meint: „Wer mit der Praxis der Migration, wie sie sich in den vergangenen Jahren gezeigt hat, nicht einverstanden ist, wer diese Politik ablehnt und vielleicht ein Punktesystem will wie in Australien oder Kanada, der kann doch gar niemanden anders wählen als die AfD. Wo sollen die denn sonst ihr Kreuz machen?“

Viele Diskussteilnehmer fragen sich besorgt, wo die „politische Mitte“ bleibt, warum sich öffentlich vor allem die Ränder artikulierten. Und Wolfgang Reiter, 89 Jahre alt, ehemals Polizist und Gewerkschafter, sagt unter Tränen der Rührung: „Ich habe Angst vor einem neuen Faschismus, denn ich habe den alten noch erlebt. Und ich habe große Angst um die Ausländer in unserer Stadt. Sie kommen hierher, benehmen sich anständig, studieren, und sie pflegen uns – und werden dafür auch noch angepöbel!“

Am Ende des Abends stehen eine Menge konkreter Vorschläge im Raum, wie Chemnitz sicherer und friedlicher werden kann. Und viele Teilnehmer bewerten das Gespräch als positive Erfahrung. Man konnte neue Sichtweisen kennenlernen und, wie es der Autor Jens Soentgen in einem Buch mit dem schönen Titel „Selbstdenken“ empfiehlt, sich womöglich nicht nur eine, sondern zwei Meinungen bilden. Denn die Wahrheit, schreibt Soentgen, werde von niemandem ganz erreicht, aber auch von keinem ganz verfehlt.

Eine gewisse Orientierungslosigkeit, was ist links, was ist rechts, was ist richtig, wie sie die Gesprächsteilnehmerin Ingrid Popp in ihrem Lebensumfeld wahrnimmt, habe auch ihr Positives, findet sie: „Wir sind auf der Suche. Das ist gut, und es geht nur im Gespräch.“

Erst einmal sei alles aufgebrochen. Aber in dem Wort „aufgebrochen“ steckt ja auch „Aufbruch“ drin.

Samstag, 17. November 2018

MERKEL IN CHEMNITZ

Freie Presse 3

Merkel im Herbst

Viele bewundern sie, nicht wenige hassen sie. Angela Merkel polarisiert. Im Gespräch mit 120 „Freie Presse“-Lesern schrumpft die Staatenlenkerin sich selbst auf Menschenmaß und präzisiert einige ihrer berühmtesten Sätze.

VON RONNY SCHILDER

CHEMNITZ – Was hätte sie denn sagen sollen, fragt sie ins Publikum, außer „Wir schaffen das“? Etwa das Gegenteil? „Was wäre ich für eine Regierungschefin, wenn ich sagen würde, eine Aufgabe, die sich nun einmal stellt, sei nicht zu schaffen?“

Es geht hier um Flüchtlinge, auch kurz ums Gesundheitswesen, dann wieder um Flüchtlinge, um die Medien und den Ruf von Chemnitz, dann wieder um Flüchtlinge und die Unzufriedenen im Land. Ein älterer Herr ruft den Migrationspakt von Marrakesch auf, und wenn jemand nur etwas um den heißen Brei herumdrückt, ermuntert ihn Angela Merkel freundlich selbst: „Nun sagen Sie doch, was Sie stört? Meist sind es – Flüchtlinge.“

Die Hartmannfabrik ist ein äußerlich ruinöser, im Inneren ansehlicher Industriebau aus jener Zeit, die „Rufchemnitz“ groß gemacht hat. Nach Ansicht des privaten Besitzers, der sie sanieren will, „strotzt“ die Halle vor Kraft. Das Gemäuer mit dem sägezahnartigen Dach und vielen Innensäulen gehörte einst zu Richard Hartmanns Lokomotivenfabrik. Was für ein Schauplatz für das Gespräch mit der Kanzlerin: Der Ort verströmt Fleiß und Unternehmenseifer, aber auch Untertreibung und Bescheidenheit. Typisch Chemnitz.

Angela Merkel trägt einen roten Blazer zur schwarzen Hose – das für sie typische Outfit – und zeigt ihre „Merkel-Raute“ in der Lokhalle nicht einziges Mal. Die berühmte „Demutsgebe, hinter der sie ihren ausgeprägten Machtinstinkt versteckt“ (Norbert Bolz) wäre hier fehl am Platz. Nach fast zwei Stunden Wartezeit – wegen der hohen Sicherheitsvorkehrungen – sind die Besucher, 120 Leser der „Freien Presse“, in Erwartung gespannt auf den Austausch, auf das offene Gespräch. 70 akkreditierte Journalisten aus aller Welt, von den Hauptstadtszeitungen bis zur „New York Times“, sind das Barometer für das riesige Interesse an der Stadt. Auch um die Medien wird es gehen in der Diskussion, denn das Interesse mancher, so haben es einige Teilnehmer aufgefasst, habe doch recht einseitig nur einem Zerrbild gegolten.

Der Chefredakteur der „Freien Presse“ erklärt zum Anfang, warum die Chemnitzer Zeitung aus der angestammten Beobachterrolle aussteigt und einen Bürgerdialog mit der Kanzlerin moderiert. „Wir möchten dazu beitragen, dass ausreichend viele Menschen im Gespräch bleiben.“ Als Parole des Abends gibt Torsten Kleidtsch aus Achtung, der andere könnte recht haben: Zwischen den Säulen, die der Lokhalle die Aura einer Kathedrale verleihen, ist ein Katedrale im Aufbau, ist ein Katedrale im Aufbau. Die Kanzlerin auf Augenhöhe.

Merkel sagt zu Beginn, gleich nach dem Tötungsdelikt in Chemnitz und den ersten Demonstrationen habe sie mit der Oberbürgermeisterin und dem sächsischen Ministerpräsidenten telefoniert. Die Stadtchefin Barbara Ludwig hatte sich wiederholt, auch gestern am Besuchstag, über die späte Visite der Kanzlerin beschwert. Merkel: „Ich weiß, ich habe ein Gesicht, das auf viele Menschen polarisierend wirkt. Die Stadt wollte ich besuchen, aber nicht in der ganz aufgewühlten Stimmung. Heute kann man zwar sagen, ich polarisiere wieder. Aber mir war wichtig, herzukommen.“



Angela Merkel mit „Freie Presse“-Lesern bei der Eröffnungsrunde des Diskussionsforums in der Chemnitzer Hartmannfabrik.

FOTOS (2): UWE MANN



Die halbe Welt schaut zu: Medienandrang beim Probetraining der Niners-Junioren vor den Augen Merkels.

FOTO: ANDREAS SEIDEL



Im entspannten Gespräch mit den Niners zeigt Merkel die typische „Raute“. Später beim Leserforum nicht.

FOTO: ANDREAS SEIDEL



Die Bundeskanzlerin im Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Michael Kretschmer und Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig.

Ihren Besuch hatte die Kanzlerin in der Sporthalle gegenüber begonnen, beim Basketballteam der Chemnitzer Niners. Danach sprach sie hinter verschlossenen Türen in einer Runde mit Unternehmern und Stadtteilvertretern, der Polizeipräsidentin, dem Theaterchef, Vertretern der Kirche und der Universität.

Als sich das Tor zur Lokhalle und zum Leserforum für sie öffnet, wird sie von vier Gesprächspartnern für die erste knappe Stunde erwartet: einer Ärztin, einem Vertriebschef, einem Unternehmer, einem Kundenberater. Als die vier, allesamt noch in Karl-Marx-Stadt geboren, Merkel vorgestellt werden, nimmt sie Blickkontakt zu jedem Einzelnen auf und wirkt hochkonzentriert. Das Quartett der Chemnitzer bricht das Eis und setzt die Lokhalle unter Dampf. „Was machen wir mit den Unzufriedenen in der Stadt?“, fragt Dirk Richter, ein IT-Spezialist. Angela Merkel holt aus, spricht von Chemnitzer Infrastruktur und der „Ostbanane Rostock-Dresden-Prag“, einer Fernbahnlinie, die aus Chemnitzer Sicht wie eine Ortsumgehung für Züge wirkt. „Es sind andere Themen, die die Leute beschäftigen“, kontert Dirk Richter. „Dann sagen Sie es mir“, fordert Merkel ihn auf. Und ist mittendrin.

Sie habe diesen Satz, „Wir schaffen das“, doch gar nicht anders sagen können, damals am 31. August 2015 in der Bundespressekonferenz, noch vor der Ankunft der Flüchtlinge aus Ungarn. Der wirkliche Fehler in der Flüchtlingskrise sei lange vor 2015 passiert. In einer anderen Epoche, aus heutiger Sicht. Und in einer Zeit, in der Merkel für die breite Öffentlichkeit eine ganz andere war.

Die Pfarrerstochter aus dem Templiner Waldhof stieg mit 35 in die Politik ein, war mit 36 schon Ministerin unter Bundeskanzler Helmut Kohl. Mit 44 wird sie Generalsekretärin der CDU, unterstützt von Wolfgang Schäuble, ein Jahr später Bundesvorsitzende ihrer Partei. Mit 48

drängt sie Friedrich Merz aus dem Amt des Oppositionsführers und wird Fraktionsvorsitzende im Bundestag. Mit 51 führt sie die CDU zum Wahlsieg und löst Gerhard Schröder an der Spitze der Regierung ab.

In einem Interviewbuch, das kurz vor ihrem Wahlsieg 2005 erschienen ist, wurde Angela Merkel gefragt, was sie antreibe. Sie habe früher ein Arbeitsamt leiten wollen, antwortete Merkel, um Dinge besser zu regeln. „Die eigene Idee mehrheitsfähig zu machen – das interessiert mich.“ Menschen sollten sich entfalten, ihre Möglichkeiten ausschöpfen, das sei wichtig für sie. Wie viele sich damit abfinden, nur hinterherzulaufen, habe sie überrascht.

Im ersten Jahrzehnt ihrer Kanzlerschaft, im Zeichen der Finanz- und Eurokrise, umweht Merkel der Ruf einer nüchternen Analytikerin, sachlich bis zur Herzenskälte. Bei den meisten Deutschen kommt das hervoragend an: Noch Anfang 2015 erreicht sie Popularitätswerte wie keiner ihrer Vorgänger nach so langer Kanzlerschaft. Die Flüchtlingskrise und ihre Reaktion darauf ändern alles. Ihr fliegen viele Herzen zu, aber nun auch Sorge – und Hass.

„Wo bleibt Ihre Antwort auf das Chaos in Deutschland? Was sagen Sie dazu? Die Menschen haben erwartet, dass ihre Kanzlerin sagt: Wir haben Fehler gemacht, wir müssen arbeiten an dem und an dem. Und Sie? Sie sagen nur, Sie wüssten nicht, was Sie falsch gemacht hätten!“

„Ich wüsste nicht, was ich hätte anders machen sollen?“ – so Merkel nach der jüngsten Wahl. Eine Frau im Publikum hat sichtlich ihren Mut zusammengenommen und den Satz, innerlich bebend, angesprochen. Eine Stunde des Gesprächs ist vergangen, das Podium geräumt, Merkel stellt sich jetzt Fragen des Saals. Gerade im Moment, als jene Frau vom „Chaos“ in Deutschland spricht, hat draußen vor der Halle, am anderen Ufer des Chemnitzflusses, die Anti-Merkel-Demonst-

„Wenn Dinge passieren, von denen ich verstehe, dass die Menschen das aufregt, müssen wir besser werden. Ich sage aber auch: Erregung rechtfertigt nicht, nun wiederum andere Straftaten zu begehen.“

Angela Merkel Bundeskanzlerin

ration von Pro Chemnitz begonnen, deren johlendes Echo jetzt zwischen den Säulen der alten Lokhalle hängt. Angela Merkel sagt, ihr Satz über „keine Fehler“ habe sich auf ihren Wahlkampf bezogen – und es sei ihr sehr schnell klar gewesen, dass er ein Fehler war. In der Flüchtlingskrise sei der entscheidende Fehler vor der Krise vom Budapest-Bahnhof passiert: Wir haben nicht gemeinsam mit der Uno-Flüchtlingshilfe darauf geachtet, dass Millionen Leute in den Lagern nahe ihrer Heimat ein ordentliches Auskommen hatten, sonst hätten sie sich gar nicht auf den Weg gemacht.“

Die Gesetze seien 2015 „nicht an allen Stellen ausreichend“ gewesen, um die Lage zu bewältigen, und sie seien es zum Teil auch heute nicht. „Ein Gesetzeswerk ist nie perfekt. Wenn etwas nicht funktioniert, muss nachgebessert werden.“ Seit damals habe sich einiges getan: der Pakt mit der Türkei, das Aufstocken der Polizei, ein besserer Informationsaustausch, Stärkung der Justiz. „Mich hat bedrückt, auch hier in der Stadt, wenn ein Gefühl der Sicherheit für viele Menschen verloren gegangen ist. Das geht Verantwortungsträger im Staat eminent an. Wenn Dinge passieren, von denen ich verstehe, dass die Menschen das aufregt, müssen wir besser werden. Ich sage aber auch: Erregung rechtfertigt nicht, nun wiederum andere Straftaten zu begehen.“

Und Chemnitz? Man könne die Ergebnisse des Sachsen-Monitors nicht wegdiskutieren, sagt Merkel – die aktuelle Umfrage, wonach sich in der Stadt besonders viele nur als Bürger zweiter Klasse fühlen, unter den Deutschen in der Bundesrepublik. Es möge mit mangelnder Anerkennung für die Lebensleistung Älterer oder dem Wegzug Jüngerer zu tun haben, aber sich den Schneid abkaufen zu lassen, das sei ganz falsch. „Lieben Sie Ihre Heimat, seien Sie leidenschaftliche Sachsen“, ruft die Nord-

deutsche ins Publikum. „Ich kann mich noch gut an die Züge erinnern, die damals in der Wendezeit aus Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern kamen mit Bannern, auf denen stand: Schlaf ruhig weiter!“

Der Chemnitzer Oberbürgermeisterin sagte Merkel bei ihrem Besuch gestern zu, die Stadt bei der Verwirklichung zivilgesellschaftlicher Projekte zu unterstützen. Barbara Ludwig schien am Abend vor der Halle leidlich versöhnt.

Angela Merkel zeigte sich gestern in dem vollen Bewusstsein, im Herbst ihrer Kanzlerschaft – und für einen Teil der Bevölkerung ein feuerrotes Tuch – zu sein. „Das war ja schon im letzten Wahlkampf zu spüren“, sagte sie zum Abschied. „Aber egal, ob Sie für mich oder gegen mich sind, das ist Demokratie. Es waren zwei wichtige Stunden.“

Im Dezember wird sie den Vorsitz der CDU abgeben, ihr Mandat als Kanzlerin will sie bis 2021 erfüllen. Was hat sie noch auf der Agenda, will ein „Freie Presse“-Leser wissen. „Mich hat bedrückt, auch hier in der Stadt, wenn ein Gefühl der Sicherheit für viele Menschen verloren gegangen ist. Das geht Verantwortungsträger im Staat eminent an. Wenn Dinge passieren, von denen ich verstehe, dass die Menschen das aufregt, müssen wir besser werden. Ich sage aber auch: Erregung rechtfertigt nicht, nun wiederum andere Straftaten zu begehen.“

Und Chemnitz? Man könne die Ergebnisse des Sachsen-Monitors nicht wegdiskutieren, sagt Merkel – die aktuelle Umfrage, wonach sich in der Stadt besonders viele nur als Bürger zweiter Klasse fühlen, unter den Deutschen in der Bundesrepublik. Es möge mit mangelnder Anerkennung für die Lebensleistung Älterer oder dem Wegzug Jüngerer zu tun haben, aber sich den Schneid abkaufen zu lassen, das sei ganz falsch. „Lieben Sie Ihre Heimat, seien Sie leidenschaftliche Sachsen“, ruft die Nord-

deutsche ins Publikum. „Ich kann mich noch gut an die Züge erinnern, die damals in der Wendezeit aus Sachsen nach Mecklenburg-Vorpommern kamen mit Bannern, auf denen stand: Schlaf ruhig weiter!“

Der Chemnitzer Oberbürgermeisterin sagte Merkel bei ihrem Besuch gestern zu, die Stadt bei der Verwirklichung zivilgesellschaftlicher Projekte zu unterstützen. Barbara Ludwig schien am Abend vor der Halle leidlich versöhnt.

Angela Merkel zeigte sich gestern in dem vollen Bewusstsein, im Herbst ihrer Kanzlerschaft – und für einen Teil der Bevölkerung ein feuerrotes Tuch – zu sein. „Das war ja schon im letzten Wahlkampf zu spüren“, sagte sie zum Abschied. „Aber egal, ob Sie für mich oder gegen mich sind, das ist Demokratie. Es waren zwei wichtige Stunden.“

Im Dezember wird sie den Vorsitz der CDU abgeben, ihr Mandat als Kanzlerin will sie bis 2021 erfüllen. Was hat sie noch auf der Agenda, will ein „Freie Presse“-Leser wissen. „Mich hat bedrückt, auch hier in der Stadt, wenn ein Gefühl der Sicherheit für viele Menschen verloren gegangen ist. Das geht Verantwortungsträger im Staat eminent an. Wenn Dinge passieren, von denen ich verstehe, dass die Menschen das aufregt, müssen wir besser werden. Ich sage aber auch: Erregung rechtfertigt nicht, nun wiederum andere Straftaten zu begehen.“

Und Chemnitz? Man könne die Ergebnisse des Sachsen-Monitors nicht wegdiskutieren, sagt Merkel – die aktuelle Umfrage, wonach sich in der Stadt besonders viele nur als Bürger zweiter Klasse fühlen, unter den Deutschen in der Bundesrepublik. Es möge mit mangelnder Anerkennung für die Lebensleistung Älterer oder dem Wegzug Jüngerer zu tun haben, aber sich den Schneid abkaufen zu lassen, das sei ganz falsch. „Lieben Sie Ihre Heimat, seien Sie leidenschaftliche Sachsen“, ruft die Nord-

Videos, Bilder und Töne machen die Naturkatastrophe spürbar

Vor 50 Jahren fegte ein Wirbelsturm über die Region Pforzheim und hinterließ eine Schneise der Verwüstung. In wenigen Minuten zerstörte er etwa 3.300 Häuser, verletzte über 300 Menschen und kostete zweien das Leben. Die Pforzheimer Zeitung arbeitet die Katastrophe in einer bewegenden Multimedia-Reportage auf.

Die Reportage beginnt mit einem unheimlichen Brausen. Es ist die Originalaufnahme des Wirbelsturms, sie geht unter die Haut. 50 Jahre nach der Naturkatastrophe beschreiben Isabel Ruf und Simon Walter die Ereignisse des 10. Juli 1968, als einer der stärksten jemals in Deutschland gemessenen Tornados durch Pforzheim und den Enzkreis tobte.

Sechs Monate vor dem Jahrestag veröffentlicht die Zeitung einen Aufruf, in dem Augenzeugen und historisches Material gesucht werden. Etwa 50 Leserinnen und Leser reagieren darauf. Vier von ihnen werden als Protagonisten für die Multimedia-Reportage ausgewählt. Ihre Erlebnisse, erzählt mit einer Mischung aus Ton, Video, Fotografie, Text und Karten, machen den Tornado förmlich spürbar. Ergänzt werden die Erinnerungen durch Fachwissen, etwa des Deutschen Wetterdiensts oder aus dem Pforzheimer Stadtarchiv. Erstellt wird die Reportage mit Pageflow.

In den Gesprächen mit den Zeitzeugen wird deutlich, dass sich alle bis heute an das Geräusch des Tornados erinnern. Nach wochenlanger Recherche stoßen die Redakteure mit Unterstützung des Stadtarchivs auf die Aufnahme, die ein Zeitzeuge von

der Naturkatastrophe gemacht hat. Sie bildet das Hintergrundgeräusch für die Geschichte.

Schreiben, Schnitt und Arrangement der Reportage erledigen Ruf und Walter zu zweit neben der regulären Arbeit in der fünfköpfigen Online-Redaktion. Der Schwerpunkt liegt auf den Videos. Sie werden durch Foto- und Textpassagen unterbrochen. Neben den Filmen mit den Augenzeugen nutzen die Redakteure historisches Material aus dem hauseigenen Archiv, von Lesern und aus kommunalen Archiven. Die Reportage hat bis zum Jahresende 93.350 Seitenaufrufe.

Weitere Zeitzeugenberichte werden in die begleitende Print-Serie eingearbeitet. Etwa die Erinnerung einer 88-jährigen, die ihre Familie und sich selbst damals gerade noch retten konnte. Zusätzlich bietet die Zeitung Hintergrundwissen zur Entstehung des Wirbelsturms oder zum Einsatz des Katastrophenschutzes. Daneben gibt es zusätzliche Online-Angebote wie Videos, Bildergalerien und Beiträge für Snapchat und Instagram.

Am Ende organisiert die Redaktion eine Podiumsdiskussion mit Augenzeugen, Experten und 200 Leserinnen und Lesern.

2. Preis

Begründung der Jury

Der verheerende Tornado von 1968 über Pforzheim ist auch 50 Jahre danach im Gedächtnis vieler älterer Menschen präsent. Die Redakteure Isabel Ruf und Simon Walter arbeiten das Ereignis mit einer Multimedia-Reportage und einer Serie in der Printzeitung auf, eine Podiumsdiskussion ergänzt das Projekt. Die Journalisten vereinen Zeitzeugenberichte und Expertenwissen und sie verbinden textliche, optische und audiovisuelle Mittel zu einem Gesamtpaket. Die sorgfältig recherchierten und klug präsentierten Inhalte geben einen umfassenden Überblick über das Drama und ziehen die Leser und User emotional in ihren Bann. Ein historisches Thema in modernstem lokaljournalistischem Gewand.

Kontakt: Isabel Ruf, Online-Redakteurin, T + 49 7231 / 933 173, isabel.ruf@pz-news.de

Medium: Pforzheimer Zeitung
Auflage: 32.000

Verbreitungsgebiet: Pforzheim, Enzkreis, Nordschwarzwald

Anzahl Lokalteile: 3

Redaktionsgröße: 40

Link: multimedia.pz-news.de/tornado-in-pforzheim-1968#153473

Tipp:

„Gut vorbereitet sein – aber auch bereit sein, bei den Interviewpartnern vor Ort alle Pläne über den Haufen zu schmeißen.“



Schwere Schäden richtete der Tornado in Ottenhausen unter anderem am Haus der Familien Maili (linkes Bild, hinten) und Nittel (rechts) an. Das Auto auf dem mittleren Bild hatte der Sturm 150 Meter weit an den Hang des unteren Fronbergs getragen.

FOTOS: MAHLE (2), WEIDNER (2), RUF (1)

FOLGE 1: AUGENZEUGIN ELSE MAILI

„Dass wir überlebt haben, war ein Wunder“

Else Maili war 38 Jahre alt, als sich ein Tornado seinen zerstörerischen Weg durch Pforzheim und den Enzkreis bahnte. Die heute 88-Jährige erlebte das Zentrum des verheerenden Sturms in ihrem Haus in Rudmersbach, das heute zum Straubenhardtter Ortsteil Ottenhausen gehört. Der PZ schilderte sie ihre Erinnerungen an jenen schwülen Sommerabend. Ein Abend, an dem sie ihre Kinder rettete, aber ihre Nachbarn verlor.

AUFGEZEICHNET VON
SIMON WALTER

Das Erste, das ich vom Tornado hörte, war ein Pochen im oberen Stockwerk unseres Hauses – dort, wo unsere drei Kinder schliefen. Da saß ich gerade in der Stube und stopfte Socken. Also bin ich aufgesprungen: erst in unser Schlafzimmer, das neben dem Kinderzimmer lag. Dort habe ich das Fenster überprüft – aber das war zu. Und in dem Moment packt mich der Wind, schmeißt mich durch die Zwischentür bis in das hintere Eck des anderen Zimmers, wo unsere Älteste geschlafen hatte. Und da habe ich schon gesehen, dass sie keine Matratze mehr hatte. Aber sie hatte das Glück, dass sie auf dem Bauch gelegen war und sich dadurch am Bett festhalten konnte. Sonst wäre sie samt der Matratze fort gewesen. Denn das Dach war da auch schon weg – wir hatten einen freien Blick in den Himmel.

Aber ich habe ja gewusst, dass ich noch zwei Kinder in der Stube habe. Also habe ich die Zweite gepackt und ins Eck runter geschoben. Ich musste da selbst aufpassen, dass mich der Wind nicht oben raus bläst. Dann hat noch eine gefehlt. Ihr Bettläken, das war mit Rosen verziert, habe ich am Fenster wehen gesehen – und da war auch sie. Ich bin zu ihr ge-

krabbeln und habe sie gerade noch an einem Arm erwischt.

Der Boden war da schon zentimeterhoch mit Dreck gefüllt: Mauerstein, Erde, Glasscherben, sogar ein Bienenstock lag drin. Unglaublich. Die Drei- und die Fünfjährige hatte ich dann auf dem Arm, die Elfjährige hing mir um den Hals. Meine Schuhe hatte ich noch an, aber meine Schürze und alles war zerrissen. Auch die Treppe war voller Schutt. Und während die drei an mir hingen, kam noch mal eine Böe – da hat es mich erneut mit voller Wucht an die Wand gedrückt. Die Wand entlang sind wir dann die Treppe runtergerutscht.

Lebensgefährlicher Sturm

Was aber war passiert? Ich habe in dem Moment gedacht, ein Blitz wäre eingeschlagen. Sonst habe ich mir nichts vorstellen können. Ich habe dann rausgeschaut – und da sah ich, dass der obere Stock im Haus nebenan fehlt. Der war ganz weg. Und mein Elternhaus, daneben: auch alles weg. Im Stall dahinter: alles eben.

Während ich meine Kinder nach unten brachte, habe ich nach meinem Mann gerufen. Ich konnte mir nicht erklären, warum er nicht kommt und mir hilft. Was ich da noch nicht wusste: Er war bewusstlos. Gemeinsam mit zwei Männern aus dem Dorf hatte er versucht, unseren ersten eigenen Rasenmäher zum Laufen zu kriegen. Das kläppte auch – aber



Mit bewegenden Worten blickt Else Maili auf den 10. Juli 1968 zurück.



Von der Rudmersbacher Kastanie – einem beliebten Treffpunkt – blieb nur der Stamm stehen.

„Ich habe in dem Moment gedacht, ein Blitz wäre eingeschlagen.“

Else Maili über den Moment, in dem der Tornado ihr Haus erwischte.

durch das Geräusch hatten sie nicht gehört, dass es zu rumpeln begann. Dieses Rumpeln, das war der Tornado, der auf uns zukam – und wie. Er kam mit einer solchen Kraft, dass es das Auto aus der Garage raus- und meinen Mann und die Männer in den Keller und die Garage reingeschmissen hat.

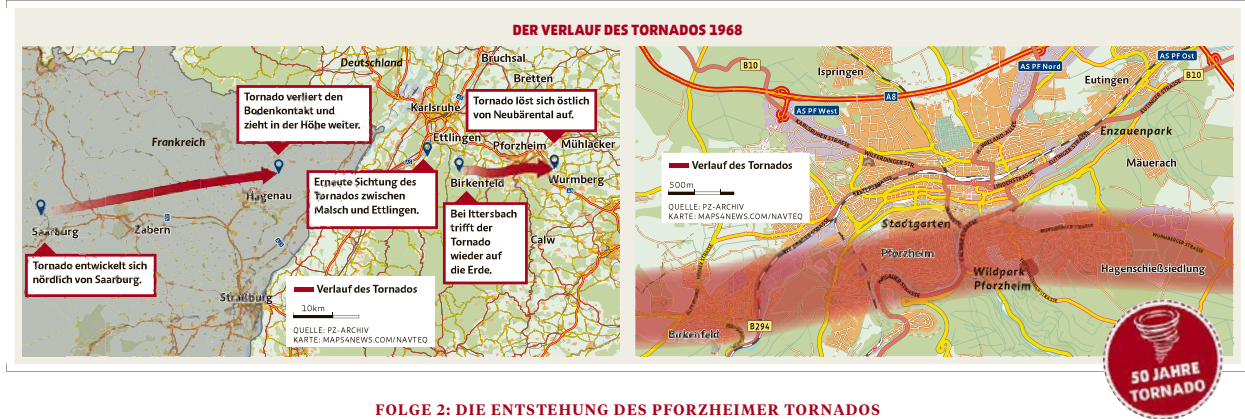
Völlig erschöpft habe ich dann die Kinder auf dem Sofa abgelegt. Und da kam mein Mann: Auf allen Vieren kroch er hoch. Er wusste nicht mehr, wie er in den Keller gekommen war: Es hatte ihn gehüpft, und auf einmal war er weg. Dass da alle in unserer Familie überlebt haben, war ein Wunder. Kurz darauf kam ein Bekannter, der bei der Feuerwehr war. Er erzählte, dass es gegenüber beim Ehepaar Nittel den oberen Stock abgeräumt hat. Sie (Frieda Nittel, Ann. d. Red.) muss etwas gehört haben und ist die Treppe runter – und da hat man sie später gefunden, mit Mauersteinen auf der Brust. Er (Emil Nittel, Ann. d. Red.) lag aber noch oben im Bett – ein Dachbalken hatte ihn am Kopf erwischt. Frieda Nittel war da noch bei Bewusstsein. Sie hat immer gesagt: „Hol meinen Mann. Wo ist Emil? Wo ist mein Emil?“ Da wusste ich schon, dass er tot ist. Ich habe es ihr aber nicht gesagt, ich dachte: Das muss sie jetzt nicht auch noch verdauen müssen. Daher habe ich nur gesagt: „Er kommt, er muss drüben nur noch etwas machen.“ Später starb auch sie im Klinikum Pforzheim. Das obere Dorf hat kurz nach dem Tornado noch gar nicht gewusst,

wie schlimm es bei uns unten war. Daher ist uns der Nachbarort – Weiler – zuerst zu Hilfe gekommen und hat Wege freigesägt. Einen Mann hat man dann über den Schutt hinweg ins Dorf hochgeschickt. Er sollte Hilfe holen. Den haben sie dann im Oberdorf ausgelacht. Sie dachten, er sei übergeschnappt, weil er mit dem verrissenen Schlafanzug rumgerannt ist. Die haben gar nicht geglaubt, wie schlimm es bei uns war. Es war furchtbar. Furchtbar.

Gegen 2 Uhr nachts habe ich dann meine Kinder zu meiner Schwester ins Oberdorf getragen. Bis auf ein paar kaputte Ziegel hatte sie keine Schäden, bei ihr konnten wir schlafen. Mein Mann schlief aber in unserem kaputten Haus in der Stube auf dem Sofa – weil er Angst vor Pfänderern hatte. Die sind morgens um 4 schon in den Ort gekommen und haben alles aufgelösen, was etwas wert war. Und wir hatten derweil keine Betten mehr, nichts mehr. Nur das Bett von meinem Mann stand noch – und darin lag ein behauer Stein. Wenn er im Bett gelegen wäre, wäre er auch tot gewesen. So hat sich das abgespielt. Wir hatten alle einen Schock. Wochenlang.

Mit Augenzeugen und Experten blickt die PZ am 4. Juli um 19 Uhr im PZ-Forum auf den Tornado zurück. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung aber erforderlich – denn die Zahl der Plätze ist begrenzt. Telefonische Anmeldungen unter (07 31 31) 93 31 25 oder per E-Mail an verlag@pzz-news.de

Am Abend des 10. Juli 1968 beschädigte ein Tornado vor allem in Pforzheim, Ottenhausen, Gräfenhausen und Neubärenthal 3300 Häuser, verletzte mehr als 300 Menschen und kostete Zweien das Leben. In der Serie „50 JAHRE TORNADO“ blickt die „Pforzheimer Zeitung“ ab heute bis zum Jahrestag auf den Sturm und seine Folgen zurück.



FOLGE 2: DIE ENTSTEHUNG DES PFORZHEIMER TORNADOS

Der lange Weg des tödlichen Wirbels

Viel hat der zerstörerische Tornado am 10. Juli 1968 den Menschen genommen. Was bis heute bleibt, sind Fragen. Meteorologe Uwe Schickedanz beantwortet die wichtigsten.

ISABEL RUF
PFORZHEIM

Es war Pforzheims schlimmste Nacht seit dem Zweiten Weltkrieg: Am späten Abend des 10. Juli 1968 fegte ein Tornado über die Stadt und die Region und hinterließ eine Schneise der Verwüstung. Noch immer haben diejenigen, die den Tornado miterlebt haben, Fragen über dieses gewaltige Naturschauspiel. Die PZ gibt mithilfe eines Experten Antworten.

■ **Was versteht man unter einem Tornado?**

Ein Tornado ist eine Luftsäule mit Bodenkontakt, die um eine senkrechte Achse rotiert. Der Tornado ist das speziellste und extremste Gewitterphänomen.

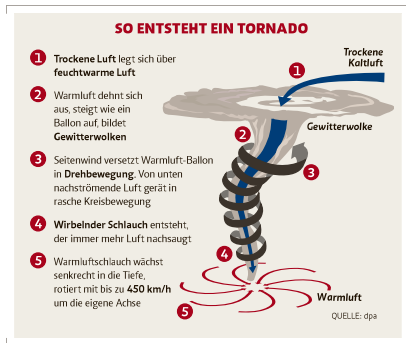
■ **Welche Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit ein Tornado entstehen kann?**

Obwohl Meteorologen seit Jahrzehnten Tornados erforschen, ist noch nicht eindeutig geklärt, wie sie entstehen. Zunächst ist eine Schauer- oder Gewitterwolke, die sich in der Atmosphäre hoch aufzieht, nötig. Laut Uwe Schickedanz vom Deutschen Wetterdienst (DWD) in Stuttgart müssen drei Voraussetzungen gegeben sein. Erstens: Thermische Labilität, das bedeutet extrem hohe Temperaturunterschiede zwischen höherer und bodennaher Atmosphäre. Augenzeugen des Pforzheimer Tornados berichten immer wieder von einer enormen Hitze und Schwüle an jenem Sommerabend. Die zweite Voraussetzung ist eine sogenannte horizontale Scherung. Darunter versteht man große Un-



Schwere Schäden richtete der Tornado in der Bleichstraße an.

FOTO: STADTARCHIV



terschiede in den Windrichtungen in den verschiedenen Höhen. Zudem muss die aufsteigende Luftmasse feucht sein.

■ **Wie bildet sich dann ein Tornado?**

Wegen der großen Temperaturunterschiede entstehen in der Wolke

starke Aufwinde auf engstem Raum. Ändern sich die Windrichtung und -geschwindigkeit mit zunehmender Höhe, beginnt die Luft zu rotieren. Auch unter der Wolke setzt sich dieser Prozess fort. Es entsteht ein Schlauch aus Staub und Wassertropfen (siehe Grafik). An seinem Rand werden

Windgeschwindigkeiten von bis zu mehreren hundert Stundenkilometern erreicht. Am 10. Juli 1968 waren all diese Bedingungen erfüllt.

■ **Welchen Weg bahnte sich der Pforzheimer Tornado?**

Gegen 20.15 Uhr entwickelte sich der Tornado im lothringischen Saartal. Zwölf Minuten später erreichte er die nördlichen Vogesen und überquerte sie in sechs Minuten. Um 20.45 Uhr wurde das gewaltige Naturschauspiel bei Pfaffenhofen gesehen. Auf einer Strecke von etwa 60 Kilometern richtete der Tornado erhebliche Forstschäden an. Noch in Frankreich löste er sich gegen 21 Uhr vorerst auf, eine halbe Stunde lang schien er verschwunden zu sein.

Erstmals in der Region bemerkte wurde der Tornado um 21.30 Uhr östlich des Rheins auf den Haupt Höhen im Schwarzwald zwischen Malsch-Sulzbach und Ettlingen-Oberweier, allerdings ohne Bodenkontakt. Wenige Minuten später hatte der Tornado Ittersbach erreicht. Von dort aus zog er nach Osten weiter über Ottenhausen, Gräfenhausen, Birkenfeld und Pforzheim. Gegen 21.50 Uhr löste sich der zerstörerische Wirbel östlich von Neubürental auf. Insgesamt hatte er 130 Kilometer zurückgelegt (siehe Karten).

■ **Warum entstand der Tornado gerade hier?**

„Das sind chaostheoretische Prozesse, die dem Zufall unterliegen“, erklärt Schickedanz vom DWD. Wann schwere Gewitter auftreten, können die Wetterexperten heute zwar recht gut vorhersagen. „Aber was wir nicht vorhersagen können und deswegen auch nicht

wissen, ist: Wird es Pforzheim treffen oder Leonberg oder Waldbronn? Das geht nicht“, sagt der Experte. „Es ist Zufall, ob der Tornado zwei Kilometer weiter westlich oder weiter östlich entlangzieht. Eine Rolle könnte spielen, dass der Nordschwarzwald ein ganz gutes Entstehungsgebiet für heftige Gewitterkomplexe ist. Die Betonung liegt dabei aber auf „könnte“.“



„Eine Besonderheit des Pforzheimer Tornados war die ungewöhnliche, ausgeprägte Heftigkeit.“
Uwe Schickedanz, Meteorologe

■ **Zwischen Hagenu und Ittersbach verlor der Tornado den Kontakt zum Boden. Worauf ist das zurückzuführen?**

Augenzeugen berichten, dass der Tornadoschlauch zwischen Elsass und Schwarzwald noch da war, er aber im Rheintal den Kontakt zum Erdboden verloren hatte. „Ein Abheben des Rüssels ist ganz typisch“, erklärt der DWD-Experte. Es gebe häufig Trichterwolken, sogenannte „funnel clouds“, die potenziell tornadoverdächtig seien, der Rüssel habe aber einen gewissen Abstand zum Boden. „Das hängt von der Topographie ab, von der Physik, die sich gerade ab-

spielt, von den Windverhältnissen und der Bahn des Rüssels“, so Schickedanz. Ob und wann der Rüssel abhebe, unterliege ebenso chaostheoretischen Prozessen.

■ **Was zeichnet den Pforzheimer Tornado aus?**

Der Tornado in Pforzheim erreichte auf der Fujita-Skala die zweithöchste Stufe 4. Hier bewegen sich die Windgeschwindigkeiten zwischen 325 und 400 Stundenkilometer. „Die Heftigkeit des Pforzheimer Tornados ist für mitteleuropäische Verhältnisse sehr, sehr selten“, betont Schickedanz. Hier herrschen in der Regel nicht so große Scherung und derart große Labilitäten wie über Nordamerika. „Aber es kann im Ausnahmefall schon so heftig werden.“

■ **Gab es seit 1968 vergleichbare Tornados in Deutschland?**

In Deutschland können jährlich 20 bis 60 Tornados nachgewiesen werden. Stärkere Tornados mit großer Zerstörungskraft sind in Deutschland allerdings selten. „Der Pforzheimer Tornado hat bezüglich der Stärke ein deutliches Alleinstellungsmerkmal aus dem Grund, dass er physikalisch am oberen Anschlag dessen war, was hier bei uns tatsächlich möglich ist“, sagt Schickedanz. Der letzte bisher in Deutschland bekannte Tornado der Stärke F4 auf der Fujita-Skala ereignete sich am 24. Mai 1979 im Süden Brandenburgs.

Mit Augenzeugen und Experten blickt die PZ am 4. Juli um 19 Uhr im PZ-Forum auf den Tornado zurück. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung aber erforderlich – denn die Zahl der Plätze ist begrenzt. Telefonische Anmeldungen unter (072 33) 93 31 25 oder per E-Mail an verlag@pzz-news.de

Am Abend des 10. Juli 1968 beschädigte ein Tornado vor allem in Pforzheim, Ottenhausen, Gräfenhausen und Neubürental 3300 Häuser, verletzte mehr als 300 Menschen und kostete Zweien das Leben. In der Serie „50 JAHRE TORNADO“ blickt die „Pforzheimer Zeitung“ bis zum Jahrestag auf den Sturm und seine Folgen zurück.

PZ

Der 10. Juli 1968

D-Zug am Himmel, Dramen am Boden

Einen Tornado, wie er vor 50 Jahren in Pforzheim und der Region wütete, hatte Mitteleuropa jahrzehntelang nicht erlebt. In der Goldstadt hinterließ er die schlimmsten Schäden seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, im Enzkreis kostete er sogar Menschenleben. Die Pforzheimer Zeitung blickt gemeinsam mit vier Augenzeugen auf jenen verheerenden Mittwochabend zurück. Sie erinnern an das Geräusch, das unter die Haut ging. Und an den wütenden Sturm, der vielerorts nichts zurückließ – außer einem bis dahin unvorstellbaren Trümmerfeld.

Die Pforzheimer ächzen unter der Hitze

Niemand ahnt, was kommt

Ihren zwei Jahre alten Sohn bringen die 23-jährige **Eva Zaudtke** und ihr Mann ins Bett. Während der Junga im Haus schläft, gehen die Eltern auf dem Sonnenberg spazieren.

Gisela Sajak (22) hat an jenem Mittwochabend an der Volkshochschule in der Zerrennarstraße Englischunterricht. Als es immer mehr donnert und blitzt, wird der Unterricht abgebrochen, damit die Teilnehmer heil nach Hause kommen. Weil es so stark regnet, stehen Gisela Sajak und die anderen noch vor der Tür und warten.

Wie jede Woche ist **Wolfgang Hohl** (19) auch an diesem Mittwoch mit einem Freund auf ihrer Standardstrecke joggen. Wegen der drückenden Luft gehen die beiden nach ihrer Runde aber nicht wie sonst noch etwas trinken, sondern fahren nach Hause. Wolfgang Hohl ist allein in seinem Elternhaus in der Falkenstraße.

Hans Weidner (25) ist in diesen Minuten gerade auf dem Weg nach Hause. Über Kelttern-Weiler fährt er mit seinem Käfer in Richtung Ottenhausen – zu seiner Frau und seinem vier Monate alten Kind.



Investigative Recherche deckt Chaos am Wahlabend auf

Nach der hessischen Landtagswahl im Oktober 2018 entdecken drei Redakteure der Rhein-Main-Zeitung so gravierende Unstimmigkeiten, dass sie nicht zum Tagesgeschäft übergehen können. Sie finden heraus: Bei der Stimmenausszählung herrschte Chaos, das geprägt war von schlechter Organisation und politischer Wurstigkeit.

Wahlnachlese ist journalistische Routine: Die Ergebnisse werden nach Ausreißern durchgesehen, Erklärungen dafür werden gesucht. Das machen auch drei Journalisten der Rhein-Main-Zeitung nach der hessischen Landtagswahl im Oktober 2018. Dabei fallen ihnen ungewöhnliche Ergebnisse auf. Kann es sein, dass die Grünen in einem Wahlbezirk die absolute Mehrheit errungen haben? Dass die AfD in einem Viertel nur zwei Stimmen bekommen hat? Dass in einem bürgerlichen Stadtteil nur 14 Prozent der Wähler ihre Stimme abgegeben haben?

Tobias Rösmann, Rainer Schulze und Matthias Trautsch gehen den Ungereimtheiten nach. Sie drucken die Listen aus allen 490 Frankfurter Wahlbezirken aus und durchsuchen sie nach Auffälligkeiten. Die Ergebnisse vergleichen sie mit denen vorhergehender Wahlen und Zahlen aus anderen Bezirken.

Das Team veröffentlicht seine Sammlung der Ungereimtheiten, doch noch immer fehlt eine Erklärung. Das städtische Wahlamt bestreitet Fehler bei der Auszählung. Doch dann stoßen die Journalisten auf einen Wahlhelfer, der berichtet, dass die offiziellen

Ergebnisse von denen im Wahllokal erheblich abweichen.

Es stellt sich heraus: Am Wahlabend herrschte Chaos. Stimmen waren vergessen, Anteile von Parteien vertauscht und manche Ergebnisse sogar nur geschätzt worden. Die Fehler sind so gravierend, dass nach einer Korrektur die SPD eventuell die Grünen vom zweiten Platz verdrängen könnte. Damit wäre die Regierungsbildung gefährdet. Deshalb setzen CDU und Grüne erst einmal ihre Koalitionssondierungen aus.

Der enorme Rechercheaufwand lässt sich nur im Team bewältigen. Doch nicht nur die Arbeitsteilung ist wichtig, sondern ebenso die gegenseitige Kritik und Bestärkung. Denn die Verantwortlichen in der Stadt und im Land leugnen das Ausmaß der Pannen und tun die Analysen als Erbsenzählerei ab. Leser und ehrenamtliche Wahlhelfer hingegen bestärken die Journalisten darin, dass auch ein vorläufiges Wahlergebnis ein Mindestmaß an Zuverlässigkeit bieten muss.

Das Team beendet die Artikelserie mit Vorschlägen, wie die Stimmauszählung verbessert werden kann. Die Kernaussage: Ordnungsgemäße, vertrauenswürdige und transparente Wahlabläufe sind ein Wert an sich.

Tipp:

„Trotz aller Routine nicht alles durchgehen lassen. Zweifel zulassen und ihnen nachgehen. Sich selbst und andere fragen, ob etwas wirklich so sein kann wie angegeben. Wenn sich der Verdacht erhärtet: dranbleiben.“

Frankfurter Allgemeine
**RHEIN-MAIN
ZEITUNG**

3. Preis

Begründung der Jury

Nach der Landtagswahl in Hessen am 29. Oktober 2018 schauen die Redakteure Tobias Rösmann, Rainer Schulze und Matthias Trautsch die Ergebnisse der Frankfurter Wahlbezirke genauer an. Einige Zahlen machen sie stutzig, sie recherchieren akribisch und hartnäckig und legen gravierende Fehler bei der Auszählung der Stimmen bloß. Schließlich konnten auch die Verantwortlichen in der Stadt und im Land das Ausmaß der Pannen nicht mehr leugnen. Ganz im Sinne eines lösungsorientierten Journalismus zeigt das Team zudem Vorschläge auf, wie sich Fehler bei der Stimmauszählung künftig vermeiden ließen. Die Redakteure werden ihrer Wächterfunktion mit einer beispielhaften Rechercheleistung gerecht.

Kontakt: Matthias Trautsch, Redakteur,
T +49 69 / 759 118-38,
m.trautsch@faz.de

Medium: Frankfurter Allgemeine Zeitung – Rhein-Main-Zeitung

Auflage: ca. 60.000

Verbreitungsgebiet: Rhein-Main-Gebiet rund um Frankfurt am Main

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 40 Mitarbeiter

FRANKFURTER ALLGEMEINE SONNTAGSZEITUNG, 11. NOVEMBER 2018, NR. 45

Zehn Stimmen für eine Volkspartei

Die Fehler bei der Auszählung der hessischen Landtagswahl sind so gravierend, dass sie die Regierungsbildung in Frage stellen.

Von Matthias Trautsch und Rainer Schulze



Es ist der Tag, an dem die CDU in Oberrrad auf die Größe einer Satiriparodie schrumpft. Ausgerechnet hier, in dem gutbürgerlichen Frankfurter Wohnviertel am Rande des Stadtwalds. Ja, die Querelen in Berlin haben den örtlichen Wahlkampf beeinflusst, aber nichts deutet darauf hin, dass der Union am 28. Oktober, dem Tag der hessischen Landtagswahl, ein Debakel bevorsteht. Auch an jenem Sonntag sieht Oberrrad so aus, wie man sich einen Stadtteil vorstellt, in dem die CDU sich noch auf ihre Wähler verlassen kann. Altbauten mit großen Gärten an sauberen Straßen, am Waldrand empfangt „Hemel's Feisenkel“ seine überwiegend älteren Gäste. Den Menschen geht es gut, sie tragen Steppjacken, führen ihren Hund aus und fahren Mittelklassewagen. Ein aufgeräumtes, unaufgeregtes Viertel. Am späten Abend aber zeichnen sich unerhörte Dinge ab: Ganze 6,9 Prozent Zweitstimmen soll die CDU im Oberrrader Wahllokal Grundstusschule bekommen haben. So meldet es die offizielle Wahlstatistik der Stadt Frankfurt. Nur zehn Wähler votieren demnach im Wahlbezirk 38004 für die Volkspartei, das ist genau einer mehr als für die Witzenmacher von der „Partei“ gestimmt haben. Unglaublich.

Zur selten Zeit bangen im Rathaus Römer die Frankfurter Wahlkreis-kandidaten um den Einzug in den Landtag. Die Ergebnisse aus den 490 Wahlbezirken trudeln nur schleppend ein. Eigentlich sollte das vorläufige Endergebnis um 21 Uhr vorliegen. Aber in einigen Wahlkreisen ist immer noch nicht klar, wer vorne liegt. Das Gesicht von Michael Boddenberg, CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag und Direktkandidat im Frankfurter Süden, ist angespannt. Eine unbekannt Politikerin der Grünen ist ihm auf den Fersen. Jemand raunt etwas von Computerverbindungsproblemen. Erst spät, gegen Mitternacht, freuen sich vier CDU-Politiker, auch Boddenberg, und zwei Grüne, dass sie in den Landtag einziehen.



Hier war die CDU angeblich abgestürzt: der Frankfurter Stadtteil Oberrrad

Foto: Edman

Am Tag danach veröffentlicht die Stadt Frankfurt frühmorgens das vorläufige Endergebnis auf ihrer Internetseite. Detailliert werden die Zahlenreihen aufbereitet, für jeden der 490 Wahlbezirke ist das Stimmverhalten dokumentiert. Es zeigen sich grüne Hochburgen und schwarze Täler. Viele schwarze Täler. In einem Wahlbezirk in Sachsenhausen haben die Grünen sogar die absolute Mehrheit, die CDU kommt dort nur auf 6,2 Prozent. In den benachbarten Wahlkreisen liegt sie über 30, manchmal über 50 Prozent. In einem anderen Sachsenhäuser Viertel wurden gerade einmal zwei Stimmen für die AfD gezählt, was 0,3 Prozent entspricht. Im selben Bezirk hatte die Partei bei der vorhergehenden Landtagswahl, damals gerade gegründet, schon fast vier Prozent bekommen. Und diesmal erhielt sie in der direkten Nachbarschaft mehr als zehn Prozent. Alles merkwürdig.

ANZEIGE

Von Unregelmäßigkeiten oder gar falschen Auszählungsergebnissen aber ist von offizieller Seite nichts zu hören, ledig-

lich wird bekannt, dass Probleme mit dem landesweiten Computersystem zu der Verzögerung bei der Auszählung in Frankfurt geführt haben sollen.

Und so feiern Grüne und CDU in Wiesbaden, dass sie das Bundesland mit einer dünnen Mehrheit von nur einem Sitz weiterregieren könnten. Die ersten Sondierungsgespräche beginnen wenige Tage darauf. Man ist sich schnell einig, alles steuert auf eine Fortsetzung der Koalition zu. Die Grünen sind stolz, dass sie

landesweit auf dem zweiten Platz gelandet sind und damit der SPD den Rang abgelaufen haben. Mit 94 Stimmen verlor die FDP macht schnell klar, dass sie für eine Ampelkoalition, die unter diesen Vorzeichen einen Grünen-Ministerpräsidenten gehabt hätte, nicht zur Verfügung steht.

In mehreren Frankfurter Stadtteilen wundert man sich derweil über die kuriose Ergebnisse. So sollen in dem Oberrrader Wahlbezirk nur 145 Wähler ihre Stimme abgegeben haben. Das wäre eine Wahlbeteiligung von nur 14 Prozent. Doch das Vertrauen in die Zuverlässigkeit von - wenn auch vorläufigen - Wahlergebnissen ist groß. Und noch immer gibt es auf offizieller Seite niemanden, der darauf hinweist, dass am Abend des 28. Oktober gravierende Pannen passiert sind. Bei der Durchsicht von Stimmbezirksergebnissen kommen Journalisten dieser Zeitung jedoch zu der Auffassung, dass sich solche Ausreißer wie in Oberrrad nicht plausibel erklären lassen. Am 1. November erscheint in der FAZ erstmals ein Artikel, der das Wahlergebnis in mehreren Stadtteilen in Zweifel zieht. Das für Wahlen zuständige Dezernat mauert: Das Ergebnis werde überprüft. Erst am 7. November werde man sich äußern, dann soll der Wahlausschuss tagen.

In Oberrrad hält man es so lange nicht aus. Es finden sich Leute, die am Wahlabend bei der Auszählung in der Grundstusschule dabei waren. „Das veröffentlichte Ergebnis ist nicht plausibel. Es stimmt nicht mit dem überein, was bei uns an der Tafel stand“, sagt ein Augenzeuger. Die CDU habe mehr als 300 Stimmen erhalten, also mindestens 20 Prozent. Insgesamt seien nicht 145, sondern 300 Stimmzettel abgegeben worden, was einer Wahlbeteiligung von fast 30 Prozent entspricht. 364 Stimmen fehlen also allein in Oberrrad. Wenn nur ein Teil davon der SPD gehörte, könnte sie die Grünen landesweit überholen. Die Parteien in Wiesbaden interessieren sich dafür aber nicht weiter. Sie erwecken den Eindruck, als wäre die Wahl entschieden, und fahren mit ihren Sondierungen fort.

Die Verantwortlichen bei der Stadt Frankfurt versuchen unterdessen, das Thema kleinreden. Ja, es habe Probleme beim Einloggen in das landesweite Stimmfassungssystem gegeben. Deshalb hätten die Mitarbeiter im Wahlamt Ergebnisse, die aus den Wahlbezirken telefonisch durchgegeben wurden, handschriftlich notieren müssen. Als das System wieder lief, seien die Werte eingeben worden. Eine sonst automatisch stattfindende Kontrolle auf Plausibilität sei ausgefallen. So hätten sich offenbar Fehler eingeschlichen, gibt ein Sprecher zu. Die seien aber durch Korrekturen im endgültigen Endergebnis „leicht zu heilen“.

Wie viele Frankfurter Wahlbezirke insgesamt betroffen sind, ist zu diesem Zeitpunkt noch ungewiss. Für den Fehler in Oberrrad gibt es eine erste Erklärung: Die Wahlhelfer haben die Stimmzettel sor-

reihen sind mit Journalisten besetzt. Selten hat es ein solches Interesse an einem Gremium gegeben, vor dem Zahlenkolonne um Zahlenkolonne referiert wird, um dann hier und da darüber zu befinden, ob ein Wähler sein Kreuzchen zu weit außerhalb eines Kästchens gemacht hat. Doch diesmal geht es um mehr als ein paar Stimmen, die üblichen Verschleibungen zwischen vorläufigem und endgültigem Ergebnis. In 81 von 490 Stimmbezirken muss korrigiert werden, 28 sind komplett neu ausgezählt worden. Die Dimension der Fehler wird erstmals deutlich, als der Schriftführer die Korrekturen für einen Bezirk im Stadtteil Höchst nennt: 54 CDU-Stimmen wurden dort den Grünen zugeschlagen, vermutlich habe es ein

Erste- und Zweitstimme auf unterschiedliche Parteien, kam der Zettel auf den ersten, sonst auf den zweiten Stapel. Der Schriftführer jedoch, der nach der Auszählung mit dem Wahlamt telefoniert, meldete nur die aufgeteilten Stimmen und vergaß den größeren Stapel. Das verzerrte auch die Anteile der Parteien; es sind meist Wähler von CDU und SPD, die beide Stimmen ihrer Partei geben.

Im Laufe der nächsten Tage berichten immer mehr Wahlhelfer vom heillosen Chaos am Wahlabend, weitere Medien greifen das Thema auf. Als am 7. November der Kreiswahlausschuss zur öffentlichen Sitzung zusammentritt, haben Fernsehender Teams geschickt, die Zahloer-



Misverständnis bei der Übermittlung gehen. Eine Besitzerin schaut sorgenvoll „54 Stimmen Abweichung, das ist aber ganz schön viel“, sagt sie. Der Schriftführer sagt: „Da kommen noch mehr, die aus dem Rahmen fallen.“

Und so ist es dann auch. Dreieinhalb Stunden lang geht der Schriftführer Bezirk für Bezirk durch. Stimmzettel wurden vergessen, Zahlen verdreht, Werte in der falschen Spalte notiert oder falsch notiert. Weil manche Ergebnisse bis in die Nacht hinein überhaupt nicht vorlagen, wurden sie „geschätzt“, wie der Schriftführer sagt. Das allerdings ist noch vorsichtig ausgedrückt. Es handelte sich nicht um eine qualifizierte Schätzung, sondern schlicht um die Übernahme von Ergebnissen aus benachbarten Bezirken. Noch nicht einmal die Zahl der Wahlberechtigten wurde berücksichtigt.

Die Kreiswahlleiterin, die dem Ausschuss vorsitzt, begründet das mit dem Chaos, das durch die Computerverpanne geherrscht und sich sowohl in den Wahllokalen als auch im Wahlamt ausgewirkt habe. So einen Druck seien die ehrenamtlichen Wahlhelfer nicht gewohnt. Wo Menschen arbeiten, da passieren Fehler. Dass das Ausmaß der falschen Ergebnisse ohne Beispiel ist, muss sie auf Nachfrage einräumen. Was sie verschweigt: Verantwortlich für die Organisation der Landtagswahl waren Profis aus Politik und Verwaltung, und unter den Wahlhelfern waren viele städtische Mitarbeiter, denen der 28. Oktober als normaler Arbeitstag angerechnet wurde.

Als die Ausschusssitzung endet, ist klar, dass mehr als 2000 Stimmen neu an den Landeswahlleiter nach Wiesbaden gemeldet werden müssen. Politisch brisant dabei ist, dass die Grünen dabei unter dem Strich 131 Stimmen verlieren, die SPD 108 Stimmen gewinnt. Das reicht nicht mehr als aus, um den landesweiten Vorsprung der Grünen aufzuholen. Jetzt kommt es darauf an, ob auch andere Kommunen ähnliche Korrekturen melden müssen und ob diese die Frankfurter Verschleibung wünschig ausgleichen. Die bisher vorgelegten endgültigen Ergebnisse, etwa aus Wiesbaden und Offenbach, deuten nicht darauf hin.

Inzwischen haben auch die hessischen Parteiführungen verstanden, dass sie unter solch unklaren Bedingungen nicht weiter verhandeln können. Selbst die Frage, ob es noch zu einer Verschiebung von Sitzen im Landtag kommt, wird gestellt. Bisher haben CDU und Grüne zusammen eine Mehrheit von gerade einmal einem Mandat. Während SPD und Grüne wieder über eine vielleicht doch mögliche Ampelkoalition nachdenken und deshalb auf die FDP zugehen wollen, hat die CDU ihre für dieses Wochenende angekündigte Entscheidung, mit wem sie Koalitionsgespräche führen will, verschoben. Zunächst müsse das für Freitag erwartete landesweite Endergebnis abgewartet werden. Man hat den „Respekt für den Wählerwillen“ doch noch entdeckt. Es bleibt auch nichts anderes übrig. Denn jetzt geht es wirklich um jede Stimme.

Wunderliche Wahlergebnisse

Wer auf die Resultate der Landtagswahl blickt, bemerkt manche Ungereimtheit. Das Wahlamt prüft jede Niederschrift aus den Wahlbezirken noch einmal.

Von Tobias Rösmann
und Matthias Trautsch

Der Stimmbezirk 38004 ist ein unauffälliges Wohnviertel in Oberrad. Im Norden reicht der Bezirk bis zum Ortskern am Buchrainplatz, im Süden bis zu den Kleingärten am Stadtwald. 1033 Wahlberechtigte wohnen in diesem Viertel. Warum sich von ihnen nur 145, also 14 Prozent an der Landtagswahl beteiligt haben sollten, ist völlig unplausibel. Zumal in den beiden umliegenden Oberräder Wahlbezirken eine Beteiligung von 48,4 Prozent beziehungsweise 39,3 Prozent verzeichnet wurde und alle drei Bezirke in der Gruneliuschule ihre Stimme abgeben. Ein Blick auf die vorhergehenden Landtagswahlen lässt die Zweifel an dem merkwürdig niedrigen Wert noch steigen: Im Jahr 2009 betrug die Wahlbeteiligung im Stimmbezirk 38004 knapp 58 Prozent, im Jahr 2013 waren es dem städtischen Online-Datenportal zufolge sogar 73 Prozent.

Auch die Stimmenanteile mancher Parteien machen mancherorts stutzig. So haben im Wahlbezirk 38004 laut vorläufigem amtlichen Endergebnis nur zehn Wähler für die CDU gestimmt, die Partei kommt somit lediglich auf 6,9 Prozent. In den angrenzenden Bezirken hingegen erreicht die CDU 119 Stimmen beziehungsweise 122 Stimmen, also jeweils mehr als 20 Prozent. Der Vergleich mit vorhergehenden Landtagswahlen zeigt, dass es im Wahlbezirk 38004 zuvor kein solches Ergebnis gegeben hat. Ganz im Gegenteil hatte die CDU in dem Viertel bisher recht viele Sympathisanten: Im Jahr 2009 kam die Partei auf 37,3 Prozent der Zweitstimmen, 2013 waren es nach Zahlen des städtischen Datenportals 33,9 Prozent.

Ein traditionell bürgerliches Wählermilieu findet sich auch in Sachsenhausen rund um die Schweizer Straße. Im Wahllokal Freiherr-vom-Stein-Schule am Südbahnhof gaben die Wähler aus vier Wahl-



Jede Stimme zählt: Deshalb muss sichergestellt sein, dass sie berücksichtigt wird.

Foto dpa

bezirken ihre Stimmen ab. Die CDU, die stadtweit auf 22,8 Prozent der Zweitstimmen gekommen ist, schneidet in drei der vier Bezirke so ab, wie es in etwa zu erwarten war, nämlich mit Werten von gut 20 bis knapp jenseits von 30 Prozent. Im Wahlbezirk 32401 jedoch, also an der Diederwegstraße und ihren Nebenstraßen, stimmten laut dem vorläufigen Endergebnis nur 39 Bürger für die CDU, was einem Anteil von 6,2 Prozent gleichkommt.

Im Sachsenhäuser Stimmbezirk 32301 wiederum, der ebenfalls in der Freiherr-vom-Stein-Schule ausgezählt wird, fällt das Ergebnis der AfD komplett aus dem Rahmen des Plausiblen – was es allerdings nicht zwangsläufig falsch macht. Jedenfalls sollen dort nur zwei von 727 Wählern für die Partei gestimmt haben, die in den anderen Bezirken des Wahllokals zwischen knapp fünf und etwas mehr als zehn Prozent erhielt. Die niedrige Quote ist umso erstaunlicher, als die AfD im Jahr 2013, als sie gerade gegründet und längst nicht so populär war, auf 3,9 Prozent kam – und diesmal in Frankfurt ein Zweitstimmenergebnis von neun Prozent erzielte.

Auffällig ist auch ein weiteres CDU-Ergebnis, notiert in der Kasinoschule in Höchst, im Wahlbezirk 58002. Von den 464 Wählern dort haben laut vorläufigem Endergebnis exakt 20 ihr Kreuz bei der CDU gemacht, wodurch sich ein Zweitstimmenanteil von 4,4 Prozent ergibt. Vor fünf Jahren hatte die Partei dem städtischen Datenportal zufolge allerdings noch eine Zustimmung von 27,3 Prozent gehabt. Nicht nur dieser Vergleich zeigt, dass das Resultat in dieser Landtagswahl ungewöhnlich ist: Wer sich darüber hinaus die Zahlen der benachbarten Wahlbezirke Helene-Lange-Schule und Paul-Ehrlich-Schule ansieht, stellt fest, dass die CDU dort im Vergleich zu 2013 zwar fast synchron neun Prozentpunkte einbüßt, aber auf 21,2 Prozent und 15,5 Prozent kommt.

Das für die Organisation der Wahlen zuständige Dezernat nimmt zu den einzelnen Fällen nicht Stellung. „Die Niederschriften von den Wahlvorständen werden generell alle vom Wahlamt geprüft“, erläutert ein Sprecher auf Anfrage. Dabei gehe es auch um Auffälligkeiten wie die genannten. Die Mitarbeiter stellten sich

dann die Frage: „Ist das plausibel? Oder hat es Fehler beim Rechnen, Niederschreiben und Protokollieren gegeben?“ Der Prüfungsvorgang laufe aber noch. „Bei begründeten Zweifeln müsste auch nachgezählt werden“, sagte der Sprecher. Das Wahlamt dürfe etwaige Fehler nicht selbst korrigieren. Stattdessen übergebe es seine gesamten Prüfergebnisse an den Kreiswahlausschuss. Der tage am nächsten Mittwoch und werde dann entscheiden, ob das Ergebnis korrigiert werden müsse. „Es kann immer passieren, dass sich zwischen vorläufigem und endgültigem Endergebnis Stimmenanteile verschieben. Deshalb heißt es ja auch vorläufig.“

Eine zusätzliche Fehlerquelle in dieser Wahl könnte eine neue zentrale Datenplattform des Landes gewesen sein. Weil die am Wahlabend hakte, konnten Mitarbeiter des Bürgeramts die Daten aus den Wahllokalen oft nicht unmittelbar in das Computersystem eingeben. Stattdessen notierten sie die Zahlen handschriftlich, bevor die Daten später nach und nach eingepflegt wurden. Eine sofortige, computergestützte Plausibilitätsprüfung der Zahlen blieb deshalb mancherorts aus.



Wer gratuliert wem? Anderthalb Wochen nach der Landtagswahl ist wieder offen, ob die Grünen von Tarek Al-Wazir (links) oder Thorsten Schäfer-Gümbels Sozialdemokraten zweitstärkste Kraft geworden sind. Foto dpa

SPD könnte doch vor Grünen landen

Wahlpannen in Frankfurt noch gravierender als vermutet / Stadt und Land geben sich gegenseitig Schuld

trau./htr. FRANKFURT/WIESBADEN. Bei der hessischen Landtagswahl sind in Frankfurt noch weitaus mehr Stimmen falsch oder überhaupt nicht erfasst worden als bisher bekannt. In mehr als 20 Wahlbezirken kam es zu gravierenden Pannen. So wurden die Ergebnisse von Parteien vertauscht, Zahlen verdreht und Stapel mit Stimmzetteln bei der Auszählung vergessen. In elf Bezirken wurden die Ergebnisse sogar nur geschätzt, was zu Differenzen von teils mehreren hundert Stimmen gegenüber dem tatsächlichen Wahlausgang führte. Das wurde gestern auf der Sitzung des Kreiswahlausschusses bekannt. Damit bestätigten sich Zweifel an der Plausibilität der Auszählung, die diese Zeitung schon vor einer Woche erstmals geäußert hatte.

In den vergangenen Tagen hat die Stadt Frankfurt die Wahlergebnisse geprüft und viele der 490 Stimmbezirke abermals ausgezählt. Um wie viele Stimmen das gesamtstädtische Ergebnis jetzt korrigiert wurde, will das Frankfurter Wahlamt nicht mitteilen – nach einer überschlägigen Berechnung müssten es mindestens 2000 sein. Die korrigierten Ergebnisse werden nach Wiesbaden an den Landeswahlleiter übermittelt, wo sie in das endgültige amtliche Gesamtergebnis für Hessen einfließen, das Ende nächster Woche mitgeteilt werden soll.

Die Korrekturen aus Frankfurt könnten – je nachdem, ob es auch in anderen Städten und Kreisen gravierende Änderungen gibt – zu einer Verschiebung im Kräfteverhältnis der Parteien führen: Die SPD könnte den knappen Rückstand von

94 Stimmen gegenüber den Grünen aufholen und zweitstärkste Kraft im Land werden.

Betrachtet man die Veränderungen durch das Frankfurter Ergebnis isoliert, dann ist der landesweite Positionswechsel schon vollzogen. Nach überschlägiger Berechnung verlieren die Grünen gegenüber dem vorläufigen Endergebnis etwa 130 Stimmen, während die SPD rund 120 Stimmen gewinnt. Mit einer SPD als landesweit zweitstärkster Kraft könnten sich auch die Koalitionsoptionen verändern: Die FDP hatte ein Bündnis mit Grünen und SPD bisher mit dem Argument ausgeschlossen, man wolle nicht unter einem Ministerpräsidenten der Grünen regieren. Wäre die SPD aber stärkster Partner, dann würde sie in einer Ampel-Koalition auch den Ministerpräsidenten stellen.

Hans-Joachim Grochocki, der Leiter der städtischen Geschäftsstelle Wahlen, machte gestern das internetbasierte landesweite Stimmerfassungssystem für den größten Teil der Probleme am Wahlabend verantwortlich. Eine knappe Stunde nach Schließen der Wahllokale sei das „Wahlweb Hessen“, das an diesem Abend zum ersten Mal zum Einsatz gekommen sei, so überlastet gewesen, dass sich die Mitarbeiter des Frankfurter Wahlamts nicht mehr hätten anmelden können. „System derzeit nicht erreichbar“, habe auf den Monitoren gestanden.

Nach Darstellung Grochockis ist so eine Art Rückstau bis in die Wahllokale entstanden, der sich „äußerst negativ in zeitlicher und qualitativer Hinsicht“ auf die Erfassung ausgewirkt habe. Die Mitarbeiter

des Wahlamts seien im Lauf des Abends dazu übergegangen, die Ergebnisse aus den Wahllokalen von Hand zu notieren. Dadurch sei es zu Übertragungsfehlern gekommen, zudem habe keine automatische Plausibilitätsprüfung stattgefunden. Komplett ausgebliebene Ergebnisse seien aufgrund der Resultate in benachbarten Stimmbezirken geschätzt worden.

Die Vorsitzende des Kreiswahlausschusses, Hauptamtsleiterin Regina Fehler, verteidigte die Praxis des Schätzens. In einer solchen Situation sei die Stadt dazu verpflichtet und habe bei früheren Wahlen auch schon ähnlich gehandelt. Allerdings gaben Fehler und Grochocki zu, dass die diesmal aufgetretenen Differenzen zwischen Auszählung und tatsächlichem Wahlervotum außergewöhnlich seien. Grund dafür seien zwar auch „menschliche Fehler“ von Ehrenamtlichen in den Wahllokalen und Mitarbeitern im Wahlamt, etwa das Übersehen von Stimmzetteln oder Zahlendreher, aber diese seien ebenfalls in Zusammenhang mit den Verzögerungen und der Unruhe durch die Computerpanne zu sehen.

Wegen der Unregelmäßigkeiten in Frankfurt berief Landeswahlleiter Wilhelm Kanther gestern kurzfristig eine Pressekonferenz ein. Er schließe nicht aus, dass nach dem endgültigen Ergebnis der Landtagswahl nicht die Grünen, sondern die Sozialdemokraten die zweitstärkste Kraft sein würden. Damit, dass sich auch die Zahl der Mandate ändere, sei aber nicht zu rechnen. Die Präsidentin des Statistischen Landesamtes, Christel Figgner, verteidigte das „Wahlweb“ als

ein modernes und bewährtes System zur Eingabe, Kontrolle, Korrektur und Freigabe von Wahlergebnissen. Es sei in Hessen schon seit 2002 im Einsatz, allerdings hätten die Wahlämter die Zahlen bei dieser Landtagswahl erstmals direkt eingeben müssen, anstatt ein System der Kommune vorzuschalten. Weil am Wahlabend aus Sicherheitsgründen zu häufig abgespeichert worden sei, habe das System von etwa 20 bis 21 Uhr zu langsam gearbeitet. Das dürfe sich bei der nächsten Wahl nicht wiederholen, sagte Figgner.

Die Verzögerungen hätten in vielen Wahlämtern Verdross ausgelöst, sagte Kanther. Aber nach seinem Kenntnisstand sei man in allen 55 Wahlkreisen des Landes am Ende doch zurechtgekommen – nur in Frankfurt nicht. Figgner sagte, dass das „Wahlweb“ keine Fehler mache. Nach der Eingabe der Zahlen setze eine Plausibilitätsprüfung ein. Wenn das System Daten als völlig unrealistisch erkenne, würden sie nicht angenommen. Außerdem gebe es „Kann-Fehler“ – beispielsweise empfehle das System eine Prüfung, wenn die Wahlbeteiligung unter 50 Prozent liege.

Kanther sagte, seine Auskünfte stünden unter dem Vorbehalt, dass ihm nicht alle Daten aus dem ganzen Land vorlägen. Er gab zu bedenken, dass am Wahlabend 50 000 Ehrenamtliche die Stimmen ausgezählt hätten. Es sei eine Errungenschaft, dass die Wahlen in den Händen des Volkes lägen, transparent und nachprüfbar seien. Fehler könnten passieren, aber „das muss die Demokratie aushalten“.

Den Klimawandel in der Region multimedial aufbereitet

Im Sommer 2018 sind die Folgen des Klimawandels überall spürbar. Aus den Redaktionen der Kreiszeitung Syke kommen Artikel über Brände, Dürre, Risse in den Straßen. Online-Volontärin Katia Backhaus erstellt daraus ein Gesamtbild, das verdeutlicht, wie sich der Klimawandel in der Region auswirkt.

Je näher der Herbst rückt, desto stärker treten die Auswirkungen von Trockenheit und hohen Temperaturen in der Region zutage: Ernteerträge sind zu gering, die Nitratwerte steigen, Tierhalter kämpfen mit Futtermangel. Katia Backhaus, Volontärin in der Online-Redaktion, sammelt und sichtet die Artikel, die in der Kreiszeitung erscheinen. Sie will ein Multimedia-Projekt erstellen. Allerdings nicht als einfache Sammlung der Geschichten, sondern eingebunden in einen Hintergrundtext.

Fünf Kapitel sollen die einzelnen Aspekte des regional erfahrbaren Klimawandels darstellen: Temperaturanstieg, Verdunstung und Niederschlag, Ernte und Nitrat, Verschiebung der Jahreszeiten sowie lokale Ansätze zur Veränderung.

Den Überblick liefert ein Artikel, der mit verschiedenen Infoblöcken angereichert ist. Dafür sammelt die Autorin Forschungsdaten von Instituten, Ministerien und des Deutschen Wetterdiensts, zitiert den Bericht des Weltklimarats oder EU-Richtlinien. Immer mit der Fragestellung, für welche Veränderungen es wissenschaftliche Belege gibt und was für die Zukunft zu erwarten ist.

Die Artikel und Fotos stammen aus allen Lokalredaktionen der Kreiszeitung, keiner der eingebundenen Texte ist erst auf Anfrage entstanden. Diese Geschichten bekommen nun einen regionalen Rahmen. Die Leserschaft kann auf einer sicheren Faktengrundlage die zahlreichen lokalen Einzelercheinungen einordnen.

Viele der Lokalartikel werden im Fließtext als Beispiel zitiert und lassen sich über einen direkten Link anklicken. Es gibt zudem Bildergalerien, bei denen in den Bildunterschriften die einzelnen Artikel verlinkt sind. Auch Videos sind in das Multimedia-Projekt eingebunden.

Das letzte Kapitel befasst sich mit innovativen lokalen Projekten, die dem Klimawandel begegnen wollen. Das soll Möglichkeiten aufzeigen, wie man mit den Veränderungen umgehen kann.

Der Multimedia-Beitrag wird mit dem Tool Atavist erstellt. Bild, Text, Bewegtbild und besondere Textelemente wie Zitate und Infokästen wechseln sich ab und gliedern das komplexe Thema in kleine Blöcke. Die Autorin setzt das Projekt komplett eigenständig um. Aufgrund der Arbeits- und Personalsituation in der Online-Redaktion arbeitet sie daran meist nebenbei.

Sonderpreis für Volontärsprojekte Begründung der Jury

Wir wirkt sich der Klimawandel vor der eigenen Haustür aus? Die Volontärin Katia Henriette Backhaus ist dieser Frage für ihre Region in Niedersachsen nachgegangen. In ihrem Multimedia-Projekt thematisiert sie Aspekte wie Temperaturanstieg, Ernte, Nitratbelastung, Verschiebung der Jahreszeiten sowie innovative Ansätze, dem Klimawandel auf lokaler Ebene zu begegnen. Dazu bindet sie Analysen, Beiträge aus den Redaktionen der Kreiszeitung und Videos in ihr Dossier ein und verknüpft dies mit den Ergebnissen des Klimareports Niedersachsen. So schafft sie ein sachlich fundiertes und überzeugend umgesetztes Gesamtbild, das die lokalen Auswirkungen eines globalen Problems begreifbar macht.

Kontakt:

Katia Henriette Backhaus, seit Oktober 2019 Redakteurin der Wildeshauser Zeitung,
T + 49 4431 / 989 115-3,
katia.backhaus@kreiszeitung.de

Medium: Kreiszeitung Syke

Auflage: knapp 65.000 (IVW 1/2019)

Verbreitungsgebiet: Niedersachsen – zwischen Hunte, Weser und Wümme

Anzahl Lokalteile: 8 Lokalausgaben

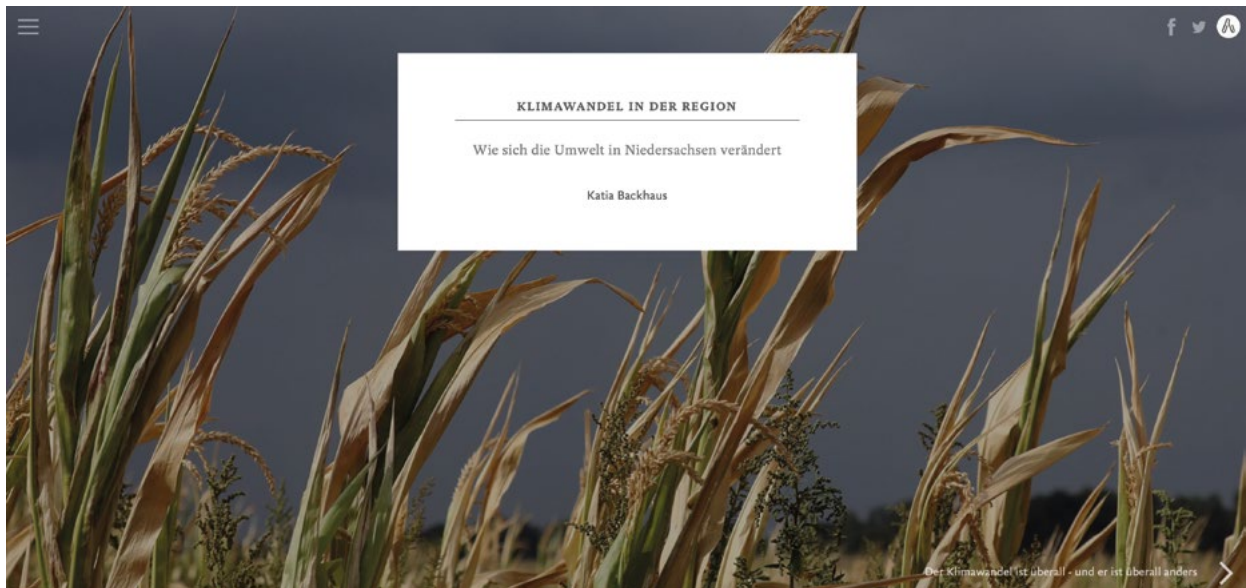
Redaktionsgröße:

Die Online-Redaktion hatte zum Zeitpunkt der Erstellung der Multimedia-Reportage 5 Redakteure plus 2 Volontärinnen.

Link: marvinkhnken.atavist.com/klimawandel-in-der-region

Tipp:

„Ein langfristiges Projekt umzusetzen erfordert großes Interesse am Thema, regelmäßig Gelegenheit, um daran zu arbeiten – und Gespür für einen guten Schlusspunkt.“



MK Flächenbrand in Beppen Kreiszeitung.de
Später ansehen Teilen

Gleich mehrere Male musste die Feuerwehr im Juni und Juli nach Beppen ausrücken. (Quelle: Mediengruppe Kreiszeitung)

In Küstennähe kommt ein weiteres Problem hinzu: „Steigt klimabedingt der Meeresspiegel, kann auch das Grundwasser im Küstenbereich steigen, und die Bodenfeuchte ändert sich. Weiter kann dies zum Eindringen von Salz in den Wurzelbereich der Pflanzen führen.“ (Link zum Buch, S. 206)

Warum steigt der Meeresspiegel eigentlich, wenn es weniger Niederschläge gibt?
 Der „Klimareport“ nennt zwei hauptsächliche Gründe dafür: erstens, die Ausdehnung des Wassers durch die Erwärmung an der Oberfläche, und zweitens





„Jedes menschliche Handeln wie Autofahren und Flugreisen beeinflusst das Klima. **Eben auch die Produktion von Nahrungsmitteln.** Wir können uns gern überlegen, worauf wir am ehesten verzichten können.“ Vorsitzende des Landvolks Mittelweser und Diepholz

„Solche Jahre zeigen einmal wieder, wie abhängig wir doch noch immer von natürlichen Prozessen wie dem Wetter sind.“ Jörn Ehlers, Kreislandwirt Verden-Rotenburg

Auch andere Pflanzen sind betroffen - und das hat Auswirkungen über die Lebensmittelvermarktung hinaus. Anja Reiners, Juniorchefin beim Erdbeerhof Nüstedt in Bassum, hat schweren Herzens das traditionelle Kürbisfest abgesagt: „Wir haben gemerkt, dass die Erntemenge viel zu klein ist. Es gab für uns nur zwei Möglichkeiten, entweder unsere Läden mit Kürbissen zu bestücken und zu dekorieren oder das Kürbisfest zu feiern. Beides gibt die Ernte nicht her.“

Und beim Erntefest in Heiligenfelde im Landkreis Diepholz ersetzen Fußballschuhe, Blumen und Papierdrachen den traditionellen Erntewagen: Schmuck aus Getreide - es war einfach zu wenig davon übrig.

Wie wird die Erntebilanz eigentlich erstellt?



Matthias Rode vom niedersächsischen Landesamt für Statistik ist auf den Feldern im Land unterwegs, um zu messen, wie gut die Ernte ausgefallen ist. Aus den Daten von 1000 Äckern entsteht die amtliche Erntebilanz. (Quelle: NDR)

Heißere Sommer und kürzere Winter

Von Tropennächten und Schneeräumen

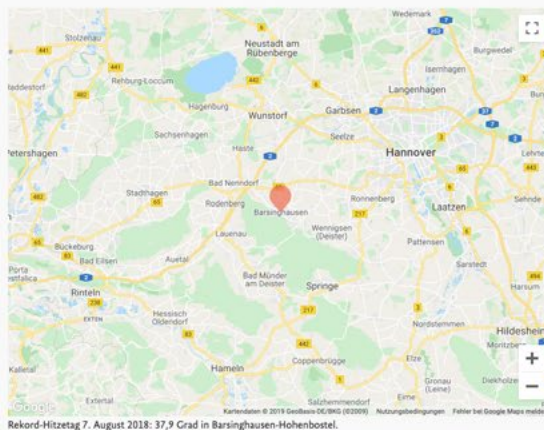
Klimawandel heißt vor allem: Erderwärmung. Am deutlichsten spürbar ist sie in sogenannten Tropennächten, in denen die Temperaturen nicht unter 20 Grad sinken. Es ist „sehr wahrscheinlich, dass solche hohe Temperaturen und noch höhere Extrema öfter auftreten werden. Sie werden oft mit lang andauernden Hitzeperioden verbunden sein“, heißt es dazu im „Klimareport Niedersachsen“. Zu diesen Extremereignissen zählen auch die Tropennächte. In Niedersachsen hat es zwischen 1981 und 2010 viermal so viele davon gegeben wie in den Jahren zwischen 1961 und 1990.

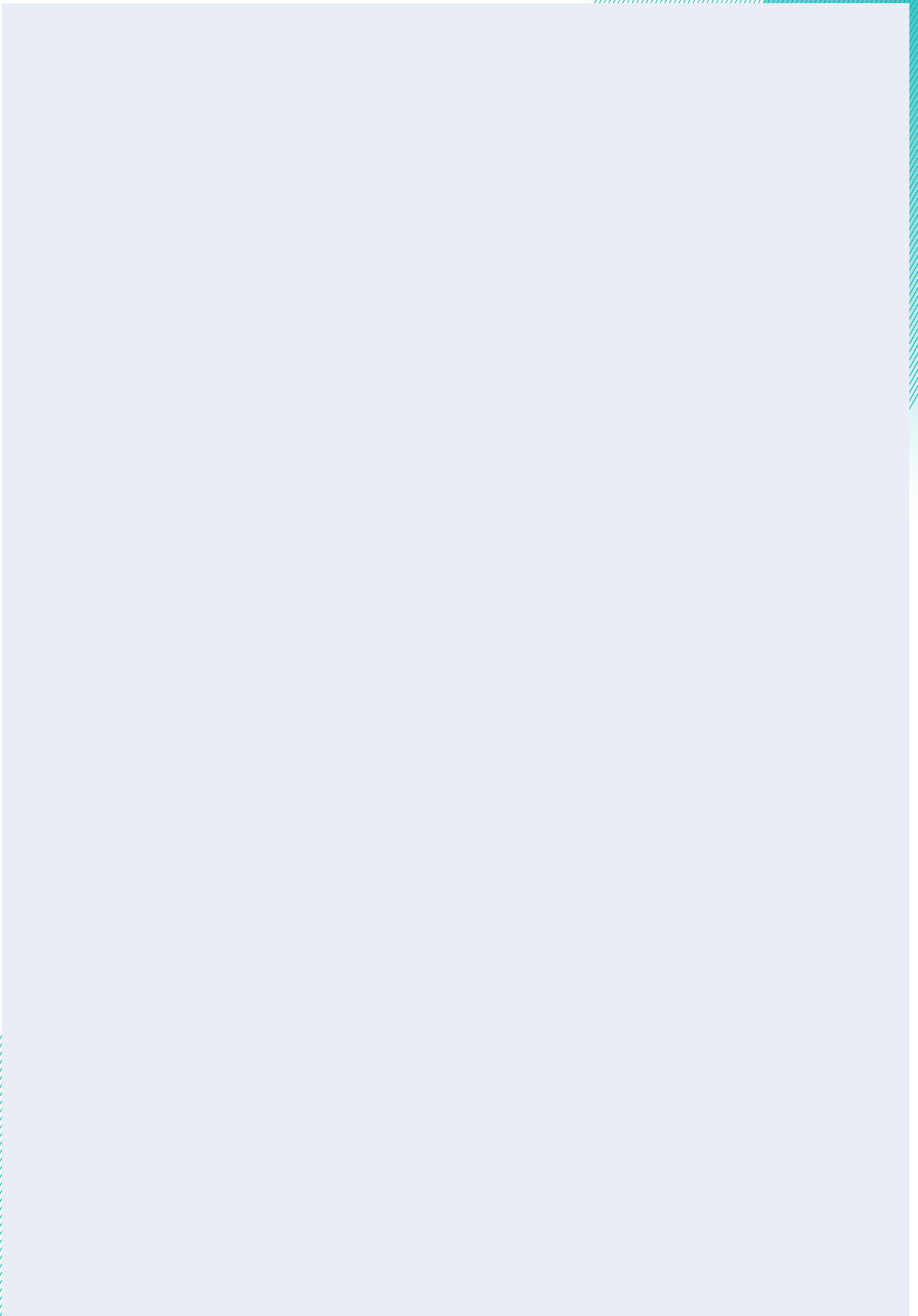


„Die Phasen, in denen wir extreme Wetterphasen haben, werden mehr.“

Auch Förster Henning Küper, der seit mehr als 30 Jahren in Rotenburg für ein Revier von rund 2000 Hektar verantwortlich ist, stellt fest: „Die Phasen, in denen wir extreme Wetterphasen haben, werden mehr.“ Der Lühner Teich, der zu seinem Gebiet gehört, war Anfang August fast komplett ausgetrocknet.

Zwischen 1881 und 2017 ist die Temperatur in Niedersachsen im Durchschnitt um 1,5 Grad Celsius gestiegen. Klingt erstmal nicht viel, aber: Für den Zeitraum von 2012 bis 2050 erwarten die Forscher eine erneute Erwärmung um 0,9 oder auch 1,4 Grad Celsius. Das bedeutet, dass es immer mehr Sommertage mit einer Temperatur von mindestens 25 Grad geben wird - und immer weniger Tage, an denen es kälter als null Grad ist. Den Hitzerekord für 2018 hält Barsinghausen bei Hannover mit einer Spitzentemperatur von 37,9 Grad Celsius.





Auswahlliste

Aufklärung statt Aufregung

Im Druck der Tagesaktualität bleiben unangenehme und komplizierte Fragen oft auf der Strecke. Solchen Fragen nachzugehen, erfordert Zeit, Standhaftigkeit und einen langen Atem. Die Redaktionen nehmen diese Mühe auf sich und scheuen sich nicht vor Konflikten. Sie decken Missstände auf, erklären schwierige Themen verständlich, holen alte Geschichten und Dramen ans Tageslicht. Sie testen lesernahe Formate und Kanäle, begleiten Menschen ganz nahe und stellen uns die Heimat aus neuen Blickwinkeln vor. Aufklärung statt Aufregung – diesen Leitsatz setzen die Bewerber der Auswahlliste beispielhaft um.

Tragödien am Grenzzaun minutiös aufgearbeitet

Wie viele Menschen sind am „Eisernen Vorhang“ während des Kalten Kriegs gestorben? Welche Einzelschicksale verbergen sich dahinter? Christine Ascherl aus der Redaktion des neuen Tags sucht jene Fälle heraus, die in der Nachbarschaft passiert sind. Sie kann durch Abgleich von Quellen die Liste der Todesopfer sogar vervollständigen.

Jeder Bewohner des Oberpfälzer Waldes über 40 kann sich noch gut daran erinnern: Wer Pilze suchen wollte, wurde von den Eltern gelegentlich ermahnt, nur ja nicht zu weit zu gehen. Sie deuteten auf die Grenz-wachtürme der Tschechoslowakei. Ein falscher Schritt – und man könne tot sein.

Was sich aber hinter diesem „Eisernen Vorhang“ abspielte, wussten nicht einmal die Grenzpolizisten auf baye-rischer Seite. Die Sperranlagen waren undurchdringlich. Niemand sollte sehen, wie tschechische Soldaten Flüchtlinge einfingen.

Die Platform of European Memory and Conscience in Prag geht davon aus, dass in den Jahren 1948 bis 1989 mindestens 320 Zivilisten am Eisernen Vorhang zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland/Österreich starben. Gegen die Täter hat die Organisation Strafanzeige gestellt. Die Staatsanwaltschaft Wei-den ermittelt deshalb gegen CSSR-Todesschützen. Dabei geht es um fünf Deutsche, die von CSSR-Grenzwachen getötet wurden: einen westdeutschen Spaziergänger und vier DDR-Bürger, die flüchten wollten.

In Tschechien war das Thema nach 1989 rasch abgehandelt worden. Nur wenige Grenzschrützer wurden verurteilt. Die Hintergründe, ja selbst die Zahl der Toten – das alles war auch journalistisch ein fast völlig unbeackertes Feld.

Christine Ascherl nimmt sich die Fälle vor. Sie führt viele Telefongespräche in der ganzen Bundesrepublik, um Angehörige oder Freunde der Getöteten zu finden. Nicht in allen Fällen hat die Autorin Erfolg. Manche Angehörige sind nicht mehr aufzutreiben, einige wollen nicht über den Fall sprechen.

Ascherl wertet Protokolle aus und zeichnet die Fälle minutiös nach. Ein Problem dabei: Die Akten gibt es nur in tschechischer Sprache. Bei der Übersetzung hilft die Bundespolizei Waidhaus, die einen tschechischen Beamten beschäftigt – außerdem der Google Translator. Die Autorin spricht mit Angehörigen der Opfer und damaligen Grenzschrüttern. Dabei wird deutlich, dass die Betroffenen oft jahrelang nichts über die Umstände des Todes der Grenzflüchtlinge wussten.

Die Serie erhält überraschend viel Resonanz. Noch immer gibt es Folgegeschichten. Zum Beispiel von Überlebenden, die bei Fluchtversuchen „nur“ festgenommen wurden und dann in der DDR in Stasi-Haft kamen.

Auswahlliste

Begründung der Jury

Mehr als 320 Zivilisten sind während des „Kalten Kriegs“ zwischen 1948 und 1989 am Eisernen Vorhang zwischen der damaligen Tschechoslowakei und Deutschland/Österreich gestorben – erschossen, durch Strom getötet, von Hunden zerfleischt. Bis heute sind die Ereignisse nicht restlos juristisch aufgeklärt. Christine Ascherl von „Der neue Tag“ rekonstruiert die Schicksale von fünf Menschen, die in der oberpfälzischen Grenzregion ums Leben kamen. Die Journalistin spricht mit Angehörigen von Opfern, damaligen Grenzschrüttern und Experten. Ihre Serie wirft Licht auf ein kaum beachtetes Kapitel der Geschichte, detailliert recherchiert, unaufgeregt, verständlich und spannend dargestellt.

Kontakt: Christine Ascherl, Redakteurin Zentralredaktion, T +49 961 / 854-22, christine.ascherl@oberpfalzmedien.de

Medium: Der neue Tag mit Amberger Zeitung, Sulzbach-Rosenberger Zeitung
Auflage: 80.000
Verbreitungsgebiet: Nordbayern
Anzahl Lokalteile: 9
Redaktionsgröße: 75

Tipp:

„Nicht nur online recherchieren. Zum Hörer greifen! Sich mit den Protagonisten am besten vor Ort treffen! Das Leben findet ‚live‘ statt.“

Sa., 27. / So., 28. Januar 2018

Reportage

Nummer 22

47

Der Fall Hartmut Tautz

Tschechische und slowakische Medien schonen ihre Leser derzeit nicht: Sie zeigen Bilder des 18-jährigen Hartmut Tautz, Klarinetist aus Magdeburg, bevor er von Hunden zerfleischt wurde. Und danach. Tschechien und die Slowakei bereiten sich auf eine Aufarbeitung eines düsteren Kapitels ihrer gemeinsamen Geschichte vor.

Von Christine Ascherl

Der Fall Tautz ist die Nummer eins der Strafanzeige, gestellt von der Prager „Platform of European Memory and Conscience“. Zu deutsch: Erinnerung und Gewissen. Er ist der Fall, aus dem aus Sicht von Direktorin Dr. Neela Winkelmann „das Unrecht nur so schreit“.

Sommer 1986, Magdeburg. Hartmut Tautz ist 18 Jahre alt und hat das Abitur in der Tasche. Er liebt die Musik. Seit früher Kindheit spielt er Klarinette. Der zierliche junge Mann hätte große Pläne, will Musik studieren. Die Realität sieht den NVA-Dienst an der Waffe vor. In ihm gärt der Wunsch nach einem Leben in Freiheit.



Der „mdr“ hat viel über den Fall berichtet. Noch heute hadert seine Mutter Christa mit dem Schicksal, einen so vielversprechenden Sohn so früh verloren zu haben. Sie steht 1986 mit zwei Kindern alleine da, ihr Ehemann ist früh verstorben. Von Hartmuts Plänen ahnt sie nichts. Ihr hat der Sohn von einer Studienreise nach Leningrad erzählt, als er im Juli 1986 aus Magdeburg abreist. Stattdessen nimmt der 18-Jährige den Zug nach Bratislava. Er quartiert sich in der Jugendherberge „Družba“ im Stadtteil Petržalka, unweit der österreichischen Grenze, ein. Und plant den Grenzübertritt.

Hunde abgerichtet

Wovon Hartmut Tautz keine Ahnung hat: Die tschechoslowakischen Grenzschutzwachen bauen in großem Stil auf vierbeinige Helfer. Am Eisernen Vorhang sind zur Bewachung der Grenzanlagen scharfe Hunde „stationiert“. Davon zeugen heute noch Foren der Grenzschutzwache (vojensko.cz). Manche Ehemalige stellen mehr Erinnerungsfotos von Hunden ein als von alten Kameraden, gerade die 11. Kompanie der Brigade Bratislava. Ihre Hunde sind speziell auf Flücht-



Dieser Orden der ČSSR-Grenzschutzwachen zeigt einen Hund und den Schlachtruf „Neprojdou!“. Das bedeutet soviel wie: „Sie werden nicht durchkommen!“ Heinrich Aichinger aus Vohenstrauß, früher beim Bundesgrenzschutz, hat dieses Exemplar für ein Foto zur Verfügung gestellt.

Bild: Meister



„Robo“ und „Rišo“, diese beiden Hunde der 11. Kompanie der Brigade Bratislava, töteten Hartmut Tautz. Der Soldat im Bild war am Tag der Tat nicht der Hundeführer. Repro: Schönberger

de abgerichtet. An einigen Abschnitten muss der Hundeführer nicht einmal Anweisungen geben: Bei Verletzung der Signalwand öffnet sich die Zwingertür und lässt freien Lauf.

Es gibt eine Parallele zwischen der Diktatur des Nationalsozialismus und des Kommunismus: das Bestreben, alles haarklein zu dokumentieren. Schriftsteller Ludek Navara („Vorfälle am Eisernen Vorhang“, Verlag Attenkofer) hat in den letzten 15 Jahren in Archiven gegraben und detaillierte Protokolle hervorgeholt.

Im Fall Tautz sind sogar die Namen der Tiere bekannt, die ihn so schwer verletzten: „Robo“ und „Rišo“, ein Geschwisterpaar. Es handelt sich um sogenannte „selbstständig attackierende Hunde“ (kurz SUP genannt). Von ihrer Existenz ahnt Tautz nichts. Der Klarinetist überquert am Abend des 8. August 1986 den Damm der Bahnstrecke. Um 22.16 Uhr schneidet der Magdeburger einen Signalzaun durch, der Alarm auslöst. Die zwei Grenzsoldaten Ivan H. und Oldrich K. (Jahrgang 1964 und 1967) setzen sich in Bewegung. H. lässt die Hunde von der Leine.

Tautz rennt um sein Leben. 22 Meter fehlen ihm bis Österreich, als ihn die Hunde einholen. Im Maisfeld kommt es zum Überlebenskampf. Die Patrouille gibt später zu Proto-

Tote an der Grenze

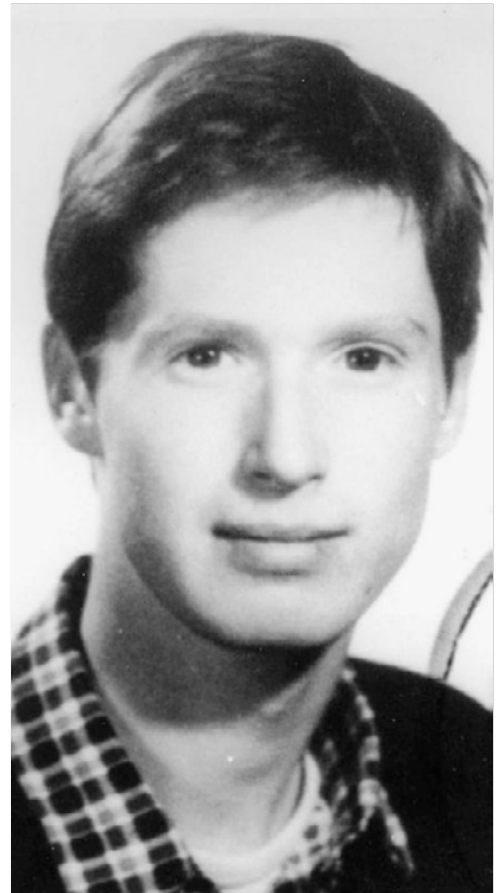
Die „Platform of European Memory and Conscience“ hat Strafanzeige gegen 67 Beschuldigte erstattet, denen der Mord an fünf Deutschen am Eisernen Vorhang zwischen 1948 und 1989 zur Last gelegt wird. Der Bundesgerichtshof hat das Landgericht Weiden für zuständig erklärt. Die Staatsanwaltschaft Weiden hat Ermittlungen aufgenommen. Eine Serie im „Magazin am Wochenende“ stellt die fünf Opfer vor, diese Woche Hartmut Tautz (19). (ca)

koll, dass der junge Mann „Hilfe, Hilfe“ schrie. Tautz wird im Hals- und Kopfbereich fürchterlich verletzt. Erste Hilfe wird nicht geleistet. Erst Stunden später erfolgt der Transport in ein Militärkrankenhaus. Die DDR untersagt nach Überstellung des Leichnams die Öffnung des Sarges.

Aktuelle Pressestimmen

Sein Tod hat seine Angehörigen nie ruhen lassen. Strafverfahren wurden 2009 eingestellt. Neben seiner Mutter Christa hat ihn auch seine Schwester Carola nicht vergessen. Sie war vor Ort, als 2016 am Stadtrand von Bratislava ein Mahnmal enthüllt wurde.

Die slowakische Zeitung „Dennik N“ nimmt das aktuelle Verfahren positiv auf: „Auf Menschen zu schießen oder Hunde auf sie zu hetzen, die auf Führung ausgerichtet sind, nur weil diese Menschen aus einer Diktatur ausbrechen wollen, war und ist ein Verbrechen (...) die Offiziere trugen die Uniform freiwillig. Sie wählten für sich ein Leben voller Vorteile, die sie als Zivilisten nicht gehabt hätten. Dass sie nicht das Land und dessen Bevölkerung schützten, sondern einem verbrecherischen Regime dienten, störte sie nicht. Es verwundert nicht, dass diese Leute bis heute keine Schuld empfinden oder sich mit Gedächtnisverlust herausreden.“



Sein Tod ist Teil der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Weiden: 1986 starb der junge Magdeburger Hartmut Tautz an der tschechoslowakischen Grenze zur Österreich.



Seine blutige Jacke. Das Foto ist Teil der heute zugänglichsten Akten. Bilder: ÚSTR, Institut für das Studium totalitärer Regime Prag (3)



Der Tatort: In einem Maisfeld an der österreichischen Grenze – 22 Meter von der Freiheit entfernt – ringt Hartmut Tautz mit den Schäferhunden.

Im Fall des Kindes David gibt es nur Verlierer

Was muss passieren, bevor ein Kind vom Jugendamt ins Heim gebracht wird? Jan Haarmeyer vom Hamburger Abendblatt berichtet über einen dramatischen Fall in Hamburg und hat mit sämtlichen Beteiligten sprechen können. Herausgekommen ist eine Geschichte, in der es kein eindeutiges Richtig oder Falsch und nur Verlierer gibt.

In Deutschland werden immer mehr Kinder im Heim untergebracht. Die Zahl der Inobhutnahmen hat sich von 2005 bis 2014 fast verdoppelt. Ein Grund scheint zu sein, dass Jugendämter nach zahlreichen Todesfällen schneller bereit sind, Kinder aus den Familien zu nehmen. Der Kriminologe Birger Antholtz nennt deshalb die Kinder- und Jugendhilfe „ein sich selbst auf Staatskosten vergrößern- des System“.

Abendblatt-Autor Jan Haarmeyer schreibt seit mehr als zehn Jahren über Kinderschutzfälle. Im Sommer 2018 recherchiert er einen dramatischen Fall in Hamburg. Es geht um einen fünfjährigen Jungen, der in der Geschichte David heißt. Er lebt bei seiner Mutter, die ihn offenbar gut versorgt, aber auch überlastet ist. Als der Junge in der Kita auffälliges Verhalten zeigt, wird das Jugendamt eingeschaltet. Die Behörde will der Mutter das Sorgerecht entziehen, diese wehrt sich vehement. Vergebens. David wird in einem Heim untergebracht. Dort nehmen seine Auffälligkeiten drastisch zu.

Haarmeyer hat die Entwicklung genau dokumentiert. Er spricht mit sämtlichen Beteiligten und lässt sie

ausführlich zu Wort kommen. Erstmals äußert sich auch das Jugendamt zu diesem Fall.

Herausgekommen ist eine Geschichte, in der es nur Verlierer gibt. Am meisten aber leidet der kleine David, dem die Trennung von seiner Mutter so sehr zusetzt, dass er Selbstmordabsichten äußert. Die Geschichte zeigt aber auch, dass es sich die Behörden nicht leicht gemacht haben.

Im Dezember dann die Wende: Das mittlerweile mit dem Fall befasste Gericht entzieht dem Jugendamt das Sorgerecht und überträgt es auf die Großeltern. Und es kritisiert die Zustände im Heim aufs Heftigste, in dem der Junge „im Grunde nur verwahrt“ worden sei. Ob das mit der Berichterstattung zusammenhängt, sei dahingestellt. Auf jeden Fall darf der inzwischen Siebenjährige jetzt bei seinen Großeltern aufwachsen.

Nach Haarmeyers Erfahrung gibt es bei Geschichten über Kinderschutz meist sehr weit auseinandergehende und äußerst subjektive Wahrnehmungen der Betroffenen. Um dem journalistisch zu begegnen, kann der Redakteur nur empfehlen, mit möglichst vielen Beteiligten möglichst ausführlich zu sprechen.

Hamburger Abendblatt

Auswahlliste

Begründung der Jury

Jan Haarmeyer vom Hamburger Abendblatt schreibt in seinem Feature „Der Kampf um David“ über ein fünfjähriges Kind, das vom Jugendamt in Obhut genommen und ins Heim gebracht wird, ein Vorgang, wie er in Deutschland immer häufiger vorkommt. Der Journalist schildert die Sichtweisen aller Beteiligten: von David, der am meisten leidet, der Mutter und den Großeltern, die um das Kind kämpfen, Juristen, Betreuern und Jugendamt, die um eine Lösung ringen. Dabei wird klar: es gibt kein eindeutiges Richtig oder Falsch. Haarmeyer gelingt es souverän, den dramatischen Fall differenziert und distanziert, dennoch einfühlsam zu schildern. Näher kann man als Journalist der Wahrheit kaum kommen.

Kontakt:

Jan Haarmeyer, Autor beim Hamburger Abendblatt,
T +49 171 / 223 906-1,
jan.haarmeyer@abendblatt.de
Medium: Hamburger Abendblatt
Auflage: knapp 100.000
Verbreitungsgebiet: Hamburg und Umland
Anzahl Lokalteile: 1 Hamburger Lokalteile, 4 Außenredaktionen
Redaktionsgröße: 170

Tipp:

„Wer in solchen Fällen als Journalist den Fehler macht, der Öffentlichkeit nach einem ersten Gespräch, Telefonat oder Hinweis sofort den ‚Schuldigen‘ zu präsentieren, wird seiner Verantwortung nicht gerecht.“

Der Kampf um David

Das Jugendamt nimmt einer Mutter ihren fünfjährigen Sohn. Sie sei **mit der Erziehung überfordert**, glaubt die Behörde und bringt ihn in ein Heim. Was ist da vorgefallen? Was muss überhaupt passieren, bevor der Staat ein Kind von seinen Eltern trennt? Und: Gab es in diesem Fall keinen anderen Ausweg? Jan Haarmeyer dokumentiert die schwierige Suche nach der Wahrheit und der Verhältnismäßigkeit der Mittel



Jasmin Koch am Bett ihres Sohnes David, der seit einem Jahr in einem Heim lebt
 Klaus Bading

Es ist der 30. März 2017, als vor der Wohnung von Jasmin Koch auf Finkenwerder drei Autos, darunter zwei Peterovagen, halten. Zwei Mitarbeiter vom Jugendamt Hamburg-Mitte und vier Polizisten steigen aus und klingeln an der Haustür der alleinerziehenden Mutter im ersten Stock eines grauen Wohnblocks. „Guten Tag, wir möchten Ihren Sohn abholen“, sagen sie. „Wie? Haben Sie einen Beschluss? Nicht? Dann verschwinden Sie, mein Sohn ist nicht da.“ Die ungebetenen Gäste verlassen die Wohnung – und kommen am nächsten Tag wieder. „Hier ist der Beschluss, wo ist Ihr Sohn?“ Jasmin Koch sagt: „Der ist nicht da.“ Es ist der Beginn einer Geschichte, in der es nur Verlierer gibt. Sie beschäftigt seit mehr als einem Jahr Mutter und Großeltern, Sozialarbeiter und Gutachter, Richter und Rechtsanwälte. Und jetzt auch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

Fortsetzung auf Seite 18

Misstände beim größten Vermieter der Stadt aufgedeckt

Immobilienpreise und Mieten in Osnabrück explodieren. Für viele Menschen ist Wohnen kaum noch bezahlbar. Jean-Charles Fays geht dem Thema in einer Serie der Neuen Osnabrücker Zeitung nach. Immer wieder fällt dabei der Name des Wohnungsunternehmens Vonovia. Der Redakteur deckt immer mehr Misstände auf.

Seit Längerem wird in Osnabrück über die Wohnungsnot, steigende Immobilienpreise und eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft diskutiert. Dies arbeitet Lokalredakteur Jean-Charles Fays in einer Serie auf. Er wertet Statistiken aus, die bis auf Stadtteilebene die Immobilien- und Mietpreisentwicklung veranschaulichen. Die Datenbasis für Immobilienpreise bekommt er vom Gutachterausschuss für Grundstückswerte, der jeden Kaufvertrag erfasst. Von Immobilienscout24 beschafft er sich Angaben über die Angebotsmieten in der Stadt und in der Region.

Die Daten werden grafisch in einem Immobilienatlas aufbereitet, der die Lage und Entwicklung aufzeigt. Zu den Folgen der Mietpreissteigerungen spricht der Redakteur mit Vertretern von Sozialverbänden, Mieterverein, Haus- und Grundbesitzern sowie Baugenossenschaften.

Auffallend oft hört Fays bei den Recherchen unschöne Geschichten über das Unternehmen Vonovia, mit knapp 4.000 Wohnungen Osnabrücks größter Vermieter. Die Rede ist von skandalösem Geschäftsgebaren, Profitgier, drastischen Mieterhöhungen.

Viele Mieter haben Angst, öffentlich darüber zu sprechen. Sie befürchten mögliche Konsequenzen oder schämen sich für ihre soziale Situation. Fays findet schließlich zwei Mieterinnen, die von Mieterhöhungen um fast 50 Prozent berichten.

Eine Lawine kommt ins Rollen. Immer mehr Betroffene wenden sich an die Redaktion, schildern weitere Misstände. Politiker, Sozialverbände und Mieterverein greifen das Thema auf. Am Ende der achtwöchigen Serie organisiert die Redaktion eine Podiumsdiskussion, in der sich der Vonovia-Norddeutschland-Chef den Fragen der Betroffenen und der Leserinnen und Leser stellt. Dabei signalisiert er, dass der Konzern das Mietniveau senken werde. Wochen später jedoch korrigiert eine Vonovia-Sprecherin diese Aussage.

Nach der Serie initiieren mehrere Verbände ein Bürgerbegehren für eine kommunale Wohnungsgesellschaft. Der anschließende Bürgerentscheid bekommt eine große Mehrheit.

Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen des Vorwurfs vorsätzlicher Täuschung von Mietern werden eingestellt. Inzwischen klagt ein Mieter vor Gericht, weil die Vonovia bei der Nebenkostenabrechnung zu hohe Beträge in Rechnung gestellt habe.

Tipp:

„Es lohnt sich, einen langen Atem zu haben und Zeit für den Aufbau von Kontakten einzuplanen, um Protagonisten zu finden, die ihre Geschichte auch öffentlich erzählen wollen.“

Auswahlliste

Begründung der Jury

In Osnabrück und der Region ist bezahlbarer Wohnraum knapp. Lokalredakteur Jean-Charles Fays von der Neuen Osnabrücker Zeitung zeigt in seiner Serie auf, wie es zu dieser Situation gekommen ist. Er begegnet Menschen, die nach Modernisierungen mit Mieterhöhungen von fast 50 Prozent konfrontiert sind. Fays verfolgt die Preispolitik des größten Vermieters Vonovia, recherchiert hartnäckig und kommentiert klar. Immer mehr Betroffene melden sich, am Ende stellt sich der Chef von Vonovia Norddeutschland einer Podiumsdiskussion. Letztlich senkt der Konzern Mieterhöhungen um 70 Prozent und erkennt Härtefälle an. Ein überzeugendes Beispiel für Lokaljournalismus, der sich als Anwalt der Leser versteht.

Kontakt: Jean-Charles Fays, Lokalredakteur,
T +49 151 / 111 081-56,
j.fays@noz.de

Medium: Neue Osnabrücker Zeitung
Auflage: verkaufte Auflage der Gesamtausgabe Print: knapp 124.000, Reichweite: 312.000
Verbreitungsgebiet: Stadt und Landkreis Osnabrück und Emsland
Anzahl Lokalteile: 8 Lokalteile
Redaktionsgröße Mantel: 21 Mitarbeiter in der Lokalredaktion für Stadt und Landkreis Osnabrück

REGION

9

Rekordpreise für Häuser in der Region

Neue Serie „Immobilienboom und Wohnungsnot“: NOZ-Immobilienatlas zeigt, wie die Preise explodieren

Nie waren Immobilien in unserer Region teurer. Spitzenreiter bei den Preisen ist Osnabrück mit im Schnitt 345 000 Euro pro verkauftem Ein- und Zweifamilienhaus. Immobilien in der Stadt waren 2017 damit um 15 Prozent teurer als im Vorjahr. Der NOZ-Immobilienatlas zeigt zudem, dass auch die Preise für Eigenheime im Osnabrücker Umland deutlich anziehen.

Von Jean-Charles Fays

OSNABRÜCK Erstmals wurden Ein- und Zweifamilienhäuser in Lotte für durchschnittlich mehr als 300 000 Euro verkauft. So viel musste im Jahreschnitt noch nie für ein Haus im Osnabrücker Speckgürtel bezahlt werden. Auch die Preise in anderen Umlandgemeinden kletterten auf einen Höchststand. So wurde für eine Immobilie in Georgsmarienhütte, Hasbergen, Belm und Wallenhorst durchschnittlich mehr als 260 000 Euro bezahlt – auch hier musste im Schnitt nie zuvor mehr für ein Eigenheim ausgegeben werden.



Das geht aus der Kaufpreissammlung des Gutachterausschusses für Grundstückswerte (GAG) hervor, die unsere Redaktion für den NOZ-Immobilienatlas aufbereitet hat. Der GAG erfasst jeden Kaufvertrag, weil Notare gesetzlich dazu verpflichtet sind, alle Kaufverträge an den GAG zu übersenden.

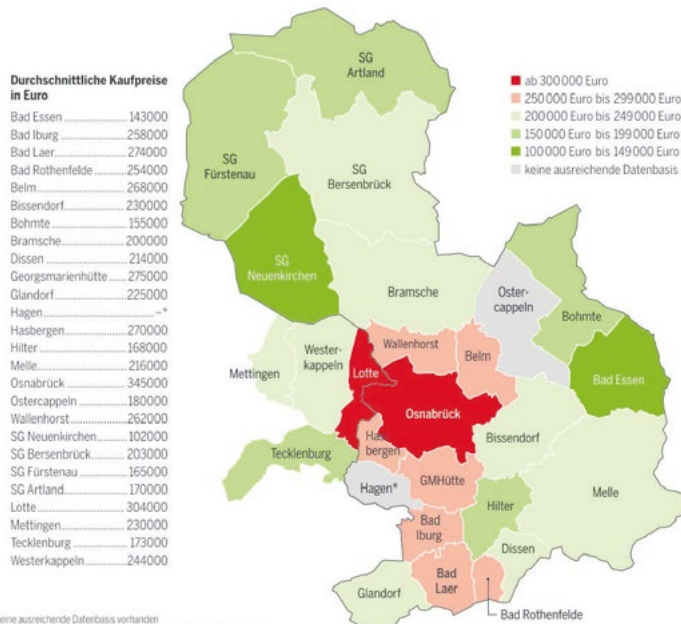
Teure Südkreis-Kurorte

Deutlich teurer wurden die Ein- und Zweifamilienhäuser auch in den Kurorten im Südkreis. In Bad Iburg (258 000 Euro), Bad Laer (274 000 Euro) und Bad Rothenfelde (254 000 Euro) kostete ein Haus durchschnittlich mehr als 250 000 Euro. Im NOZ-Immobilienatlas des vergangenen Jahres hatte Bad Rothenfelde den Landkreis-Immobilienmarkt noch mit durchschnittlich 249 000 Euro für ein Ein- oder Zweifamilienhaus dominiert. Allerdings war ein Haus im westfälischen Lotte mit im Schnitt 275 000 Euro auch im Immobilienatlas des vergangenen Jahres bereits teurer. Ursache für die außergewöhnlich starke Entwicklung in Lotte ist die hohe Nachfrage, die auf ein vergleichsweise knappes Angebot trifft. Das hohe Interesse an der 14 000 Einwohner großen Gemeinde mit dem Fußballdrilligsten Sportfreund Lotte resultiert aus noch höheren Grundstückspreisen in Osnabrück, aus der guten Anbindung zu der direkt an Lotte grenzenden Großstadt Osnabrück und aus der guten Autobahnbindung über das Kreuz Lotte/Osnabrück nach Münster.

„Weiter steigende Preise“

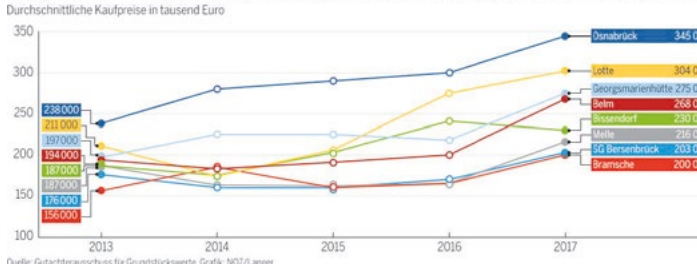
Auch die Immobilien in Melle (216 000 Euro), der größten Stadt des Landkreises, und im Nordkreis werden immer teurer. In der Samtgemeinde Bersenbrück musste im Schnitt erstmals mehr als 200 000 Euro für eine Immobilie bezahlt werden, was einer Preissteigerung von 19 Prozent zum Vor-

So teuer waren Ein- und Zweifamilienhäuser in 2017



*keine ausreichende Datenbasis vorhanden
Quelle: Gutachterausschuss für Grundstückswerte, Grafik: NOZ/Langer

Kaufpreisentwicklung der Ein- und Zweifamilienhäuser in acht ausgewählten Kommunen in der Region Osnabrück



Quelle: Gutachterausschuss für Grundstückswerte, Grafik: NOZ/Langer

KOMMENTAR

Wer kann das noch bezahlen?



Von Jean-Charles Fays

Die Immobilienpreise in unserer Region klettern in schwindelerregendem Tempo in die Höhe. Die Hauspreise in Osnabrück steigen bereits seit Jahren an. Eine durchschnittliche Preissteigerung um 15 Prozent ist aber auch für Osnabrück außergewöhnlich und zeigt, dass die Nachfrage das Angebot um ein Vielfaches übersteigt.

Neu ist, dass die Preise in nur einem Jahr nun auch in großen Teilen des Landkreises prozentual zweistellig zugelegt haben. Wenn bereits in der 14 000-Einwohner-Gemeinde Lotte durchschnittlich 304 000 Euro für ein Ein- oder Zweifamilienhaus verlangt werden, zeigt das, wie viel Druck aktuell im Immobilienmarkt ist. Viele weichen in den Speckgürtel aus, weil sie in Osnabrück entweder kein Haus finden oder es für sie dort schlichtweg unbezahlbar ist.

Aber auch im Landkreis stellt sich die Frage: Wer kann das noch bezahlen? Dank der anhaltenden Niedrigzinsphase können Teile der Mittelschicht die Preise mit Baukreditzinsen von aktuell zwei Prozent vielleicht noch finanzieren, doch Vorsicht ist geboten. Wenn die Zinsen nicht für die gesamte Kreditlaufzeit festgelegt

sind, droht nach 15 oder 20 Jahren eine Nachfinanzierung zu dann vielleicht deutlich höheren Zinsen. Die Politik in Stadt und Landkreis sollte die Preisexplosion als Warnung verstehen, denn verantwortlich dafür ist auch der Wohnraumangel. Deshalb muss dringend investiert und Bauland geschaffen werden, um den Bedarf endlich wieder zu decken.

jahr entspricht. In der Stadt Bramsche stiegen die Preise im Schnitt sogar um 21 Prozent auf 200 000 Euro für ein Ein- oder Zweifamilienhaus. Der Leiter des Immobiliencenters bei der Kreissparkasse Bersenbrück, Gerd Steinkamp, sagt, dass in Orten wie Anklam, Bersenbrück, Bramsche und Quakenbrück sehr wenig gebrauchte Immobilien angeboten würden, und prognostiziert: „Fehlendes Bauland und großes Interesse der Kapitalanleger werden hier zumindest kurzfristig für stabile, eher weiter steigende Preise sorgen.“

Von unserer Redaktion befragte Immobilienexperten (siehe nebenstehende Stimmen der Makler) sehen insgesamt ein sehr knappes Angebot an Wohnimmobilien und eine zum Teil sehr hohe Finanzkraft der Immobilien-

käufer, die im Ergebnis zu dieser Preisexplosion geführt haben. Da das Bauen durch die immer strengeren Vorgaben der Energieeinsparverordnung immer teurer wird, weichen zudem viele Käufer auf Bestandsimmobilien aus, die den weit überwiegenden Teil der Verkäufe in der Region ausmachen. Die zunehmende Nachfrage nach gebrauchten Häusern trägt dazu bei, die Preise in diesem Bereich in die Höhe zu treiben.

Keine Immobilienblase
Eine Immobilienblase sehen der Leiter des Osnabrücker Maklerbüros von Engel und Völkers, Marc-André Lasarz, der Leiter der Immobilienabteilung der Sparkasse Osnabrück, Markus Pörtner, und der Immobilienexperte der Kreissparkasse Bersen-

brück, Gerd Steinkamp, aber nicht, da mit den Immobilienpreisen auch die Mieten steigen würden.

Großer Wohnraumbedarf
Den Berechnungen von Stadt und Kreis zufolge ist der Bedarf an neuem Wohnraum immens: Insgesamt 1274 neue Wohnungen müssten pro Jahr im Landkreis und 501 neue Wohnungen pro Jahr in der Stadt Osnabrück gebaut werden. Laut der Baugenossenschaft Landkreis Osnabrück ist der wichtigste Schritt, dem Wohnraumangel zu begegnen, Bauland aufzukaufen und zügig zu entwickeln.

In der kommenden Samstagausgabe dieser Zeitung lesen Sie Teil 2 der Serie mit dem NOZ-Immobilienatlas für Wohnungen in Osnabrück.

STIMMEN



Markus Pörtner, Leiter der Immobilienabteilung der Sparkasse Osnabrück: „In der Stadt Osnabrück stieg die Zahl der Verkäufe von Ein- und Zweifamilienhäusern im Preisbereich zwischen 400 000 und 450 000 im Vergleich zum Vorjahr um das Doppelte. Im Preissegment über 500 000 stieg die Anzahl nur leicht. Im Landkreis wurde eine Vielzahl von neuen Baugebieten erschlossen und vermarktet. Die Entwicklung der Preise im Landkreis führe ich auf die Ausweibewegung der Käufer zurück, die nicht mehr bereit oder in der Lage sind, die hohen Kaufpreise in der Stadt Osnabrück zu zahlen. Davon profitieren am stärksten die Kommunen im Speckgürtel von Osnabrück.“



Marc-André Lasarz, Leiter des Osnabrücker Maklerbüros von Engel und Völkers: „Das Angebot in der Stadt ist sehr knapp und die aufgerufenen Preise für junge Familien nicht mehr bezahlbar. Zwangsläufig gehen die Interessenten an den Rand. Die Immobiliensuchenden wählen dann Gemeinden, die selbst über gute Infrastruktur verfügen und bei denen eine gute Anbindung nach Osnabrück und Münster gegeben ist. Wir stellen aufgrund der hohen Kaufpreise fest, dass der Interessent quasi in den Altbestand zieht, da das eigentliche Budget aufgebraucht ist. Nur ein ganz geringer Teil der Käufer reißt den Altbestand ab und baut neu. Wir sehen den Zeit bei den Preisen erreicht. Der Lagefaktor ist nach wie vor für die Interessenten wichtiger als das Objekt selber oder der Energieausweis.“



Rainer Kellermann, Leiter der Immobilienvermittlung der Kreissparkasse Melle: „Melle-Mitte und der unmittelbare Randbereich sind weiter stark nachgefragt. Aber auch die einzelnen Ortsteile mit guter Verkehrsanbindung und Infrastruktur sind insbesondere bei Familien beliebt. Der sprunghafte Preisanstieg in nur einem Jahr lässt sich damit begründen, dass eine Vielzahl jüngerer Häuser verkauft wurde. Menschen, die zum Beispiel in Osnabrück arbeiten, nutzen das trotz Preissteigerungen immer noch günstigere Angebot in Melle aus.“

Fotos: Michael Muench, Lichtbildmanufaktur, Atelier am Markt

Die neue Serie zum Immobilienboom

Mittwochs und samstags finden Sie in den kommenden Wochen auf der Seite „Region“ die neue Serie mit dem Titel „Immobilienboom und Wohnungsnot“. Anlass für die Serie sind die in Stadt und Landkreis extrem anziehenden Immobilienpreise. Verantwortlich für den **Immobilienboom** ist auch die **Wohnungsnot** in der Region. Neben der **Kaufpreis-**

entwicklung von Häusern und Wohnungen beleuchtet unser Redakteur in weiteren Serienteilen daher auch die damit einhergehende **Mietpreisexplosion für Wohnungen und Gewerbe**. Eine andere Geschichte beleuchtet die aktuellen **Studie eines Immobiliendienstleisters**, die Osnabrück trotz der steigenden Preise als die Stadt beschreibt, in der Immobili-

enkäufer wegen der zu erwartenden Renditen weiterhin ein Schnäppchen machen können. Ein Aspekt der Wohnungsnot ist der zunehmende **Mangel an Sozialwohnungen**. Investoren wird oft vorgeworfen, dass sie der Sozialwohnungsbau nicht interessieren. Ein **privater Investor** beweist das Gegenteil und sagt, warum **er sich auf Sozialwohnungen spezialisiert** hat.

Die Nazivergangenheit einer Fasnachtsikone aufgedeckt

Kaum eine Personengruppe ist empfindsamer als die Narren. Sie zu kritisieren gleicht einem Ritt auf der Rasierklinge. Entsprechend kritisch ist die Reaktion, als der Südkurier herausfindet, dass eine Fasnachtsikone einst eine Nazigröße und ein Kriegsverbrecher war. Doch die Redaktion beweist Rückgrat.

Die schwäbisch-alemannische Fasnacht genießt im Schwarzwald, am Hochrhein und am Bodensee allerhöchste Bedeutung. Eine der herausragenden Fasnachtsfiguren am Bodensee ist Willi Hermann (1907–1977). Unter anderem schrieb er zahlreiche Fasnachtslieder, die heute noch gesungen werden. 2018 wäre Willi Hermann 111 Jahre alt geworden, ein für Narren gewichtiges und rundes Datum. Um den Komponisten zu ehren, lässt eine Konstanzer Narrenvereinigung seine Lieder neu arrangieren und will sie an einem Galaabend präsentieren.

Als die Narrenvereinigung anfragt, sagt der Südkurier sofort zu, das Programmheft zu gestalten. Natürlich gehöre auch eine Biografie von Willi Hermann dazu, so die Redakteure. Doch so sehr Jörg-Peter Rau und Uli Fricker auch recherchieren und obwohl sie sich mit alten Weggefährten treffen, sogar die Tochter interviewen – die Jahre zwischen 1930 und 1945 lassen sich in der Biografie von Willi Hermann nicht rekonstruieren. Das macht die Journalisten stutzig, und sie bitten den Stadtarchivar von Konstanz um Unterstützung, einen ausgewiesenen Experten in der Erforschung von NS-Karrieren.

Anfragen in Archiven in Karlsruhe, Stuttgart, Berlin und Paris bringen schnell ans Licht: Willi Hermann war Propagandaredner der Nazis, Mitglied der allgemeinen SS und nachweislich an Kriegsverbrechen auf der griechischen Insel Kefalonia beteiligt. 1943 wurden dort 5.200 italienische Soldaten von Deutschen hingerichtet, eines der großen Massaker des Zweiten Weltkriegs. Mittendrin: Willi Hermann. Kein Mitläufer, ein Täter. Nach Krieg und Internierung kehrte Hermann in seine Heimat zurück. Niemand fragte nach seiner Vergangenheit.

Obwohl es zarte Verhinderungsversuche durch manche Narren gibt, veröffentlicht der Südkurier die Wahrheit über die Fasnachtsikone. Danach entflammt eine breite Diskussion, viele Leserbriefe erreichen die Redaktion. Tenor: Man müsse die Toten doch auch mal ruhen lassen, und fröhliche Lieder eines Kriegsteilnehmers seien ja nicht so schlimm. Die Redaktion bleibt jedoch bei ihrer Linie. Die Narren ziehen Konsequenzen und sagen das Galakonzert zu Ehren Willi Hermanns ab. Bei offiziellen Anlässen werden seine Lieder heute nicht mehr gespielt.

Tipp:

„Redaktionen sollten sich nicht scheuen, externen Sachverstand zu nutzen. In unserem Fall hat der Stadtarchivar eng mit uns zusammengearbeitet und Quellen erschlossen, die für uns nicht zugänglich gewesen wären.“

SÜDKURIER

Auswahlliste

Begründung der Jury

Die schwäbisch-alemannische Fasnacht gilt im Südwesten als sakrosankt. Das Brauchtum verbindet Generationen und Gesellschaftsschichten, die Protagonisten zu kritisieren, berührt die Identität der ganzen Region. Jörg-Peter Rau und Uli Fricker vom Südkurier wagen es dennoch. Ihre Recherchen, bei denen sie eng mit einem Historiker zusammenarbeiten, enttarnen die Fasnachtsikone Willi Hermann als Nazigröße und Kriegsverbrecher. Seine Lieder werden seither nicht mehr gespielt. Die Berichterstattung sorgte für kontroverse Reaktionen, viele wünschten sich, die Vergangenheit ruhen zu lassen. Die Redaktion hielt trotzdem unbeirrbar daran fest, die Wahrheit aufzudecken, so schmerzhaft sie sein mag.

Kontakt: Jörg-Peter Rau, Chefredaktion Lokales, T +49 7531 / 999 151-0, joerg-peter.rau@suedkurier.de

Medium: Südkurier

Auflage: 119.000

Verbreitungsgebiet: Bodensee, Schwarzwald und Hochrhein

Anzahl Lokalteile: 16

Redaktionsgröße: 100 Redakteurinnen und Redakteure

SÜDKURIER NR. 183 | K
FREITAG, 10. AUGUST 2018

Schatten über einer Fasnachts-Ikone

- Konstanzer Schlager-Komponist war überzeugter Nationalsozialist
- Neue Forschung fördert Willi Hermanns erstaunliche Karriere vor 1945 zutage
- Der spätere Bütten-Star der Niederburg diente als NS-Propagandaredner

VON ULI FRICKER
UND JÖRG-PETER RAU

Willi Hermann. Gut möglich, dass dieser Name Ihnen erst einmal nichts sagt. Genauso gut ist aber möglich, dass Sie das kennen, was er geschaffen hat. Dass Sie seine Lieder schon einmal gehört haben. In einem der zahlreichen Narrenkonzerte, die jedes Jahr im Januar und Februar über die Bühnen der Region gehen, oder im Finale der Fernsehfasnacht, die der Südwestrundfunk jedes Jahr aus dem Konstanzer Konzil überträgt. Gut möglich sogar, dass Sie schon einmal mit Inbrunst mitgesungen haben. „Ja, wenn der ganze Bodensee / ein einzig Weinfass wär“. Oder „Mädle, wenn vu Konstanz bisch / warum kaa'sch Du it kisse“. Solche Fasnachts-Sachen, die mit ihren etwas aus der Zeit gefallenen Texten und den Melodien, die man einst als schmissig bezeichnete, auf anheimelnde Art Gemeinschaft schaffen. Hinterlassen hat sie: Willi Hermann.

Sein 111. Geburtstag steht in diesem Jahr an, ein närrisches Jubiläum für den 1907 in Stockach geborenen Komponisten. Seine Lieder sind zu Schlagern der Fasnacht geworden. In Konstanz, in Stockach, in den grenznahen Schweizer Nachbarorten. Doch wer war der Mann, der nun schon der zweiten Generation von Fasnachtern dieses Erbe hinterlassen hat? Die Große Narrengesellschaft Niederburg, einer der Aktivposten in der Konstanzer Fasnacht, will Willi Hermann würdigen. Mit einem großen Konzert zu Hermanns Geburtstag am 23. November, bei dem die Lieder neu erklingen sollen, mit stimmungswaltigen Solisten und arrangiert für das große Orchester der Südwestdeutschen Philharmonie, vor möglichst zweimal ausverkauftem Saal im Konzil.

Der Konstanzer Dirigent, Chorleiter und ehemalige Pädagoge, Wolfgang Mettler, hat bereits hunderttausende Noten für die große Partitur gesetzt, da kommt eine Frage auf. Was wissen wir eigentlich über Willi Hermann? Die Quellenlage ist zunächst dünn. Ein paar Fotos gibt es von ihm. Einen Nachruf

aus dem SÜDKURIER von 1978, überschrieben mit dem Titel „Seine Lieder leben weiter“. Wie alle anderen Zeugnisse und wie die Gespräche mit Narren und anderen, die Willi Hermann nahe standen, hat das gesicherte Wissen eine Leerstelle. Geboren in Stockach, Abitur in Freiburg, nach den Kriegswirren nach Konstanz gezogen.

Was aber war zwischen dem Abitur 1926 und den ersten Spuren in Konstanz 1949? War Willi Hermann, der die Jahre der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Krieges als erwachsener Mann erlebt hat, einer von jenen Millionen Männern, die zur Wehrmacht eingezogen wurden und dort fremde Befehle ausführten? War er Mittläufer im NS-Apparat wie so viele andere? Oder fügt sich sein Leben ein in eine Reihe von Konstanzer Biografien, die in den vergangenen Jahren neu geschrieben werden mussten?

Es gibt in Konstanz mehrere Fälle, in denen erst nach Jahrzehnten Licht ins Dunkel kam. Bruno Helmle (1911-1996), früherer Oberbürgermeister, war als Finanzbeamter tief ins NS-Regime verstrickt und bereicherte sich an jüdischem Eigentum; die Ehrenbürgerwürde hat die Stadt ihm in der Folge aberkannt. Hans Robert Jauss (1921-1997), Literaturwissenschaftler von internationalem Rang, Gründungsprofessor der Universität Konstanz, wollte mit einer angeblichen Namensverwechslung von seinen Taten als Mitglied der Waffen-SS ablenken, die Hochschule ging, durchaus zum Missfallen von manchen Wegbegleitern Jauss', auf Distanz. Auch in Konstanz wird über Erzbischof Conrad Gröber (1872-1948), den einstigen Pfarrer in der Stadt, diskutiert. Noch ist eine Strafe nach dem Geistlichen benannt, dessen Bild als angeblicher Kritiker des NS-Regimes immer hässlichere Risse bekommt. Den Namen Wilhelm-von-Scholz-Weg, erinnernd an den bis zuletzt linientreuen und am Altersruhesitz Konstanz verstorbenen Dichter (1874-1969), hat der Gemeinderat bereits aus dem Stadtplan getilgt.

Worauf könnte die Lücke im Lebenslauf Willi Hermanns hinweisen? Aus den Gesprächen zwischen dem SÜD-

KURIER und der Narrengesellschaft Niederburg unter ihrem Präsidenten Mario Böhler entwickelte sich eine Frage, bei der die Wucht der Antworten zunächst in keiner Weise abzuschätzen war. Die Redaktion ging auf Jürgen Klöckler zu, den Konstanzer Stadtarchivar, der sich als Forscher zum 20. Jahrhundert einen Namen gemacht hat und mit einer Arbeit unter anderem über Bruno Helmle seinen Professorentitel erworben hat. Auch er ging ohne gesicherte Fakten auf eine Forschungsreise durch neun Archive zwischen Konstanz, Freiburg, Paris und Berlin. Das Ergebnis ist: Willi Hermann war tief ins NS-Regime verstrickt. Bereits 1931 trat er der NSDAP bei, wurde früh als Propaganda-Funktionär Angestellter der Partei, als Wehrmachtssoldat war er in Griechenland in ein schweres Kriegsverbrechen verwickelt.

Auch Jürgen Klöckler ist über seine Forschungsergebnisse überrascht. Er war, ohne Vorgaben und ohne vorweggenommenes Ziel, in wissenschaftlicher Manier an die Fragestellung herangetreten. Die Anfrage hatte seine Neugier geweckt. Und das Bild, das entstand, ist nicht das eines Mittläufers im System. Es ist ein Bild, das den Blick nicht nur auf Willi Hermann verändert. Die Lebensgeschichte des Mannes, der die beliebten Schlager schrieb, der die große Bühne liebte, der seine Zuhörer mitreißen konnte – sie wirft weitere Fragen zur Nachkriegsgeschichte der Fasnacht und zu den Biographien ihrer Akteure auf und hat die Wucht, die Fasnacht bis in ihre Grundfesten zu erschüttern. In Konstanz, in Stockach und auch anderswo. Urteile sind dabei nicht zu fällen. Aber was aus Willi Hermanns Liedern wird, die auch wir SÜDKURIER-Mitarbeiter noch im Januar 2018 vollkommen unbeschwert mitsangen: Die Diskussion ist eröffnet.

Wir gehen die Konstanzer Narrengesellschaft Niederburg und das Stockacher Hohe Grobgünstige Narrengericht mit dem überraschenden neuen Wissen über ihren langjährigen und verdienten Narrenfreund um? Wir berichten in der Samstagausgabe.



Sein bekanntestes Lied ist „Ja, wenn der ganze Bodensee“. Es gilt als Hymne der Konstanzer Fasnacht und ist durch die Übertragung im SWR-Fernsehen landesweit bekannt geworden. BILDER (2): ULI FRICKER



Willi Hermann (rechts) als närrischer Redner in Stockach. Dort und in Konstanz hatte er die Nachkriegs-Fasnacht entscheidend geprägt. Das Jahr ist unbekannt. BILD: PRIVAT

Willi Hermann, geboren 1907 als Wilhelm Hermann in Stockach und gestorben 1977 kurz nach seinem 70. Geburtstag in Konstanz, prägt die Fasnacht bis heute. Er war in den 50er, 60er und 70er Jahren in der Konstanzer Narrengesellschaft Niederburg und beim Hohen Grobgünstigen Narrengericht seiner Heimatstadt Stockach engagiert.

Hermanns Vermächtnis sind viele Lieder, für die er Texte und Musik schuf. Zu ihnen gehören „Alte Häuser, junge Herze“, „E echt's Konstanzer Frichtle“, „Du alte Vater Rhii“, der Hemdglonkermarsch, „I bin und bleib in Stockemer“, aber auch „Langsam, langsam geht's bei uns“, „Mer bauet uns e Bruck“ oder „Konstanz mueß mol Großstadt werdet“.

Hermanns Themen schöpfen aus dem Lokalkolorit. Neben der Fasnacht wird vor allem der Wein als Sinnbild für die Geselligkeit viel besungen. Manche Lieder sind auch ironische Kommentare auf die Veränderungen in Stadt und Region, oft geprägt von dem Wunsch, eine, wie auch immer geartete, gute alte Zeit möge erhalten bleiben.

Laborredaktion testet Lokaljournalismus der Zukunft

Wie sieht der Lokaljournalismus der Zukunft aus? Um das zu beantworten, macht die Westdeutsche Allgemeine Zeitung die Redaktion Bochum zum Labor. Das „Projekt Bochum“ soll auf allen Kanälen neue Rubriken, Darstellungs- und Erzählformen testen. Die Philosophie: Mut zu Neuem, aber auch Mut zum Scheitern haben.

Das lateinische Wort *probo* heißt: Ich erprobe. Eine weitere Bedeutung der Abkürzung ProBO, die eigentlich für Projekt Bochum steht. Das ist ein Feldversuch für modernen, innovativen Lokaljournalismus. Das Experiment beginnt 2017 und endet nach knapp zweijähriger Laufzeit Ende 2018.

Neue Ideen in der digitalen Berichterstattung, Lesernähe, Relevanz, Zugang zu neuen Zielgruppen – alle Zukunftsprojekte werden in einer Lokalredaktion vereint. Alles soll ausprobiert, Gutes beibehalten und Ansätze, die sich nicht bewähren, auch wieder verworfen werden. Um das aufwendige Projekt zu stemmen, erhält die Bochumer Redaktion dafür zwei zusätzliche Stellen.

Die Laborredaktion testet auf allen Kanälen neue Rubriken und Darstellungsformen, entwickelt Formate, Workflows und Produktideen. Die Leser werden eingebunden. Sie können unter anderem per Fragebogen abstimmen, welche Themen sie in der Zeitung finden wollen.

Mehr als 1.100 Leserinnen und Leser machen sich die Mühe. Ihre Lieblingsthemen: Kommunalpolitik, Natur und Umwelt, Stadtgeschichte, Sicherheit, Verkehr, natürlich der eigene

Stadtteil, aber auch Nachrichten aus anderen Vierteln. Entsprechend wird nicht nur die Berichterstattung an den Wünschen ausgerichtet. Auch die Buch- und Blattstruktur wird umgestellt. Damit erhalten alle Leser alle Stadtteilseiten.

Die Redaktion probiert digitale Storytelling-Formate. Sie erfüllt die Sehnsucht der Leser nach Positivem mit einer monatlichen „Seite der guten Nachrichten“. Um einen neuen Blick auf Familienthemen zu finden, begleitet die Redaktion eine ausgewählte Familie zwei Jahre lang durch den Alltag.

Was nicht funktioniert, wird wieder eingestellt. Was erfolgreich ist, etwa die hyperlokalen Datenseiten oder die Leserelemente, wird von allen WAZ-Lokalredaktionen übernommen.

Das Projekt liefert nicht nur zahlreiche Erkenntnisse zu Leser- und User-Interessen und inhaltliche Impulse, es hat auch messbare, positive Auswirkungen auf die Entwicklung der Auflage in Bochum. 2019 wird das Laborprojekt in der Lokalredaktion Essen fortgesetzt.

Die zentrale Frage lautet: Wie kann eine Lokalredaktion gezielt exklusive, hochwertige Inhalte erstellen, in die Nutzer Zeit und Geld investieren?

WAZ

Auswahlliste

Begründung der Jury

Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung macht die Bochumer Lokalredaktion zum Labor. „ProBO“ (Pro Bochum) heißt das einzigartige Langzeitexperiment, das konkrete Lösungen für den Lokaljournalismus der Zukunft entwickeln soll. Die Redakteure probieren neue Erzählformate, Kanäle und Darstellungsformen aus. Leser und User werden von Anfang an eingebunden. Was gut ankommt, wird beibehalten bzw. weiterentwickelt, erfolgreiche Teilprojekte von anderen WAZ-Redaktionen übernommen. Was nicht funktioniert, wieder verworfen. Mut zum Scheitern wird hier glaubwürdig in die Praxis umgesetzt und – neben Kreativität und Konsequenz – zum wesentlichen Faktor für langfristigen Erfolg.

Kontakt: Andreas Tyrock, Chefredakteur,

T +49 201 / 804 220-0,
chefredaktion@waz.de

Medium: Westdeutsche Allgemeine Zeitung

Auflage: verkaufte Auflage insgesamt ca. 274.000 (12/17), Lokalausgabe Bochum knapp 42.000

Verbreitungsgebiet: Ruhrgebiet, hier: Bochum

Anzahl Lokalteile WAZ insgesamt:

19, Bochum: 4 Stadtteilausgaben

Redaktionsgröße Lokalredaktion

Bochum: 11 Redakteursstellen

Tipp:

„Planen, machen, analysieren, Fehler zulassen. Gute Ideen und Projekte ausbauen und nachhalten.“



FOTOGRAFIE: WWW.MIRIAMFISCHER / FOTOS: MINGO / HANS BLOSSEY / MONTAGE: MARCELO MAZZA

Von Philipp Wahl und Thomas Schmitt

Darum geht's

Das „Projekt Bochum“ (ProBO) ist ein lokaljournalistisches Pilotprojekt der WAZ. Die Bochumer Lokalredaktion wird ihre Arbeit in den kommenden zwei Jahren noch stärker an den Bedürfnissen der Leser ausrichten und Journalismus dabei auch mal in experimenteller Weise „querdenken“. Das Ziel: Wir wollen unsere Berichterstattung in der Zeitung und im Internet modernisieren und verbessern.

Ein Schwerpunkt wird dabei das Geschehen in den Stadtteilen und Nachbarschaften sein, ein anderer der lebendige Austausch mit unseren Lesern – auch mit den kritischen und unzufriedenen. Nur so, davon sind wir überzeugt, können wir die WAZ für Sie noch lesenswerter schreiben und gestalten.

Die Erfahrungen aus Bochum sollen auch andere Lokalredaktionen der WAZ nutzen können.

Neue Formate

Im Lokalteil werden Sie ab jetzt häufiger neue Rubriken und Serien entdecken. Wir möchten bei der Einführung von Formaten behutsam vorgehen und dazu immer wieder die Meinung unserer Leser einholen – am WAZ-Mobil ebenso wie in Gesprächsrunden, bei Facebook und in Umfragen.

Damit Sie sofort erkennen, dass es sich um ProBO-Inhalte handelt, markieren wir diese am Textanfang oder mit dem Logo. Melden Sie sich bitte bei uns, wenn Ihnen etwas gefällt. Und melden Sie sich bitte auch, wenn Sie eine Neuerung für keine gute Idee halten – zum Beispiel per E-Mail an die Adresse ProBO@waz.de.

ProBO
»Projekt Bochum
Für Ihre WAZ der Zukunft

Projekt Bochum – eine Offensive für unsere Leser

Die Redaktion will mit den Bochumern noch stärker ins Gespräch kommen – auch über die WAZ. Was ProBO Abonnenten bringt

Name und Logo

„ProBO“ verwenden wir als Abkürzung von „Projekt Bochum“. „BO“ steht wie auf dem Kfz-Kennzeichen für Bochum, der Umriss des Stadtgebietes steht im Mittelpunkt des Logos. Im Lateinischen bedeutet „pro“ auch „für“: Unser WAZ-Projekt ist ein Projekt für Bochum – die Stadt und die Menschen hier sollen vom kritischen und konstruktiven Journalismus der Redaktion profitieren.

Darüber hinaus bedeutet „probo“ als eine Form des lateinischen Verbs probare: ich prüfe, erprobe, untersuche. Wir wollen in Bochum neue Formen des Lokaljournalismus erproben – und dabei auch selbstkritisch Ansätze verwerfen, die nicht funktionieren.



Die **WAZ**-Familie

Suchaktion und Serie

Die ersten ProBO-Neuheiten finden Sie heute in Ihrer WAZ für Bochum: die „Tour der guten Nachrichten“, die Rubrik „Unsere Leser“ und die Vorstellung unserer Redakteure auf der Bürgerseite. In den Ausgaben der kommenden Woche werden Sie von unserer Suche nach der „WAZ-Familie“ erfahren: Während der nächsten zwei Jahre wollen wir eine Familie begleiten und an ihrem Beispiel berichten, was Kinder, Eltern und Großeltern in Bochum bewegt.

Neu ist auch unsere Serie über Bochums Stadtteile: Wir werden alle 30 jeweils ganzseitig mit Zahlen und Grafiken vorstellen. Die grafische Aufbereitung und journalistische Auswertung von Daten ist ein weiterer ProBO-Schwerpunkt.

Befragung zur WAZ

Unsere Redaktion will noch stärker die Themen aufgreifen und erklären, die für Bochumer wichtig sind. Dazu möchten wir immer wieder gezielt die Perspektive derjenigen einnehmen, für die wir arbeiten: Ihre, liebe Leserinnen und Leser.

Wir setzen deshalb darauf, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen – auch über Ihre Erwartungen an die WAZ. Die können Sie uns in Kürze ganz einfach mitteilen: Wir haben einen Fragebogen vorbereitet. Auf dem können Sie ankreuzen und eintragen, was Sie (nicht) interessiert, was Sie gern lesen (möchten).

Den Fragebogen und alle Informationen dazu drucken wir in der kommenden Woche im Lokalteil ab.

Wie wir arbeiten

Das Vertrauen vieler Menschen in Journalisten und in redaktionelle Arbeit hat gelitten. Wir nehmen das sehr ernst und wollen darum unsere Methoden offenlegen. Auch dazu soll ProBO dienen. Wir zeigen Interessierten gerne, wie wir recherchieren, berichten und kommentieren.

Am WAZ-Mobil etwa können Sie mit uns diskutieren und sich dort in unserer gläsernen Redaktion anschauen, wie wir Zeitungsseiten füllen und wie wir im Internet live über unsere Ausflüge mit dem WAZ-Mobil berichten.

Wir verraten Interessierten auch, was uns beim Projekt Bochum als Journalisten beschäftigt: Das können Sie demnächst zum Beispiel online in unserem ProBO-Blog nachlesen.

Langzeitprojekt begleitet Jugendliche in Brandenburg

Wie lebt es sich als Jugendlicher in Brandenburg? Was hält junge Menschen in ihrer Heimat, was treibt sie weg? Volontäre der Märkischen Allgemeinen Zeitung begleiten sieben Teenager über mehrere Jahre hinweg auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben. Dokumentiert in einem multimedialen Webspécial.

Jean fühlt sich wohl, wenn er am Steuer seines Traktors sitzt. Ireen engagiert sich im „Bündnis gegen Rechts“. Paul verbringt seine Freizeit am liebsten auf der Bowlingbahn. Friederike geht zum Tanzen und in die Kirche. Florian macht eine Ausbildung zum Krankenpfleger. Luisa lebt vegan und liebt das Schreiben. Stanley engagiert sich bei der Feuerwehr.

Die Hintergründe der Teenager könnten unterschiedlicher kaum sein. Gemeinsam haben sie, dass sie in Brandenburg leben. In dem cross-medialen Langzeitprojekt „Jugend in Brandenburg“ erzählen sie über ihr Leben, ihre Freunde, ihre Träume.

Um diese Idee umzusetzen, gehen die Volontärinnen und Volontäre der MAZ auf Protagonistensuche. Kein leichtes Unterfangen. Gesucht werden Jugendliche aus verschiedenen Landesteilen, die bereit sind, sich über mehrere Jahre hinweg immer wieder mit den jungen Journalisten zu treffen. Außerdem ist die Einwilligung der Eltern erforderlich. Schließlich gelingt es, sieben Teenager zu finden, die alle Voraussetzungen erfüllen und bei Projektbeginn zwischen 14 und 18 Jahre alt sind.

Etwa zwei- bis dreimal im Jahr treffen sich die Volontärinnen und Volontäre mit ihren Protagonisten und reden mit ihnen über deren Leben: Was gibt es Neues in der Schule, in der Ausbildung, im Privaten? Wie haben sich Ziele und Pläne unter Umständen geändert? Die Gespräche werden in Text, Bild und Video aufgezeichnet und in dem Webspécial veröffentlicht. Einzelne Beiträge finden auch ihren Weg in die gedruckte Zeitung. Dazu kommen Hintergrundinformationen zu Themen wie Bildung, Familie, Demografie und Interviews mit Jugendforschern und Politikern. Nach dem Ende ihres zweijährigen Volontariats übergeben die jungen Kollegen ihre Schützlinge an die nächste Volontärgeneration.

Hinter dem Projekt steckt ein großes Thema der Landespolitik: der demografische Wandel. In den Randregionen Brandenburgs wie der Prignitz oder der Uckermark schrumpft die Bevölkerung dramatisch, während sie im Speckgürtel rund um Berlin wächst. Daraus ergeben sich sehr unterschiedliche Lebensperspektiven gerade für junge Menschen.

Das Webspécial wird ständig aktualisiert. Regelmäßig erscheinen auch Artikel in der Printausgabe der Märkischen Allgemeinen.

Auswahlliste

Begründung der Jury

Die Volontäre der Märkischen Allgemeinen Zeitung (MAZ) begleiten über mehrere Jahre Jugendliche aus unterschiedlichen Regionen des Bundeslands, vom Speckgürtel Berlins bis zu den dünn besiedelten Gegenden der Prignitz und der Uckermark, auf ihrem Weg ins Erwachsenenleben – sieben Menschen, sieben unterschiedliche Lebenskonzepte. Immer wieder besuchen sie „ihre“ Jugendlichen und lassen sie erzählen, von Träumen und Plänen und vom Alltag. Das Multimedia-Langzeitprojekt erzeugt einen ganz eigenen Sog, es lässt Leser und User mit Hilfe von Reportagen, Videos und Audio-Formaten in andere Erfahrungswelten eintauchen und unmittelbar nachvollziehen, was demografischer Wandel wirklich bedeutet.

Kontakt: Henry Lohmar, kommissarischer Chefredakteur, T +49 331 / 284 025-1, henry.lohmar@maz-online.de

Beteiligte Autorinnen und Autoren:

Christin Iffert, Victoria Barnack, Christina Koormann, Josefine Kühnel, Ansgar Nehls, Annika Jensen, Jonas Nayda, Fabian Lamster, Jan Russezki, Hannah Rüdiger und der freie Fotograf Friedrich Bungert, der einen Großteil der Bilder und Videos beisteuerte

Medium: Märkische Allgemeine
Auflage: knapp 100.000 (IWV IV/2018), Reichweite: 385.000
Verbreitungsgebiet: westliches Land Brandenburg
Anzahl Lokalteile: 15
Redaktionsgröße: ca. 100
Link: jugend.maz-online.de

Tipp:

„Vertrauen ist das A und O bei der Arbeit mit Jugendlichen. Wir haben den Volontären Zeit gegeben, die Protagonisten auszusuchen und eine Beziehung zu ihnen aufzubauen. Das zahlt sich aus.“

Jung und Alt in Brandenburg

46,5

Jahre alt ist der Durchschnittsbürger in Brandenburg laut der Statistik der Bundesagentur für Arbeit...

2

Dabei ist Brandenburg auf dem 2. Platz in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit...

Hier wohnen die Jugendlichen:



12

Geburten legt das Amt für Statistik Brandenburg fest...



Video, Bilder und Hintergründe im Netz

Mehr als zwei Millionen Jugendliche sind im Netz...

Dabei ist unter anderem auch die Statistik der Bundesagentur für Arbeit...



Njan Nikisch ist 19 Jahre alt. Er hat eine Ausbildung zum Fachinformatiker...



Luisa Lieske ist 17 Jahre alt. Sie ist Schülerin an der...



Florian Knaut ist 17 Jahre alt. Er ist Schüler an der...



Friederike Kukka ist 16 Jahre alt. Sie ist Schülerin an der...



Paul Sullivan Purjus ist 17 Jahre alt. Er ist Schüler an der...



Ireen Beyer ist 17 Jahre alt. Sie ist Schülerin an der...



Stanley Moewes ist 17 Jahre alt. Er ist Schüler an der...



Ireen Beyer ist 17 Jahre alt. Sie ist Schülerin an der...

„In Brandenburg ist es nicht so anonym“

Jugendministerin Britta Ernst (SPD) setzt auf aktive Familienpolitik...

Frei Ernst, Sie selbst sind in Hinblick auf die Schule engagiert...

In ländlichen Regionen Brandenburg brauchen die Schulen...

Was ist für Sie die Unterschiedlichkeit zwischen anderen Bundesländern...

Was kann man tun, damit wieder mehr junge Menschen in Brandenburg leben wollen?

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Wie soll das gelingen?...

Gehen oder bleiben?

Sieben Jugendliche, sieben Biografien. Wie lebt es sich in Brandenburg? Was sind die Träume und Ideen der jungen Märker? Die MAZ-Volontäre wollen es wissen – und starten ein Langzeitprojekt.

Doch was, wenn Njan Nikisch nicht in Brandenburg bleibt, sondern in seinem Heimatort... Die MAZ-Volontäre wollen es wissen – und starten ein Langzeitprojekt.

Doch was, wenn Friederike Kukka nicht in Brandenburg bleibt, sondern in ihrem Heimatort... Die MAZ-Volontäre wollen es wissen – und starten ein Langzeitprojekt.

Das Langzeit-Projekt der MAZ-Volontäre... Die MAZ-Volontäre wollen es wissen – und starten ein Langzeitprojekt.



MAZ-Volontäre machen die Biografie der Jugendlichen für das Langzeit-Projekt...



MAZ-Volontäre machen die Biografie der Jugendlichen für das Langzeit-Projekt...

Facetten der Heimat auf allen Kanälen präsentiert

Nicht altmodisch und heimelig, sondern neu und anders – so nähern sich die Azubis der Südwest Presse dem Thema Heimat. Sie erzählen multimediale Heimat-Geschichten; sie bringen den Heimat-Begriff in Wort, Gesang und Bild auf die Bühne; und sie entwickeln ein eigenes Produkt, um das Projekt zu finanzieren.

In jedem Jahr stellen die Auszubildenden, Studenten und Volontäre der Südwest Presse ein gemeinsames Projekt auf die Beine. Diesmal nehmen sie sich den Begriff Heimat vor. Was verstehen wir darunter? Was fällt den Leserinnen und Lesern dazu ein? Am Ende steht eine eigene Marke namens „heimherz“.

Das Projektteam plant nicht nur ein multimediales Storytelling und eine Print-Serie im Mantelteil der Zeitung, sondern auch ein Live-Event. Die größte Herausforderung: Das Projekt muss sich selbst finanzieren.

Ziel ist auch, die Zusammenarbeit zwischen den kaufmännischen Abteilungen und der Redaktion zu stärken. Die Volontärinnen und Volontäre erhalten Einblick in die Arbeit der jungen Kaufleute, jene wiederum werden beim Texten, Fotografieren oder Filmen kreativ. Gemeinsame Aufgabe ist es, wirtschaftliche und journalistische Leistungen unter einen Hut zu bringen.

Ein Resultat: Das Team entwickelt – in Kooperation mit der heimischen Gastronomie – ein Kneipenquartett. Auf 32 Spielkarten werden Bars und

Kneipen in Ulm und Neu-Ulm präsentiert. Das Quartett lässt sich nach gängigen Regeln spielen. Zugleich ist auf jeder Karte ein Getränkegutschein für das vorgestellte Lokal abgebildet.

Der Verkauf des Gutschein-Kartenspiels (Auflage 2.500 Stück) soll die vielfältigen „heimherz“-Aktivitäten finanzieren. Unter anderem einen Veranstaltungsabend, den die Azubis organisieren. Sie holen regionale Künstlerinnen und Künstler auf die Bühne, die sich mit Musik, Comedy, Poetry Slam und bildender Kunst dem Thema Heimat nähern.

Journalistisches Rückgrat der Aktion ist das multimediale Storytelling mit Artikeln, Videos, Interviews, Porträts und Reportagen. Die Bandbreite reicht vom Mundartautor bis zum Comedian, vom Volkskundler bis zur Zirkuschefin, von der Trachtengruppe bis zur Bluesrock-Band. Aus der Online-Veröffentlichung entsteht eine Print-Serie, die in sechs Teilen im Regionalteil erscheint.

Durch die Serie und den Direktvertrieb der Kartenspiele wird „heimherz“ zur Marke. Am Ende der Aktion bleiben noch rund 8.000 Euro Überschuss, die für wohltätige Zwecke gespendet werden.

Tipp:

„Wer in einem mehrmonatigen Projekt das gemeinsame Ziel erreichen will, sollte sich Zeit nehmen und den Aufbau von Projektplan und Kommunikationsstrukturen nicht scheuen. Das zahlt sich aus und fördert das Miteinander.“

SÜDWEST PRESSE

Auswahlliste

Begründung der Jury

Das Projekt „Heimherz“ widmet sich den großen Fragen rund um das Thema Heimat und vermeidet dabei jede -tümelei: Warum ist Heimat gerade jetzt so populär? Und wie kann man den Begriff Heimat davor bewahren, missbraucht zu werden? Das Projekt haben die Volontäre und die Auszubildenden der Südwest Presse gemeinsam umgesetzt, nicht nur in den Print- und Online-Kanälen, sondern auch als Bühnenprogramm. Sie entwickeln sogar ein eigenes Kartenspiel zur Finanzierung der Aktion. Ein ambitioniertes Gemeinschaftsprojekt, das durch seinen frischen Zugang zu einem nur auf den ersten Blick alten Thema überzeugt.

Kontakt: Nadine Vogt, inzwischen Sportredakteurin, T +49 731 / 156 982, n.vogt@swp.de

Medium: Südwest Presse

Auflage: 260.000

Verbreitungsgebiet:

Baden-Württemberg, Bayern

Anzahl Lokalteile: 22

Redaktionsgröße: 100

Zum „heimherz“-Team gehören:

Rebecca Jacob, Pia Reiser, Sandra Kolb, Nadine Vogt, David Nau, Lukas Wetzels, Verena Köger, Amrei Groß, Johannes Ihle, Luca Schmidt, Daniel Fast, Renée-Jacqueline Rothacker, Daniela Schaible, Patrik Schleehuber, Sarah Honold, Anastasia Scherer, Lisa Aldinger und Simon Schlösser

Projektverantwortliche:

Nadine Vogt und David Nau
Projektbetreuer: Matthias Stelzer und Magdi Aboul-Kheir

Link: www.heim-herz.de

4 SÜDWESTUMSCHAU

Samstag, 30. Juni 2018

„Die Sehnsucht nach Heimat ist eine Antwort auf Krisen“

heim|herz Sozial aufgeladen, populistisch missbraucht: Prof. Hermann Bausinger verdeutlicht, dass in Heimat mehr steckt als biedere Brauchtumskunde. *Von Nadine Vogt*

Jahrzehntlang hat Hermann Bausinger als Professor an der Universität in Tübingen Heimatforschung betrieben. Als er die Anfrage zum Interview erhält, antwortet er: „Zur Abwechslung mal.“ Es soll ums Thema Heimat gehen. Und mit dem ist der 91-Jährige so vertraut, wie nur wenige andere seiner Zunft. Seit 26 Jahren ist der Grandseigneur der erneuerten Volkskunde emeritiert. Los lassen ihn die Heimatfragen aber nicht.

» SWP-SERIE (6)
heim|herz

Herr Bausinger, Heimat – braucht man das, oder kann das weg?

Hermann Bausinger: Heimat als Leben unter humanen Bedingungen – das braucht man. Wenn man dabei aber nur ans Dirndl fürs Volksfest denkt, braucht man's nicht unbedingt.

Täuscht es, oder hat der Begriff gerade Konjunktur?

Heimat wird immer wieder neu entdeckt, und so entstehen auch immer wieder Konjunkturen. Man kann die Gestaltung von Heimat und die Sehnsucht danach als Antwort auf Krisen verstehen. Und die wachsende Komplexität unserer Welt wird als Krise wahrgenommen.

Ist es dann ein existenzieller Wert, eine Heimat zu haben oder eher ein Sehnsuchtsbegriff, an dem sich Menschen aus Unsicherheit klammern?

Beides. Weil Heimat mit dem Gefühl eines gelungenen Daseins verbunden ist, gibt es auch die Sehnsucht danach.

Inwiefern spielt das digitale Zeitalter dabei eine Rolle?

Die Erweiterung des Horizonts fordert auch dann, wenn sie positiv empfunden wird, einen festen Standort und Überschaubarkeit.

Von Heimatforscher zu Laie: Wie kann „Heimat“ gefasst werden?

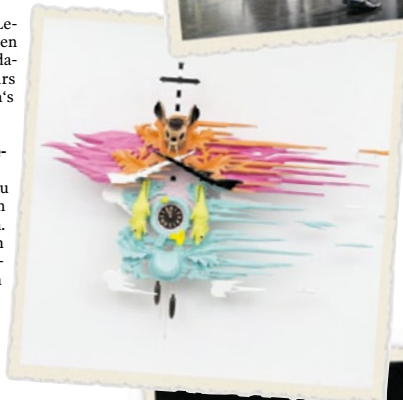
Man kann Heimat zwar definieren, aber da ist sehr viel vom subjektiven Gefühl und Wissen abhängig.

Und wenn ich Sie doch bitten würde, Faktoren zu nennen?

Gewohnheiten spielen eine Rolle. Auch die Dauer oder die Intensität der Beziehung zu einem bestimmten Ort oder einer Region. Und es ist auch wichtig, ob Erfahrungen, die in diesen Zusammenhängen gemacht wurden, positiv oder negativ waren.

Haben Sie „Heimweh“, wenn Sie daran denken, wie einfach populistische und rechte Strömungen den Begriff interpretieren?

Heimweh würde ich das nicht nennen. Aber es braucht Bemühungen, einen richtigen Begriff von Heimat durchzusetzen. Das



Ob in der Kunst, im Verein, dem Zirkusleben oder in der Wissenschaft: Heimat ist facettenreich, vielfältig und unterschiedlich. Das hat diese Serie gezeigt.
Fotos: Anna. K.o., David Heil, Amrei Groß, Kuball

Azubi- und Volontärsprojekt

Serie In den vergangenen Wochen haben wir uns mit dem Thema „Heimat“ beschäftigt. Mit dieser Folge endet nun unsere Serie. Die Texte sind im Projekt heim|herz, einem gemeinsamen Projekt aller Auszubildenden, Studenten und Volontären der SÜDWEST PRESSE entstanden. *dne*

Zur Person



Hermann Bausinger ist 1926 in Aalen geboren. Er studierte an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen Germanistik, Anglistik, Geschichte und Volkskunde. Nach seiner Habilitation baute er den Lehrstuhl der Volkskunde zum Institut für Empirische Kulturwissenschaft aus und reformierte, als einer der führenden Wissenschaftler, so die Volkskunde im Nachkriegsdeutschland. Das Ludwig-Uhland-Institut leitet er von 1960 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1992. *dine*

sollte nichts Absolutes sein, aber positiv geladen.

Kürzlich sind Sie bei einer Podiumsdiskussion nach dem Heimatministerium gefragt worden. Sie antworteten, dass Sie dieses für so sinnvoll halten wie ein Ministerium für Liebe. Helfen Sie uns, warum?

Die Parallele zur Liebe ist, dass es ganz verschiedenartige Bestimmungen und große Unterschiede gibt. Allein schon zwischen der erotischen und der karitativen Seite. Heimat betrifft die ganz persönliche Sphäre, und die Vorstellungen davon sind verschieden. Ich sehe keine Notwendigkeit, dass von amtlicher Seite Vorgaben gemacht oder Weisungen erteilt werden. Die Gefahr ist groß, dass Heimat so popularisierend auf das Gleis biederen Brauchtums gebracht wird.

Wie können wir die Heimat vor dieser Tümelei in unserer offenen Gesellschaft retten?

Indem wir sie ernst nehmen und mit den Lebensverhältnissen aller Menschen im Land in Beziehung bringen.

Hat sie also auch eine soziale Seite?

Ja. Denn eine große Bedeutung hat auch die jeweilige Wohnsituation. Wenn Menschen keinen anständigen und bezahlbaren Wohnraum haben, ist es sehr viel schwieriger, auch ein Heimatbewusstsein zu entwickeln. Denn dort wo ich mich zuhause fühle, ist auch ein Stück Heimat.

Und was ist Ihre Heimat?

Das lässt sich nicht mit einem Wort sagen. Heimat ist vertrautes Gelände, dort, wo ich mich wohl fühle und mich mit den Menschen in meiner Umgebung verstehe.

Sie sind in Aalen aufgewachsen, leben seit Jahrzehnten in Tübingen und Reutlingen.

Ich fühle mich nach der langen Zeit in Reutlingen und Tübingen zuhause. Aber natürlich habe ich zum Ort meiner Kindheit und Jugend nach wie vor eine besondere Beziehung. Ich freue mich zum Beispiel, dass der VfR Aalen in der dritten Fußball-Liga gut dasteht, und ich verfolge die kulturellen Aktivitäten – wie die neuen Bemühungen um den Aalener Christian Friedrich Daniel Schubart – mit Interesse und Sympathie.

Welche Frage können Sie als Heimatforscher nicht mehr hören?

„Was ist Heimat?“ Im Ernst: Man sollte nicht zu viel über Heimat diskutieren, denn der wesentliche Gehalt hat viel mit Selbstverständlichkeiten zu tun. Wo soziale Brüche und kulturelle Mängel geheilt werden, handelt es sich um Arbeit für die Heimat, auch wenn dieses Wort nicht fällt.

© Alle Texte, Fotos und Videos des Projektes: www.heim-herz.de

Täter und Opfer sprechen über ein altes Verbrechen

Bernhard Kimmel ist ein ehemaliger Verbrecher. Er war ein Medienlieb- ling. Über Kimmels Opfer schrieben nur wenige Journalisten. 37 Jahre nach der Tat spricht Volontär Constantin Lummitsch vom Starkenburger Echo nicht nur mit dem Täter, sondern auch mit einem seiner Opfer – einem Polizisten, der seither querschnittgelähmt ist.

Am Abend des 12. Dezember 1981 will Bernhard Kimmel zusammen mit einem Komplizen in eine Sparkasse im hessischen Bensheim einbrechen. Die Polizei wird alarmiert, fährt mit zwei Streifenwagen vor. Einer der Polizisten ist Achim Benick. Als er sich an den Tatort schleicht, explodiert neben ihm eine Handgranate. Der 26-Jährige überlebt knapp, ist aber seither querschnittgelähmt. Ein Kollege von ihm wird Minuten später durch einen Kopfschuss getötet. Kimmel wird zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt, von der er 22 Jahre absitzt. Heute lebt er in einer Seniorenwohnanlage.

Schon seit Ende der 1950er Jahre interessiert sich die Boulevardpresse für Kimmel, nennt ihn „Al Capone von der Pfalz“. Ein Fernsehfilm feiert ihn als modernen Robin Hood. Auch nach seiner Entlassung 2003 präsentiert er sich in den Medien als edler Räuber. Die Opfer hingegen bleiben in den Medien meist nur Statisten.

So auch Ende 2017, als einige Lokalzei- tungen Kimmels Verbrechen aus dem Jahr 1957 zum Anlass für Rückblicke nehmen. Constantin Lummitsch, zu dieser Zeit Volontär beim Starkenbur-

ger Echo in Heppenheim, findet das falsch. Er besucht den Expolizisten Benick. Wie hat er den Angriff ver- kraftet? Wie ertrug und erträgt er die Berichterstattung über Kimmel? Lum- mitsch schreibt ein Porträt für seine Zeitung über Benick, erzählt von des- sen Schmerz, aber auch von der Kraft, mit der der Querschnittgelähmte sein Leben im Rollstuhl meistert.

Der Autor will auch mit dem Täter sprechen. Wie urteilt Kimmel heute über sich selbst? Sucht er die Versöh- nung mit seinem Opfer? Kimmel lebt zurückgezogen. Sein Wohnort ist nur wenigen Vertrauten bekannt. Beim ersten Kontakt möchte er nicht mit dem Reporter sprechen, öffnet sich dann aber doch der Berichterstat- tung. Bis heute behauptet er, kein Mörder zu sein. Der Autor konfron- tiert Kimmel mit dieser Lebenslüge.

Neben der Geschichte, die in unterschiedlichen Print-Ausgaben der VRM-Gruppe als Doppelseite erscheint, setzt Lummitsch die Recherchen crossmedial um und erstellt die Pageflow-Story „Zwei- leben – Bilanz einer Todesnacht“.

Von Kimmel gibt es nach der Veröf- fentlichung keine Reaktion, Achim Benick bedankt sich.



Auswahlliste

Begründung der Jury

Der Verbrecher, der einen Polizis- ten tötete und einen anderen zum Querschnittsgelähmten machte, wurde zum Medienlieb- ling. Die Opfer hingegen wurden nahezu ver- gessen. Constantin Lummitsch, 2018 Volontär beim Starkenburger Echo, fand dieses Ungleichgewicht falsch. In einer Page-Flow-Geschichte stellt er Täter- und Opfer-Perspektive einander gegenüber. Er porträtiert den Polizisten, der schwer verletzt wurde und täglich mit bewunderns- werter Kraft sein Leben meistert. Den Täter, der bis heute behauptet, kein Mörder zu sein, konfrontiert Lummitsch mit seiner Lebenslüge. Die bewusst nüchtern gehaltene Darstellung beider Seiten lässt die krassen Gegensätze um so deutli- cher wirken – bewegend.

Kontakt: Constantin Lummitsch, Redakteur Ressort Leben/Wissen, T +49 6131 / 484 193, constantin.lummitsch@vrm.de

Medium: Allgemeine Zeitung Mainz/ Wiesbadener Kurier/Darmstädter Echo, VRM GmbH & Co. KG
Auflage: ca. 223.000 (IVW 3. Quartal 2018)

Verbreitungsgebiet:

Mainz und Umland, Südhessen, Mittelhessen

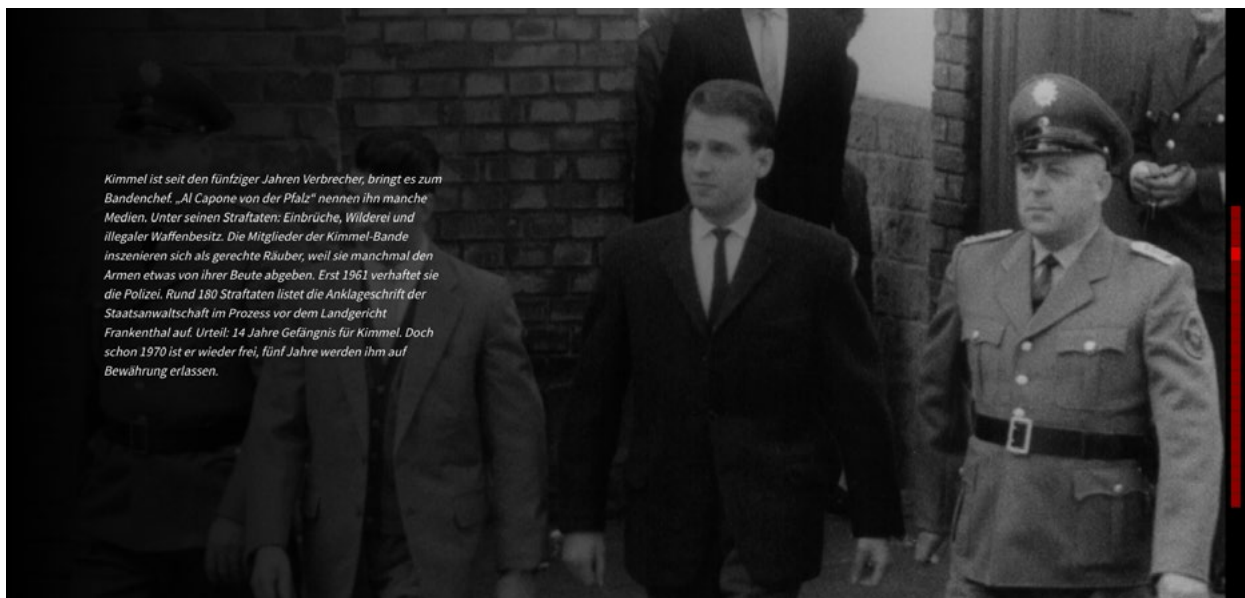
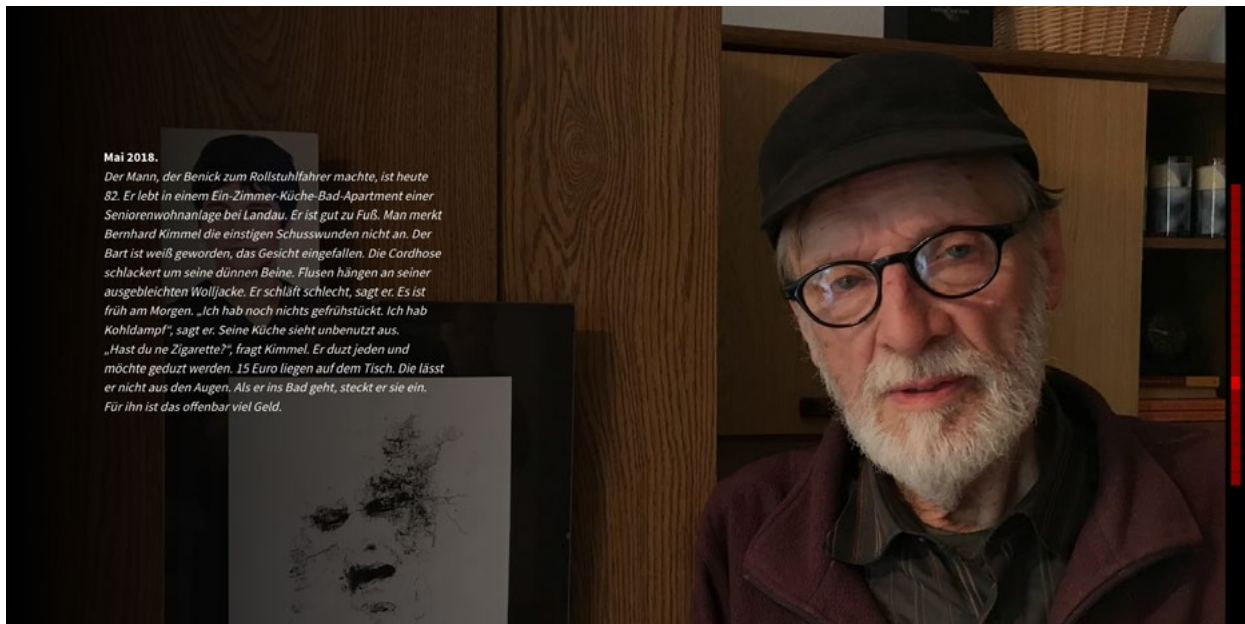
Anzahl Lokalteile: 28

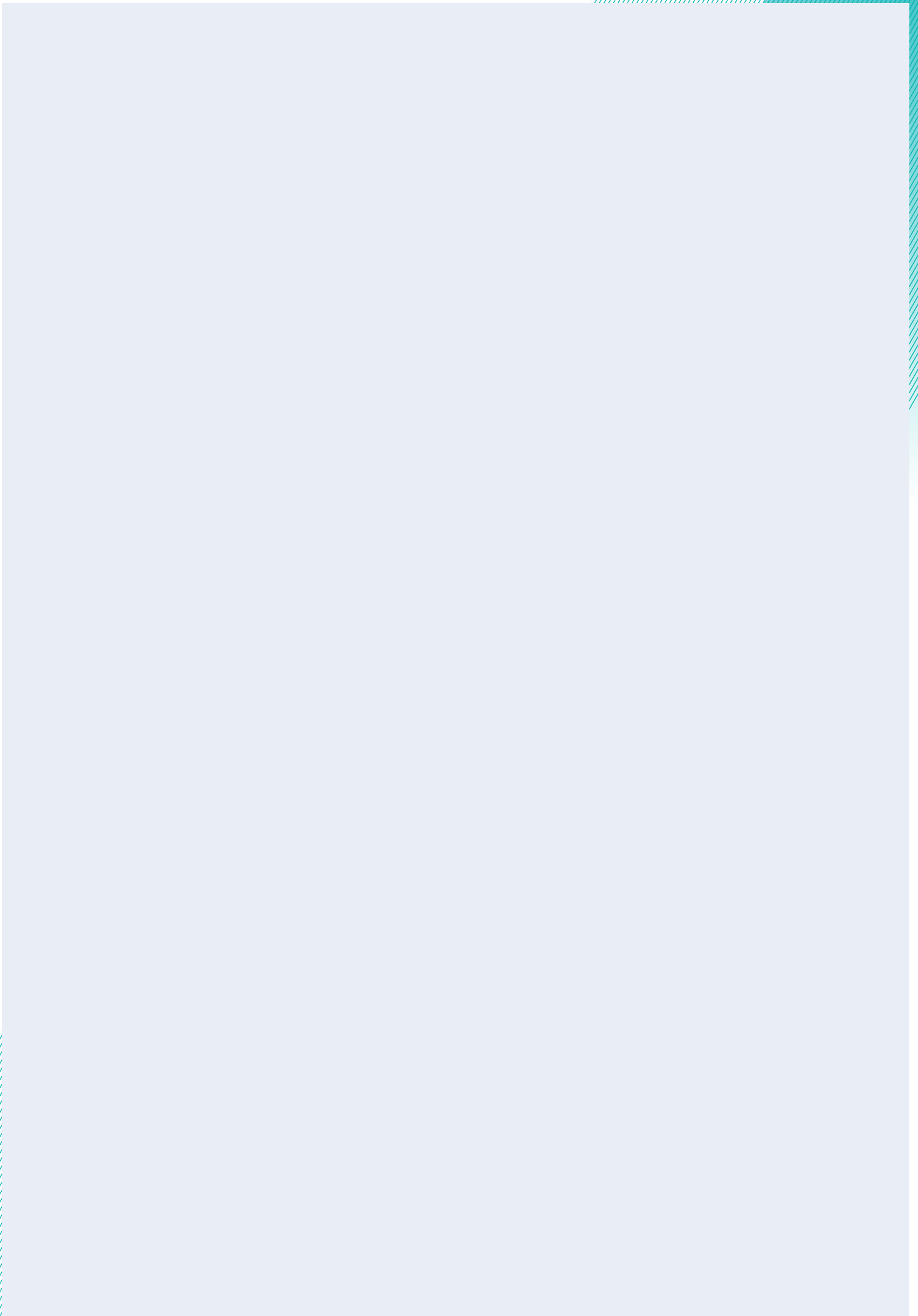
Redaktionsgröße: 6 zum damaligen Zeitpunkt

Link: vrm.pageflow.io/zweileben-bilanz-einer-todesnacht#162078

Tipp:

„Wurde über die Opfer von lange zurückliegenden Verbrechen in der Region genügend berichtet? Diese Frage zwingt zum Perspektivwechsel und kann zu neuen Erkenntnissen führen.“





Politik lokal

Anwalt der öffentlichen Debatte

An den Entscheidungen für unser Gemeinwesen dürfen und sollen alle mitreden. Vor allem im Nahbereich ist politische Teilhabe für die Menschen wichtig. Die Lokalzeitung liefert dazu die nötigen Hintergründe und Argumente und moderiert eine lebendige Debatte. Die Redaktion zeigt, wie Politik funktioniert. Sie enthüllt, wenn Politiker kungeln und ihre Macht missbrauchen. Und sie fragt die Menschen, was sie von den Verantwortlichen erwarten.

In diesem Jahr gibt es in diesem Kapitel ein kleines Extra: Drei Jahre nach der so genannten Flüchtlingskrise gehen mehrere Redaktionen der Frage nach, ob und wie die Integration gelungen ist. Sie setzen Fakten gegen Vorurteile und stärken damit die Demokratie.

Personalräte in Stadt und Kreis beziehen utopisch hohes Gehalt



Aachener Zeitung
Aachener Nachrichten

Einem Personalratsvorsitzenden im Rathaus wird – gemessen an seiner Qualifikation – ein utopisch hohes Gehalt gezahlt. Offenbar ist daran die Verwaltungsspitze beteiligt. Jahre später fällt Prüfern der Skandal auf. Die Aachener Zeitung/Aachener Nachrichten machen ihn öffentlich. Und sie finden heraus: Das ist nicht der einzige Fall.

Offenbar wollten sich Verwaltungsleitungen im Aachener Raum das Wohlwollen der Personalräte erkaufen. Doch damit nicht genug. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt nur schleppend. Dabei geht es um massive Vorwürfe: Strafvereitelung im Amt, Untreue, Verschwendung von Steuergeldern.

Aufgedeckt wird der Skandal von Oliver Schmetz und Stephan Mohne, Redakteuren der Aachener Zeitung/Aachener Nachrichten. Ergebnis ihrer monatelangen Recherchen: Der Personalratsvorsitzende des Aachener Stadtbetriebs verdient seit Jahren mehr als doppelt so viel, wie ihm zusteht. Als gelernter Gärtner hat er ein Gehalt, für das man eigentlich einen Hochschulabschluss braucht. Der Schaden für den Steuerzahler: bis zu 164.000 Euro.

Nach der Veröffentlichung bekommen die Redakteure Hinweise, dass es bei der Verwaltung der Städteregion Aachen (früher Kreis Aachen) ähnliche Fälle gibt. Dort bekam der Personalratsvorsitzende ein Gehalt, das fünf Tarifgruppen oberhalb seiner Qualifikation lag. Der Mann war innerhalb von zwei Jahren um vier Gruppen hochgestuft worden.

Und es wird klar, dass daran der Städteregionsrat (früher Landrat) persönlich mitgewirkt hat. Auch im Fall Stadt Aachen stoßen die Redakteure bei ihren Nachforschungen auf die Tatsache, dass der Oberbürgermeister und die Kämmerin seit Jahren von der zu hohen Bezahlung ihres Personalrats wussten, ohne zu handeln.

Die Aachener Staatsanwaltschaft reagiert merkwürdig. Sie ermittelt zwar gegen Mitarbeiter der Stadt Aachen, schickt die Akten aber erst einmal an den OB zurück – zwecks „Vervollständigung“. Im nahezu identischen Fall der Städteregion will die Anklagebehörde zunächst gar nicht ermitteln. Sie wird erst aktiv, als mehrere Bürger Strafanzeige stellen.

Als die Redakteure fragen, ob es hier einen „Prominentenbonus“ gibt, werden sie vom Oberstaatsanwalt am Telefon wüst beschimpft. Parteifreunde des Kreischefs rufen bei der Chefredaktion und der Verlagsleitung an, um die Kollegen mundtot zu machen. Jedoch ohne Erfolg.

Oliver Schmetz und Stephan Mohne betonen, dass die Recherche nur möglich war, weil sie als Autorenteam mit dem Schwerpunkt investigative Recherche von der „Alltagsarbeit“ freigestellt wurden.

Kontakt: Stephan Mohne, Oliver Schmetz, Redakteure im Autorenteam Städteregion, T +49 241 / 510 131-2 (Mohne), +49 241 / 510 131-6 (Schmetz), s.mohne@zeitungsverlag-aachen.de, o.schmetz@zeitungsverlag-aachen.de

Medium: Aachener Zeitung/Aachener Nachrichten

Auflage: ca. 98.000

Verbreitungsgebiet:

Stadt Aachen; Städteregion Aachen, Kreis Düren, Kreis Heinsberg

Anzahl Lokalteile: 9

Redaktionsgröße: insgesamt etwa 100; Lokalredaktion Aachen AZ/AN 10

Tipp:

„Für den Erfolg der Arbeit war entscheidend, dass wir die Zeit zur gründlichen Recherche, die Möglichkeit zur Teamarbeit und die unbedingte Rückendeckung von Chefredaktion und Verlagsleitung hatten.“

Aachen

AZ - Seite 15 A1 - Nummer 191 - Samstag, 18. August 2018



Erfolgreicher Endspurt
Archimedischer Sandkasten
trifft auf Begeisterung

Seite 22



Kimiko
Musik-Festival ist
gestern gestartet

Seite 17

Ein Kriminalfall voller Merkwürdigkeiten

Dubioser Aufstieg eines Personalrats: Städtische Rechnungsprüfer drängten schon Ende 2017 auf Strafanzeige

VON STEPHAN MOHNE
UND OLIVER SCHMETZ

AACHEN Einem Personalratsvorsitzenden wird – gemessen an seiner Qualifikation – ein utopisch hohes Gehalt bezahlt. Das ist die eine Seite. Offenbar mehrere Verantwortliche sind daran beteiligt, ihm das zu ermöglichen. Das ist die andere Seite. Jahre später fliegt das Ganze bei einer Analyse durch Rechnungsprüfer auf. Unsere Zeitung macht den Skandal öffentlich. Und die Staatsanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren ein – gegen fünf ehemalige und noch amtierende städtische Beschäftigte. Der Verdacht der Untreue steht im Raum. Das alleine würde eigentlich reichen, doch ist das nach Recherchen unserer Zeitung nur die Spitze eines Eisbergs.

Denn dieser Kriminalfall steckt voller Merkwürdigkeiten: Da gibt es zum Beispiel eine Verwaltungsspitze, die sich nach Bekanntwerden der Sache erst einmal fragt, ob man sich strafbar machen könnte, wenn man keine Strafanzeige erstattet – und dazu bei einem Kölner Anwalt ein Gutachten in Auftrag gibt. Und es gibt ein merkwürdiges Hin und Her, was die Fallakten angeht: Gut drei Wochen nach Eröffnung des Ermittlungsverfahrens sollen sie derzeit wieder bei genau der Stadtverwaltung sein, gegen deren Mitarbeiter ermittelt wird. Bei der Kripo waren sie bislang noch nicht.

Untersuchung eingeleitet

Aber der Reihe nach: Dem neuen Personalrat im Stadtbetrieb fällt nach seiner Amtsübernahme Mitte 2016 der hohe Personalkostenanteil in seinem Budget auf. Es wird klar, dass dafür die exorbitante Bezahlung des vormaligen Personalratsvorsitzenden verantwortlich ist. Die Sache landet nun auch im Personalrat und in der Verwaltungsspitze. Oberbürgermeister Marcel Philipp informiert den Verwaltungsvorstand darüber. Und er kommt nicht umhin, das Rechnungswesen mit – ein Instrument des Stadtrates zur Kontrolle der Verwaltung – um eine Untersuchung zu bitten. Das geschieht im November 2017. Dem

KOMMENTAR

Man sieht sich, man kennt sich, man hilft sich

Man sieht sich oft, man kennt sich gut, man hilft sich gerne. Im privaten Raum, unter Freunden, ist so et was eine tolle Sache. Doch wenn es bei dem „Man kennt sich, man hilft sich“ Prinzip um Behörden, um Ämter und Steuergelder geht, landet man schnell bei dem, was Kölner als „Klingel“ bezeichnen. Und wenn dabei Steuergelder unter dubiosen Umständen verschwendet werden, schwebt über allem schnell ein Wort, das auch mit K beginnt: Korruption.

Woran soll man sonst denken, wenn Behördenchefs Personalräten fürstliche Gehälter zuschanzen? Das damit jemand – freundlich formuliert – positiv gestimmt werden soll, liegt auf der Hand. Man könnte auch auf den bösen Gedanken kommen, dass der Personalrat gekauft werden. Und selbst wenn es keine konkrete Absprache gibt, dürfte das Geld seine Wirkung kaum verfehlen. Weil der finanziell gut gebettete Personalrat vielleicht ganz von selber nicht mehr so kritisch und konfliktfreudig ist, wie er es als Mitarbeitervertreter eigentlich sein müsste. Bestimmt macht die große Mehrheit der Personalräte dieses schmutzige Spiel nicht mit. Aber es geht auch nicht nur um einen Einzelfall: Stadtbetrieb, Stadtverwaltung, Städteregionsverwaltung, Hand-



Viel Arbeit für die Ermittler und ein merkwürdiges Hin und Her: Die Akten sollen mittlerweile wieder genau bei der Aachener Stadtverwaltung sein, gegen deren Mitarbeiter ermittelt wird.

FOTO: ANDREAS HERRMANN/GRAPHIK THOMAS HEINEN

Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Dirk Emmerich, wird schon bald klar, dass es in diesem Fall wohl nicht mit rechten Dingen zugegangen sein kann. Ende des Jahres verfasst er einen Prüfvermerk. Er teilt mit, dass es „deutliche objektive Anhaltspunkte für strafbare Handlungen“ gebe und nennt die Paragraphen des Strafgesetzbuches, die sich mit Untreue und Betrug befassen. Und er betont, dass „nummehr umgehend Strafanzeige zu erstatten“ sei. Dies geht aus internen Unterlagen hervor, die unserer Zeitung bekannt sind.

Doch das geschieht nicht. Vielmehr gibt es aus der Führungsetage heraus einen Auftrag an einen Rechtsanwalt aus Köln. Er soll prüfen, ob der Oberbürgermeister sich strafbar macht, wenn er keine Anzeige im Sinne des NRW-Korruptionsbekämpfungsgesetzes stellt. Diesen Auftrag kann man aus einem Schreiben ableiten, dass der Anwalt am 24. Januar 2018 an Rechtsdezernentin Annekathrin Grehling schickt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass dies nicht der Fall ist. Aber er rät dazu, umgehend über Disziplinarverfahren gegen drei zu diesem Zeitpunkt noch amtierende beziehungsweise ehemalige maßgebliche Beschäftigte des Stadtbetriebs zu entscheiden. Sie waren mutmaßlich an dem dubiosen Aufstieg des Ex-Personalratsvorsitzenden beteiligt, dem von 2009 bis 2012 das Gehalt inklusive Zulagen mehr als verdoppelt wurde. Auch gegen den früheren Personalratschef sollte ein solches Verfahren eingeleitet werden. Dieses Vorgehen sollte man auch deshalb wählen, um sich nicht „politisch angreifbar“ zu machen. Außerdem werde so „die Gefahr gebannt“, dass man sich dem Vorwurf aussetzen müsse, nichts gegen eine weitere Verschwendung von Steuergeldern – hier „Haushaltsuntreue“ genannt – getan zu haben.

Ins Rollen kommt das Thema wieder, als das Rechnungsprüfungsamt seinen Bericht für den Rechnungsprüfungsausschuss vorlegt. Hinter verschlossenen Türen fordern die Oppositionsparteien dort am 10. Juli die Verwaltung auf, Strafanzeige zu erstatten, scheitern jedoch an der Mehrheit von CDU und SPD, die zunächst das Ergebnis der internen Verfahren abwarten wollen.

Die Opposition verlangt Akten-einsicht, die Verwaltungsleitung schaltet nun – auch unter dem zunehmenden öffentlichen und politischen Druck – die Staatsanwaltschaft ein. Allerdings nicht per Strafanzeige, sondern indem man die Akten zwecks Prüfung übergibt. Die Piraten stellen eine gute Woche später Strafanzeige. Die Staatsan-

walterschaft bekundet kurz darauf gegenüber unserer Zeitung, zuvor bereits Ermittlungen gegen fünf Personen eingeleitet zu haben. Womit man bei der nächsten Merkwürdigkeit wäre. Auf eine Nachfrage zur aktuellen Prüfung weiterer Verdachtsfälle in der Städteregion heißt es in der Ermittlungsbehörde, die Prüfung könne einige Zeit in Anspruch nehmen, da dies auch im Zusammenhang mit dem Aachener Fall geschehe. Doch in diesem Fall seien „die Akten derzeit nicht im Haus“. Wo sie sind, will Georg Blank, Sprecher der Behörde, mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen nicht sagen. Bei der Kripo sind die Unterlagen jedenfalls nicht. Der gesamte Fall ist dort noch nicht gelandet: „Wir haben noch keinen Ermittlungsauftrag erhalten“, sagt Polizeisprecher Paul Kernen auf Anfrage.

Viele Fragen bleiben

Was bleibt, sind diese Fragen: Wer hat wann was gewusst? Und hätte nicht früher Schaden von der Stadt – beziffert auf bis zu 164.000 Euro – abgewendet werden können? Fakt ist: Gewusst haben von der Überbezahlung diejenigen im Stadtbetrieb, die sie absegnet haben. Einem von ihnen wird es im Laufe der Zeit offenbar doch mulmig. Er wendet sich nach Informationen unserer Zeitung im Frühjahr 2016 an Rechtsdezernentin Grehling – die zu der Zeit vorübergehend auch für den Stadtbetrieb zuständig ist. Sie streicht dem Personalratsvorsitzenden im April 2016 eine unrechtmäßige Zulage von knapp 500 Euro im Monat. Doch die Entgeltgruppe 12, für die der Mann den Tarifregeln nach ganz offensichtlich nicht qualifiziert ist, belässt man ihm. Nach Aktenlage will die Dezernentin darüber auch den OB informieren. Ob sie dies tut, geht aus den Unterlagen nicht hervor. Ein Jahr später streicht man dem Mann, der mittlerweile kein freigestellter Personalrat mehr ist, im Stadtbetrieb noch eine „Vorhandwerkerzulage“. Aber auch da wird das überhöhte Grundgehalt einmal mehr ausdrücklich bestätigt. Ob all das lückenlos aufgefädelt werden kann, muss sich zeigen – wenn die Ermittlungen richtig ins Rollen kommen.

„Wir haben noch keinen Ermittlungsauftrag von der Staatsanwaltschaft erhalten.“

Paul Kernen,
Sprecher der Aachener Polizei

„Strafvereitelung im Amt“?

Den Rechnungsprüfungsamtsleiter treibt das Thema jedoch offenbar um und er fragt sich, ob der Verzicht auf eine Anzeige – auch mit Blick auf Verjährungsfristen – nicht zur Straftat der „Strafvereitelung im Amt“ führen könnte. Damit wendet er sich Anfang Februar nochmals an den Anwalt, der daraufhin die Anzeigepflicht des OB abermals verneint, die Verdachtsmomente für Untreue allerdings auch nicht für abwegig hält. Während man im Frühjahr den Ex-Personalratsvorsitzenden mittels „Auflösungsvertrag“ loswerden will und die Disziplinarverfahren eingeleitet hat, gibt es weiter keine Anzeige.

werkskammer – da kommen ein paar schwarze Schafe zusammen.

Dass Staatsanwälte nun diese Grauzone unter die Lupe nehmen, ist gut. Aber tun sie es mit dem nötigen Elan? Sollte man tatsächlich die Akten zwecks Vervollständigung an die Stadt zurückgeschickt haben, gegen deren Mitarbeiter ermittelt wird, klänge das nicht nach forschen Ermittlungen. Da haben Staatsanwälte andere Möglichkeiten und diese in vergleichbaren Fällen oft angewendet. Und dass man bei der Stadt offenbar unbedingt die Staatsanwaltschaft außen vor halten wollte, ist auch merkwürdig. Vielleicht wäre es ja am besten, wenn Kölner Staatsanwälte einen Blick auf die Aachener Verhältnisse werfen, so wie bei der MVA und der Alemannia. Es wäre auch diesmal klug. Weil man sich nicht so oft sieht, nicht so gut kennt und somit erst gar kein böser Verdacht aufkommen kann.

oschmetz@zeitungsverlag-aachen.de

OLIVER
SCHMETZ



Die Bürger machen klar, was die Stadt anpacken muss

Die Politik der Stadt Köln macht mehr durch Affären von sich reden als durch konstruktive Arbeit. Dabei gibt es in der Stadt dringende Aufgaben. Der Kölner Stadt-Anzeiger ruft die Leserinnen und Leser dazu auf, die Probleme zu benennen. Die Redaktion greift die Themen auf, beschreibt den Sachstand und Lösungsansätze.

Fast die Hälfte der Kölner traut den Parteien nicht zu, die Probleme in der Stadt zu lösen. So lautet das bedrückende Ergebnis einer Forsa-Studie. Nicht zuletzt der Postenklüngel in der sogenannten Stadtwerke-Affäre hat dazu beigetragen, das Vertrauen der Bürger in die Lokalpolitik zu beschädigen.

Der Kölner Stadt-Anzeiger nimmt dies zum Anlass, die Leserinnen und Leser zu fragen: Welche Probleme muss die Stadt Köln am dringendsten anpacken? Die Umfrage soll zum einen die Menschen ins Boot holen, die das Gefühl haben, die Politiker beschäftigten sich nur noch mit sich selbst. Zum anderen ist sie Grundlage einer Serie, die eine Rangfolge der drängendsten Probleme erstellt und zugleich der Frage nachgeht, wie sie möglichst schnell, mutig und konstruktiv gelöst werden können.

Dafür beschreibt die Redaktion 17 Problemfelder, die die Teilnehmer im Netz einordnen können, von 0 – kein Problem bis 10 – sehr großes Problem. Das Interesse an der Online-Umfrage ist enorm, mehr als 20.000 Menschen beteiligen sich daran. Die Umfrage ist anonym und nicht repräsentativ, doch gibt sie ein

klares Bild, was den Kölnern auf den Nägeln brennt: Platz 1 belegt das Thema Wohnungsbau. Die explodierenden Mieten und Kaufpreise und der Mangel an Wohnraum machen den Bürgern am meisten Sorgen. Auf den weiteren Plätzen folgen: politischer Klüngel, ineffiziente Verwaltung, Schulen, Sauberkeit, Stau, Baustellen, öffentlicher Nahverkehr, fehlende Radwege, Kriminalität.

Anschließend werden die einzelnen Themen in einer Serie durch die Redaktion bearbeitet. Dabei wird jedem Komplex eine Seite gewidmet, die besonders grafisch aufbereitet ist. Darauf wird der Ist-Zustand bei dem jeweiligen Thema beschrieben und erklärt, wo die größten Probleme liegen. Grafiken tragen zur Veranschaulichung bei. In einem Kasten stellt die Redaktion zusammen, was die aktuelle Politik gegen das Problem unternimmt. Ein großer Teil der Seite ist „Ideen für die Zukunft“ gewidmet. Dort wird vorgestellt, welche Möglichkeiten Politik und Verwaltung nutzen könnten (und sollten), um die Probleme zu lösen.

Die Serie stößt bei den Lesern auf gute Resonanz, wie die positiven Online-Kommentare und Leserbriefe zeigen.

Tipp:

„Die Online-Umfrage ist nicht repräsentativ, gibt aber deutliche Hinweise auf die Themen, die die Bürger besonders bewegen. Wichtig ist dabei, immer wieder auch im Print auf die Umfrage hinzuweisen und für die Teilnahme zu werben.“

Kölner Stadt-Anzeiger

Kontakt: Christian Hümmeler, Leitender Redakteur/Mitglied der Chefredaktion, Ressortleiter Lokales Köln, T +49 221 / 224 259-7, christian.huemmeler@dumont.de

Medium: Kölner Stadt-Anzeiger
Auflage: 251.994 (verkaufte IVW-Auflage inkl. E-Paper I/2018)

Verbreitungsgebiet: Köln und Umland

Anzahl Lokalteile: 6

Redaktionsgröße: ca. 120 Mitarbeiter

Wo hakt's in der Stadt?

Die Köln-Umfrage

Platz 1 Wohnungsbau



Der Wohnungsbau wird als größtes Problem in Köln gesehen. Kein Wunder: Die Mieten und Kaufpreise explodieren, vor allem in den besonders populären Stadtteilen wie Ehrenfeld, dem Belgischen Viertel oder der Südstadt ist der Druck riesig. 1160 Bewerber kommen im Schnitt auf eine Zweizimmerwohnung, wie Immobilienscout 24 ermittelt hat.

Platz 2 Politischer Klüngel



Die Empörung war groß, als herauskam, dass der damalige SPD-Fraktionschef Martin Börschel einen hoch dotierten Posten bei den Stadtwerken bekommen sollte. „Kölscher Klüngel“, hieß es sofort.

Platz 3 Ineffiziente Verwaltung



Langsame Planung, schlechte Absprachen zum Beispiel bei der Taktung von Baustellen: Das wird der Stadtverwaltung häufig vorgeworfen. Ein Grund: Ihr fehlt Personal.

Platz 4 Schulen



Einige Schulen in der Stadt sind marode, es gibt schon heute zu wenige Plätze.

ÖPNV-Infrastruktur **Platz 8**

Zu wenig Radwege **Platz 9**

Kriminalität **Platz 10**

Soziale Ungerechtigkeit **Platz 11**

Integration von Flüchtlingen **Platz 12**

Klimawandel **Platz 13**

Zu wenig Barrierefreiheit **Platz 14**

Auswüchse im Karneval **Platz 15**

Opfern-Sanierung **Platz 16**

Gentrifizierung **Platz 17**

Platz 5 Sauberkeit



Dreck und nicht beseitigte Schmutzdecken nerven die Bürger.

Platz 6 Stau



Die Stadt ächzt unter den vielen Staus.

Platz 7 Baustellen



Baustellen sind ein Ärger für viele Kölner.

Fotos: max, mba, stef, dpa

Liebe Leserinnen und liebe Leser, herzlichen Dank! Viele von Ihnen haben in den vergangenen zwei Wochen an unserer Köln-Umfrage teilgenommen – nach 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben wir die Internet-Umfrage beendet. Was sind die drängendsten Probleme in Köln? Das wollten wir von Ihnen wissen. 17 Problemfelder galt es in der nicht-repräsentativen Umfrage zu priorisieren, von Stau bis Wohnungsbau, von Politik-Klüngel bis Sauberkeit. Wie Sie oben in der Grafik sehen, führt der Wohnungsbau die Umfrage-Statistik an – Ausdruck der Sorge vor zunehmend unbezahlbaren Mieten und Kauf-

preisen. Politischer Klüngel als Problem steht auf Platz zwei, sicher auch eine Folge der Stadtwerke-Affäre in den vergangenen Monaten, die das Vertrauen in die Kölner Politiker massiv erschüttert hat. Auf Platz drei des Rankings liegt die Stadtverwaltung, die als ineffizient angesehen wird, auf Platz vier landen die Schulen: Köln wird in den kommenden zehn Jahren mindestens 40 Schulen bauen müssen, damit die beständig wachsende Stadt genügend Plätze zur Verfügung stellen kann. Eine Mammut-Aufgabe. Interessant ist aber auch, welche Probleme im Vergleich als nicht so drängend gesehen wer-

den: Die Gentrifizierung der Stadtviertel etwa ist ganz unten auf der Liste – obwohl diese ebenfalls zu steigenden Mieten führt. Auch die Opfern-Sanierung wird – im Vergleich etwa zu Staus oder Baustellen – als weniger schwerwiegend wahrgenommen. Auffällig: Kein einziges der 17 Themenfelder wurde als kleines Problem bewertet – selbst der Punkt Gentrifizierung bekam im Schnitt immer noch 5,77 Punkte. Das ist Mittelfeld auf der Skala zwischen „kein Problem“ (ein Punkt) und „großes Problem“ (zehn Punkte). 87 Prozent der Umfrage-Teilnehmer kommen aus Köln, 13 Prozent aus dem Um-

land und haben früher einmal in Köln gelebt. Naturgemäß waren die Bewohner der großen Veedel besonders häufig in der Umfrage vertreten: Ehrenfelder stimmten am häufigsten ab, es folgten Bewohner der Altstadt/Süd, von Nippes, Sülz und der Altstadt-Nord. Was machen wir mit diesen Ergebnissen? In Kürze startet die Kölner Lokalredaktion mit ihrer lokalpolitischen Serie zur Köln-Umfrage. Darin werden wir die wichtigen Probleme gemäß den Resultaten beleuchten und konstruktive Lösungsansätze skizzieren. Den Anfang dieser Serie macht – natürlich – das Thema „Wohnungsbau“. (sbs)

Die Sicht der Leser bestimmt die Wahlberichterstattung

Oberbürgermeisterwahl in Potsdam. Sechs Kandidatinnen und Kandidaten stehen zur Wahl. Das Interesse ist groß, die Stadt steht vor existenziellen Herausforderungen. Die Redaktion der Potsdamer Neuesten Nachrichten entwickelt ein multimediales Konzept. Dabei steht die Perspektive der Wähler und Leser im Mittelpunkt.

Themen für die Wahlberichterstattung gibt es in Potsdam genug. Doch die Redaktion der Potsdamer Neuesten Nachrichten (PNN) sucht dafür einen ungewöhnlichen Zugang. Lokalredaktion und Chefredakteurin entwickeln gemeinsam ein formatübergreifendes Konzept mit dem Leitsatz: Die Bürger nicht nur informieren, sondern auch involvieren. Der Plan sieht fünf Schritte vor:

1. Der „Potsdam-Realitätscheck“. Was bewegt die Menschen und was erwarten sie von ihrem neuen OB? Neun Bürgerinnen und Bürger berichten aus ihrem Alltag, von ihren Erwartungen und Erfahrungen. Sie stellen Fragen, die die sechs Kandidaten beantworten. Am Wahltag werden die neun Potsdamer noch einmal in kurzen Videoclips dazu befragt, wie sie den Wahlkampf erlebt haben. Dies wird online im News-Blog veröffentlicht.

2. Die Redaktion will den Wählern die sechs Kandidatinnen und Kandidaten so nah wie möglich bringen. Lokalredakteure begleiten alle sechs jeweils einen ganzen Tag lang und schreiben großformatige Porträts, die viel mehr über die Politiker vermitteln, als zuvor bekannt war.

3. Um die Leserinnen und Leser einzubeziehen, lädt die Redaktion zu zwei öffentlichen Gesprächsrunden – eine mit allen sechs Kandidaten, eine zweite vor der Stichwahl. Beide sind restlos ausgebucht, es kommen insgesamt mehr als 500 Besucher. Beide Talks werden im Livestream auf pnn.de und bei Facebook übertragen. Bei der zweiten Runde werden Fragen des Publikums eingesammelt und gestellt.

4. Die Zeitung veranstaltet einen Late-Night Talk, bei dem Leser auf Augenhöhe mit den Kandidatinnen und Kandidaten diskutieren können. An sechs Tischen sitzen jeweils acht Leser der PNN und ein Redakteur. Die sechs Kandidaten nehmen für jeweils 15 Minuten reihum an jedem Tisch Platz und werden von den Lesern befragt. Die 48 Plätze an den Tischen wurden verlost.

5. Die Berichterstattung rund um die Wahl mit Analysen, News-Blogs, Interviews und Hintergründen.

Das Konzept stößt auf positive Resonanz. Besonders die Kandidatenporträts und der Late-Night Talk werden gelobt, weil sie Nähe geschaffen haben, ohne zu nah zu sein, und die politische, aber auch die journalistische Arbeit transparent machen.

Tipp:

„Leserinnen und Leser kennen sich mit den Themen, die sie interessieren, bis ins Detail aus und stellen viele Fragen. Also: Daran denken, Kapazitäten einzuplanen, um diese Fragen und die Antworten der Kandidaten zu publizieren.“

Kontakt: Sabine Schicketanz,
Chefredakteurin,
T +49 331 / 237 613-2,
sabine.schicketanz@pnn.de

Medium: Potsdamer Neueste Nachrichten

Auflage: ca. 9.700 wochentags

Verbreitungsgebiet:

Landeshauptstadt Potsdam und
Landkreis Potsdam-Mittelmark

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 15 Redakteurinnen und Redakteure, 6 davon in der Potsdam-Redaktion

Link:

www.pnn.de/themen/oberbuergemeisterwahl

News-Blogs:

www.pnn.de/potsdam/oberbuergemeisterwahl-in-potsdam-pnn-liveblog-der-wahltag-zum-nachlesen/23097972.html

www.pnn.de/potsdam/ob-stichwahl-in-potsdam-oberbuergemeisterwahl-ob-stichwahl-in-potsdam-mike-schubert-wird-oberbuergemeister/23174994.html



Hier spricht Potsdam Alle lieben diese Stadt. Doch wie lebt es sich wirklich hier? Vor der Oberbürgermeisterwahl haben wir neun Potsdamer zum Realitätscheck gebeten. Heute: Rentnerin Rita Schulze-Gahlbeck (4. v.r.). Alle Stimmen lesen Sie auf der Wahl-Themenseite auf www.pnn.de – **Seiten 8 & 9**

Wir fragen Potsdamer, was sie in ihrem Alltag bewegt – und die Politiker, wie ihre Lösungen aussehen

3 Fragen – 3 Antworten



	 MIKE SCHUBERT SPD	 MARTINA TRAUTH Parteilos/DIE LINKE	 GÖTZ FRIEDERICH CDU	 JANNY ARMBRUSTER BÜNDNIS 90/GRÜNE	 LUTZ BOEDE DIE ANDERE	 DENNIS HOHLOCH AFD
Wie wollen Sie die Barrierefreiheit in Potsdam weiter verbessern?	Gemeinsam mit dem Beauftragten und dem Beirat für Menschen mit Behinderung legen wir Prioritäten fest und arbeiten ab: Barrierefreiheit von Haltestellen, Außenanlagen, Blindenleitsysteme, Bordsteine und mehr. Das ist ein andauernder Prozess.	Durch strikte Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben für barrierefreies Bauen im Sinne der Bauordnungen von Land und Bund in gefördertem Wohnungsbau und öffentlichen Gebäuden. Durch Anpassung im öffentlichen Raum, wie barrierefreie Gehwege.	Barrierefreiheit ist vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft eine sehr wichtige Anforderung. Bei der Aufstellung des nächsten Haushaltsplans werde ich anregen, die dafür bereitstehenden Mittel so weit wie möglich zu erhöhen.	Behinderte beteiligen, Barrierefreiheit von Beginn an planen, Nahverkehr barrierefrei machen durch Niederflertaxis oder Hindernisse an Bürgersteigen beseitigen. Behindertengerechtes Wohnen ermöglichen und Kinder in inklusiv gestaltete Schulen.	Kosten für alle Einzelmaßnahmen des Teilhabepflichtplans ermitteln und in den Haushaltsentwurf einfließen lassen. Zugang zum Aufzug im Stadthaus wirklich barrierefrei umbauen. Pro Potsdam anweisen, mehr barrierefreie Wohnungen zu schaffen.	Eine alternde Gesellschaft ist auf Barrierefreiheit angewiesen. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung und dem Seniorenbeirat notwendig. Ohne Information von unten kann oben keine gerechte Politik entstehen.
Was möchten Sie gegen den Pflegenotstand tun?	Die Pflege älterer Menschen als Aufgabe der Daseinsvorsorge auch durch Mitwirkung des kommunalen Klinikums sichern. Ein Runder Tisch Pflegeeinrichtungen arbeitet. Es fehlt ein auskömmlicher Pflegezuschuss und höhere Wertschätzung des Pflegeberufs.	Gute Arbeitsbedingungen und menschenwürdige Pflege sind untrennbar. Pflegeberufe müssen aufgewertet werden durch bessere Arbeitsvergütungen der Pflegekräfte im Klinikum Ernst von Bergmann. Den Pflegestützpunkt der Stadt personell aufstocken.	Gegen den Pflegenotstand können wir als Stadt nur indirekt etwas tun. Zum Beispiel durch Flächen für den Bau von anspruchsvollen Pflegeeinrichtungen und durch Schaffung eines Lebensumfeldes in Potsdam, das Pflegekräfte hierher kommen lässt und hält.	Hier in den städtischen Kliniken werde ich für Tariflöhne und mehr Personal sorgen. Schlechte Arbeitszeiten, Bezahlung, Aufstiegschancen, Nachwuchs: Fast alles ist Bundespolitik. Wir Bündnisgrünen kämpfen energisch für Verbesserungen.	Bezahlung nach Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD) statt SPD-Tarif im städtischen Klinikum anweisen. Mehr preiswerten Wohnraum schaffen, damit Stadt für Pflegekräfte bezahlbar bleibt. Mehr Azubis im Klinikum ausbilden.	Pflege ist ein Grundbedürfnis. Nicht nur der Personalnotstand muss behoben und auch die Verkehrssituation verbessert werden, worauf Pflegedienste angewiesen sind. Gemeinsame Imagekampagnen und eine auffreundliche Stadt sind notwendig.
Haben Sie Pläne zur Unterstützung von Nachbarschaftshilfe?	Zum Beispiel über die Begegnungshäuser im Quartier, etwa mit den Wohnungsgesellschaften. Auch die Akademie zweite Lebenshälfte koordiniert Hilfen. Das neue Stadtteilarbeitskonzept soll in der ganzen Stadt wirken, und Nachbarschaftshilfe gehört dazu.	Es gibt viele Unterstützungsangebote, die bekannter werden müssen. Wichtig ist auch die Vernetzung von Nachbarschaftshelfern, Pflegestützpunkten, Seniorenbeirat und Arbeitgebern für die bedarfsrechte Erweiterung von Hilfs- und Beratungsmöglichkeiten.	Nachbarschaftshilfe in vielfältigster Form hat meine große Unterstützung. Ein äußerst gelungenes Beispiel hierfür ist das Nachbarschaftstreffen, welches jüngst in Babelsberg stattfand. Derartige Initiativen will ich unbedingt stärken.	Nachbarschaftsprojekte sind das Beste für unseren Zusammenhalt in Potsdam. Deshalb setze ich mich energisch für Projekte wie die „Scholle 34“ in Potsdam West oder den „Oskar“ in DREWITZ ein. Das brauchen wir in allen Stadtteilen.	Bessere personelle und finanzielle Unterstützung der Stadtteilzentren und Bürgerhäuser. Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten. Stabile Nachbarschaftsstrukturen und Quartiere, in denen man sich kennt und hilft.	Quartiersmanagement muss eine stärkere Stellung innerhalb der Verwaltung bekommen. Hierzu gehören etwa die Einrichtungen von Stadtteilfonds, Stadtteilbüros und der Ausbau von Begegnungshäusern, wie es in DREWITZ erfolgreich umgesetzt wurde.

Ein krakenartiges Machtkartell in Wiesbadens Stadtpolitik

Private Seilschaften, Postengeschacher, dubiose Geldzahlungen und Interessenkonflikte. Seit Längerem hat die Wiesbadener Stadtpolitik den Beinamen „Filzbaden“. Nach und nach deckt der Wiesbadener Kurier ein Machtkartell auf, das mit seinem krakenartigen System die Stadtgesellschaft durchdringt.

Bernhard Lorenz ist Fraktionschef der CDU im Wiesbadener Stadtrat, Ralph Schüler ist CDU-Schatzmeister. Lorenz sitzt im Aufsichtsrat der städtischen Immobilien-Holding und sorgt maßgeblich dafür, dass sein Parteifreund Schüler Geschäftsführer dieser Holding wird. Obwohl Schüler nun die kommunale Immobilienwirtschaft lenkt, macht er weiterhin private Immobiliengeschäfte mit seinen eigenen Firmen. Ein Interessenkonflikt? Nein, denn der Aufsichtsrat erlaubt diese Geschäfte.

Im September 2018 berichtet dann eine Informantin, dass Schüler fünfstellige Summen an den CDU-Fraktionschef überwiesen habe, was Schüler und Lorenz bestreiten. Es kommt heraus, dass die Anwaltskanzlei des Fraktionschefs die Immobilienfirma von Schüler berät und dafür Geld bekommt. Der Aufsichtsrat steht also in privaten Geschäftsbeziehungen mit dem Mann, den er eigentlich kontrollieren soll.

Die Redakteurin des Wiesbadener Kuriers, Birgit Emnet, und Olaf Streubig, der Leiter der Lokalredaktion, arbeiten die Affäre in einer Reihe von Artikeln auf. In einer zeitaufwendigen Recherche verifizieren sie viele Detailinformationen und bekommen ein umfassendes Bild der beteiligten Personen und ihrer Motivlage.

Die Rede ist von „Günstlingswirtschaft“. Im Dezember 2018 wird dem Holding-Geschäftsführer fristlos gekündigt, der CDU-Fraktionsvorsitzende tritt Ende Januar 2019 vom Amt zurück.

Dazwischen versuchen die beiden mit allen Mitteln, die weitere Berichterstattung zu verhindern. Der Zeitungsverlag und die Autorin werden mit Klagen überzogen. Allerdings bestätigen die Gerichte der Zeitung „ordnungsgemäße Recherche“. Zudem versucht der geschasste Geschäftsführer, die Informantin mit Anzeigen zum Schweigen zu bringen und ihre Reputation zu beschädigen.

Nach seiner Kündigung holt Schüler zum Gegenschlag aus. Er zeigt Funktionäre der Wiesbadener CDU wegen verdeckter Parteienfinanzierung an. Außerdem wirft er dem Oberbürgermeister Sven Gerich (SPD) Vorteilnahme vor und droht mit weiteren Enthüllungen. Der OB weist das von sich, infolge der Schlammschlacht verzichtet er jedoch auf die Kandidatur für eine weitere Amtszeit.

In einer Flut von Leserbriefen und positiven Reaktionen in der Stadt wird der Redaktion gedankt, den „Wiesbadener Filz“ aufgedeckt zu haben.

WIESBADENER KURIER

Kontakt: Olaf Streubig,
Leiter Lokalredaktion Wiesbaden,
T +49 611 / 355 533-5,
olaf.streubig@vrm.de

Medium: Wiesbadener Kurier/
Wiesbadener Tagblatt

Auflage: Stadtausgabe Wiesbaden
ca. 50.000 (Samstag ca. 56.000)

Verbreitungsgebiet: Wiesbaden,
Rheingau-Taunus-Kreis

Anzahl Lokalteile:

4 mit Unterausgaben

Redaktionsgröße: Lokalredaktion 8

Tipp:

„Unerlässlich ist eine gründliche Archivarbeit, gerade wenn es um eine Chronologie der Ereignisse geht.“

WIESBADEN

12

KOMMENTAR



Überfällig

Olaf Streubig
zur Freistellung Ralph Schülers
olaf.streubig@urm.de

Die Stadtoberen haben mit der Freistellung von Ralph Schüler das einzig Richtige getan. Als mächtiger städtischer Geschäftsführer ist der CDU-Mann untragbar. Immer wieder fiel in den vergangenen Jahren hinter vorgehaltener Hand sein Name, wenn es um Streit und Unregelmäßigkeiten bei Immobilien ging. Doch in der Stadt herrschte ein Kartell des Schweigens: Offen anlegen mochte sich mit Schüler kaum jemand, zu groß war sein Einfluss, zu sehr fürchtete man Sanktionen. Erst durch den mutigen Schritt einer langjährigen Vertrauten Schülers kamen immer mehr Machenschaften ans Licht. Das war lange überfällig. Deutlich dabei ein gravierender Webfehler: Dem mächtigen Hüter der städtischen Immobilien zu erlauben, nebenbei mit mehreren eigenen Firmen private Immobiliengeschäfte zu tätigen, war ein Unding – von den Aufsichtsräten über die Parteigrenzen hinweg abgesehen. Diese absurde Konstellation geht also nicht allein mit Sven Gerich heim. Als Vorsitzender des Aufsichtsrates hat der Oberbürgermeister aber maßgeblichen Einfluss und verlängerte – ohne Not – im vergangenen Jahr Schülers Vertrag vorzeitig um fünf Jahre. Erneut einstimmig im Aufsichtsrat, Schüler soll – wie CDU-Fraktionschef Bernhard Lorenz und Gerich immer wieder betonten – der Stadt durch geschicktes Verhandeln etliche Millionen Euro gespart haben. Selbst wenn das stimmt, rechtfertigt es nicht all die Verfehlungen. Von Wettbewerbsverstößen und Interessenkonflikten einmal ganz zu schweigen. Gerich rückte nur sehr zögerlich von Schüler ab, den er als einen Freund bezeichnet. Erst nach der umfangreichen Berichterstattung dieser Zeitung – und mit Blick auf die OB-Wahl im nächsten Jahr – distanzierte er sich deutlich. Enger mit Schüler verbunden ist das Schicksal von Bernhard Lorenz. Er hat über Jahre die Strippen gezogen, gilt als Architekt von Schülers Machtkonstrukt. Seine Glaubwürdigkeit ist dahin, seit scheinbar bekannt wurde, dass er mit Schüler in intensiven privaten Geschäftsbeziehungen steht und ihn gleichzeitig in verschiedenen Aufsichtsräten unabhängig kontrollieren soll. Auch wenn diese Konstellation nun passé wäre, scheinen Lorenz' Tage als Fraktionschef gezählt. Sein Auftreten hat dem Image der Partei geschadet und würde auch dem CDU-Kandidaten Eberhard Seidensticker bei der OB-Wahl nicht guttun. An der Basis ist Lorenz nicht wohlgefallen, wie der jüngste Parteitag zeigte. Zudem steht er seit Wochen mit Parteichef Oliver Franz auf Kriegsfuß. Ein Neuanfang in der CDU funktioniert nur ohne Bernhard Lorenz.

Immer mehr Machenschaften kommen ans Licht

Die WVV Wiesbaden Holding GmbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden, in der die wirtschaftlich selbstständigen Wiesbadener Versorgungs-, Verkehrs- und Wohnungsbaunehmen gebündelt werden.

Die GWI kümmert sich um die städtischen Gewerbeimmobilien.

Hinter der Abkürzung WJV verbirgt sich die Wiesbadener Jugendwerkstatt, zu der unter anderem die Domäne Mechtildshausen gehört.

Ralph Schüler ist gemeinsam mit Rainer Emmel Geschäftsführer der WVV und der WJV, außerdem ist er Geschäftsführer der GWI. Über einen sogenannten Beherrschungsvertrag haben beide auch operativen Einfluss auf das operative Geschäft anderer städtischer Gesellschaften (SEG, GWW, WeGe, WiBaU).

Neben der Geschäftsführer-Tätigkeit wirkt Schüler als privater Immobilienmakler mit eigenen Firmen. In dieser Rolle kam es in den vergangenen Jahren an verschiedenen Stellen in der Stadt immer wieder zu Vorfällen, die den Verdacht der Verwicklung seines öffentlichen Jobs mit Privatangelegenheiten aufkommen ließen. Beispiele sind der nicht zustande gekommene Immobilienverkauf an die Wiesbaden-Stiftung, der geschickter Pächterübergang im „Chez Mami“ im Pariser Hof und der harte Clinch mit der Firma Reichwein um ein Grundstück.

EINFLUSSBEREICH VON RALPH SCHÜLER

- Die WVV Wiesbaden Holding GmbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt Wiesbaden, in der die wirtschaftlich selbstständigen Wiesbadener Versorgungs-, Verkehrs- und Wohnungsbaunehmen gebündelt werden.
- Die GWI kümmert sich um die städtischen Gewerbeimmobilien.
- Hinter der Abkürzung WJV verbirgt sich die Wiesbadener Jugendwerkstatt, zu der unter anderem die Domäne Mechtildshausen gehört.
- Ralph Schüler ist gemeinsam mit Rainer Emmel Geschäftsführer der WVV und der WJV, außerdem ist er Geschäftsführer der GWI. Über einen sogenannten Beherrschungsvertrag haben beide auch operativen Einfluss auf das operative Geschäft anderer städtischer Gesellschaften (SEG, GWW, WeGe, WiBaU).
- Neben der Geschäftsführer-Tätigkeit wirkt Schüler als privater Immobilienmakler mit eigenen Firmen. In dieser Rolle kam es in den vergangenen Jahren an verschiedenen Stellen in der Stadt immer wieder zu Vorfällen, die den Verdacht der Verwicklung seines öffentlichen Jobs mit Privatangelegenheiten aufkommen ließen. Beispiele sind der nicht zustande gekommene Immobilienverkauf an die Wiesbaden-Stiftung, der geschickter Pächterübergang im „Chez Mami“ im Pariser Hof und der harte Clinch mit der Firma Reichwein um ein Grundstück.

„Nicht länger tragbar“

Gesamtübersicht der Vorwürfe gegen Ralph Schüler listet neun Punkte mit Beispielen auf / Reaktionen der Politik

Von Birgit Emmet

WIESBADEN. Die Liste ist lang. Es geht um die Vorwürfe, die die Stadt Wiesbaden gegen den bisherigen WVV-Geschäftsführer Ralph Schüler erhebt und die den Magistrat am Dienstag zur Freistellung Schülers veranlasst haben. Allein neun festgestellte Tatbestände werden in dem Schreiben, das dieser Zeitung vorliegt, aufgelistet, diese dann unterteilt in die jeweils zuzuordnenden Fälle, die Schüler konkret vorgeworfen werden.

Es geht um mögliche und tatsächliche Interessenskonflikte, wie die bereits bekannten umstrittenen Geschäftsbeziehungen Schülers mit CDU-Fraktionschef Bernhard Lorenz. Weiter um Verstöße gegen das Wettbewerbsverbot bei der Abgabe eines Konkurrenzangebotes von Schülers Privatfirma gegen die GWW sowie die Nutzung des Personals städtischer Gesellschaften für private Angelegenheiten. Weiter wird Schüler Handeln zulasten der Landeshauptstadt und ihrer Gesellschaften vorgeworfen, weil er privat einen Grundstücksanteil der GWW in der Nerostraße erworben hat, dessen hohe Nebenkosten die GWW trug, und er sich danach nicht an den internen Kosten der Gesellschaft zur Grundstückssanierung beteiligt haben soll.

Der Mietvertrag zwischen der WJV und Schülers privater Fachakademie trägt gleich zu mehreren Vorwürfen bei: Interessenskonflikt, Nachteil für die Gesellschaft durch ungünstige Pachtbedingungen, auch sei hier nicht die erforderliche Zustimmung des Aufsichtsrats eingeleitet worden. Neuer Vorwurf ist die nicht genehmigte gewerbliche Nebentätigkeit, weil Schüler 2017 ein Gewerbe ohne Zustimmung der Gesellschafterin angemeldet hat. Darüber hinaus habe er mehrere unwahre Angaben in schriftlichen Stellungnahmen gemacht, etwa zur Abgabe des Konkurrenzangebotes der Firma Engemann gegen die GWW. Schließlich habe Schüler



Reißeleine gezogen: Ralph Schüler wurde jetzt von seinen Geschäftsführerposten bei der Stadt freigestellt. Foto: Sebastian Stenzel

sowohl durch die bekannt gewordenen Verfehlungen als auch durch seinen mit harten Bandagen geführten Zwiist mit seiner früheren Prokuristin dem Ansehen der Landeshauptstadt geschadet und somit seine Sorgfaltspflicht verletzt.

Der Magistrat sah in der Zusammenstellung Grund genug, Schüler von seinen Posten als Geschäftsführer der WVV, GWI

und WJV zu entbinden, also freizustellen. Am heutigen Mittwoch, 12. Dezember, tagt der WVV-Aufsichtsrat zum Thema, die Aufsichtsräte der GWI und WJV treten ebenfalls noch zu Sondersitzungen zusammen.

Die Reaktionen aus der Kommunalpolitik: Als Geschäftsführer „nicht länger tragbar“ sei Schüler für den FDP-Fraktionsvorsitzenden Christian Diers. Er

sieht das Vertrauensverhältnis zu Schüler nachhaltig erschüttert. Ein Kündigungsgrund sei für ihn bereits, dass Schüler mit der privaten Anstellung des ihm als Aufsichtsrat kontrollierenden CDU-Fraktionschefs Lorenz „billigend in Kauf genommen hat, das Ansehen der städtischen Gesellschaften zu beschädigen“. Auch die SPD-Fraktionsvorsitzende Nadine Kai sieht die Freistellung Schülers als „richtigen Schritt“. Das, was jetzt gesammelt wurde an Vorwürfen, hält sie für ausreichend, weitere Konsequenzen zu ziehen. „Noch großen Aufklärungsbedarf“ habe dagegen die Grünen-Fraktionschefin Christiane Hinninger. Der Magistrat, der bereits seit September von Vorwürfen gegen Schüler wusste, habe relativ spät recherchiert, finde sie und sei gespannt auf die heutige WVV-Sitzung. Hartmut Bohrer (Linke&Piraten) freut sich, dass „das Rechtsamt unsere Position bestätigt hat“, bescheinigt der Verwaltung hier „gute Arbeit“. Der Schaden sei „außerordentlich hoch“, so Bohrer. Das Ansehen der Gesellschaften habe gelitten. „Es ist nun wirklich an der Zeit, das Trauerspiel zu beenden.“

Verstrickungen kommen langsam ans Licht

Ralph Schüler und Bernhard Lorenz geben enge Geschäftsbeziehungen nur scheinbar preis / Druck auf Zeugin und Zeitung

Von Olaf Streubig

WIESBADEN. Die Geschäftsbeziehungen von Ralph Schüler und Bernhard Lorenz sorgen in der Wiesbadener Öffentlichkeit seit mehr als zwei Monaten für Aufregung. Damals berichtete die ehemalige Prokuristin Schülers über angebliche Geldflüsse an Lorenz. Lorenz und Schüler bestreiten seither die Zahlungen. Der Verdacht kam auf, dass Lorenz als Strippenzieher der Wiesbadener Kommunalpolitik, Schüler im Gegenzug maßgeblich in sein Amt als mächtiger städtischer Geschäftsführer gehiebert haben könnte.

Das geschah 2014, kurz nach dem Sven Gerich (SPD) zum Oberbürgermeister gewählt worden war. Sein Vorgänger Helmut Müller hatte den Einfluss Schülers stets zu vermindern gewünscht, heißt es aus Rathaus-Kreisen. Pikant wurde die Causa Schüler/Lorenz allerdings erst, als

mehreren soll er dabei den Geschäftsführer Schüler kontrollieren. Da sei „ein Interessenkonflikt möglich“, stellte OB Gerich fest und monierte, dass der Magistrat nicht über diese Geschäftsbeziehung informiert worden war. „Die Mitglieder des Aufsichtsrates dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen“, heißt es im Beteiligungskodex der Stadt. Später bestätigte das Rechtsamt, das Bürgermeister Oliver Franz (CDU) verantwortet, den Interessenkonflikt.

Auch die eigene Partei geht auf Distanz

In der Zwischenzeit wurde die ehemalige Prokuristin, die über Unregelmäßigkeiten berichtet hatte, massiv durch Schüler unter Druck gesetzt. Sie soll Gelder veruntreut und Steuern falsch abgerechnet haben. Zudem gibt es diverse Anzeigen

gegen die Zeugin, beispielsweise wird bei der Führerscheinerteilung ihre Fahrtüchtigkeit angezweifelt.

Gegen die Berichterstattung dieser Zeitung geht Bernhard Lorenz vor: In zwei Verfahren vor dem Landgericht versucht er, eine Unterlassung zu erwirken. In beiden Fällen bescheinigten die Gerichte der Redaktion eine ordnungsgemäße Recherche und wiesen die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurück. In einem Fall ist Lorenz in Berufung gegangen. Die Kosten trägt die Stadtkasse, nachdem Lorenz Rechtschutz bei der Stadt beantragt hat.

Den CDU-Fraktionsvorsitz und einen Teil seiner Aufsichtsratsmandate lässt Lorenz derzeit aufgrund der Vorwürfe ruhen. Das hatten Linke und SPD im Rathaus schon vor Wochen gefordert.

In den vergangenen Wochen wurde die Kritik an Lorenz und

Schüler, der auch CDU-Kreisschatzmeister ist, immer lauter. Und es gab auch in der eigenen Partei Rücktrittsforderungen an beide. Offene Ablehnung erfuhr Lorenz auf einem Parteitag der CDU. Er wurde – ohne Gegenkandidat – mehrheitlich von der Delegiertenliste gestrichen und darf nicht zum Landesparteitag fahren.

Vor knapp zwei Wochen widmete sich OB Gerich dem Fall. Er forderte Schüler in einem achtseitigen Brief zu einer Stellungnahme auf. Gerich formulierte 26 Fragen zu den unterschiedlichsten Vorwürfen gegen Schüler. Dieser ließ durch einen Anwalt knapp antworten und meldet sich kurz darauf krank.

Seit vergangener Woche beschäftigt sich nun auch das Innenministerium, die zuständige Kommunalaufsicht, mit dem Fall und fordert vom Magistrat der Landeshauptstadt Aufklärung.

Wie Flüchtlinge einen kleinen Ort verändert haben



Drei Jahre nach dem großen Zustrom von Flüchtlingen geht Laura Geyer der Frage nach: Wie haben die Fremden meinen Heimatort verändert? Sie spricht mit Nachbarn, Helfern und Experten und schreibt eine sehr persönliche Online-Reportage für das Bürgerportal Bergisch Gladbach. Ein Balanceakt zwischen beruflicher und privater Rolle.

Schildgen ist ein Ortsteil von Bergisch Gladbach, mit gut 6.000 Einwohnern und dorfähnlichen Strukturen. Als im Spätsommer 2015 hier die ersten Flüchtlinge ankommen, hilft die Mutter der Autorin sofort mit. Sie gibt Deutschkurse, kümmert sich um zwei junge Brüder aus Syrien. Laura Geyer lebt zu der Zeit in Heidelberg, wird aber bei Heimatbesuchen schnell in die Gemeinschaft der Ehrenamtlichen und Flüchtlinge eingebunden. Mit einem Syrer hält sie Kontakt. Seitnetwegen kommt sie zurück, inzwischen sind sie verheiratet. Und die Mutter, die Schildgen bis vor wenigen Jahren kaum verbunden war, hat in der Zwischenzeit dort tiefe Wurzeln geschlagen.

Die Autorin fragt sich, ob sich auch bei den anderen Ehrenamtlichen etwas verändert hat, vielleicht sogar bei der ganzen Dorfgemeinschaft. Was haben die Flüchtlinge mit Schildgen gemacht? Sie nimmt mit dem Blick auf die Einheimischen eine neue Perspektive ein.

So entsteht eine vierteilige Online-Reportage. Darin trägt sie Zahlen und Fakten zusammen: Was war wann passiert, wie hatte sich welche

Initiative gegründet, welche Probleme gab es und warum, wie ist die heutige Betreuungssituation? Sie führt Interviews mit den Sprechern der Initiativen, mit Ehrenamtlichen und Bürgern, mit Helfern und Nachbarn.

Geyer macht eigene Fotos und bittet die Gesprächspartner um zusätzliches Bildmaterial aus der Anfangszeit mit den Flüchtlingen. Aus einigen Interviews fertigt sie kurze Audiostücke, die im Text verteilt als O-Töne zu finden sind.

Außerdem baut sie aufklappbare Textboxen mit Kurzinformationen zu den Protagonisten in den Artikel ein. So wird der Beitrag durch interaktive Elemente ergänzt.

Als schwierig erweist sich die Arbeitsmenge. Die Kontaktpersonen schlagen immer neue Gesprächspartner und Themenaspekte vor. Vieles muss Geyer ablehnen. Eine große Herausforderung ist es für sie, neutral zu bleiben und die richtige Balance zwischen der professionellen und der persönlichen Rolle zu finden. Sie hat auch keine wirklich kritischen Gesprächspartner. Ängste sprechen fast alle Kontaktpersonen an, aber nur selten äußern sie offene Kritik.

Kontakt: Georg Watzlawek, Chefredakteur,
T +49 2202 / 251 799-9,
gwatzlawek@in-gl.de

Medium: Bürgerportal Bergisch Gladbach

Auflage: 60.000 Leser pro Monat

Verbreitungsgebiet:

Bergisch Gladbach

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 5

Link: in-gl.de/2018/02/23/fallstudie-was-die-fluechtlinge-mit-schildgen-gemacht-haben

Tipp:

„Bei einem Thema, in das man persönlich involviert ist, muss man sich immer wieder klarmachen, dass man gleichzeitig in einer privaten und einer professionellen Rolle agiert, und die richtige Balance zwischen Nähe und Distanz finden.“

Was die Flüchtlinge mit Schildgen gemacht haben

Laura Geyer am 23. Februar 2018



Die Aufnahme der Flüchtlinge verlief nicht ohne Probleme. Aber sehen diese Helfer unglücklich aus?

Im August 2015 ist Schildgen von der Einquartierung der Flüchtlinge überrascht worden. Doch es fanden sich rasch Helfer, Strukturen entstanden, ein Erfolgsmodell wuchs heran. Ganz nebenbei haben die neuen Nachbarn Schildgen verändert. Eine Spurensuche vor Ort.

Seit 14 Jahren lebt meine Mutter in Schildgen. Viele davon verbrachte sie damit, woanders eine Wohnung zu suchen. Bis vor einem Jahr. Da sagte meine Mutter plötzlich: „Ich bleibe in Schildgen.“ Was war passiert?

Ein Rückblick: August 2015. Viele Tausend Menschen sind über die Grenze nach Deutschland gekommen. Die Stadt Bergisch Gladbach teilt mit, Flüchtlinge im ehemaligen Hotel „Haus Pohle“ in Schildgen unterbringen zu wollen. Bürgermeister Lutz Urbach lädt mit dem Bürgerportal zu einer Info-Veranstaltung in das Schildgener Bürgerzentrum. Rund 500 Gäste erscheinen, der Saal platzt aus allen Nähten.

Viele Fragen werden gestellt. Viele Menschen sagen, dass sie gerne etwas tun würden. Auch meine Mutter. Bald wird sie im Rahmen der frisch gegründeten Initiative „Willkommen in Schildgen“ Deutschkurse geben und einzelne Flüchtlinge betreuen.



Zurück ins Jetzt: Es geht hier natürlich nicht um meine Mutter. Es geht um die Frage, was die Flüchtlingsarbeit mit den Schildgenern gemacht hat.

Vor welche Probleme und Herausforderungen hat sie die Ankunft der Flüchtlinge gestellt? Wie sind sie damit umgegangen? Und wie hat sich die Dorf-Gemeinschaft dadurch verändert? Wenn meine Mutter durch ihr Engagement im Ort heimisch geworden ist, ist es auch anderen so gegangen? War die Krise am Ende vielleicht auch eine Chance?

Mit Fakten gegen Vorurteile über die Flüchtlingspolitik

Ein abgelehnter Asylbewerber wird mehrmals straffällig. Die Fälle sorgen für hitzige Diskussionen. Die Debatte um Kriminalität im Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik wird neu entfacht. Die Redaktion des Hellweger Anzeigers setzt den Vorurteilen Fakten entgegen. Sie macht eine Bestandsaufnahme.

Im August 2018 sorgt ein junger Afrikaner in Unna für traurige Schlagzeilen. Mal beschädigt er ein Dienstfahrzeug der Stadtverwaltung, mal bedroht und attackiert er Mitarbeiter eines Autohauses. Die Polizei hat keine Handhabe, den abgelehnten Asylbewerber längere Zeit in Haft zu nehmen oder gar abzuschicken. Dieser Fall löst eine hitzige Debatte um Sicherheit, Kriminalität und Abschiebung aus. Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung steht – einmal mehr – im Kreuzfeuer der Kritik.

Auch in der Redaktion des Hellweger Anzeigers wird kontrovers diskutiert. Dabei kommt die Grundsatzfrage auf: Welche Rolle spielt die sogenannte Flüchtlingskrise heute noch in der Lebenswirklichkeit der Menschen?

Um dem auf den Grund zu gehen, plant die Redaktion eine Bestandsaufnahme in Form einer Sonderbeilage. Ganz bewusst im zeitlichen Kontext mit dem dritten Jahrestag der Willkommensszenen am Dortmunder Hauptbahnhof, wo am 6. September 2015 der erste Zug mit Flüchtlingen angekommen war.

Die Redakteure Alexander Heine, Kevin Kohues und Christoph Schmidt entwerfen das Konzept für ein 24-seitiges Produkt im Tabloid-Format. Zentrale Frage: Ist die sogenannte Flüchtlingskrise in der Region bewältigt oder nicht? Das von der Beilage gezeichnete Bild soll möglichst umfassend, fakten- und facettenreich sein. Gezeigt wird schließlich die Entwicklung der vergangenen drei Jahre und die aktuelle Situation in den Städten und Gemeinden des Kreises Unna. Die Beilage fasst die Fakten zusammen: zur Sicherheitslage in der Region, zum Umgang mit anerkannten und abgelehnten Asylbewerbern und zu ihrer Integration in den Arbeitsmarkt. Sie erklärt, welche Beiträge ehrenamtliche Initiativen zur Bewältigung der Krise leisten, und nennt Ursachen für die Polarisierung des Themas. Sie will aber auch dazu auffordern, sich aktiv an der Debatte über unsere Lebens- und Gesellschaftsform zu beteiligen.

Die vielfältigen Reaktionen aus der Leserschaft zeigen, wie notwendig es ist, dass Journalisten mit Hintergrundberichterstattung einer undifferenzierten Stimmungsmache entgegenzutreten – und das nicht nur an Jahrestagen.

Tipp:

„Es lohnt sich, ein Thema wie die Flüchtlingskrise mit einigem Abstand noch einmal unter die Lupe zu nehmen und viele Facetten der Auswirkungen, die sie auf lokaler Ebene hatte, zu beleuchten. So kann man Vorurteilen Fakten entgegensetzen.“

Kontakt: Alexander Heine, Chef vom Dienst, T +49 2303 / 202-142, heine@hellwegeranzeiger.de
Kevin Kohues, Chef vom Dienst, T +49 2303 / 202-140, kohues@hellwegeranzeiger.de
Christoph Schmidt, Leitender Editor, T +49 2303 202-247, schmidt@hellwegeranzeiger.de
Medium: Hellweger Anzeiger und Westfälische Rundschau Unna/Kamen
Auflage: ca. 30.000
Verbreitungsgebiet: Unna, Kamen, Bergkamen, Fröndenberg, Holzwickede
Anzahl Lokalteile: Hellweger Anzeiger 5; Westfälische Rundschau 2
Redaktionsgröße: 18 Redakteure und 2 Volontäre in den Lokalredaktionen, zzgl. Lokalsport und Mantel

Flüchtlinge im Kreis Unna: Eine Bestandsaufnahme

20 Zelte, 1000 Betten, viel mehr Schicksale – auf einem 22.000 Quadratmeter großen Parkplatz in Selm-Bork war die Flüchtlingskrise im Kreis Unna am deutlichsten sichtbar. Sie begann vor drei Jahren. Die Zeltstadt ist längst Geschichte. Ist es die Krise auch? Dieser Frage ist unsere Redaktion nachgegangen.



Wie steht es um die Integration der Flüchtlinge?

Drei Jahre nach der Flüchtlingskrise hat sich die Lage für Zugezogene grundlegend verändert. Viele sind ohne Job. Es gibt zu wenig Wohnungen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung ist gesunken. Die Norddeutsche fragt, wie es mit der Integration heute aussieht. Sie lässt vor allem die Betroffenen zu Wort kommen.

Mehr Menschen als je zuvor sind nach Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks weltweit auf der Flucht. Und doch scheint das Flüchtlingsthema aus den Medien verschwunden zu sein beziehungsweise wird häufig in Zusammenhang mit Kriminalität thematisiert. Patricia Brandt beschäftigt sich seit der Ankunft der ersten Syrer im Bremer Norden 2015 mit dem Thema. Damals begleitete sie drei Flüchtlingsfamilien für eine Langzeitreportage. Nun greift sie das Thema erneut auf. In der Serie „Fluchtpunkte“ zeigt sie, welche Probleme weiterhin bei der Integration bestehen und welche Hindernisse es noch zu überwinden gilt.

Warum schafft mehr als die Hälfte der Flüchtlinge ihren Deutschtest nicht? Warum haben so viele noch keinen Job? Warum ist die Bereitschaft in der Bevölkerung gesunken, Flüchtlingen ehrenamtlich zu helfen? Das sind einige der Fragen, denen die Autorin nachgeht. Und nicht zuletzt auch die Frage: Wie kriminell sind Flüchtlinge?

In der Norddeutschen, einer Regionalausgabe des Bremer Weser-Kuriers, beleuchtet die Autorin in elf Serienteilen die Situation der Flüchtlinge aus verschiedenen Perspektiven. Sie

spricht mit Ehrenamtlichen und sammelt eine Fülle an Daten und Fakten aus verschiedenen Behörden und Organisationen. Die Faktenrecherche ist mühsam, weil Vertreter von Behörden immer wieder aus Datenschutzgründen Barrieren aufbauen.

Im Mittelpunkt stehen jedoch die Betroffenen selbst. Welche Sorgen, Wünsche und Hoffnungen haben sie? Dabei orientiert sich Brandt an den Lebensbereichen der Menschen: Wie klappt es mit der Ausbildung? Wie wohnen die Familien? Was retten sie aus ihrem alten Leben in die neue Heimat hinüber?

Eine syrische Familie erzählt von ihren Hoffnungen. Ein junger Mann aus Afrika wird vorgestellt, der sich selbstständig einen Ausbildungsplatz gesucht hat, und eine Familie, die im Übergangwohnheim ausharren muss, weil sie keine Wohnung findet. Dass syrische Flüchtlinge auch in der neuen Heimat an bisherigen Gewohnheiten festhalten, wird in einer Reportage über syrische Frauen deutlich, die im Hinterhof auf traditionelle Weise Käse produzieren. So erhalten die Leserinnen und Leser Einblicke, die helfen, manches Vorurteil abzubauen.

DIE NORDDEUTSCHE

TAGESZEITUNG FÜR VEGESACK · BLUMENTHAL
BURGLESUM · RITTERHUDE · SCHWANEWEDDE · LEMWERDER · BERNE

Kontakt: Patricia Brandt,
Redakteurin,
T +49 421 / 658 458 840,
patricia.brandt@weser-kurier.de

Medium: „Die Norddeutsche“ ist eine Regionalausgabe der Weser-Kurier-Mediengruppe
Auflage: Weser-Kurier insgesamt ca. 137.000 (inkl. E-Paper), Die Norddeutsche ca. 22.000 (inkl. E-Paper)
Verbreitungsgebiet insgesamt: Bremen und die niedersächsischen Umlandgemeinden

Die Norddeutsche: Bremen-Nord, Schwanewede, Lemwerder
Anzahl Lokalteile: 3 Hauptausgaben und 8 Regionalausgaben, 4 Stadtteilausgaben

Redaktionsgröße: ca. 150 Redakteure

Link: www.weser-kurier.de/startseite_dossier,-Fluchtpunkte-Serie-ueber-Fluechtlinge-in-BremenNord-_dossierid,105.html

Tipp:

„Es lohnt sich, nach der ausführlichen Berichterstattung in den Medien auf dem Höhepunkt des Zuzugs 2015 jetzt noch einmal bei der Integrationsfrage genauer hinzuschauen.“

DIE NORDDEUTSCHE

TAGESZEITUNG FÜR VEGESACK · BLUMENTHAL
BURGLESUM · RITTERHUDE · SCHWANWEDE · LEMWERDER · BERNE

MITTWOCH, 27. JUNI 2018 | NR. 147 | REGIONALAUFGABE



Stefanie Secrafi gibt Deutschunterricht in der Erstaufnahmeeinrichtung der Awo an der Lindenstraße in Vegesack.

FOTO: CHRISTIAN KOSAK

Hindernisse bei der Integration

Fluchtpunkte: Die Situation der Flüchtlinge in Bremen-Nord 2018 zeigt Probleme und Hoffnungen auf

VON PATRICIA BRANDT

Bremen-Nord. Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge besteht ihren Deutschtest nicht. Die Zahl derjenigen, die in Jobs vermittelt werden können, ist gering. Es gibt zu wenig Wohnungen. Und die Bereitschaft der Bevölkerung, Flüchtlinge ehrenamtlich zu unterstützen, ist gesunken. 2015 hat unsere Redaktion Familien ein Jahr lang begleitet und miterlebt, wie sie in der neuen Heimat erste Erfahrungen gesammelt haben. Die Serie „Fluchtpunkte“ beleuchtet erneut die Situation der Flüchtlinge in Bremen-Nord aus verschiedenen Perspektiven, um so ein Gesamtbild rund drei Jahre nach der Ankunft zu skizzieren. Es geht darum, welche Sorgen die Familien heute haben und was passieren muss, damit die Neuankömmlinge integriert werden können.

Mehr als 68 Millionen Menschen sind nach Zahlen des UN-Flüchtlingswerks UNHCR weltweit auf der Flucht, das sind mehr als je zuvor. Doch die Zahl der Schutzsuchenden, die in Deutschland ankommen, ist in den vergangenen drei Jahren stetig geschrumpft. 890.000 Menschen suchten 2015 Zuflucht in Deutschland. Ein Jahr später war es nur noch ein Drittel dessen: 280.000.

„Im ersten Quartal 2018 sind 375 Menschen nach Bremen gekommen, um einen Antrag auf Asyl zu stellen“, sagt Bernd Schneider vom Sozialressort. Etwa ein Drittel waren Syrer, ein Zehntel Afghanen. Außerdem suchten 30 Männer und Frauen aus der Türkei, 26 aus Ägypten, 25 aus dem Iran, 17 aus der Russischen Föderation und nicht zuletzt 15 Menschen aus dem Irak Schutz in Bremen. Trotz sinkender Zahlen sagt Schneider: „Die Herausforderungen in der Integration sind nach wie vor erheblich.“

Längst geht es nicht mehr nur um Fragen der sofortigen Unterbringung. Notunterkünfte wie die Zelte, die das Sozialressort an der Ermlandstraße und der Heidlerchenstraße hatte aufbauen lassen, sind aufgelöst worden. Heute gibt es nach Angaben der Sozialbehörde stadtwweit noch 5000 Plätze in Übergangsheimen. Die meisten Plätze gibt es wegen der zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Vegesack: 840. In Lesum sind es

390, in Blumenthal aktuell 330 Plätze. Nach Auskunft der Sozialbehörde sind 2015 mehr als 1500 Schutzsuchende in eine Wohnung vermittelt worden, 2016 waren es bereits über 1800. „Vermittelt wird immer noch in hoher Zahl“, so Bernd Schneider. Die Wohnungssuche bleibt in der Flüchtlingsfrage ein wichtiges Thema. Mitarbeiter des Awo-Migrationsdienstes verzeichnen hier viel Beratungsbedarf. Obgleich es ein Projekt

„Das, was jetzt erforderlich ist, überfordert viele Ehrenamtliche.“

Jochen Windheuser, Willkommensinitiative

„Mehr Wohnungen für Flüchtlinge in Bremen“ der Sozialbehörde gibt, ist das von Gewoba, Brebau und privaten Vermietern zur Verfügung gestellte Wohnungskontingent inzwischen geschrumpft. So sind einige Großfamilien gezwungen, weiter in Übergangswohnheimen zu leben.

Die Zahl der Flüchtlinge geht zwar zurück, aber der Beratungsbedarf ist sogar leicht gestiegen. „Wir arbeiten in der Bera-

tungsstelle für Flüchtlinge inzwischen mit vier Kolleginnen und haben 2017 in 1033 Fällen unterstützt und geholfen. 2016 waren es noch 975 Fälle. Was sich verändert hat, sind die Beratungsinhalte. Ganz viel wird nach Familiennachzug gefragt“, sagt Awo-Mitarbeiterin Andrea Nolte-Buschmann.

Ein großes Hemmnis bei der Integration bleibt die Sprachbarriere. Mehr als die Hälfte aller Zuwanderer besteht den Deutschtest am Ende der Integrationskurse nicht. Knapp jeder Zweite erreichte nach Angaben des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) das Kursziel B1 nicht. „Man muss auch sehen: Die Menschen kamen mit unterschiedlichem Qualifikationsniveau. Anfangs kamen Akademiker aus Syrien, Studenten mit guter Schulbildung, später auch weniger qualifizierte Menschen. Sie tun sich entsprechend schwerer mit dem Erlernen einer fremden Sprache“, sagt Bernd Schneider. Man dürfe auch nicht vergessen, dass viele ihre Familien zu Hause auf der Flucht zurückgelassen haben und traumatisiert vom Krieg gar nicht in der Lage waren, sich als Erstes um die deutsche Sprache zu bemühen.

Doch die mangelnden Sprachkenntnisse führen dazu, dass das Jobcenter erst wenige Flüchtlinge in Lohn und Brot vermitteln

konnte. Nach Worten des Geschäftsführers des Vegesacker Jobcenters, Volker Wöhlmann, waren im April 2018 exakt 1797 Flüchtlinge in Bremen-Nord arbeitssuchend gemeldet. Aber nur 126 Menschen konnten 2017 in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Dass es funktionieren kann, zeigen Positivbeispiele. Etwa das eines 20-Jährigen aus dem Senegal, der als erster Geflüchteter bei Arcelor Mittal eine Ausbildung durchläuft.

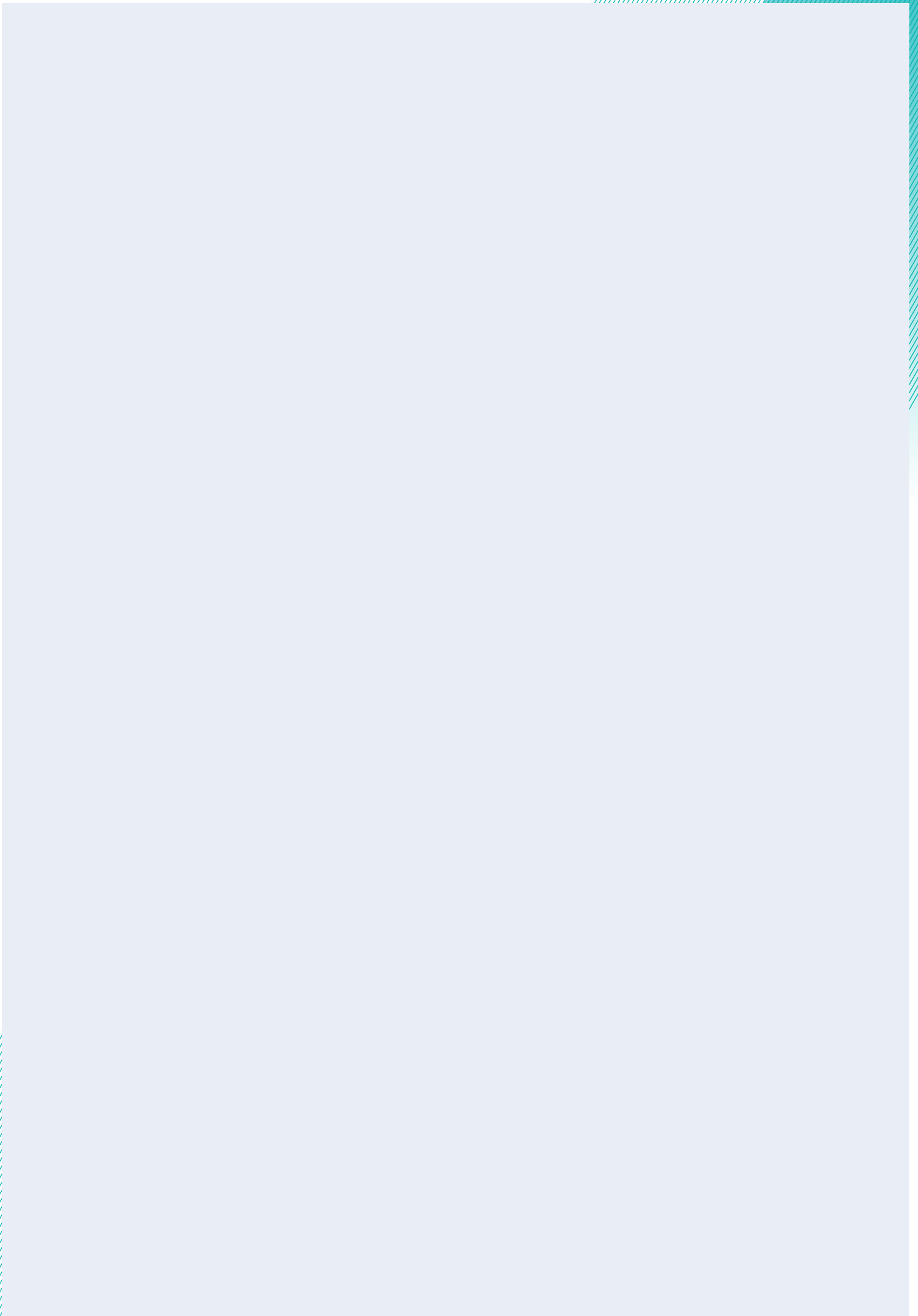
Als das Wort Flüchtlingskrise erstmals die Runde machte, meldeten sich sofort viele Nordbremer spontan, um zu helfen. „Der große Enthusiasmus ist weg“, sagt Jochen Windheuser, Sprecher der Initiative. Die Gruppe der Ehrenamtlichen der Willkommensinitiative Vegesack ist mittlerweile um etwa die Hälfte geschrumpft. Einige Flüchtlingshelfer hätten der Initiative nur deshalb den Rücken gekehrt, weil sie „ihre“ Geflüchteten nur noch auf persönlicher Basis begleiten wollten. Andere hätten sich mit der Begründung zurückgezogen, sie seien nun zu alt oder es seien jetzt nicht mehr so viele Geflüchtete, die kommen und Hilfe brauchen. Der frühere Hochschulpromotor Windheuser glaubt, dass es auch daran liegt, dass sich die Arbeit der Ehrenamtlichen im Laufe der Zeit verändert hat: „Das, was jetzt erforderlich ist, überfordert viele Ehrenamtliche.“

Es melde sich niemand mehr automatisch, stellt auch Wolfgang Schröder von der Burglesumer Willkommensinitiative fest. „Man muss an die Leute rangehen.“ Regelmäßig informiert die Initiative deshalb in einem Infobrief über Aktivitäten und verzeichnet inzwischen sogar Zuwächse. Die Initiative zähle 150 Personen: „Viele wollen keine Zeit aufbringen und keine feste Aufgabe übernehmen, sind aber bereit, kurzfristig auszuweichen“, so Schröder. Zusammen mit seinem Team und Geflüchteten hat Schröder seit 2016 um die 250 Räder in der Fahrradwerkstatt auf dem Areal der Friedehorst-Stiftung repariert. Nächste Woche will das Team eine zweite Werkstatt am Wohnheim am Rastplatz eröffnen. „Unsere Kanzlerin sagt, wir schaffen das – aber ohne Ehrenamtliche würde es auch heute nicht gehen.“



Wolfgang Schröder (links) und Horst-Dieter Riedel von der Willkommensinitiative Burglesum haben mit anderen Freiwilligen und Geflüchteten über den Winter rund 80 Räder flottgemacht. Am Rastplatz soll nun die zweite Fahrradwerkstatt im Bremer Norden eröffnen.

FOTO: VON LACHNER



Zeitgeschehen

Erinnern und nach vorne blicken

Geschichte ist immer ein Thema für die Lokalzeitung. Egal ob es um historische Ereignisse geht, die lange zurückliegen, oder um Zeitgeschichte, bei der die Erinnerungen – und manchmal auch die Wunden – noch präsent sind. Hier geht es immer auch um Heimat und Identität, um erinnern und das Nach-Vorn-Blicken zugleich. Und bei wenigen Stoffen lassen sich die Leser so gut beteiligen – und machen so gerne mit.

Viele Sachsen erinnern sich an das Ende des Prager Frühlings

Viele ältere Menschen in Sachsen erinnern sich gut an den August 1968, als sowjetische Panzer den „Prager Frühling“ gewaltsam beendeten. Bei einigen haben die Ereignisse ihr Leben geprägt. Oliver Hach, Redakteur der Freien Presse, macht sich auf die Suche nach solchen Menschen und erzählt zum 50. Jahrestag ihre Geschichten.

Im Jahr 1968 erlebt die Tschechoslowakei eine kurze Phase der Freiheit. Durch Reformen werden Presse- und Meinungsfreiheit eingeführt, ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ soll entstehen. Am 21. August 1968 beenden sowjetische Panzer den „Prager Frühling“ mit Gewalt.

Die DDR und insbesondere die südlichen Bezirke Dresden und Karl-Marx-Stadt werden in jenem Sommer zum Aufmarschgebiet für die größte Militäroperation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Für die Menschen in Sachsen, von denen viele die Reformbewegung mit Sympathie verfolgen, ist jene Zeit geprägt von Kriegsangst, Wut und Verzweiflung.

Bis heute sind diese Ereignisse im kollektiven Gedächtnis der Sachsen präsent. Tausende Menschen der Generation 60 plus haben persönliche Erinnerungen daran, viele von ihnen hat dies geprägt. So entsteht die Idee, dem Thema eine Wochenendbeilage zu widmen. Sie soll nach 50 Jahren die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ aus sächsischer Perspektive beleuchten.

Die Freie Presse veröffentlicht im März einen ersten Beitrag zu den Ereignissen vor 50 Jahren. Zugleich werden Zeitzeugen aufgefordert, sich bei der Redaktion zu melden. In der Folge bekommen die Journalisten wichtige Hinweise und Kontakte.

So stoßen sie auf einen Mann, der damals sowjetische Panzer direkt vor seinem Haus im Erzgebirge fotografierte. Sie sprechen mit einem Journalisten, der mit dem Ende des „Prager Frühlings“ den Glauben an den Sozialismus verlor, schließlich Berufsverbot bekam und jahrelang bespitzelt wurde. Sie treffen zwei Männer, die im Sommer 1968 in den Wäldern des Vogtlands zusammen mit Tausenden anderen Soldaten der DDR-Volksarmee auf den Einmarschbefehl in die ČSSR warteten. Und sie finden einen Zeitzeugen, der damals auf Dienstreise in Prag war und auf dem Wenzelsplatz Augenzeuge der dramatischen Ereignisse wurde.

In Gemeinschaftsarbeit erstellen mehrere Redakteure daraus eine monothematische Wochenendbeilage. Sie wird komplettiert mit Experteninterviews und der zeitgeschichtlichen Aufarbeitung der damaligen Ereignisse. Eine Karte mit den damaligen Truppenbewegungen zeigt, welche Schlüsselrolle der Süden Sachsens bei der Militäraktion spielte.

Tipp:

„Es ist sehr hilfreich, vor herausragenden zeitgeschichtlichen Jubiläen die Leser mit einem Vorbeitrag frühzeitig zur Beteiligung aufzurufen.“

Freie Presse

Kontakt: Oliver Hach,
stv. Ressortleiter Recherche,
T +49 371 / 656 104-98,
Oliver.Hach@freiepresse.de

Medium: Freie Presse

Auflage: ca. 220.000

Verbreitungsgebiet: Südwestsachsen/
Regierungsbezirk Chemnitz

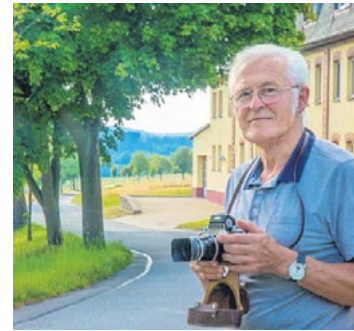
Anzahl Lokalteile: 19

Redaktionsgröße: ca. 150

B2 Freie Presse

50 JAHRE PRAGER FRÜHLING

Freitag, 17. August 2018



Kleinneuschönberg 1968 – 2018

Die Panzer im Erzgebirge und ihr Fotograf: 50 Jahre trennen diese beiden Aufnahmen aus Kleinneuschönberg, einem Ortsteil der Stadt Olbernhau. Am 25. August 1968 hörte hier Wilfried Neuber Motorenlärm, nahm seine stets bereitliegende Exakta Varex, bestückt mit einem Farbfilm, und drückte ab. Direkt vor seinem Haus, in dem er noch heute lebt, fuhr an diesem Sonntag eine Kolonne sowjetischer Panzer vorbei, die zuvor in den Wäldern der Umgebung gestanden hatten. Mit einem 135-Millimeter-Telesobjektiv gelang Neuber drei seltene Farbaufnahmen von nachrückenden Truppen in die Tschechoslowakei. Im Hintergrund sieht man die damalige Rundstabfabrik Gebrüder Herold, heute Sitz einer Industrietechnikfirma. „Es war ein schwüler Tag“, erinnert sich Neuber. Zunächst glaubte er, dass Mahdrescher im Anmarsch sind, dann sah er die Kanonnenrohre. „Ein historischer Augenblick“, so dachte er damals. Und: „Jetzt muss ich das Risiko eingehen.“ Die Soldaten hatten ihn beim Fotografieren im Blick, ließen ihn aber gewähren.

FOTOS: WILFRIED NEUBER, LIME MANN

Freitag, 17. August 2018

50 JAHRE PRAGER FRÜHLING

Freie Presse B7

Der Augenzeuge vom Wenzelsplatz

Claus Märten kauft für die DDR jahrelang Agrarflugzeuge in der Tschechoslowakei. Eine Dienstreise im August 1968 endet für den Ingenieur mit Kriegsszenen. In Prag erlebt er Weltgeschichte – und die Entfremdung von Freunden.

VON OLIVER HACH

Seine Liebe zu diesem Land begann mit der gelben Hummel. Sie steht jetzt vor ihm auf dem Gartentisch, das Plastikmodell einer Let Z-37, Čmelák, auf deutsch Hummel, heißt der Agrarflieger, der in der Tschechoslowakei gefertigt wurde. Claus Märten hat im Auftrag der Fluggesellschaft Interflug in den Sechzigerjahren fast 300 Stück der Z-37 für die DDR-Landwirtschaft eingekauft. Im gesamten Ostblock wurden die Maschinen eingesetzt. „Es war das beste Flugzeug, das es damals gab“, sagt er.

Claus Märten sitzt auf der Terrasse seines Eigenheims in Thum, in einer grünen Oase im Erzgebirge. Aber in Gedanken ist er in Prag. Wo er als junger Luftfahrttechniker Verkaufsverhandlungen mit der tschechoslowakischen Außenhandelsgesellschaft führte. Wo die Abende auf den Dienstreisen oft in der Lucerna-Bar am Wenzelsplatz endeten. Und wo nach einer einzigen Nacht plötzlich alles anders war. „Ich kenne Prag besser als Berlin oder Dresden“, sagt der 83-Jährige. „Es war die schönste Zeit meines Lebens.“

Auf einem Balkon am Wenzelsplatz wurde Claus Märten vor 50 Jahren Augenzeuge der Weltgeschichte. Die Bilder jener Tage, als die Freiheit unter den Ketten sowjetischer Panzer starb, hat er bis heute genau im Kopf, minutös kann er die Ereignisse rekonstruieren. Es ist Dienstagmorgen, am 20. August 1968, als Claus Märten mit dem Flugzeug von Berlin Schönefeld nach Prag aufbricht. Neben ihm in der Kabine eine attraktive junge Amerikanerin aus Houston. Die Germanistin hat den Flug heimlich gebucht, entgegen der Warnung



Ikonicches Bild, 1968 fotografiert von Josef Koudelka: Ein Tscheche schreit in Prag vor Sowjetsoldaten auf einem Panzer seine Wut über das Ende der Freiheit heraus.

FOTOS: JOSEF KOUDELKA/MAGNUM PHOTOS

lange ein freundschaftliches Verhältnis hatte, erlebt Claus Märten plötzlich wie verwandelt: reserviert und abweisend. Den Interflug-Leuten bleibt nichts anderes übrig, als in ihr Quartier zurückzukehren. Vom Balkon des Jugendtätigkeitshauses verfolgen sie die dramatischsten Stunden im Herzen von Prag.

Gegen zehn Uhr morgens fahren die ersten Schützenpanzerwagen den Wenzelsplatz hinunter. „Wir konnten von oben in die Fahrzeuge reinschauen: Der ganze Boden war bedeckt mit Munition, wie ein Messing-Teppich, daneben hockten auf jeder Seite drei junge Soldaten und

Ein Koch aus dem Hotel „Europa“ stellt sich auf die Straße und brüllt. Die Panzer kommen direkt auf ihn zugerollt.

Mindestens 22 Menschen sterben allein an diesem Tag in Prag. Das tschechische Institut für das Studium totalitärer Regime listet die Opfer auf: ein Mann, der aus einem brennenden Haus springt, ein Kunde und die Inhaberin eines Kiosks, den ein Panzer überfährt, ein Eisenbahner auf dem Weg zur Arbeit, auf den ein Sowjetsoldat am Karlsplatz unvermittelt das Feuer eröffnet. Die Regierung ruft ihre Bürger zum passiven Widerstand auf. Zeitschriften drucken Sonderausgaben, Flugblätter werden verteilt, in denen die ausländischen Soldaten zum Abzug aufgefordert werden.

Jahre aufbewahrt. „Die Tschechen haben sich vorbildlich verhalten“, sagt er. Niemand habe sich zu Gewalttaten hinreißen lassen. „Da wären 1000 Möglichkeiten gewesen, ein richtiges Inferno anzufangen.“ Die Sowjets glaubt er, hätten dann erbarmungslos zurückgeschlagen. Der Aufenthalt der Interflug-Leute in Prag dauert noch weitere vier Tage. Märten und seine Kollegen heften sich die blau-weiß-roten Anstecker der Protestbewegung ans Revers. Doch die Stimmung wird immer aggressiver. Deutsch sprechen sie in der Öffentlichkeit nicht mehr, in Restaurants verweigert man ih-

Eine Reise für den Frieden: Schüler besuchen Verdun

FUNKE
ZENTRAL
REDAKTION

Sie besuchen 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg Verdun: 40 Jugendliche aus Deutschland und Frankreich. Eingeladen wurden sie von der Funke-Mediengruppe. Der Verlag will mit der Aktion ein Zeichen für Frieden und Völkerverständigung setzen. Die Schüler treffen am Ende Angela Merkel und Emmanuel Macron.

Rund um Verdun tobte 1916 eine der grausamsten Schlachten des Ersten Weltkriegs. In dem zehn Monate dauernden Gemetzel starben dort mindestens 300.000 Soldaten, etwa 400.000 weitere wurden verwundet.

Zum 100. Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs startet die Funke-Mediengruppe in Kooperation mit Frankreichs größter Zeitung Ouest-France eine Aktion. Sie schicken 40 Jugendliche im Alter von 15 bis 19 Jahren nach Verdun und an andere Kriegsschauplätze – 20 Schülerinnen und Schüler aus Deutschland, 20 aus Frankreich. Das Projekt soll jungen Menschen heute die Bedeutung von Krieg und Tod verständlich machen.

Die deutschen Schüler kommen aus dem gesamten Verbreitungsgebiet aller Funke-Tageszeitungen. Viele von ihnen stellen bei der Vorbereitung fest, dass ihre eigenen Urgroßväter im Ersten Weltkrieg gekämpft haben. Eine Schülerin aus Hamburg bringt sogar Briefe ihres Großvaters mit.

Die Schüler besichtigen die Gedenkstätten, die Beinhäuser und Schlachtfelder. Am meisten erschüttert sie das Gräberfeld von Verdun, wo mehr als 16.000 Gefallene liegen. Besonders

interessant ist für sie der Austausch mit den Jugendlichen aus Frankreich, wo der Erste Weltkrieg weit mehr im Bewusstsein ist als in Deutschland – und im Lehrplan eine viel größere Bedeutung hat.

Höhepunkt der Reise ist das Treffen mit Angela Merkel und Emmanuel Macron bei einer Zeremonie zum Gedenken an das Ende des Ersten Weltkriegs in Compiègne. Die beiden Staatschefs nehmen sich Zeit für die Schüler. Ein syrischer Flüchtling, der im Krieg schwer verletzt wurde und jetzt in Thüringen zur Schule geht, fragt, was man tun kann, damit es keinen Krieg mehr gibt. Merkel empfiehlt, miteinander zu sprechen und einander zu vergeben.

Die Funke-Zentralredaktion begleitet die Reise mit Stift und Kamera. Sie bestückt einen Live-Blog mit Videos, Fotos und Beiträgen. Und sie berichtet im Print mit einer Doppelseite in allen Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Dort schreiben auch die Schüler über ihre Eindrücke. So zieht eine 18-Jährige aus Duisburg das Fazit: „Wir müssen miteinander kommunizieren, um unser Nachbarland so gut wie möglich kennenzulernen, denn dann können wir uns verstehen und dafür sorgen, dass der geschlossene Frieden der Vergangenheit in Zukunft bestehen bleibt.“

Kontakt: Michael Backfisch, Außenpolitikchef,
T +49 30 / 200 978 258,
michael.backfisch@funkemedien.de

Medium: Funke-Zentralredaktion für Hamburger Abendblatt, Bergedorfer Zeitung, Berliner Morgenpost, Braunschweiger Zeitung, Harz Kurier, Thüringer Allgemeine, Neue Ruhr Zeitung, Ostthüringer Zeitung, Thüringische Landeszeitung, Westdeutsche Allgemeine Zeitung, Westfälische Rundschau, Westfalenpost
Auflage: 1,3 Mio., auf den Online-Seiten ca. 80 Mio. Visits/Monat
Verbreitungsgebiet: Berlin, Hamburg, NRW, Braunschweig, Thüringen
Anzahl Lokalteile: 12
Redaktionsgröße: 75

Aus der Zentralredaktion beteiligt: Redakteure Michael Backfisch, Caroline Paustian, Johanna Rüdiger, Chefredakteur Jörg Quoos; Projektmanager Jacob Böhlke, Vivian Hecker

Link zum Blog:
www.morgenpost.de/politik/article/215750857/100-Jahre-Kriegsende-Wir-bringen-junge-Leser-nach-Verdun.html

Tipp:

„Die deutschen und französischen Schüler haben das Projekt entscheidend mitgesteuert und sind frühzeitig eingebunden worden. Das war der Schlüssel für den Erfolg der Aktion.“



Frankreichs größte Zeitung „Ouest-France“ und die Funke Mediengruppe, zu der auch unsere Redaktion gehört, besuchten mit 20 deutschen und 20 französischen Schülern historische Orte des Ersten Weltkriegs wie hier die Kriegsgräber in Douaumont. Foto (4): Reto Klar

Eine Reise für den Frieden

100 Jahre Ende Erster Weltkrieg: 40 deutsche und französische Schüler reisen an die Orte, an denen Millionen Soldaten starben

VON MICHAEL BACKFISCH

Compiègne/Paris. Eben noch blickten Angela Merkel und Emmanuel Macron ernst auf die Gedenkstätte für die Opfer des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Als ein Jugendchor die Europahymne anstimmt, hellen sich ihre Mienen auf. Beide lächeln den Sängern zu. Wenige Minuten später laufen die Bundeskanzlerin und der französische Präsident zu einer Gruppe von 40 deutschen und französischen Schülern, die als Gäste der Zeremonie geladen waren. Keine zehn Meter von hier stand der Eisenbahnwagen, in dem am 10. November 1918 der Waffenstillstand zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet wurde. Compiègne bei Paris ging damit in die Geschichte ein. Nun diskutieren die Kanzlerin, der Präsident und die Jugendlichen über Krieg und Frieden im Jahr 2018.

„Mann muss irgendwann den Punkt finden, auch einander zu vergeben.“
Angela Merkel, Bundeskanzlerin

„Welche Botschaft können Sie uns Jugendlichen für Europa geben?“, will die 18-jährige Josepha Bakalow vom Europäischen Gymnasium Bertha von Suttner in Berlin von Macron wissen. Sie trägt ein schwarzweißes Ringelkleid und schaut dem Präsidenten direkt in die Augen. „Unser Europa hat seit 75 Jahren Frieden. Deutschland und Frankreich haben beschlossen, ihre Zukunft und Sicherheit zusammen zu gestalten“, antwortet der Chef des Élysée-Palasts. „Die Botschaft angesichts der im Ersten Weltkrieg Gefallenen lautet: Nie wieder so etwas. Wir müssen die Jugend beider Länder ermutigen, gemeinsame Projekte anzupacken.“ Auch Merkel schaltet sich ein. „Es liegt in eurer Hand. Dafür lernt ihr und eignet euch Fremdsprachen an“, sagt sie.

Josepha gehört zu den 40 Schülern aus Deutschland und Frankreich. Die Funke Mediengruppe und ihre französische Partnerzeitung „Ouest-France“ haben die Reise zu den Schlachtfeldern im ostfranzösischen Ver-

den und an den Ort des Waffenstillstands in Compiègne organisiert. Gemeinsam sollten die Gymnasialisten an die Frontlinie fahren, an der sich ihre Urgrö-

väter – oft nur wenige Jahre älter – bekämpft hatten. Zu der Gruppe gehört auch die 16-jährige Schülerin Marie Liebers aus Erfurt. „Für mich selbst konnte

ich einiges Wertvolle aus der Reise nach Verdun mitnehmen, denn wie wertvoll unser Frieden ist, verstand ich erst, als ich den Ersten Weltkrieg begriffen ha-

be“, sagt die junge Schriftstellerin. Online hat sie bereits ein Buch veröffentlicht. Als dann der aus Syrien stammende Ali Jarjanazi die Kanze-

rin um ein Bild mit ihm bittet, zuckt diese kurz zusammen. Das Selfie mit einem syrischen Migranten 2015 hat ihr auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise viel Ärger eingebracht. „Dann machen wir mit allen Schülern zusammen eines. Dann hat jeder etwas davon“, betont sie.

Flüchtlingsodyssee führte Ali nach Jena

Ali ist 17, lebt seit dreieinhalb Jahren in Deutschland und geht auf die Berufsschule in Jena in Thüringen. Sein Schicksal zeigt, dass die Folgen der Konflikte, die Tausende Kilometer von Deutschland entfernt wüten, bis vor unsere Haustür reichen. Ende 2012 hat der syrische Bürgerkrieg auch Ali's Heimatstadt Hama erreicht. An seinem trübem Wintertag ging der damals Elfjährige mit Freunden auf die Straße vor sein Haus. Sie wollten nachschauen, ob sich die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Regimegegnern beruhigt hatten. Als er auf dem Boden eine Cola-Flasche sah, hob er sie auf. Was er nicht wusste: Die Flasche war mit Sprengstoff gefüllt. Die Explosion riss ihm beide Hände weg, zudem verlor er ein Auge. Seine Flüchtlingsodyssee führte ihn erst in die Türkei, später nach Griechenland und über die Balkanroute nach Deutschland.

Ali spricht fließend Deutsch, hat einen wachen Blick und ist abgeklärt. Seine Frage an die Kanzlerin: „Können Sie den arabischen Präsidenten erklären, was man tun kann, damit es keinen Krieg mehr gibt?“ Merkel denkt kurz nach und entgegnet dann: „Man muss Menschen immer wieder auffordern, miteinander zu sprechen. Wir haben leider heute in der Welt so viel Sprachlosigkeit. Gerade aus der syrischen Perspektive muss man irgendwann den Punkt finden, auch einander zu vergeben.“

► Aus Frankreich berichten neben Michael Backfisch: Johanna Rüdiger, Caroline Rosales, Jörg Quoos und Reto Klar

Mit freundlicher Unterstützung
arte **DFJW**

„Ich verstand, wie wertvoll Frieden ist“

Marie Liebers (16), aus Erfurt

Vor dieser Reise habe ich den Ersten Weltkrieg stets mit etwas Abstraktem verbunden. All die Fakten aus dem Geschichtsunterricht waren für mich nichts anderes als Zahlen, Orte, Fachbegriffe. So richtig bewusst wurde mir erst hier in Verdun, was dieser Krieg bedeutet. Nicht nur durch all die Denkmäler und Gräber, die wir hier besichtigt haben, sondern auch durch die Menschen, mit welchen ich mich ausgetauscht habe. Ich hatte die einmalige Chance, hier so einem wichtigen historischen Ereignis auf so eine ergreifende und ehrliche Weise entgegenzutreten. Ich konnte mit französischen wie deutschen Schülern in meinem Alter reden, mich austauschen und auch neue Kontakte knüpfen. Der Gedanke, dass ein Ereignis, das 100 Jahre zurückliegt und Menschen zu Feinden gemacht hat, heute verbindet und dazu beiträgt, die deutsch-französische Freundschaft zu festigen, hat dabei etwas Beruhigendes. Für mich selbst konnte ich einiges Wertvolles von der Reise nach Verdun mitnehmen, denn wie wertvoll unser Frieden ist, verstand ich erst, als ich den Ersten Weltkrieg begriffen habe. Und obwohl wir uns zusammen mit viel Traurigen und Grausamen auseinandergesetzt haben, gab es dennoch schöne Momente der Freude, Ergriffenheit und der Erleichterung. Mich werden die Erlebnisse hier sicherlich ein Leben lang begleiten und ich bin dankbar für diese einmalige Chance.



Hier schreibt: Marie Liebers aus Erfurt. Foto: Reto Klar

Eine besondere Reise: Unterwegs nach Frankreich, die deutschen Gymnasialisten aus Hamburg, Berlin, Braunschweig, Erfurt und Nordrhein-Westfalen.



100 JAHRE ENDE ERSTER WELTKRIEG
100 ANS APRÈS LA FIN DE LA PREMIÈRE GUERRE MONDIALE



Abends sprach ich mit den Schülern die Journalisten Dorothee Haffner, Arte, Jörg Quoos, Funke Mediengruppe, und Laurent Marchand, „Ouest-France“.



Die Berliner Schülerin Josepha Bakalow spricht mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Emmanuel Macron in Compiègne – hier ein Ausschnitt aus einem Video. Foto: Repro/Johanna Rüdiger

Lebendige Darstellung einer vergessenen Revolution



Vor 100 Jahren stürzten Arbeiter und Soldaten Kaiser Wilhelm II. vom Thron. In Hamburg peitschten Schüsse durch die Straßen. Menschen starben. Am Ende weht auf dem Hamburger Rathaus die rote Fahne. Reporter Olaf Wunder von der Hamburger Morgenpost beschreibt die dramatischen Ereignisse der Novemberrevolution 1918 in der Stadt.

Am Ende des Ersten Weltkriegs ist Hamburg ein Pulverfass. Not und Hunger bestimmen den Alltag, dazu die täglichen Nachrichten von gefallenen Männern. Die Menschen haben – wie überall im Deutschen Reich – genug vom Krieg. Ende Oktober 1918 meutern Matrosen in Wilhelmshaven und Kiel und lösen damit eine Revolution aus, die sich rasch verbreitet. Schnell erreichen die Unruhen Hamburg. Werftarbeiter legen die Arbeit nieder, ein provisorischer Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt die Macht in der Hansestadt. Am 11. November 1918, als der Waffenstillstand an den Fronten ausgerufen wird, weht auf dem Hamburger Rathaus die rote Fahne. Doch das ist noch lange nicht das Ende der Unruhen.

In einer vierteiligen Serie schildert Olaf Wunder minutiös die Ereignisse, die Ende 1918 zur Revolution führten. Er beschreibt die Gefechte und Schusswechsel auf den Straßen. Er erzählt von den privaten Sorgen und Hoffnungen der Menschen. Und er erläutert die politischen Wirrnisse, die Träume von der Revolution, die Ängste vor dem Bolschewismus.

Am Ende der Serie macht der Autor deutlich, wie die ersten demokratischen Ansätze schließlich scheitern und in die Nazizeit führen.

In monatelanger Archivarbeit trägt Olaf Wunder das Material zusammen, um die Serie so lebendig wie möglich zu schreiben. Er sitzt viele Stunden in Archiven, liest zu Hause Literatur zu der Zeit. Da der Autor als Historiker und Politologe seit Langem die historische Berichterstattung seiner Zeitung betreut, ist er ständiger Gast im Staatsarchiv Hamburg. Von dort erhält er sofort große Unterstützung für sein Projekt. Die Mitarbeiter suchen für ihn Dokumente und Zeitzeugenberichte heraus. Wunder findet dort auch einen Schatz von Fotos, die die Ereignisse der Novemberrevolution dokumentieren. Außerdem bekommt die Redaktion nach einem Aufruf an die Leserinnen und Leser bisher unveröffentlichtes privates Bildmaterial.

So stützt sich die Serie auf einen großen Fundus aus Archivmaterialien und Buchveröffentlichungen, Zeitzeugenberichten und Tagebüchern. Wunder gelingt es, Geschichte lebendig werden zu lassen, die die Stadt und das Land verändert hat.

Kontakt: Olaf Wunder, Chefreporter und Leiter Print-Team, T +49 40 / 809 057 315, olaf.wunder@mopo.de

Medium: Hamburger Morgenpost
Auflage: 80.000

Verbreitungsgebiet:

Norddeutschland

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: ca. 30

Tipp:

„Ein Aufruf an die Leser kann sinnvoll sein, auch wenn es – wie hier – keine Zeitzeugen mehr geben kann. Wir sind so an privates Fotomaterial und an private Dokumente aus jener Zeit gekommen.“

4 HAMBURG

Wie die Revolution nach Hamburg kam

ERSTER WELTKRIEG Hunger und Elend quälen die Menschen. Meuternde Matrosen bringen den Aufstand in die Hansestadt. MOPO-Serie Teil 1

Von OLAF WUNDER

Vor 100 Jahren stürzen Arbeiter und Soldaten Kaiser Wilhelm II. vom Thron. In Hamburg peitschen Schüsse durch die Straßen. Menschen sterben. Am Ende weht auf dem Hamburger Rathaus die rote Fahne. Lange war sie in Vergessenheit geraten, erst der 100. Jahrestag rückt sie wieder in den Mittelpunkt des Interesses: die November-Revolution 1918. In einer vierteiligen Serie erinnern MOPO am Sonntag und MOPO daran, wie Hamburg das Ende des Ersten Weltkriegs und den Beginn der ersten Demokratie auf deutschem Boden erlebte. Heute Teil 1.

„Weihnachten sind wir wieder zu Hause.“ So wie der 38-jährige Julius Boldt, ein Kolonialwarenhändler von der Hoheluftchaussee, melden sich im Sommer 1914 viele junge Männer freiwillig an die Front. Boldts größte Sorge ist nicht der Tod, sondern dass der Sieg errungen sein könnte ohne sein Zutun.

Seine Frau Johanna (23) freut sich über die Soldaten, die singend und blumenbekränzt zum

Bahnhof marschieren. „Plötzlich sind alle Menschen Brüder“, schreibt sie voller Pathos in einem Brief, „alle liegen einander in den Armen.“ Sie ist stolz, dass auch ihr Mann dabei ist.

Es dauert nur ein paar Wochen, dann ist die Euphorie dahin. Die Zeitungen sind voll mit den Namen Gefallener. „Krieg ist etwas sehr, sehr Schreckliches“, schreibt Julius Boldt Ende 1914. „Wenn die Verwundeten jammern, krampft sich das Herz zusammen. Schauerlich.“



Seinem letzten Brief an den Bruder legt er den Ehering bei. „Gib ihn meiner Frau, wenn du völlige Gewissheit hast, dass ich nicht wiederkomme.“ Boldt stirbt am 16. April 1915 in russischer Kriegsgefangenschaft an

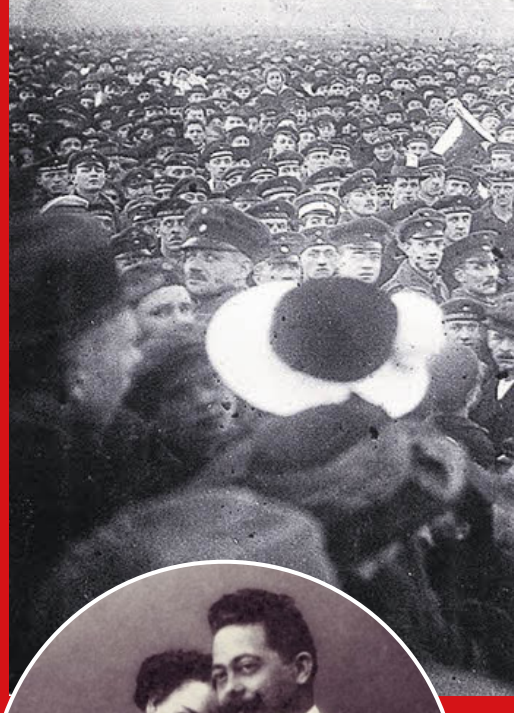
Flecktyphus.

An der Front sterben die Männer – daheim leiden die Menschen bittere Not: Ab Frühjahr 1915 sind Lebensmittel rationiert. Bis Mitte 1916 werden in Hamburg 70 Kriegsküchen eröffnet, die jeden Tag 150 000 Menschen mit heißer Suppe versorgen. Die Lebensmittelrationen werden ständig gesenkt – betragen am Ende 1000 Kalorien pro Kopf und Tag. Das ist der Bedarf eines dreijährigen Kindes!

„Heute Morgen bin ich vergebens um Milch angestanden“, schreibt Wilhelmine Henker (37), eine zweifache Mutter aus der Lohkoppelstraße in Barmbek, an ihren Mann Otto, einen Tischler, der seit September 1916 an der Front ist. „Ich habe von 9 bis 10 Uhr gestanden, und dann hat Frau Wille mich abgelöst. Sie kam um 11 Uhr nach Hause. Natürlich ohne Milch. Ärgerlich.“

Die Versorgungslage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Fleisch, Kartoffeln, Butter

Das Heiligengeistfeld ist einer der Plätze, auf denen sich revolutionäre Arbeiter und Soldaten ab November 1918 immer wieder versammeln. Dieses Foto entsteht am 24. November anlässlich der Beisetzung der Revolutionsopfer.



Johanna Boldt schmiegt sich an ihren Mann Julius (l.). Beide besaßen einen Kolonialwarenladen an der Hoheluftchaussee. Julius Boldt fiel im Ersten Weltkrieg.

– es mangelt an allem. Ein Ausschuss für Volksernährung veröffentlicht „Notrezepte“. Beispiel: „gebackene Kalbsfüße“. Dabei werden Kalbshufe so lange gekocht, bis sich die Haut von den Knochen löst. Die wird dann in Scheiben geschnitten, in Eierkuchenteich gewendet und in Fett gebacken. Fertig.

Der Hunger schwächt die Menschen: „Man merkt doch, wie man hinfällig wird“, schreibt Wilhelmine Henker. Sie sorgt sich sehr um die Kinder. „Wir gehen schon immer früh zu Bett“, schreibt sie, „damit der Körper wenigstens Ruhe hat. Wirklich ein Jammer, dass der Krieg kein Ende nimmt.“

Der Krieg stürzt die Sozialdemokraten in ein großes Dilemma. Sie wollten beweisen, dass sie nicht die „vaterlandslosen Gesellen“ sind, für die der Kaiser sie immer hielt,

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite



Wie geht Lüneburg mit seiner braunen Vergangenheit um?

Wie soll an die Zeit des Nationalsozialismus in Lüneburg, an die Opfer und an die Täter erinnert werden? Nach einer missverständlichen Äußerung des Bürgermeisters kocht die Debatte hoch. Die Zeitung greift die Diskussion auf und zeichnet Lüneburgs braune Vergangenheit in einer Serie nach.

Auslöser der Geschichte ist ein Gedenkstein, der an die gefallenen Soldaten der 110. Infanteriedivision aus Lüneburg erinnert. Seit Längerem protestieren verschiedene Gruppen gegen das Denkmal. Denn die Einheit war unter anderem in Kriegsverbrechen in Weißrussland verwickelt. Anfang 2018 bekommt das Thema eine weitere Brisanz, als der damalige Bürgermeister an dem Gedenkstein einem rechtsradikalen Blogger ein Video-Interview gibt. Darin distanziert er sich nicht von rechten Thesen, im Gegenteil. Hinterher entschuldigt er sich für seine Äußerungen.

Die Stadt organisiert ein Forum der Erinnerungskultur. In zwei Runden diskutieren einmal Bürger, einmal Wissenschaftler über die Lüneburger NS-Geschichte und die Form des Gedenkens. Weitere Runden sollen folgen.

Der Chefreporter der Landeszeitung für die Lüneburger Heide, Carlo Eggeling, begleitet die Diskussion in einer Reihe von Artikeln. Er stellt fest, dass es oft an historischem Faktenwissen fehlt. Deshalb greift er in einer zwölfteiligen Serie Aspekte der Geschichte auf. Dabei stützt er sich auf das haus-

eigene und das Stadtarchiv, auf Veröffentlichungen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), der Gedenkstätte der Psychiatrischen Klinik und eine unveröffentlichte Arbeit eines Historikers, der im Auftrag der Stadt Lüneburg die Entwicklung zwischen Kaiserreich und junger Bundesrepublik erforscht. Wesentlichen Anteil hat das Archiv des NDR-Kameramanns und Lokalchronisten Hajo Boldt. Er besitzt Fotos, die sich inoffiziellen Archiven nicht finden.

Die Serienteile beleuchten schlaglichtartig die Fragen: Wie verlief Lüneburgs Weg unter das Hakenkreuz? Wie entwickelten sich NSDAP und andere Parteien in der Stadt? Welche Rolle spielten die Zeitungen, auch die eigene? Welche Gruppen wurden wie verfolgt? Welche Spuren hinterließen Krieg und britische Besatzung? Was wurde aus ehemaligen NS-Größen? Der Reporter beschreibt auch deutlich, wofür die umstrittene 110. Infanteriedivision in Weißrussland verantwortlich war.

Die Reaktionen zeigen, dass das Anliegen übergekommen ist: Leser ergänzen, loben und korrigieren die Beiträge. Der Verlag bringt die Serie als Sonderdruck heraus. Das Thema wird die Redaktion weiter beschäftigen.

Tipp:

„Kontakte ins eigene und das Stadtarchiv aufbauen. Mit lokalen Initiativen und Heimatforschern zusammenarbeiten, die viel wissen und oft rares Bildmaterial besitzen. Und die Partner schließlich zum Essen einladen – als Dankeschön.“

LANDESZEITUNG

FÜR DIE LÜNEBURGER HEIDE

Kontakt: Carlo Eggeling,
Chefreporter,
T +49 4131 / 740 258,
carlo.eggeling@landeszeitung.de

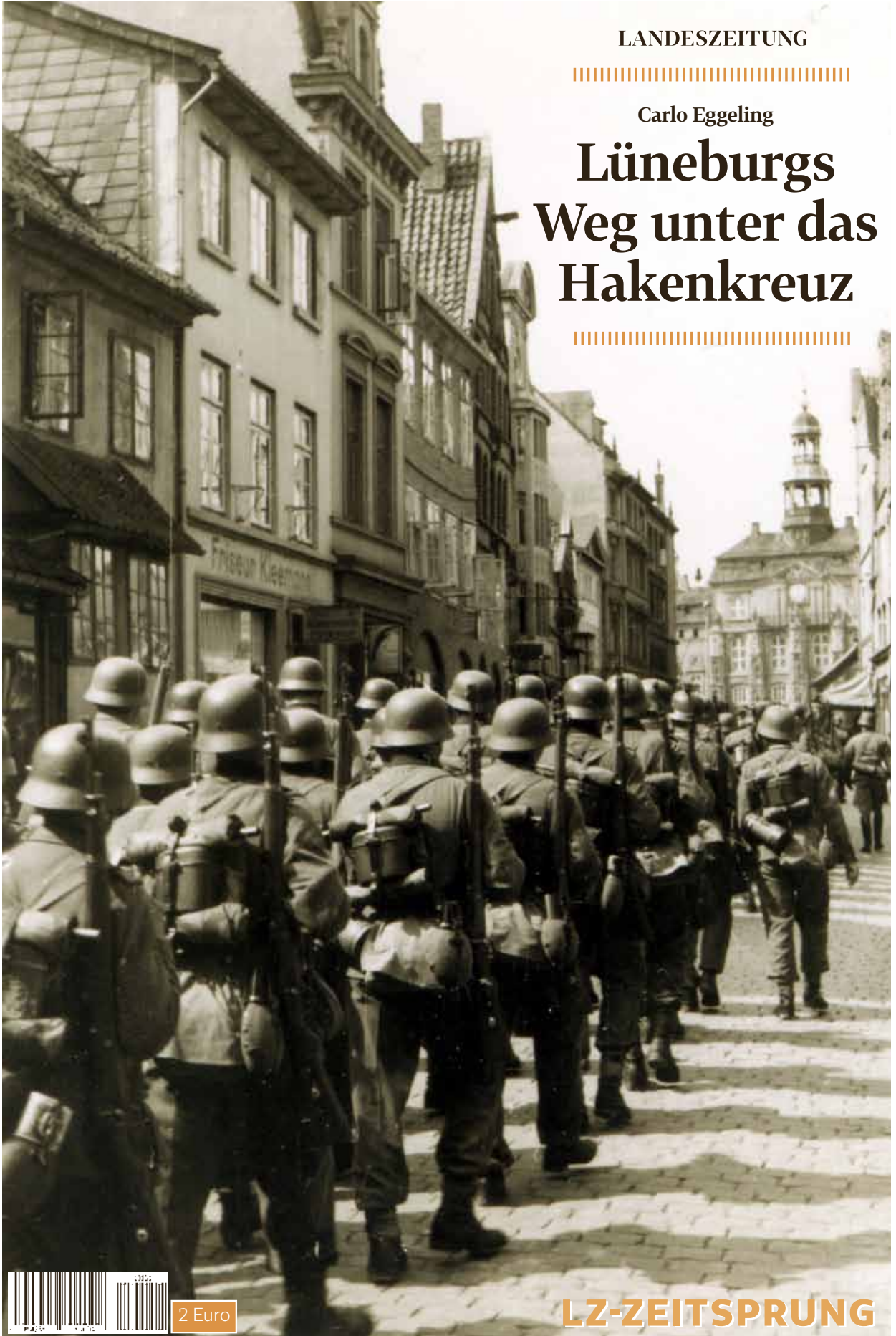
Medium: Landeszeitung für
die Lüneburger Heide

Auflage: 28.000 verkaufte
Exemplare (IVW IV/18)

Verbreitungsgebiet: Stadt und
Landkreis Lüneburg

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 25



LANDESZEITUNG



Carlo Eggeling

Lüneburgs Weg unter das Hakenkreuz



2 Euro

LZ-ZEITSPRUNG

Katastrophale Zustände in DDR-Gefängnissen beleuchtet

Die Haftlager lagen teils mitten in der Stadt – und doch ist ihre Geschichte kaum bekannt. Der Strafvollzug in Riesa ist bis heute ein Tabuthema. Antje Steglich von der Sächsischen Zeitung will das ändern. In einer Serie beschreibt sie die katastrophalen Zustände, unter denen die Häftlinge zu DDR-Zeiten lebten und arbeiteten.

Mangelhafte Ernährung, Ungeziefer, extreme Platznot, Zwangsarbeit. Diese Begriffe beschreiben den Strafvollzug zwischen 1958 und 1990 in Riesa – und nicht nur dort. Doch über die Gefängnisse wird kaum gesprochen. Die Serie „Zwischen Haft und Hölle“ in der Sächsischen Zeitung will das ändern.

Anlass für die Recherchen ist der 40. Jahrestag der JVA Zeithain. Dieses Gefängnis bei Riesa wurde 1977 in Betrieb genommen. Zum Jahrestag erzählt ein Pressesprecher, dass bei der Eröffnung 600 Häftlinge innerhalb eines Tages von Riesa umzogen. Mehr weiß er nicht.

Lokalredakteurin Steglich wird neugierig. Doch die ersten Recherchen sind erfolglos. In der Sächsischen Zeitung wurde zu DDR-Zeiten nicht über die Gefängnisse berichtet, weder in lokalen Archiven noch bei Heimatforschern finden sich Dokumente dazu. Allerdings erzählen Zeitzeugen vom ehemaligen Standort des Haftlagers, nur einen Steinwurf von der Adresse der Redakteurin entfernt.

Über Monate hinweg sammelt sie Literatur zu dem Thema, recherchiert im Hauptstaatsarchiv Dresden, im

Bundesarchiv und in den Historischen Sammlungen der Deutschen Bahn. Sie befragt Zeitzeugen, ehemalige Häftlinge, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Historiker.

Schließlich kann sie die Geschichte der Gefängnisse Zeithain, Riesa und des Standkommandos im Stahlwerk Riesa nachvollziehen. In ihrer Serie berichtet sie von Tausenden Männern, die zwischen 1958 und 1990 dort inhaftiert waren, die meisten wegen „Rowdytums“ oder Republikflucht. Sie erzählt von den menschenunwürdigen Zuständen, von Erniedrigungen der Häftlinge und von der Ausbeutung. Für die Finanzierung der Haftanstalten sichert der Strafvollzug der DDR bestimmten Betrieben billige Arbeitskräfte zu. Die Gefangenen werden als Arbeitsklaven bei der Reichsbahn und im Rohrkombinat missbraucht. Die Arbeitsbedingungen sind unzumutbar und gesundheitsschädlich und verstoßen gegen die Menschenrechte.

Dabei muss die Autorin den Leserinnen und Lesern vorerst einen wichtigen Serienteil schuldig bleiben: den zur Rolle der Staatssicherheit. Über ihren Antrag auf Einsicht in die entsprechenden Akten wurde noch nicht entschieden. Wenn es so weit ist, wird die Serie fortgesetzt.

Tipp:

„Geschichte und Geschichten erzählen sich am besten über Menschen. Die zu finden, ist bei einem historischen Thema zwar eine große Herausforderung. Sie lohnt aber, weil nur so Emotionen beim Leser ausgelöst werden.“

Kontakt: Antje Steglich, Redakteurin der Lokalredaktion Riesa, T +49 3525 / 724 157-14, antje.steglich@sächsische.de

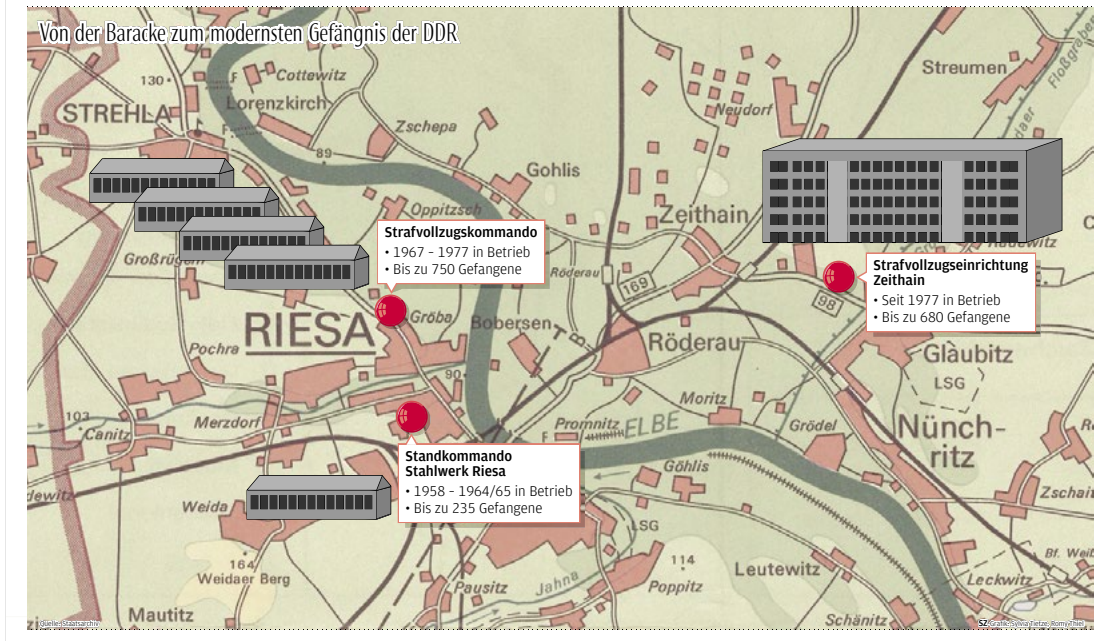
Medium: Sächsische Zeitung
Auflage: knapp 10.000 (Druckauflage)

Verbreitungsgebiet: Lokalteil erscheint im Altkreis Riesa

Anzahl Lokalteile: 20

Redaktionsgröße:

5 Redakteure (in Riesa)



Von der Baracke zum modernsten Knast der DDR

Stahlwerk und Reichsbahn betrieben zu DDR-Zeiten eigene Gefängnisse. Eine SZ-Serie geht dem nach.

VON ANTJE STEGLICH

Die Planvorgaben für die volkseigenen Betriebe können kaum gestemmt werden. Die Flüchtlingswelle gen Westen zieht weiter an. Trotzdem will die DDR-Führung Ende der 1950er den fortwährenden Aufschwung erzwingen. Dafür braucht die Industrie dringend Arbeitskräfte. Egal, ob freiwillig oder nicht. Es ist der 10. Juni 1958, als auch das VEB Stahl- und Walzwerk Riesa in einem Schreiben an die Abteilung Strafvollzug des Innenministeriums in Berlin mehr Arbeitskräfte einfordert – der Umbau einer alten Lagerbaracke zum Standkommando Riesa hatte da längst begonnen.

In den folgenden Jahren werden Hunderte Häftlinge nahe des Martinwerkes II eingepfercht. Hinter Stacheldraht, bei mieser Verpflegung und unter katastrophalen hygienischen Bedingun-

gen. Offiziell reicht der Platz für bis zu 150 Häftlinge, die sich kleinerer Vergehen schuldig gemacht haben und bis zu sechs Monate Haft absitzen müssen. Doch in der Realität teilen sich nachts bis zu 235 Gefangene die kargen Räume, um dann frühmorgens zur Adjutante oder zu Verladearbeiten auszurücken. Die Arbeit ist schwer und nicht selten gesundheitsgefährdend. Eine Wahl haben die Häftlinge aber nicht.

Pro forma ist das Barackenlager zwar dem Strafvollzug unterstellt, doch im Prinzip hat das Stahlwerk das Sagen. Dennoch erzwingt der Generalstaatsanwalt in Berlin Ende 1964 wegen einer „außerordentlich hohen Unfallziffer“ und der „ungenügenden“ Unterkunft das Ende des Standkommandos – auf die Häftlinge als Arbeitskräfte verzichten kann das Stahl- und Walzwerk auf lange Sicht allerdings nicht. Deshalb schließt sich der volkseigene Betrieb keine zwei

Jahre später der Deutschen Reichsbahn an. Auch die braucht Arbeitskräfte für die unbeliebten Jobs im Gleisbau oder auf dem Jochmontageplatz Wülknitz.

Gemeinsam betreibt man das Strafvollzugskommando an der Strehlaer Straße in Riesa, ein ehemaliges Wohnlager für Bauarbeiter. Die Holzbaracken werden nachgenutzt, erweitert. Bis heu-

wirtschaft malochen. Doch das Lager ist der Stadt von Anfang an ein Dorn im Auge. Immer wieder gibt es Beschwerden. Zudem fordert die Industrie immer mehr Arbeitskräfte aus dem Strafvollzug. Anfang der 1970er wird deshalb mit den Planungen eines neuen, riesigen Gefängnisses begonnen. Auf der anderen Elbseite wollen das VEB Rohrkombinat Stahl- und Walzwerk Riesa als Bauherr sowie die Deutsche Reichsbahn als Geldgeber Platz für 1200 Häftlinge schaffen. Realisiert wird letztlich aber nur der erste Bauabschnitt: Am 2. September 1977 feiert die Strafvollzugseinrichtung Zeithain Einweihung. Der Plattenbau gilt als das modernste Gefängnis der DDR – und steht noch heute.

■ Der zweite Teil der Serie „Zwischen Haft und Hölle“ erscheint am Dienstag, 27. November, in der SZ. Im Mittelpunkt steht dann das Standkommando mitten im Riesaer Stahlwerksgelände.

ZWISCHEN HAFT UND HÖLLE.
Eine Serie der Sächsischen Zeitung

te sind hohe Betonmauern zurückgeblieben. Zu Spitzenzeiten sind dahinter bis zu 750 Häftlinge untergebracht. Vorwiegend junge Männer, die wegen Straftaten gegen die staatliche Ordnung einsitzen. Auch sie müssen für die Volks-

Kommentar

Strafvollzug war ein Tabu-Thema

VON ANTJE STEGLICH

Als das Standkommando im Stahlwerk 1959 eingerichtet wurde, war ich noch lange nicht geboren. Doch noch heute bin ich darüber erschrocken, unter welchen Bedingungen die Häftlinge in meiner Heimatstadt gelebt haben. Mangelhafte Ernährung, Ungeziefer. Extreme Platznot. Zwangsarbeit. Das sind nur einige Begriffe, die den Strafvollzug



zu jener Zeit beschreiben. Vielleicht ein Grund dafür, warum die Einrichtung bis heute ein Tabu-Thema blieb. Die SZ-Serie „Zwischen Haft und Hölle“ will das ändern.

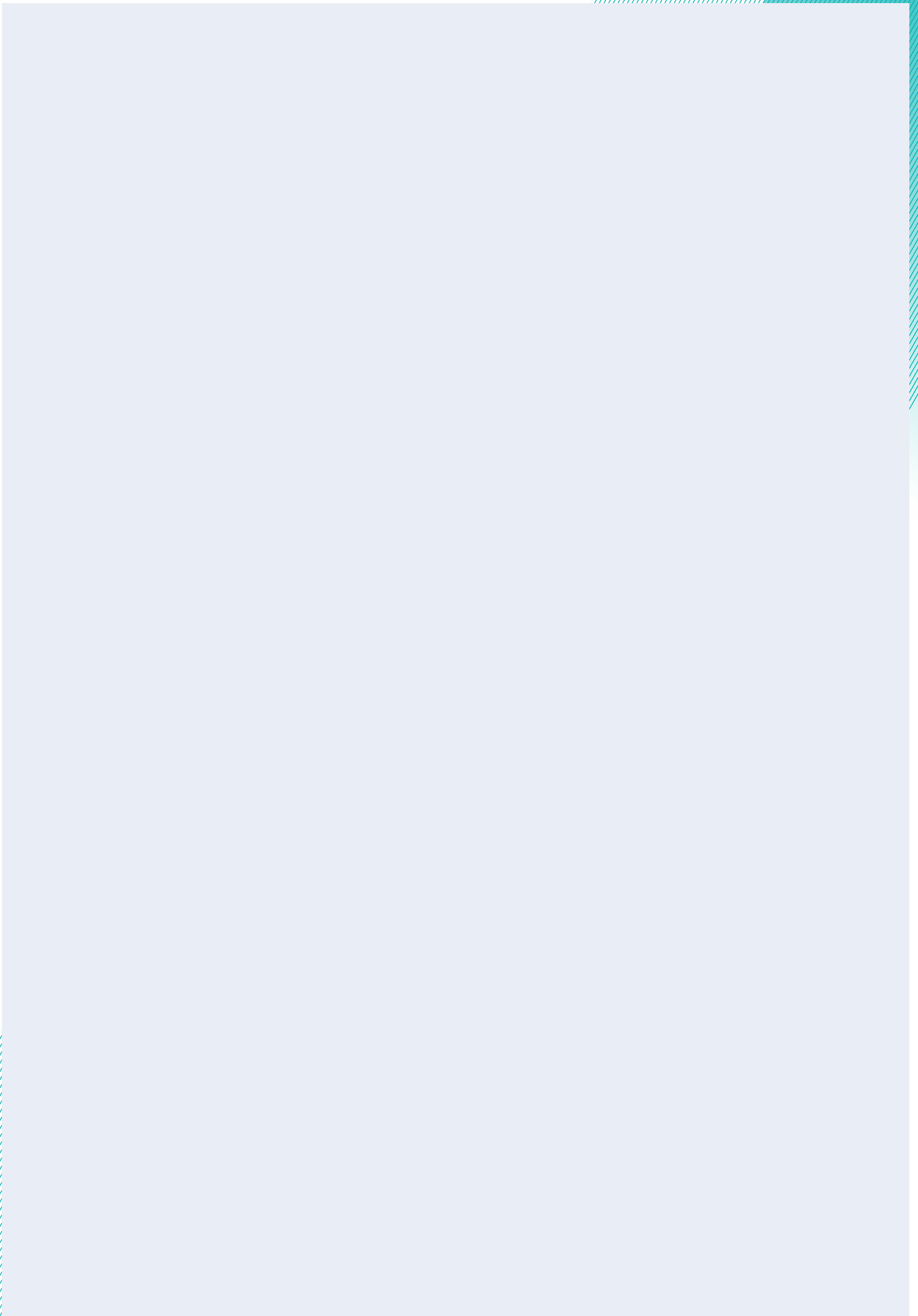
Der 40. Jahrestag der JVA Zeithain war Anlass für erste Recherchen, die sich in den vergangenen Monaten zu einem großen Forschungsprojekt ausdehnten. In den Archiven der SZ und des Riesaer Stadtmuseums war zum Bau der Anstalt oder deren Vorgängerbauten in Riesa nichts zu finden. Öffentlich zugängliche Fotos existieren

offensichtlich nicht. Allerdings schlummern unzählige Akten aus den Einrichtungen unter anderem im Sächsischen Staats- oder im Bundesarchiv und gibt es zum Glück noch viele Zeitzeugen. Sie kommen in der Serie zu Wort. Und sicher gibt es noch viel mehr über den DDR-Strafvollzug in Riesa und Zeithain zu erfahren – über einen Anruf von Zeitzeugen oder ehemaligen Häftlingen würde ich mich sehr freuen.

mail steglich.antje@ddv-mediengruppe.de

Arbeitsklaven für die Volkswirtschaft

Die Einrichtungen des Strafvollzuges in Riesa und Zeithain dienten zwischen 1959 und 1990 allein wirtschaftlichen Interessen, sagt Christian Sachse. Er ist Politikwissenschaftler, Theologe und Autor des Buches „Das System der Zwangsarbeit in der SED-Diktatur“. Jeder Häftling in der DDR musste arbeiten, sagt er und spricht sogar von Arbeitsklaven. Die Zwangsarbeit galt zwar offiziell als Resozialisierungsmaßnahme, war im Grunde jedoch ein fest im Staatshaushalt eingeplanter Wirtschaftsfaktor. (SZ/ste)



Labor

Experimente und Innovationen

Experimentierfreude zählt nicht zu den Stärken von Lokalzeitungen. Doch immer mehr Redaktionen probieren Neues aus. Mal ist es ein Kanal, der noch nicht bespielt wurde, mal ein origineller Zugang zu den Lesern. Mal ein interaktiver Austausch mit den Menschen, mal ein neues Format. Die Versuche lohnen sich, sie zeigen den Lesern, dass bei allem Bewährten ihr Lokalblatt innovativ und modern ist. Und die Redaktionen verlassen ausgetretene Pfade und beweisen auch im eigenen Haus, zu welchen Leistungen sie fähig sind. Wer dann noch gescheiterte Experimente als wichtige Erfahrung nutzt, macht sein Medium fit für die Zukunft.

Die Redaktion schenkt den Lesern eine Wundertüte

Die Redaktion soll neue Kanäle bedienen und zugleich die Printausgabe zukunftsfähig ausrichten. Wie soll das gehen? Die Landeszeitung für die Lüneburger Heide entscheidet sich für eine „Wundertüte“. Eine Montagsausgabe erscheint in doppeltem Umfang und überrascht die Leserinnen und Leser mit neuen Formaten und Themen.

Ausgangspunkt sind Diskussionen im Verlag, weil der Montag als Erscheinungstag seine Zugkraft verloren hat. Auf der Suche nach Ideen fragt die Redaktion alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verlag und alle Freien. Diesen Input wertet ein kleines Team aus. Heraus kommt eine 60 Seiten starke Ausgabe – fast der doppelte Umfang der üblichen Montagsausgabe.

Diese „Wundertüte“ soll zeigen, was die gute alte Tageszeitung samt ihren digitalen Kanälen leisten kann. Mit einem Countdown werden die Menschen vorab informiert und neugierig gemacht.

In der „Wundertüte“ gibt es eine Familien-, eine Wissens- und eine Hamburg-Seite sowie neue Rubriken wie „Brief an die Leser“, „Was diese Woche wichtig wird“ und „Warum ist das eigentlich so?“. Auf zwei Leserseiten geht es um Mitmachangebote: Gedichte, Tierfotos, Rezepte oder Erinnerungen. Dazu mehrere Reportagen und Multimediaprojekte. So wird im Sport über den Sonntag eines Platzwerts erzählt. Die Kultur berichtet von einem Theaterstück über Demenz und lässt die Vorsitzende der örtlichen Alzheimer-Gesellschaft die Hintergründe zum Thema beschreiben.

Insgesamt 5.000 Exemplare werden zusätzlich gedruckt und morgens in Pendlerzügen, in der Stadt und an der Uni kostenlos verteilt. Die E-Paper-Ausgabe ist an diesem Tag freigeschaltet.

Jeder Ausgabe liegt ein Fragebogen bei, der das Interesse an einzelnen Angeboten abfragt. Fast 900 Fragebögen kommen zurück. Die Ergebnisse: Besonders beliebt sind die Seite mit Themen rund um den Landkreis, die Wissen-Seite, die Rubrik „Was diese Woche wichtig wird“ und die Hamburg-Seite. Daneben geht eine Vielzahl von Anregungen ein.

Da die Anzeigenabteilung das Projekt engagiert begleitet, bleibt sogar noch ein kleiner Beitrag übrig. Einige Kurzzeitabos der Print- und Digitalausgabe werden gewonnen.

Die Aktion vertieft auch die Diskussionsprozesse in der Redaktion. Einige eingeführte Neuerungen werden direkt fortgesetzt, nicht nur im Print, sondern auch auf Facebook, Twitter und Instagram.

Für die Redaktion ist das Projekt eine Standortbestimmung. Auch im Alltag fragt sich das Team jetzt verstärkt, welche Themen wirklich wichtig sind und wie man sie lesernah und für welchen Kanal aufbereiten kann.

Tipp:

„Alle im Team und im Verlag frühzeitig einbinden. Das setzt überraschende Ideen und Kräfte frei – und schafft auch ein neues Klima zwischen den Abteilungen. Und natürlich für absolute Transparenz bei der Leserschaft sorgen.“

Kontakt: Marc Rath, Chefredakteur,
T +49 4131 / 740 356,
marc.rath@landeszeitung.de

Medium: Landeszeitung für die Lüneburger Heide

Auflage: 28.000 verkaufte Exemplare (IVW IV/18)

Verbreitungsgebiet: Stadt und Landkreis Lüneburg

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 25

Projektkoordination:

Katja Grundmann,
Anna Sprockhoff, Marc Rath.

Art Direction: Thorsten Lustmann.

Marketing: Martina Hohls. Und zahlreiche LZ-Redaktionsmitglieder, freie Mitarbeiter und Verlagsangestellte als Ideengeber, Autoren und Helfer beim „Wundertüten“-Tag

LANDESZEITUNG

FÜR DIE LÜNEBURGER HEIDE

Montag, 5. November 2018

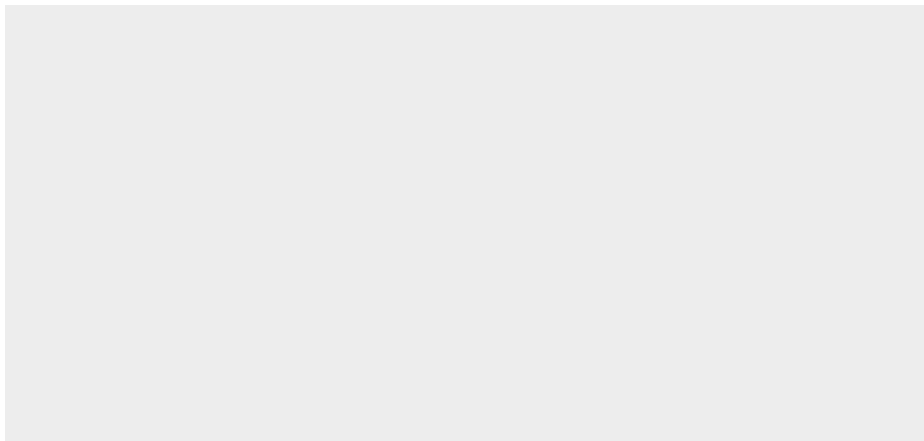
Mitglied im RedaktionsNetzwerk Deutschland 

73. Jahrgang · Nr. 257 · Euro 1,30



Antons Bröring

Anton Bröring



EIN WORT VORWEG



Von Marc Rath

Zauber des Wunderns

Erinnern Sie sich noch an Ihre letzte Wundertüte? Rund oder rechteckig. Aus Papier. Mit allerlei Überraschungen. Ein kleines Spielzeug, Sammelkarten, etwas Süßes – es war eine Mischung aus Vertrautem und Ungewöhnlichem, was eine kleine Freude bereitere oder auch ein wenig enttäuschen konnte. Von außen war nicht zu erkennen, was auf einen wartete.

Eine Zeitung ist so etwas wie eine tägliche Wundertüte. Mit erfreulichen und schrecklichen Nachrichten, mit spannenden Einblicken in den Alltag zwischen Elbe und Heide, aber auch bis in weit entfernte Länder. Es ist eine bunte Mischung aus Lokalem und Überregionalem, aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport. Viel Ernstes, aber auch Unterhaltendes.

Heute ist Ihre LZ eine richtige Wundertüte. Das symbolisiert schon unser Titelbild, gestaltet von Anton Bröring, Künstler aus Scharnebeck.

Wir haben den Umfang verdoppelt: Neben der üblichen Montagsberichterstattung haben wir Vorschläge umgesetzt, die wir quer über alle Abteilungen der LZ gesammelt haben. Es sind Ideen, wie wir uns vorstellen können, die LZ für die Zukunft zu gestalten. Wir wollen Sie überraschen. Und wir tun das, weil wir glauben, dass die Mischung einer Zeitung nicht nur etwas Einzigartiges, sondern auch etwas Wunderbares ist.

Seien Sie daher gespannt auf die nächsten Seiten. Manches wird Sie erstaunen. Lassen Sie sich ein wenig anstecken vom Zauber des Zeitungsmachens.

Die fränkische Sichtweise können die Nutzer nun anhören

Audio ist der Text der jungen Generation. Um sie an die Nürnberger Nachrichten zu binden, bringt die Redaktion verschiedene Audioformate auf den Weg. Den Anfang machen die Chefs. Ihr Podcast „Horch amol“ lässt nicht nur Hörer aufhorchen, sondern weckt auch im eigenen Haus Ambitionen.

Podcasts liegen im Trend. Die Hörerinnen und Hörer sind mobil und jung. Warum also nicht als Regionalzeitung dieses Format testen, um diese Zielgruppe anzusprechen? Chefredakteur Michael Husarek und Online-Chef Matthias Oberth probieren es. Seit Januar 2018 sprechen sie jeden Montag frei von der Leber weg über die fränkische Welt, vor allem über lokale Politik und den heimischen Fußballclub FCN.

Eine professionelle Audioqualität ist ein wichtiges Kriterium, um die Podcasts an die Leute zu bringen. Nichts nervt die Zuhörer mehr als Hall, eine schwankende Lautstärke oder Übersteuerung. Deshalb wird vor dem Start die Redakteurin Lisa Susu Hahn aus dem Team Digitale Projekte hinzugezogen. Sie sorgt für die technischen Voraussetzungen.

Für Equipment und eine gute Software muss der Verlag Nürnberger Presse erst einmal Geld in die Hand nehmen. Ein Risiko, denn ein gewinnbringendes Geschäftsmodell für Podcasts haben auch andere Verlage in Deutschland noch nicht gefunden.

Das Format „Horch amol“ findet guten Anklang bei den Usern. Er

erreicht schnell 1.000 Aufrufe. Das Interesse wächst nicht nur bei den Usern, auch im Verlagshaus selbst melden sich Redakteure mit Ambitionen und Ideen. Der zweite Podcast folgt auf dem Fuß: Die oberbayerische Volontärin Tamara Hochholzner setzt sich mit ihrer fränkischen Freundin Tamara Walther vors Mikrofon. In Mundart tauschen sich die beiden im „Dialektduell“ über Bräuche und Dialektwörter aus.

Daraufhin meldet sich ein Allgemeinmediziner: Er würde gern mit einem befreundeten Psychiater Gesundheitstipps geben. Für diese externen Zulieferer müssen einige technische Probleme gelöst werden. Doch es gelingt, inzwischen produzieren und schneiden die Ärzte alles komplett in Eigenregie.

Inzwischen produziert das Verlagshaus insgesamt sieben Podcasts. Ein Feminismus-Podcast und drei Sport-Podcasts kamen noch hinzu. Ein Format der Sportredaktion kann sogar einen Sponsor gewinnen.

Die Begeisterung im Verlag geht inzwischen so weit, dass weitere ambitionierte Redakteure mit Podcast-Ideen ausgebremst werden müssen. Währenddessen bewegen sich die Abrufzahlen nach oben.

Tipp:

„It's easier to ask forgiveness than it is to get permission. (Einfach ausprobieren und lieber am Ende um Verzeihung bitten, wenn ein Experiment in die Hose geht, als auf eine Genehmigung warten, dass man starten darf.)“

NÜRNBERGER Nachrichten

Kontakt: Matthias Oberth,
Leiter der Online-Redaktion,
T +49 911 / 216 197-4,
oberth@nordbayern.de

Medium: Nürnberger Nachrichten

Auflage: 240.000 pro Tag,
8 Mio. Visits im Monat

Verbreitungsgebiet: Nürnberg
und Umgebung

Anzahl Lokalteile: 18

Redaktionsgröße: ca. 120

Alle Podcasts auf:

www.nordbayern.de/podcasts,
ebenfalls abrufbar auf Spotify und
iTunes



Experiment Podcast verändert die Arbeitsweise der Redaktion

Was bewegt Düsseldorf? Darauf gibt jede Woche der „Rheinpegel“ eine Antwort. Rund 30 Minuten lang sprechen Lokalredakteure der Rheinischen Post über aktuelle Themen aus der Landeshauptstadt. Der Podcast erschließt dem Haus neue Zielgruppen – und hat zugleich die Arbeitsweise der Redaktion verändert.

Der „Rheinpegel“ erscheint seit April 2018. Es ist der erste lokaljournalistische Podcast für Düsseldorf. Betreut und gesprochen wird das Format von der Crossmedia-Redakteurin Helene Pawlitzki und von Arne Lieb, dem verantwortlichen Redakteur für Kommunalpolitik in der Düsseldorfer Lokalredaktion der Rheinischen Post. Die Redakteure erzählen von ihren Recherchen, nehmen gegensätzliche Standpunkte ein und reagieren auf Nachfragen von Hörern, die über Twitter, per Mail oder über einen eigens eingerichteten Anrufbeantworter eintreffen. Der Podcast bietet einen tieferen Einblick in die Arbeit der Redaktion, schafft Nähe und erhöht die Glaubwürdigkeit.

Die Lokalredakteure sprechen über drei bis vier aktuelle Themen. Dabei pflegen sie einen lockeren Ton. Er soll persönlich und authentisch wirken – und trotzdem kompetent. Sie erklären, ordnen ein, diskutieren – und befragen Kollegen zu ihren Recherchen. Der „Rheinpegel“ ist bewusst kein Radioprogramm, sondern ein unterhaltsames Gespräch, in dem es um Düsseldorf und seine Bewohnerinnen und Bewohner in allen Facetten geht – von der Debatte um ein Fahrverbot für Dieselaautos bis zum Aufstieg der Fortuna.

Neue Episoden sind jeden Freitagmorgen abrufbar. In Print, Online und Podcast wird auf die jeweils anderen Produkte verwiesen. Seit der ersten Folge wird der Podcast von einem Düsseldorfer Unternehmen gesponsert.

Die Rückmeldungen zeigen, dass der Rheinpegel intensiv wahrgenommen wird. Der jeweilige Artikel, in dem der Podcast verlinkt ist, wird pro Woche bis zu 5.800 Mal angeklickt. Tendenz steigend.

Das Format wird ständig weiterentwickelt. Zugleich strahlt das Experiment in die Redaktion zurück. Eine wichtige Erkenntnis: Selbst im dichten Arbeitsalltag einer Lokalredaktion lässt sich das Format dauerhaft umsetzen. Die Autoren kennen ihre Themen und haben im Podcast Gelegenheit, über Details und Erfahrungen zu erzählen. Das führt dazu, dass bei der Recherche das eigene Erfahren der Gegebenheiten – sprich: die hohe Kunst der Reportage – wieder einen höheren Stellenwert erhält. Die Erkenntnisse aus der Produktion des Podcasts fließen auch in redaktionsinterne Diskussionen zur Entwicklung von Print- und Online-Berichterstattung ein.

RHEINISCHE POST

Kontakt: Helene Pawlitzki,
Crossmedia-Redakteurin,
T +49 211 / 505 16-33,
helene.pawlitzki@rheinische-post.de
Arne Lieb, verantwortlicher
Redakteur für Kommunalpolitik,
T +49 211 / 505 16-27,
arne.lieb@rheinische-post.de
Medium: Rheinische Post
Auflage: 283.000
Verbreitungsgebiet: Düsseldorf,
Mönchengladbach, Krefeld,
Niederrhein, Bergisches Land
Anzahl Lokalteile: 19
Redaktionsgröße: 230 Redakteure
Link: www.rp-online.de/rheinpegel

Tipp:

„Durchhalten! Gerade ein Projekt wie ein Podcast lebt vom langen Atem.“

Digital / Podcasts / Düsseldorf-Podcast Rheinpegel: Petition gegen Umweltspur und Rheinbahn-Dienstwagen-Affäre

Düsseldorf-Podcast „Rheinpegel“



Das sagt der Initiator der Anti-Umweltspur-Petition zu seinem Vorhaben

26. Oktober 2019 um 09:43 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Im "Rheinpegel"-Podcast sprechen wir über alles, was Düsseldorf in dieser Woche bewegt hat - und schauen auf die nächste Woche. Foto: Phil Ninh

Düsseldorf. Andreas Wagner hat online eine Petition gegen die dritte Umweltspur in Düsseldorf gestartet. Im Düsseldorf-Podcast sprechen wir mit ihm über seine Argumente. Und es geht noch um zwei weitere Themen, die die Stadt bewegen.

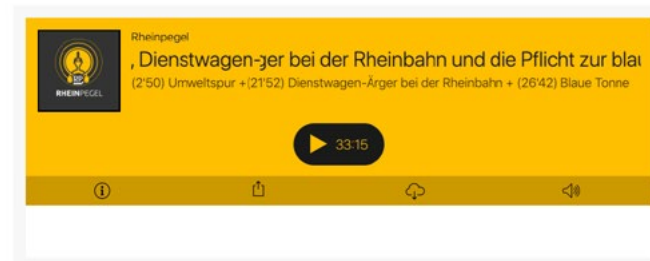
Teilen
 Tweeten
 Weiterleiten
 Drucken



Von **Helene Pawlitzki**
Redakteurin

Jede Woche sprechen wir in unserem Düsseldorf-Podcast über die wichtigsten Themen, die die Landeshauptstadt bewegen. Diese Woche:

- Die dritte Umweltspur ist da - jedenfalls zum Teil. Ein Düsseldorfer hat eine Petition gegen sie gestartet. Uns hat er erklärt, was er gegen den Verkehrsversuch hat.
- Interne Ermittlungen bei der Rheinbahn: Einem Mitglied des Vorstands wird vorgeworfen, unlauter mit ihren Dienstwagenprivilegien umgegangen zu sein.
- Seit Januar müssen Grundstücksbesitzer eine blaue Tonne aufstellen. Gegen das Papiermüll-Problem hat das bisher nicht all zu viel gebracht - weil einige Eigentümer nicht auf die Pflicht reagieren.
- Herzliche Einladung zur Live-Aufzeichnung unserer nächsten Episode! Am 29. Oktober sprechen wir im Maxhaus mit Experten über die Verkehrswende - und würden uns freuen, wenn Sie dabei sind. Der Eintritt ist frei. Es sind noch wenige Restplätze vorhanden. [Mehr Infos zur Anmeldung hier.](#)



Sie hören diesen Podcast – und möchten uns etwas sagen? Dann rufen Sie uns an! Unter 0211-97634164 erreichen Sie unseren Anrufbeantworter – und können uns eine Nachricht hinterlassen, die wir dann vielleicht auch im Rheinpegel abspielen.

Leser erzählen, was für sie in der Zukunft wesentlich ist



Was erwarten Sie persönlich für Ihre Zukunft? Die Westfalenpost hat 99 jungen und älteren Menschen diese Frage gestellt. Herausgekommen ist die Serie „Zukunftsrauschen“. Sie soll nicht nur crossmedial und überraschend sein, sondern auch für die Philosophie der Zeitung stehen: den aufsuchenden Journalismus.

Die Zeitung will eine Plattform bieten, auf der die wesentlichen Themen der Menschen aus dem Verbreitungsgebiet der Westfalenpost vorgestellt und debattiert werden. Zuhören, beteiligen, neue Perspektiven gewinnen lautet das Motto. Dies gilt für die Redaktion nach außen und nach innen.

Die Serienidee stammt aus dem WP-Zukunftslabor. Eine Woche lang treffen sich vier bis fünf Reporterinnen und Reporter verschiedener Lokalredaktionen, um ein gemeinsames Projekt zu entwickeln. Sie arbeiten abseits der Redaktion, laden Menschen ein, hören ihnen zu und entwickeln so journalistische Formate.

Sie erarbeiten das Projekt „Zukunftsrauschen“, das sich mit ganz persönlichen Zukunftsaussichten der Menschen im Verbreitungsgebiet beschäftigt. Welche Zukunftswünsche hat eine 83-Jährige? Was erwartet ihr 15-jähriger Enkel von seinem Leben?

Die Reporter treffen 99 Menschen aus allen Altersgruppen, die erzählen, was für sie wirklich bedeutsam ist. So entstehen „99 Perspektiven aus der Region“. Es geht um Arbeit, Wohnen, Familie, Umwelt, Glauben, manchmal

um die Welt an sich oder ganz einfach darum, dass die eigene Gesundheit noch ein paar Jahre erhalten bleiben möge.

Alle 13 Lokalredaktionen der WP beteiligen sich an der Umsetzung. Jede Redaktion liefert lokale Porträts zu den tragenden Themen: Arbeit, Digitalisierung, Mobilität, Bildung, Familie, Wohnen, Kultur, Freizeit, Tourismus, Einzelhandel, Gesundheit, Umwelt, Glaube, Sicherheit und Integration. Die Mantelredaktion liefert dazu Expertenmeinungen. Auf einer speziell für das Projekt gestalteten Online-Themenseite wird alles gebündelt und durch Grafiken, Datenstücke und Videos ergänzt.

Da sich die 99 Perspektiven und damit der Serientitel nur erschließt, wenn man alle Ausgaben bündelt, veröffentlicht die Westfalenpost erstmals alle Inhalte mit Serienstart auf der Homepage. Online first bedeutet in diesem Fall tatsächlich, dass der (zahlende) Digitalleser einen zeitlichen wie inhaltlichen Vorsprung gegenüber dem Print-Leser hat. Negative Reaktionen aus der Leserschaft gibt es jedoch nicht. Im Projektzeitraum werden doppelt so viele Abonnements abgeschlossen wie im Durchschnitt.

Tipp:

„Bei einem so umfangreichen Projekt mit so vielen Beteiligten ist es wichtig, möglichst alle Kollegen mitzunehmen. Eine offene und stetige Kommunikation ist besonders wichtig. Am Ende schafft das Akzeptanz und gute Ergebnisse.“

Kontakt: Jens Stubbe, Redakteur Lokalredaktion Hagen, T +49 2331 / 917 418-2, j.stubbe@westfalenpost.de

Projektteam: Jens Stubbe (Lokalredaktion Hagen), Britta Prasse (Berleburg), Katrin Clemens (Meschede), Sebastian Hahn (Warstein), Flemming Krause (Olpe)

Medium: Westfalenpost

Auflage: 86.000

Verbreitungsgebiet: Südwestfalen

Anzahl Lokalteile: 13

Redaktionsgröße: 120 Mitarbeiter an 20 Standorten

Link: www.wp.de/zukunftsrauschen

MENDENER NACHRICHTEN
WWW.WP.DE/MENDEN

WESTFALENPOST

WOCHENENDE

ZukunftsRauschen

Neue Serie: Die WP blickt nach vorn

99 Luftballons hat Popstar Nena aus Hagen einst in Richtung Horizont fliegen lassen. Mit 99 Perspektiven, mit 99 Positionen und mit 99 besonderen Porträts blickt die WESTFALENPOST 35 Jahre später voraus.

Die Zahl 99 mag den Anknüpfungspunkt bilden zur WP-Serie „Junge, wir können so heiß sein“. Mit „ZukunftsRauschen“, dem neuen Projekt der WP, blicken wir nicht zurück, wir blicken nach vorn. Und zwar auf eine ganze besondere, eine außergewöhnliche Art.

99 Menschen aus Südwestfalen stehen im Mittelpunkt, sie alle haben eine spannende Perspektive. Mit „ZukunftsRauschen“ gibt die WP ihnen eine Stimme. Sie blicken aus ihrer ganz persönlichen Position auf Bereiche, in denen sie die wahren Experten sind. Sie blicken nach vorn. Sie blicken in die Zukunft.

Ergänzt werden die 99 lokalen Zukunfts-Porträts durch Expertenstücke, die Sie, liebe Leser, in den nächsten Wochen im überregionalen Teil der WESTFALENPOST finden. Den Auftakt macht in der heutigen Ausgabe der gebürtige Iserlohner Astronaut Prof. Ulrich Walter, Inhaber des Lehrstuhls für Raumfahrttechnik an der Technischen Universität München.

99

Porträts

Positionen

Perspektiven



”

Je früher wir uns für etwas einsetzen, desto besser.
Reniyha Sütçü (18) aus Brilon



”

Ein Leben ohne Glauben ist für mich nicht vorstellbar.
Kathrin Funk (17) aus Hirschberg



”

Behördengänge sollte man online erledigen können.
Matthias Reuber (26) aus Siegen



”

Die neuen Medien sind kein Ersatz für einen Treffpunkt, denn ihnen fehlt das Persönliche.
Franziska Schnapp (36) aus Arnsberg

”

Die Zukunft gehört der Elektromobilität. Aber Oldtimer werden mich nicht loslassen.
Fabio Lupo (20) aus Attendorn



Ab sofort exklusiv auf wp.de/zukunftsrauschen

Schon jetzt alle Porträts, Statistiken, Hintergrundstücke, Podcasts und Videos



”

Ich bin froh, dass wir auf dem Bauernhof leben, so etwas haben ja wenig andere Kinder.
Luca Leone (8) aus Arnsberg



”

Wir werden, vor allem auf dem Land, mehr medizinische Versorgungszentren sehen.
Dr. Hubertus Schmidt (66) aus Warstein



”

Man muss nicht von heute auf morgen alles zum Guten verändern.
Christian Alker (37) aus Hagen



”

Spazieren gehen, umfallen, tot - das wäre das Schönste.
Rudi Siepe (91) aus Hallenberg



WP Projekt **ZukunftsRauschen**

Die Lokalredaktion sendet live zur Bürgermeisterwahl



Am Abend einer Bürgermeisterwahl haben die Menschen einen hohen Informationsbedarf. Die Redaktion des Waiblinger Zeitungsverlags nutzt das für eine Schule der lokalen Demokratie. Sie geht mit einem eigenen Wahlstudio auf Sendung. Sie berichtet nicht nur über Ergebnisse, sondern liefert auch Hintergründe.

Bürgermeisterwahlen sind Kern der lokalen Demokratie. Sie sind aber auch ein Kompetenztest für Lokalredaktionen. Die Journalisten müssen die politischen Probleme in den Gemeinden beleuchten, die Kandidaten vorstellen. Und erklären, wie die manchmal überraschenden Ergebnisse zustande gekommen sind.

Für die vier anstehenden Bürgermeisterwahlen im Verbreitungsgebiet sucht die Redaktion des Waiblinger Zeitungsverlags (ZVW) eine zeitgemäße Form. Sie will Kommunalpolitik neu inszenieren und dabei die erhöhte Aufmerksamkeit der Wählerinnen und Wähler nutzen. Sie will vor allem auch jüngere Menschen erreichen. Ergebnis sind die ZVW-Wahlstudios. Die Wahlabende werden in Ton und Bild auf www.zvw.de und auf Facebook übertragen.

Vor der Wahl berichtet die Redaktion klassisch: mit Analysen zu den wichtigsten Problemen der Gemeinden, mit Fragen an die Kandidaten, mit einer öffentlichen Veranstaltung, die auch per Livestream übertragen wird. Am Wahlabend mit einem Liveticker.

Zusätzlich gibt es nun eine Livesendung an jedem der vier Wahlabende. Jeweils ab 18.15 Uhr wird direkt aus

dem Rathaus bzw. der Gemeindehalle vor Publikum live gestreamt. Vor der Kamera stehen Chefredakteur Frank Nipkau und die Redakteurin Liviana Jansen. Produziert wird mit drei Kameras, Schnittpult und fünf Personen in der Technik. Technische Unterstützung gibt es von dem Team von „Die Ligen“ aus Stuttgart, das Videos aus dem Amateurfußball dreht. Die Sendungen dauern zwischen 50 und 90 Minuten.

Trainer und Berater ist der Sportmoderator Michael Antwerpes. Er schult die Moderatoren und hilft beim Sendekonzept. Ziel ist es, nicht nur Ergebnisse zu verkünden und Menschen zu interviewen, sondern auch zu erklären, wie Bürgermeisterwahlen funktionieren. Die Moderatoren sagen auch deutlich ihre Meinung. Das ist besonders in einem Ort wichtig, in dem ein Reichsbürger kandidiert.

Die Resonanz ist überwältigend. Die Sendungen haben teilweise mehr Zugriffe als Wähler im Ort. Die Videos werden zwischen 4.000 und 10.000 Mal angeklickt. Das Portal zvw.de und der Facebook-Auftritt der Redaktion sind am Wahlabend das Zentrum der lokalen Information und der Analyse. Aufgrund des Erfolgs wird die Redaktion das Format weiter einsetzen.

Kontakt: Frank Nipkau,
Chefredakteur,
T +49 7151 / 566 260,
frank.nipkau@zvw.de

Medium: Zeitungsverlag Waiblingen
Auflage: 38.000

Verbreitungsgebiet:

Rems-Murr-Kreis

Anzahl Lokalteile: 4, Waiblinger Kreiszeitung, Winnender Zeitung, Schorndorfer Nachrichten, Welzheimer Zeitung

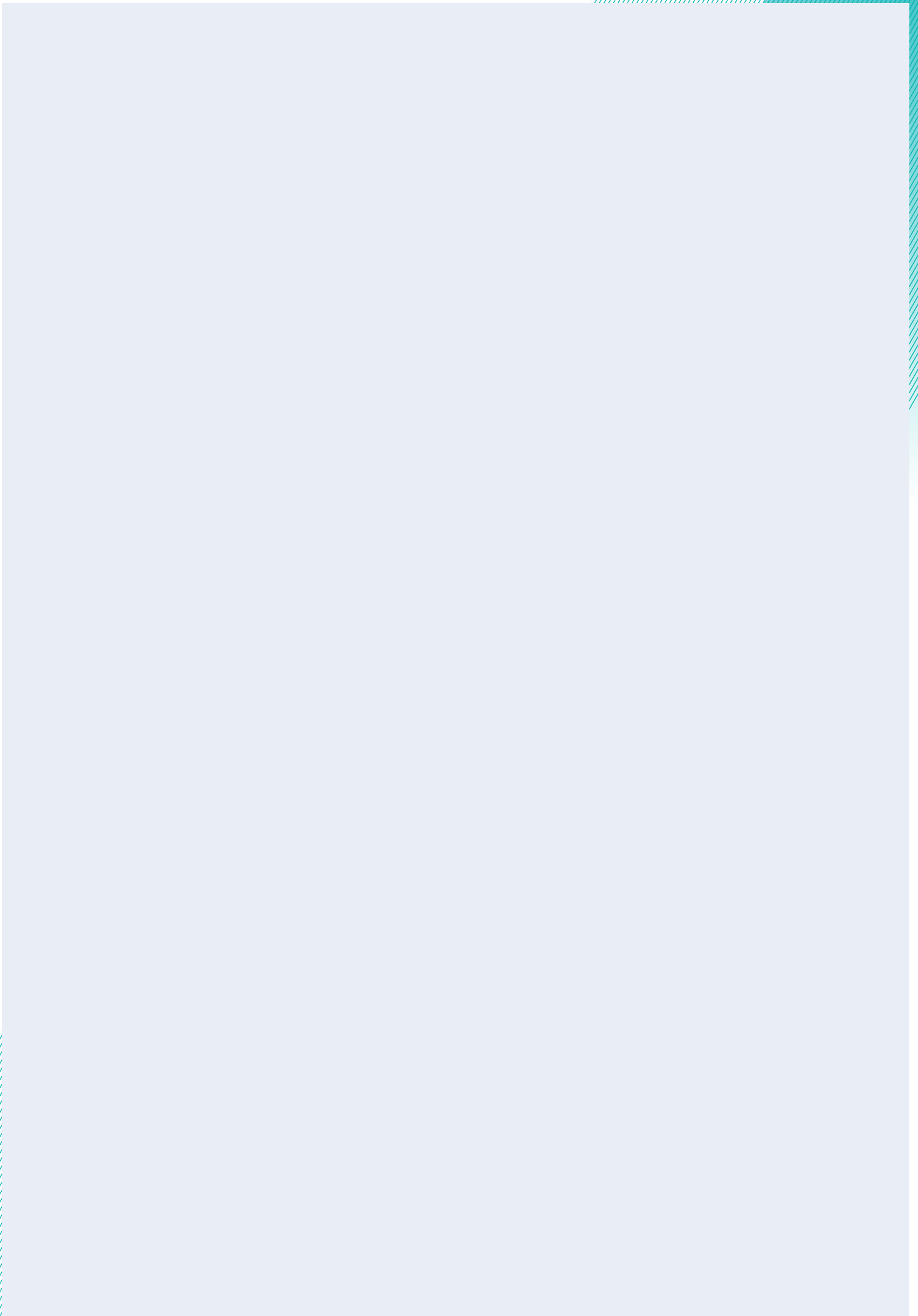
Redaktionsgröße: 40

Link zu den vier Wahlstudios:
zvw.de/wahlstudio

Tipp:

„Holen Sie sich einen Fachmann hinzu, der etwas vom Fernsehen versteht.“





Wirtschaft lokal

Arbeit, Geld und Geschäfte

All business is local. Hier vor Ort arbeiten die Menschen, hier wird das Geld verdient, hier wird es ausgegeben. Wirtschaftsthemen im Lokalen betreffen alle Bürger und sind bester Lesestoff. Allerdings nur, wenn die Redaktion über die Standards aus Bilanzpressekonferenzen und PR-Material hinausdenkt. Gute Lokalredaktionen orientieren sich an den Anforderungen der Gesellschaft und der Lebenswelt der Menschen, liefern Hintergrund und Analyse. Kritisch und kompetent gehen sie Gerüchten nach. Und sie entwickeln eigene Ideen, mit denen sie die Wirtschaftswelt für die Leser transparent machen.

Vermieter als Abzocker und machtlose Behörden

Diese Geschichte erzählt von Abzockern, die einen Altbau für viel Geld an Menschen aus Südosteuropa vermietet haben. Und von Behörden, die diesen Menschen helfen wollen – und doch ohnmächtig mitanschauen müssen, wie die Betroffenen nicht nur ihre Wohnung, sondern auch den Großteil ihres Eigentums verlieren.

Den ersten Hinweis bekommt die Redaktion des Hamburger Magazins Hinz&Kunzt von ihren Straßenverkäufern im Dezember 2017. In einem Mehrfamilienhaus in Hamburg-Bergedorf herrschen skandalöse Zustände. Bis zu 200 Menschen, vorwiegend Wanderarbeiter aus Südosteuropa, leben in dem Altbau in beengten Verhältnissen und bezahlen dafür Wuchermieten. Das Straßenmagazin berichtet darüber.

Im Mai 2018 sorgt marode Elektrik für einen Schmorbrand im Keller. Das Bezirksamt erklärt das Haus für unbewohnbar und quartiert die Bewohner in öffentlichen Notunterkünften ein. Ihr Hab und Gut müssen sie bei der überstürzten Räumung ihrer Wohnungen größtenteils zurücklassen. Die Vermieterin lässt es wegschließen – für die Mieter bis heute unerreichbar.

Jonas Füllner und Ulrich Jonas recherchieren über Monate. Sie sprechen mit den Mietern, mit Anwälten und Behörden. Sie spüren auch die Vermieterin auf, die jedoch keine Auskunft gibt. Dafür finden die Journalisten heraus, dass gegen die Vermieterfamilie mehrere Anzeigen vor Gericht anhängig sind.

Im September 2018 veröffentlicht das Magazin einen Report. Ihn lässt sie von Esther Czaya illustrieren. In der Folge gibt es mehrere parlamentarische Anfragen der Linken. Trotzdem konnten die Mieter bislang (Stand: Juli 2019) nicht in ihre Wohnungen zurückkehren. Ob sie ihr Hab und Gut je wiedersehen, ist ungewiss: Eigentümerin und Vermieterin verweigern hartnäckig den Zutritt zu dem Haus.

Die Stadt versucht, zu viel gezahlte Mieten und Unterbringungskosten für die ehemaligen Bewohner bei der Vermieterin einzuklagen. Allerdings findet sie offenbar bisher keine Mittel, die Abzockerin zur Verantwortung zu ziehen. Das Bezirksamt hat mehrere Zwangsgeldverfahren eingeleitet, doch gegen alle wurde Widerspruch eingelegt. Die Vermieterin hat keine der Anforderungen erfüllt, weder Gebühren noch Zwangsgelder bezahlt.

Der Altbau steht weiterhin leer. Ein Zwangsversteigerungsverfahren zieht sich in die Länge, weil die Gutachterin nicht ins Haus darf. Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die Vermieterin wegen Betrugs fanden bis Juli 2019 keinen Abschluss. Die Hinz&Kunzt-Redaktion bleibt an dem Thema dran.

Tipp:

„Ohne die Unterstützung sachkundiger und engagierter Rechtsanwälte wäre der Beitrag nicht entstanden. Und: Hartnäckigkeit ist alles. Wer die Behörden nicht immer wieder in die Pflicht nimmt, kommt der Wahrheit nicht auf die Spur.“

Kontakt: Ulrich Jonas, Journalist,
T +49 40 / 321 083-46,
ulrich.jonas@hinzundkunzt.de
Esther Czaya, Illustratorin,
mail@esther-illustriert.de

Medium: Hinz&Kunzt gGmbH,
Hinz&Kunzt ist Deutschlands auflagenstärkstes Straßenmagazin mit den Schwerpunkten Sozialpolitik, Hamburg-Themen und Kultur. Das Heft wird von Profis gemacht und von mehr als 500 Obdachlosen, Wohnungslosen, Ex-Obdachlosen und von Menschen in prekären Lebenslagen auf der Straße verkauft.

Auflage: 60.000 monatlich

Verbreitungsgebiet: Hamburg

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 1 Vollzeitstelle,
3 Teilzeitstellen, plus Freie

Link: [www.hinzundkunzt.de/
?s=Reetwerder](http://www.hinzundkunzt.de/?s=Reetwerder)

Stadtgespräch

WWW.HINZUNKUNZT.DE

Abgezockt

Erst müssen die Bewohner vom Reetwerder überstürzt ihre Wohnungen verlassen. Dann verweigert die Vermieterin ihnen den Zugang zu ihrem Hab und Gut – monatelang.

TEXT: JONAS FÜLLNER/ULRICH JONAS
ILLUSTRATIONEN: ESTHER CZAYA



DER ALBTRAUM

Stellen Sie sich vor: In Ihrem Mietshaus gibt es einen Schwelbrand. Polizei und Feuerwehr rücken an, entdecken blank liegende Elektroleitungen und fehlende Rettungswege und alarmieren das Bezirksamt. Das erklärt das Haus umgehend für unbewohnbar und lässt Sie und die anderen Bewohner noch am selben Tag in eine städtische Notunterkunft bringen. Bei sich haben Sie nur die Kleidung, die Sie am Leib tragen, und ein paar Dinge, die Sie in aller Eile in eine Tasche gestopft haben. Alles andere bleibt zurück.

Während Sie sich fragen, wann Sie endlich in Ihre Wohnung zurückkehren können, dringen Männer in Ihre Wohnung ein. Dort stopfen sie Ihr Hab und Gut wahllos in Plastiksäcke – offenbar im Auftrag der Vermieterin. Ihr Eigentum wird gemeinsam mit dem anderer Mieter in drei Wohnungen im Haus geschafft und eingeschlossen.

Monate (!) später ist es Ihnen – trotz Klage, trotz Gerichtsurteil, das Ihnen Recht gibt – immer noch nicht gelungen, an Ihre Habseligkeiten zu kommen. Weil die Vermieterin sich weigert, die Türen zu öffnen. Und weil Gerichte und Stadt keine Möglichkeit sehen, sie dazu zu zwingen. Können Sie sich diesen Albtraum vorstellen?

DIE VERHANDLUNG

An einem Donnerstagvormittag Ende Juli reißt der Richter am Amtsgericht Bergedorf nach einer Stunde schleppender Verhandlung der Geduldsfaden. Es ist heiß, und der Anwalt der Vermieterin hat wiederholt vorgetragen, dass er nicht viel sagen könne: Er sei gerade aus dem Urlaub zurückgekehrt, in dem seine Mandantin noch weile.

Es geht um die Klage von Ionel Lupu. Der 32-jährige Hinz&Kunzt-Mitar-

Aufgedeckt: Kiesgruben exportieren in Nachbarländer

Jede geplante Kiesgrube stößt auf Widerstand. Menschen sorgen sich um Trinkwasser und Naherholungsgebiete, befürchten mehr Schwerlastverkehr. Argument für den Kiesabbau ist die Versorgung der Region mit dem Rohstoff. Doch Philipp Richter von der Schwäbischen Zeitung findet heraus: Erhebliche Mengen werden ins Ausland verkauft.

Die Region Bodensee-Oberschwaben ist ein großes Kiesabbaugebiet. Neun Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe werden dort pro Jahr abgebaut. So wie der Kiehunger steigt, wächst auch der Widerstand. Notwendig, so wird von offiziellen Stellen argumentiert, seien die neuen Gruben für die Eigenversorgung der Region mit dem Baurohstoff. Gegner hingegen sprechen von Kiesexport und von einem Ausverkauf der Heimat.

Mehr als eineinhalb Jahre beschäftigt sich Philipp Richter mit dem Thema Kiesabbau in der Region. Er arbeitet in der Ravensburger Lokalredaktion der Schwäbischen Zeitung. Mehrere Wochen geht er der Frage nach, wie viel des abgebauten Rohstoffs exportiert wird. Er liest viele Fachartikel und Studien und bringt die Informationen in einen regionalen Zusammenhang.

Von deutscher Seite gibt es wenige Fakten zum Kiesexport, für die Region Oberschwaben gar keine. Heimische Kiesunternehmer sagen, es werde nur ein Bruchteil exportiert. So muss der Autor den Umweg über Verbände und Behörden in Österreich und der Schweiz gehen. Bei einer Recherche-fahrt in die Schweiz spricht er nicht

nur mit Experten, er sieht auch die Dutzenden von Lastwagen, die täglich über den Bodensee geschippert werden.

Richters Recherchen zeigen: Die Kritiker haben recht. Jedes Jahr verlassen mehr als eine Million Tonnen Kies die Region Bodensee-Oberschwaben in Richtung Schweiz und Österreich. Ein erheblicher Teil des abgebauten Rohstoffs. Der Grund: In den Nachbarländern wird der Kiesabbau aus Umweltschutzgründen mehr und mehr gebremst. Kies aus Oberschwaben ist daher billiger. Die Veröffentlichung deckt diese Vorgänge erstmals auf und untermauert sie mit Zahlen.

Die Redaktion erhält nach Erscheinen des Artikels viele Anrufe und Leserzuschriften. Auch die politischen Gremien sind aufgeschreckt. Gemeinde- und Kreisräte, Landtag, Ministerien und Industrieverbände diskutieren das Thema. Inzwischen werden Gespräche mit Gremien der Nachbarländer geführt, um den Kiesexport in die Alpenrepubliken einzudämmen.

Ergänzt wird der Report durch eine Multimedia-Story. Sie liefert Hintergründe zu Themen wie Kiesabbau, Verarbeitung und Renaturierung der Gruben.

Tipp:

„Jedem Gerücht mit Bedacht nachgehen, nicht jede offizielle Zahl glauben, über Grenzen hinwegschauen und scheinbare Nebenaspekte prüfen, die können für große Geschichten sorgen. Vor allem: Sich von Behörden nicht beirren lassen.“

Kontakt: Philipp Richter, Redakteur,
T +49 751 / 2955-2225,
p.richter@schwaebische.de

Medium: Schwäbische Zeitung

Auflage: 160.000 täglich

Verbreitungsgebiet:

Südwestdeutschland – Bodensee-Oberschwaben, Heuberg, Ostschwarzwald, Ostalb, Lindau

Anzahl Lokalteile: 22

Redaktionsgröße: 15

Link: www.schwaebische.de/kies

Kieshunger

Während Schweiz und Österreich eigenen Kiesabbau aus Umweltschutzgründen bremsen, exportieren Gruben aus der Region fleißig

Von Philipp Richter

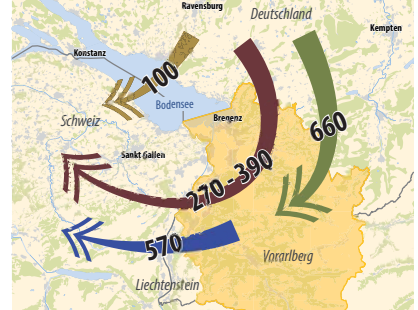
Hinter dichten Wäldern verstecken sich an mehreren Orten Oberschwabens Mondlandschaften. In Leutkirch im Landkreis Ravensburg und bei den riesigen Kiesabbaugebieten im Landkreis Sigmaringen erstrecken sie sich teilweise über mehrere Dutzend Hektar. Tiefe Gruben kiffen im Boden, kleine Steinchen fahren auf Förderbändern in die Höhe, werden zu Kies veredelt und verlassen auf Lastern das Gelände. Und was viele Kiesgegner schon lange vermuten: Nicht wenige verlassen auch das Land in Richtung Österreich und Schweiz. Die Protestierenden fürchten den Ausverkauf der Heimat. „Wir beuten die Natur aus, bauen den Kies ab und produzieren dadurch einen Kiesnotstand in der Zukunft. So sieht nachhaltiges Wirtschaften für mich nicht aus“, sagt Bruno Werner von Kreit von der Interessengemeinschaft Grenis/Grund in Vogt im Landkreis Ravensburg.

Die Gruppe um Bruno Werner von Kreit kämpft seit einhalb Jahren gegen eine elf Hektar große Kiesgrube, die im Altdorfer Wald entstehen soll. Wie überall, wo eine neue Grube eröffnet oder eine bestehende erweitert werden soll, hat sich auch in der der 4600-Einwohner-Gemeinde Vogt Widerstand geregt. Unterschriftenlisten, Bürgerinitiativen, Versammlungen und Demonstrationen – und das mittlerweile weit über die Gemeindegrenzen hinaus. Mehrere Tausend Menschen sind von dem Thema betroffen, weil sie entweder mit Trinkwasser aus der nahe gelegenen Quelle versorgt werden und Angst vor möglichen Einflüssen des Abbaus haben, weil ihr Naherholungsgebiet verschwinden soll oder weil der Schwerlastverkehr auf den kleinen Straßen durch ihre Dörfer rollen soll. Immer wieder fragen sich die Menschen: Und das alles für Kies, der die Region für immer verlässt?

Szenenwechsel Friedrichshafen: Die Fähre sinkt tiefer ins Wasser, als der Lastwagen die Schwelle des Anlegers überfahren hat. Der Blick vom Hafens auf die andere Bodenseeseite ist an diesem Morgen nicht ganz so klar wie sonst. Ein paar Wolken hängen am Himmel. Der Dunst über dem See lässt gerade noch die Schatten der Alpen erahnen, die mächtig über dem See thronen. Es rumpelt wieder. Ein zweiter Lastwagen der Spedition Walser aus Fronreute im Kreis Ravensburg schnauft und quillt sich auf die Fähre. Die Kennzeichen der Sattelzüge, die hier regelmäßig auf ihre Überfahrt warten, geben Aufschluss über ihre Herkunft: Es sind die Landkreise Sigmaringen, Tuttlingen, Ravensburg sowie der Bodenseekreis. Ihr Ziel: Romanshorn, die Schweiz. Ihre Fracht: mehrere Tonnen Kies. Wie Rechercher der „Schwäbischen Zeitung“ belegen, verlassen jedes Jahr mehr als eine Million Tonnen davon die Region Bodensee-Oberschwaben in Richtung Schweiz und Österreich. Allein mit der Bodenseefähre gingen 2017 laut Zahlen des Hauptzollamts Ulm 97 000 Tonnen Kies, Splitt und Sand in die Eidgenossenschaft. Das sind mindestens 3200 Lastwagen.



Täglich fahren Kieslaster aus Oberschwaben mit der Fähre von Friedrichshafen ins Schweizerische Romanshorn. Die Grafik zeigt Exportströme in der Einheit Tausend Tonnen. FOTO: PHILIPP RICHTER



Quelle: Land Vorarlberg/Geomach GmbH, Hauptzollamt Ulm, Eidgenössische Zollverwaltung, maps4maps.com/OPENSTREETMAP. Grafik: Heidi Riecht

Tendenz weiter steigend. Kies – das ist Oberschwabens Öl. Die Welt giert nach Kies und Sand, weil überall gebaut wird. Die logische Folge: Mittlerweile werden auch diese billigen aber wertvollen Rohstoffe aus dem Bodensee exportiert. Denn Kies ist eine wichtige Zutat für die Betonherstellung, und Beton ist in Zeiten der Hochkonjunktur sehr gefragt. Die Wirtschaft brummt, die Zinsen sind im Keller, der Hunger der Industrie nach Gewerbeflächen ist groß. Überall entstehen Straßen, Bau- und Gewerbegebiete. Und wer bauen will, braucht Kies. Ohne Kies kein Beton, ohne Kies kein Asphalt. Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe geht einem Artikel der Saarbrücker Zeitung zufolge sogar von regionalen Engpässen bei der Rohstoffversorgung aus.

Große Vorkommen, leicht abbaubar Oberschwaben ist – anders als andere Regionen in Deutschland – gesegnet mit reichen Kiesvorkommen. Bei der letzten Eiszeit, der Würmeiszeit vor 115 000 bis 10 000 Jahren, schoben Gletscher Erdmassen und Gestein von den Alpen bis nach Oberschwaben. Sie formten die Landschaft mit Moränen und hinterließen viel Kies – jetzt wird er in Dutzenden Lastwagenfahrten täglich in die Schweiz und nach Österreich zurückgeführt. Der Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, zuständig für den Bodenseekreis sowie die Landkreise Ravensburg und Sigmaringen, rechnet mit einem Jahresbedarf von neun Millionen Tonnen pro Jahr für die Region. Trotzdem wird exportiert, weil es keine Vorgaben gibt, wo das Material verwendet werden darf. Das würde

auch der marktwirtschaftlichen Grundordnung der Bundesrepublik widersprechen. Aber stimmt es, dass das meiste ins Ausland geht? Baden-Württemberg exportiert etwa acht Prozent der Fördermenge des Landes. Das dürfte in den Grenzregionen mehr sein. Konkrete Zahlen für die Region Bodensee-Oberschwaben gibt es aber nicht – auch nicht in der im September 2017 von der Industrie- und Handelskammer Bodensee-Oberschwaben veröffentlichten Studie zum Thema Rohstoffabbau. Hiesige Kiesunternehmer sprechen von einem „Bruchteil“. Der Regionalverband geht von etwa 500 000 Tonnen Kies und Sand pro Jahr in die Schweiz aus, der Export nach Österreich wird mit etwa 300 000 Tonnen pro Jahr beziffert. Das wären sechs bis neun Prozent des Jahresbedarfs in der Region.

Die Kiesgrube Roßberg in der Gemeinde Wollegg im Kreis Ravensburg: Hinter dichten Nadelbäumen fahren Schaufelradbagger zwischen Kieshaufen hin und her. Hier werden auf 50 Hektar 650 000 Tonnen Kies pro Jahr abgebaut. Roßberg ist eine der wenigen Gruben, von der Teile des Materials mit der Bahn abtransportiert werden. Wie viel jedoch konkret exportiert wird, will man aus Wettbewerbsgründen nicht sagen. Es handele sich um einen „geringfügigen Teil“. „Wir exportieren lediglich Überschussmaterial, das im Oberschwäbischen nicht benötigt wird“, versichert Florian Schmid von der Geiger-Unternehmensgruppe, zu der Roßberg gehört. Der Großteil bleibe aber in der Region rund um die Grube. Als Beispiel nennt Schmid den neuen Ferienpark Center Parc in Leutkirch, der mit Kies aus Roßberg gebaut wird. Trotzdem exportiert die Geiger-Gruppe auch nach Österreich.

Ein Großabnehmer für Kies aus Deutschland ist das österreichische Bundesland Vorarlberg. Eine im Juli veröffentlichte Bedarfsstudie zum Thema Rohstoffe von der Geomach GmbH für das Land Vorarlberg spricht man von 660 000 Tonnen Import mineralischer Rohstoffe aus

Deutschland pro Jahr – das Gros davon Kies. Wie bei der Wirtschaftskammer Vorarlberg zu erfahren ist, kommt der fast ausschließlich aus der Region Bodensee-Oberschwaben. Der Großteil stammt aus dem Landkreis Ravensburg. Aus Bayern importiert das österreichische Bundesland nur etwa zwei Prozent. Zu lange Transportdistanzen lohnen sich nämlich nicht. Offizielle Zahlen aus Deutschland gehen von Distanzen bis zu 35 Kilometern aus, damit es rentabel bleibt. In der Vorarlberg Studie ist allerdings zu lesen: „Ins mittlere Rheintal kann Kies aus Deutschland mit Transportdistanzen von circa 90 Kilometern billiger bezogen werden als aus nahegelegenen Kiesabbaufeldern in Vorarlberg. Derzeit werden knapp 19 Prozent der derzeitigen Produktionsmenge an mineralischen Rohstoffen in Vorarlberg aus Deutschland importiert.“ In der Studie rechnet man außerdem mit einem massiven Rückgang der Abbaumengen im eigenen Bundesland in den nächsten Jahren, wenn nicht neue Gruben in Vorarlberg genehmigt würden. Den Mangel müsste die Vorarlberger Bauwirtschaft mit zusätzlichen Kiesimporten aus Deutschland und Tirol kompensieren.

Ab Werk fast nur halb so teuer Ein weiterer Grund für die Einfuhr von Kies aus dem Nachbarland ist der Preis, denn deutscher Kies ist im Schnitt etwa 40 bis 50 Prozent (ab Werk) günstiger, weil Auflagen, die sich Kritiker für die Region Bodensee-Oberschwaben sehnlichst wünschen, in Vorarlberg schon längst Realität sind. Aber auch die geologischen Voraussetzungen seien hierzulande besser, heißt es bei der Wirtschaftskammer Vorarlberg. In Deutschland gibt es im Gegensatz zu Vorarlberg sehr große Kiesvorkommen, die kostengünstig abgebaut werden können. Unterm Strich ist es eine Kostenfrage“, sagt Thomas Peter von der Wirtschaftskammer. Im Gegensatz zu Deutschland erhebt das Land Vorarlberg bei Kiesabbau eine sogenannte Naturschutzabgabe, die den Preis in die Höhe treibe, so Peter. Dieser Satz liegt momentan bei 75 Cent pro Tonne. 35 Prozent davon erhält die vom Abbau betroffene Gemeinde, der Rest geht an den Naturschutzfonds. Wegen eben jener

Abgabe rechne sich auch kein Export nach Deutschland. Würde die Region Bodensee-Oberschwaben bei einem Jahresbedarf von neun Millionen Tonnen Kies eine solche Abgabe erheben, käme eine Summe von mindestens 6,82 Millionen Euro zusammen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Blick in die Schweiz. Laut den Zahlen des Fachverbandes der Schweizerischen Kies- und Betonindustrie (FSKB) liegt die Importrate von Kies in der Schweiz bei etwa 10 bis 15 Prozent. „Je näher wir an die Grenze kommen, desto höher ist die Importrate“, erklärt FSKB-Direktor Martin Weder im Gespräch mit der „Schwäbischen Zeitung“. Im Tessin und im Kanton Basel liegt sie gar bei bis zu 90 Prozent. In der Nordostschweiz, an der Grenze zu Deutschland und Österreich, ist sie allerdings niedriger. Laut Zahlen der Kantonalen Verwaltung St. Gallen lag der Kiesbedarf im Kanton 2016 bei etwa 1,26 Millionen Tonnen. Größter Lieferant war Österreich mit 245 000 Tonnen, danach kommt Deutschland mit 122 000 Tonnen. Die Zahlentabellen der Vorjahre zeigen aber auch einen sinkenden Anteil österreichischer Importe und einen steigenden Anteil deutscher Importe. Das deckt sich mit Zahlen des Landes Baden-Württemberg, das steigenden Export in die Schweiz festgestellt hat.

Die Schweiz ist wegen ihrer strengen gesetzlichen Auflagen auf Kiesimporte angewiesen, heißt es beim „Kantonverband Steine, Kies, Beton, St. Gallen“ (KSKB). Aus gesetzlichen Gründen könne zum Bedauern der Kiesindustrie im Rheintal und in der Schweizer Bodenseeregion kein Kies mehr abgebaut werden, obwohl das St. Galler Rheintal eine der kiesreichsten Regionen im Kanton ist. „Grundwasserschutz wird in der Schweiz über alles gestellt, da haben regionale Ver- und Entsorgungsaufträge keinen Platz“, sagt KSKB-Präsident Ueli Jud. Er plädiert für eine regionale Kiesversorgung. Das schaffe Mehrwerte, ökologische Vorteile und spare CO₂ ein.

Gerade die St. Galler Kiesindustrie habe es durch ihre Nähe zu Österreich und Deutschland schwer. „Die geologischen Voraussetzungen, die Kostenstrukturen aber auch die gesetzlichen Auflagen im Ausland sind immer erheblich tiefer als in der Schweiz. Das sind Fakten, die die einheimischen Unternehmer vor allem in grenznahen Gebieten

sehr stark spüren“, so Ueli Jud. Kies aus Deutschland habe meist eine sehr gute Qualität und sei je nach Jahresbedarf von neun Millionen Tonnen Kies eine solche Abgabe erheben, käme eine Summe von mindestens 6,82 Millionen Euro zusammen.

Ortswechsel: Auf der Autobahn 96 Richtung Bregenz rollen Lastwagen mit österreichischen Kennzeichen ins Alpenpanorama. Doch längst nicht jeder Sattelzug hat Vorarlberg als Ziel. Sie passieren das Bundesland und fahren über St. Margrethen oder Liechtenstein in die Schweiz. Die Vorarlberger Rohstoffbedarfsstudie geht von einem Transit von 270 000 bis 300 000 Tonnen deutschen Kies pro Jahr durch das Bundesland aus. „Das ist mit jeweils 10 000 Hin- und Rückfahrten eine spürbare Verkehrsbelastung“, heißt es in dem Papier, aus dem die Kommission laut Wirtschaftskammer Vorarlberg zum Großteil aus dem Landkreis Ravensburg. Zwar kann die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) die Zahlen nicht bestätigen, sie geht aber davon aus, dass die Frachten aus dem grenznahen Ausland stammen – also aus der Region Bodensee-Oberschwaben. Beim Grenzübergang St. Margrethen an der Grenze zu Vorarlberg registrierte die EZV im vergangenen Jahr 957 000 Tonnen Kies, Sand und Steine. Zieht man von dieser Summe die 570 000 Tonnen Kiesimport aus Vorarlberg ab, bleiben sogar insgesamt 387 000 Tonnen übrig, die ebenfalls aus Deutschland stammen dürften.

Sättigung nicht in Sicht Die Fähre tutet lange. Nach 40 Minuten läuft sie in den Romanshornener Hafen ein. Die Fähne mit weißem Kreuz auf rotem Grund flattert im Wind, daneben hängen die deutsche und die österreichische Flagge. Die drei Länder bilden eine Wirtschaftsregion. Das wird auch immer wieder von allen Seiten beteuert. Der Handel ist frei. In Romanshorn fahren die Kieslaster von Bord. Ihre Fracht aus dem Landkreis Sigmaringen geht in Betonwerke oder Asphaltmischwerke. Noch bis 2019 saniert die Schweiz die Autobahn 1 zwischen den Anschlüssen Rheineck und St. Margrethen. Außerdem will der Hauptaktionär der Schweizerischen Bodensee-Schiffahrt am Romanshornener Hafen das größte Hotel des Thurgaus bauen. Der Hunger nach billigem Kies aus der Region Bodensee-Oberschwaben ist noch lange nicht gestillt.



Der Stoff, aus dem der Bauboom ist: Kies, Steine, Schotter. FOTO: SHUTTERSTOCK

Ein Storytelling zum Thema Kiesabbau in der Region mit vielen Informationen finden Sie unter: www.schwabisch.de/kies

Besuch in einem Sehnsuchtsort für Menschen mit Geld

In Oberhaching steigen die Immobilienpreise noch stärker als anderswo, die Bilderbuchgemeinde südlich von München wird zum Sehnsuchtsort für Menschen mit Geld. Dort beobachten viele die Fremden mit Argwohn. Manche sehen gar die Dorfgemeinschaft bedroht. Eine Geschichte über Gentrifizierung vor der Stadt.

Die Gemeinden im Münchner Umland verändern sich. Wer es sich leisten kann, zieht in die Dörfer im Speckgürtel. Dort explodieren die Immobilien- und Mietpreise. Es kommt zur Gentrifizierung, Durchschnittsverdiener ziehen weg, werden verdrängt.

Die Volontärinnen Anna Reuß (Text), Stefanie Preuin (Fotos) und Sandra Sperling (Videos) von der Süddeutschen Zeitung greifen das Thema auf. Sie fragen: Wie verändern astronomische Immobilienpreise einen kleinen Ort in seinem Innersten? Und: Was kann die Politik auf lokaler Ebene dagegen tun?

Sie gehen nach Oberhaching, wo es noch dörfliche Strukturen mit einem lebendigen Vereinsleben gibt. Und wo der Durchschnittspreis für ein Einfamilienhaus inzwischen über einer Million Euro liegt. Über Monate hinweg besuchen die Autorinnen den Ort, sprechen mit vielen Menschen, um die verschiedenen Perspektiven des Dorflebens abzubilden.

Die Lebensqualität in der 13.500-Einwohner-Gemeinde ist hoch: Es gibt zahlreiche Vereine, weiterführende Schulen, ein Freibad, es gibt Gemeinschaft und soziale Bindungen. Oberhaching will keine Schlaf-

stadt vor den Toren Münchens sein, sondern Heimat. Aber was, wenn man sich Heimat nicht mehr leisten kann?

Denn in die Gemeinde südlich von München ziehen immer mehr Menschen, die ein ordentliches Vermögen mitbringen. Die Gemeinschaft verändert sich. Das finden auch die Leute am Stammtisch: Wer hierher ziehe, sei ein Fremder mit Geld, sagen sie. Die „Stimmen vom Stammtisch“ werden in die Reportage verwoben wie die Auftritte des Chors in einer griechischen Tragödie. Sie zeigen das grundsätzliche Problem auf und führen den roten Faden durch den Text.

Die Autorinnen sprechen mit Alteingesessenen und Zugezogenen. Sie treffen Vereinsvorsitzende, die das ehrenamtliche Engagement schwinden sehen. Einen ehemaligen Metzger, der heute Immobilienmakler ist und „eine Stimmung wie am Pokertisch“ beschreibt. Den Bürgermeister, der die Identität des Dorfes gefährdet sieht und fürchtet, dass sich die Dorfgemeinschaft auflöst.

Die Volontärinnen arbeiten von Anfang an multimedial. Am Ende entstehen ein zweiseitiges Print-Dossier und eine Online-Reportage. Sie wird ergänzt mit Fotos, Grafiken und zwei Videos.

Tipp:

„Den Text nicht überfrachten mit Personen. Lieber weniger gedankliche Sprünge zwischen den Personen einbauen, die einem selbst zwar inhaltlich logisch scheinen, den Leser jedoch überfordern.“

Süddeutsche Zeitung

Kontakt: Anna Reuß, Volontärin, anna.reuss@sueddeutsche.de

Die Autorinnen danken besonders Ressortleiter Christian Krügel, der das Volontärsprojekt mit großem Vertrauen unterstützte. Krügel starb unerwartet im April 2018.

Medium: Süddeutsche Zeitung (Landkreis München)

Auflage: ca. 15.000

Verbreitungsgebiet: Landkreis München

Anzahl Lokalteile: 10

Redaktionsgröße: Landkreis München 8 Redakteure

Link: www.sueddeutsche.de/muenchen/muenchen-und-das-umland-oberhaching-sehnsuchtsort-fuer-menschen-mit-geld-1.3919091



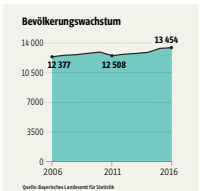
Teure Heimat

Seit in Oberhaching die Immobilienpreise noch stärker steigen als anderswo, wird die Bilderbuchgemeinde im Münchner Süden zum Sehnsuchtsort für Menschen mit Geld. Dort beobachten viele die Fremden mit Argwohn. Manche sehen gar die Dorfgemeinschaft bedroht. Eine Geschichte über Gentrifizierung vor der Stadt

TEXT: ANNA REUSS, FOTOS: STEFANIE PREUHN

„Verbunden werden auch die Schwachen mächtig“
Friedrich von Schiller (1759–1805),
aus Wilhelm Tell, 1. Akt, 3. Szene

Nikolaus Aidelburger war 36 Jahre lang Bürgermeister von Oberhaching. Zu seiner Beerdigung an einem heißen Junitag vor sechs Jahren kamen Gott und die Welt – Tod und Delfin – und erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre. „Ein Graben“ sagen sie hier, wenn jemand beerdigt wird. Fahnenabordnungen aller Vereine marschierten dem Trauerzug zum Friedhof voraus, dahinter der halbe Ort in Tracht und Uniform. Mehr als 500 Leute waren gekommen, seine Beisetzung ähnelte einem Staatsbegräbnis. Die roten Helme der Feuerwehrmänner, die am Sarg Späher standen, leuchteten wie Fliegenpilze in der Sonne. Neben dem Rednerpult war ein Blumenbouquet aus Hortensien in Weiß und Blau arrangiert – den Farben im Wappen von Oberhaching. Es war noch einmal ein Hochfest der Dorfgemeinschaft. Florian Schelle hielt eine Ansprache am Grab. Er kannte Aidelburger, seit er den Namen kannte. 30 Jahre lang war der Landwirt Gemeinderat. Als er sich 2014 nicht mehr zur Wahl aufstellen ließ, hatte er mehr Lebensjahre im Amt verbracht als ohne. Politisch eingesehen sich er und Aidelburger gewiss nicht immer gewesen, sagt Schelle heute, obwohl sie beide Mitglieder der CSU waren. Aber auch wenn es im Gemeinderat mal turbulent wurde: Danach gingen sie trotzdem zusammen ins Wirtschafts-



Seit der Beerdigung sind sechs Sommer vergangen. Wer zurückblickt, dem kommt es so vor, als wäre mit Aidelburgers auch eine Epoche zu Grabe getragen worden. Denn seither hat sich manches verändert in der Gemeinde im Münchner Süden, die wie gemalt zwischen dem Stadtrand und dem Tölzer Voralpenland liegt. Die immer schneller steigenden Immobilienpreise haben einiges ins Wanken gebracht.

Wer ein Einfamilienhaus in Oberhaching kauft, muss heute doppelt so viel bezahlen, wie 2012. Der durchschnittliche Kaufpreis von Einfamilienhäusern hat 2017 erstmals die Millionengrenze durchbrochen. Früher, wenn die Leute Lehner waren oder bei BMW gearbeitet haben, konnten sie sich hier ein Haus leisten“, sagt Florian Schelle. Heute sei das anders. Manche sagen, dass Oberhaching zum zweiten Grünwald werden könnte. Die Millionärs-

und Promi-Gemeinde im Isartal liegt nur wenige Autominuten entfernt. Seit die Wohnungspreise in der Stadt explodieren, ziehen immer mehr Menschen ins Umland, und die, die es sich leisten können, bevorzugen nach Oberhaching. Die Lebensqualität in der 12.500-Einwohner-Gemeinde ist hoch: Es gibt zahlreiche Vereine, weiterführende Schulen, ein Freibad und außer der S-Bahn ist auch die Autobahn nicht weit, über die man schnell in der Stadt und in den Bergen ist – wenn es sich nicht gerade staut. Das Problem: Auch andere merken, dass es sich hier gut lebt. Immer mehr kommen, denen München zu laut oder zu eng ist.

Langsam spüren sie hier die Folgen: „Die, die schon lange dabei sind, haben eine Dorfgemeinschaft. Und die, die herziehen, wollen damit meistens nichts zu tun haben“, sagt Schelle, der Landwirt. Seinen Namen kennt man hier. Er betreibt mit seiner Frau eine Pferdezucht mit Freitrickschneise. Der Türknauf zum Eingang seines Hauses ist ein Ross aus Messing, das auf den Hinterbeinen steht. 20 Pferde stehen in den Ställen des kernigen Bayern. Der Name der Rasse: Süddeutsches Kaltblut. Es gibt sogar eine Straße, die „Am Schelleberg“ heißt. Dort leben drei Brüder und zwei Cousins mit ihren Familien, alle haben den gleichen Nachnamen. Einer von ihnen ist der Bürgermeister.

Seit 46 Jahren ist Florian Schelle schon Mitglied im Trachtenverein von Oberhaching, zunächst als Schuhplattler und seit 22 Jahren als dessen Vorsitzender. Die Trachten sind ein wichtiges Glied im örtlichen Kollektiv. „Wir haben für alles Mögliche einen Verein“, sagt Schelle. Er erklärt das so: Nach dem Krieg besaß kaum einer was, die Leute hätten sogar ins Wirtshaus ihren selbstgebrannten Fusel mitgebracht. Aus dem Bedürfnis, etwas neu aufzubauen, entstanden die Vereine.

Doch diese im Laufe der Zeit gewachsene Gemeinschaft verändert sich: Vereine kommen Mitglieder abhandeln, weil die zuzuziehenden Bürger nicht eintreten. Sein Trachtenverein sei noch einigermaßen gut aufgestellt, sagt Schelle. Nur junge Männer hätten irgendwie keine Lust. Denn: „Alles was zwei Has'n hat, spielt Fußball. Ist halt die Ersatzreligion.“

Der Stammtisch im Weißbräu trifft sich immer noch fast täglich. Ein Schild aus dunklem Metall zwischen den Lampen markiert das Revier der Runde. Am Nebentisch spielen ein paar ältere Männer Karten, hinter ihnen hängen vergilbte Schwarz-Weiß-Fotos an der Wand. In diesem Abend sind sie zu fünf am Stammtisch. Außer dem Weißbräu gebe es keine richtige bayerische Wirtshaus mehr, sagen sie hier.

„Der Ort wird überfremdet, das wird sehr deutlich“, sagt einer. „Was einen herzieht, ist er fremd. Aber ist das gleich Überfremdung?“, fragt ein anderer.

„Es gibt da einen Spruch aus Asterix: Ich hab' nichts gegen Fremde. Aber ich bin ein Freund der Fremden. Aber diese Fremden da sind nicht von hier.“
„Ab und zu bringt der Wirt ein paar Halbe, die er auf



Sehen der Zukunft mit unterschiedlichen Erwartungen entgegen: Pferdewirt Florian Schelle (oben), der Vorsitzende der Kolpingfamilie, Georg Michael Kaiser (Mitte), und der Neu-Oberhachinger Ludger Voss (unten).



den Bierdeckel anstreicht. Einer versucht zu erklären, was Oberhaching so attraktiv macht: „Wir haben eine S-Bahn, die direkt zum Ostbahnhof fährt, wir haben die Autobahn und den Zug in die Berge. Ist schon schön hier.“ „Jetzt mach doch nicht auch noch Werbung!“

Oberhaching liegt 15 Kilometer vom Münchner Zentrum entfernt – nah genug, dass sogar die Vorwahl dieselbe ist. Doch wer von München nach Oberhaching fährt, kommt in eine andere Welt: das echte Oberbayern. Der Ortskern ist so klein und adrett, geradezu puppenstübchenhaft, als hätte ihn jemand am Reißbrett entworfen. Wer seinen Blick nach rechts und links in die Seitenstraßen wendet, der sieht Häuser, die überwiegend nur zweistöckig sind, mit Holzverkleidungen und Vorgärten, die von der Akkuratess ihrer Besitzer zeugen. Das Alpenpanorama, das sich dahinter am Horizont auftut, sehen die Münchner nur aus Hochhäusern.

Oberhaching ist ein Dorf, das Gemeinschaft und soziale Bindungen ausmacht, keine Schlafstadt vor den Toren Münchens – darauf verweisen sich viele hier. Die kalten, nackten Zahlen zeigen jedoch: Es findet längst ein immenser Austausch der Bevölkerung statt. Seit 2005 sind 10 948 Menschen zugezogen. Ähnlich viele – 9100 – sind im selben Zeitraum gegangen.

Einer von denen, die neu nach Oberhaching kommen, ist Ludger Voss. Sein kluges Hochdeutsch wird ihn dort wohl verraten. Der Geschäftsführer eines Münchner Unternehmens und seine Frau haben sich hier ein Grundstück gekauft. Das alte Haus darauf, das aus den Sechzigerjahren stammt, lassen sie gerade abreißen. Danach soll schnellstmöglich mit dem Bau ihres neuen Zahausess begonnen werden. Noch lebt die Familie in München. „Dort stimmt das Preis-Leistungs-Verhältnis schon lange nicht mehr“, sagt der 58-Jährige. Die Wohnung mit nur einem Kinderzimmer wird langsam zu klein für die vierköpfige Familie.

Zwei Jahre lang hätten sie gesucht und nicht das Richtige gefunden. Im Juli vergangenen Jahres unterzeichneten sie schließlich den Kaufvertrag. Als Voss von dem neuen Haus zu sprechen beginnt, wird er euphorisch: „Etwas Schönes zu schaffen und zu hinterlassen.“ Körperlich sei er zu anstrengend, zudem habe sich das Einkommensverhältnis verändert. „Die Leute möchten nach 15 Uhr oder Samstagmittag einkaufen.“ Hinzu komme, dass es im Handwerk schwer sei, Personalnachwuchs zu finden. „Ich habe diesen Job gut 25 Jahre ausgeübt und hatte das Gefühl, dass ich etwas anderes machen will.“ Jetzt ist er Immobilienmakler. Damit steht Geschickel wie kaum ein Zweiter für den Wandel im Ort, denn er hat ungenutzt auf eine Branche, wie sie hier lukrativer kaum sein könnte.

Die Adresse seiner Immobilienfirma führt zu seinem Privathaus, der Esslich in der offenen Wohnküche ist zugleich Beteiligungsstätte. „Meine Kernkompetenz ist Oberhaching“, sagt er. Der Satz könnte so auch in einer Werbeschreiben stehen. Manche seiner Kunden, die noch nicht so lange suchen, kämen mit unrealistischen Preisvorstellungen zu ihm. Nicht allen

ren ihr erster Vorsitzender. An einem Freitagnachmittag im Januar klingelte sein Telefon, als Kaiser längst die Hoffnung aufgegeben hatte. Eine Frau rief an und gab ihm ihre Zusage: Sie wird fortan Mitglied im Vorstand. „Gott sei dank“, sagt er erleichtert. Der 56-Jährige wollte eigentlich aufhören, doch es geht nicht. „Es sei schon schwer genug, einen Vorstandsposten neu zu besetzen – zwei auf einmal wäre unmöglich. Also macht er es eben noch mal für drei Jahre.“

Die Kolpingfamilie wird im Ort gebraucht, denn sie hilft denen, die nicht genug haben. Und auch die gibt es hier: Bewohner des Altenheims bekommen zum Geburtstag eine Tafel Schokolade oder eine Schachtel Zigaretten. Familien werden unterstützt, damit sie Schulbedarf kaufen können. Eine ältere Frau kann sich dank einer Spende eine neue Brille leisten. Kaiser befürchtet eine drohende Spaltung der Gesellschaft im Ort. „Der eine hat eine Einmahl-Millionen-Villa und fünf Autos, und drei Straßen weiter leben Leute, die nicht wissen, wie sie Stifte für die Kinder kaufen sollen.“

Kaiser klagt, dass die meisten Zugezogenen sich nicht in den Vereinen einbringen wollen. Für das Fixnummern- und die sozialen Strukturen kann das gefährlich werden. Noch habe jeder Verein im Ort wohl genügend „Futter“, sagt Kaiser. „Nur, wie es in ein oder zwei Generationen aussieht, ist die andere Frage. Wenn unsere Kinder keinen bezahlbaren Wohnraum mehr kriegen, ziehen die halt woanders hin, wo es günstiger ist.“ Woher die Mitglieder der Vereine in ein paar Jahren kommen, wenn die Preise für die Grundstücke weiter steigen, ist ungewiss. Altruismus ist in den Spielregeln der Marktwirtschaft nicht vorgesehen.

„Mein Sohn hat 2017 eine Wohnung gekauft, der hat jetzt schon eine Wertsteigerung“, sagt einer am Stammtisch. „Die Gemeinde will halt nicht so explodieren wie Traubkirchen oder Unterhaching, das treibt die Preise hoch.“

Nikolaus Geschlößl bittet in sein Haus im Ortsteil Furth. Der 52-Jährige trägt Sakko und Sneakers. Vor ein paar Jahren war das noch anders. Da führte er eine Metzgerei im Ort mit zehn Angestellten. „Metzger ist kein Beruf zum Altwerden.“ Körperlich sei er zu anstrengend, zudem habe sich das Einkommensverhältnis verändert. „Die Leute möchten nach 15 Uhr oder Samstagmittag einkaufen.“ Hinzu komme, dass es im Handwerk schwer sei, Personalnachwuchs zu finden. „Ich habe diesen Job gut 25 Jahre ausgeübt und hatte das Gefühl, dass ich etwas anderes machen will.“ Jetzt ist er Immobilienmakler. Damit steht Geschlößl wie kaum ein Zweiter für den Wandel im Ort, denn er hat ungenutzt auf eine Branche, wie sie hier lukrativer kaum sein könnte.

Die Adresse seiner Immobilienfirma führt zu seinem Privathaus, der Esslich in der offenen Wohnküche ist zugleich Beteiligungsstätte. „Meine Kernkompetenz ist Oberhaching“, sagt er. Der Satz könnte so auch in einer Werbeschreiben stehen. Manche seiner Kunden, die noch nicht so lange suchen, kämen mit unrealistischen Preisvorstellungen zu ihm. Nicht allen

Abgase aus der Zementfabrik: Drücken Behörden ein Auge zu?

Was wiegt mehr: die Gesundheit der Bevölkerung oder die wirtschaftlichen Interessen eines Unternehmens? Dieser Frage geht Nicole Leukhardt vom Zollern-Alb-Kurier in ihrer Recherche um ein Zementwerk nach. Dort wird auch Müll als Brennstoff genutzt. Die Behörden geben sich bei der Einhaltung der Abgasgrenzwerte konzilient.

Das Zementwerk in Dotternhausen ist der größte Arbeitgeber der 1.900-Einwohner-Gemeinde am Westrand der Schwäbischen Alb. Dort wird von der Holcim GmbH Kalkstein abgebaut und verarbeitet. Als das Unternehmen beantragt, das Abbaugelände zu erweitern, formiert sich eine Bürgerinitiative.

Die Bürgerinnen und Bürger sorgen sich nicht nur wegen der Ausbeutung der Natur, sondern auch um die Luftqualität. In ihren Augen ist das Zementwerk eine schlecht gefilterte Müllverbrennungsanlage. Denn der größte Teil der Brennstoffe dort ist Müll. Für die Verbrennung solcher Stoffe gibt es strenge Abgasgrenzwerte. Ursprünglich drängten die Behörden auch auf ihre Einhaltung. Doch Holcim baut, gestützt auf die Einschätzung des eigenen Lobbyverbands, keinen Katalysator ein – und darf dank behördlicher Ausnahmegenehmigungen weiter dreckige Luft in die Umwelt blasen.

Stecken Industrie und Politik unter einer Decke? Redakteurin Leukhardt geht diesem Vorwurf nach. Ein halbes Jahr recherchiert sie und kann schließlich belegen, dass es Treffen

zwischen dem Lobbyverband der Zementindustrie und Vertretern von Umweltbehörden und Ministerien gab. Dabei ging es um die Einhaltung der Grenzwerte ab 2019 und um Ausnahmeregelungen.

Keiner der Beteiligten redet freiwillig. Es wird verschleiert, manchmal auch gelogen. Doch in mehreren Quellen findet Leukhardt schließlich Belege für die Absprachen. Die Behörden und auch die Firma Holcim bedienen sich einer Salami-Taktik und geben nur zu, was die Autorin schriftlich vorliegen hat. Zur Sicherheit prüft ein Jurist der Zeitung den Text vor der Veröffentlichung.

Auf einer Doppelseite erklärt die Autorin die Hintergründe und lässt alle beteiligten Seiten zu Wort kommen. Gleichzeitig entsteht in enger Zusammenarbeit mit den Kollegen Michael Würz, Ingo Munz und Michel Kaatz ein multimediales Storytelling-Projekt (WordPress-basiert, customized), das die Macht der Zementlobby beschreibt.

Zwar bestreiten die Behörden, dass es Absprachen gibt. Tatsache ist jedoch, dass sie bei der Einhaltung der Grenzwerte erheblich großzügiger sind als noch vor Jahren angekündigt.

**ZOLLERN-ALB
KURIER**

Kontakt: Nicole Leukhardt,
Lokalredakteurin,
T +49 7433 / 266 138,
nicole.leukhardt@zak.de

Medium: Zollern-Alb-Kurier
Balingen

Auflage: 20.000 Exemplare
Druckauflage

Verbreitungsgebiet: Zollernalbkreis

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 15 Redakteure

Link: zementwerk.zak.de

Tipp:

„Wer investigativ recherchiert, muss Umwege einplanen, Holzwege als solche anerkennen und vermeintliche Fakten immer nach ihrer Quelle beurteilen und möglichst doppelt prüfen.“

ZOLLERN-ALB-KURIER

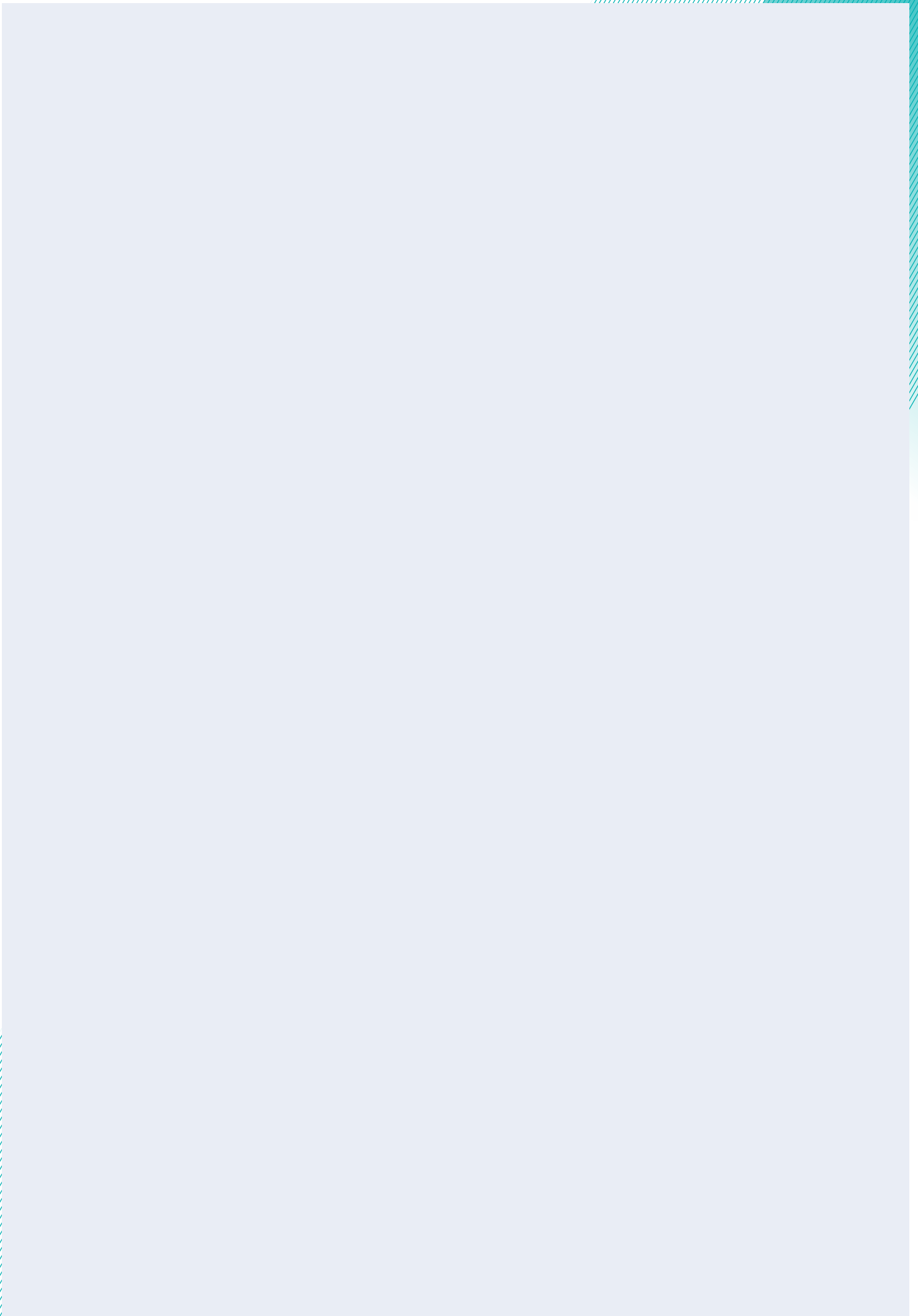
ZEMENTWERKE ALS MÜLLVERBRENNUNGSANLAGEN

WIE VIEL MACHT HAT DIE ZEMENTLOBBY?



ERSATZ-BRENNSTOFFE STATT ÖL UND KOHLE

Denn längst hat der Schweizer Mutterkonzern Holcim Lafarge die sogenannten Ersatzbrennstoffe für die Befuerung der Zementöfen für sich entdeckt. Neben Kohle und Öl kommt aufbereiteter Müll zum Einsatz. Tiermehl, Tierfett, Trockenklärschlamm, Biomasse, Kunststoffe, heizwertreiche Flugasche, Bearbeitungöle, Altreifen und Gummiabfälle, Faserfangstoff und bituminöse Dachpappe löst sich in den Öfen bei hoher Temperatur quasi in Luft auf.



Kultur lokal

Die Kür hinter den Kulissen

Gerade im Lokalen ist der Kulturbetrieb von Lobbyisten getrieben. Alle wollen sie in Vorberichten und Rezensionen gewürdigt werden. Sich aus diesen Zwängen zu befreien, ist die hohe Kunst der Lokalredaktion. Nichts eignet sich dazu besser als die Kür. Die Palette dieses Arbeitsfelds ist breit, von der Inszenierung bis zur Finanzierung, von der Unterhaltung bis zur Sinnstiftung, vom Heimatgefühl bis zum Theaterskandal. Besonders spannend ist es, hinter die Kulissen zu blicken und mit eigenen Initiativen zu glänzen.

Der tägliche Terror im Staatstheater Cottbus

Hinter den Kulissen des Staatstheaters in Cottbus spielen sich Dramen ab. Es geht um Beleidigungen, Mobbing, verbale Ausfälle. Zwei Journalisten machen die Zustände öffentlich – und lösen eine Götterdämmerung aus. Dem Generalmusikdirektor und dem Verwaltungsdirektor wird gekündigt. Der Intendant tritt zurück.

Im Brandenburgischen Staatstheater machen seit Längerem Gerüchte von einem herrischen Führungsstil des Generalmusikdirektors die Runde. Er beleidigt und demütigt die Sänger und Musiker des Orchesters. Ein Mitarbeiter, der über Facebook öffentlich Kritik an seinem Chef äußert, wird geschasst. Daraufhin kocht der Topf über. Sänger klagen in einem Brief an die Intendanz und den Stiftungsrat über cholerische Ausbrüche und Hasstiraden ihres Chefs. Durch eine Indiskretion gelangt der Brief zu Thomas Klatt. Der Kulturredakteur der Märkischen Oderzeitung (MOZ) macht den Skandal öffentlich. Seine Kollegin Ida Kretzschmar von der Lausitzer Rundschau (LR) macht sich an die Recherche.

Es folgt eine wochenlange Krisenberichterstattung. Kretzschmar schreibt rund 30 Beiträge, die in der LR und der MOZ erscheinen. Sie bringt den Generalmusikdirektor dazu, Stellung zu beziehen. In einem Interview gibt er Übergriffe zu und entschuldigt sich. Sie spricht mit Betroffenen, deckt weitere Fakten auf und befragt die zuständige Ministerin. Klatt ergänzt ihre Arbeit mit eigenen Beiträgen und Kommentaren.

Die Öffentlichkeit soll gut und gründlich informiert werden. Schließlich handelt es sich nicht um ein Privatunternehmen, sondern um ein mit Steuergeldern finanziertes Haus, das unter dem Dach der Brandenburgischen Kulturstiftung arbeitet.

Wie sich herausstellt, wussten der Intendant und der geschäftsführende Direktor des Staatstheaters von den skandalösen Zuständen und haben nichts dagegen unternommen. In der Folge trennt sich das Haus vom Generalmusikdirektor, ebenso vom geschäftsführenden Direktor. Der Intendant reicht seinen Rücktritt ein.

Seitdem hat sich die Atmosphäre stark verbessert. Im Haus wird offen über Probleme gesprochen, die Musiker atmen freier und spielen besser. Die Angst, die dort jahrelang herrschte, ist weg.

An der Diskussion über „ihr“ Theater beteiligt sich in starkem Maße auch die Leserschaft. Dabei geht die angestoßene Debatte weit über den konkreten Fall hinaus. In der Folge geht es um Fairness in allen Lebensbereichen, um den Umgang mit Mitarbeitern in Unternehmen und um die Frage, welche menschlichen und fachlichen Qualitäten eine Führungskraft haben sollte.

Märkische Oderzeitung

LAUSITZER RUNDSCHAU
TÄGLICH. LESEN. INFORMIERT.

Kontakt: Thomas Klatt,
Redakteur Kultur/Unterhaltung,
T +49 335 / 553 059-9,
tklatt@moz.de

Medium: Märkische Oderzeitung

Auflage: ca. 65.000

Verbreitungsgebiet:

Ostbrandenburg, Randberlin

Anzahl Lokalteile: 13

Redaktionsgröße:

ca. 100 Redakteure

Medium: Lausitzer Rundschau

Auflage: ca. 66.000

Verbreitungsgebiet:

Südbrandenburg, Nordsachsen

Anzahl Lokalteile: 13

Redaktionsgröße: ca. 60 Redakteure

Die Märkische Oderzeitung in Frankfurt und die in Cottbus erscheinende Lausitzer Rundschau kooperierten damals bereits bei ausgewählten Themen miteinander. Heute sind beide Zeitungen Töchter der Südwest Presse Ulm.

Tipp:

*„Bleiben Sie furchtlos.
Auch wenn das Ministerium anruft.“*

„Der tägliche Terror“

Solisten des brandenburgischen Staatstheaters kritisieren in einem Brief den Führungsstil ihres Generalmusikdirektors

VON THOMAS KLATT

Cottbus. Es hatte alles hoffnungsvoll begonnen. Ein junger, international erfahrener Dirigent übernimmt im Jahr 2008 die Stelle des Generalmusikdirektors am Staatstheater Cottbus. Er bringt frischen Wind in das Haus, hat Ideen, wagt besondere Inszenierungen und philharmonische Konzerte, die in der Presse gelobt werden. Das Konzept „Acht Uraufführungen in acht Konzerten“, in dem junge Komponisten mit neuen Stücken an dem Haus eine Chance erhalten, hat bundesweit Aufmerksamkeit gefunden. Beim Cottbuser Publikum ist der dynamische Generalmusikdirektor beliebt. Denn er ist auf der Bühne charmant, freundlich und immer zu einem Scherz bereit.

Doch das soll nur eine Seite von Evan Alexis Christ sein. Eine angeblich ganz andere Seite ist in den letzten Tagen publik geworden. In einem Brief an die Intendanz des Staatstheaters haben die Cottbuser Solisten der Sparte Oper ihren Generalmusikdirektor heftig kritisiert. Die Sängerinnen und Sänger zeigen sich in dem Brief nicht einverstanden mit den Führungsmethoden ihres Chefs, die sie als beleidigend, auch demütigend empfinden.

In dem zehneinigen Papier, das dieser Zeitung vorliegt, werden Beispiele aus der täglichen Arbeit aufgelistet. Darin ist von cholertischen Ausbrüchen die Rede, von Beschimpfungen der Musiker und Solisten sowie anderer Mitarbeiter. Christ wird unter anderem mit dem Satz gegenüber einem Sänger zitiert: „Ich werde dich durch die nächste Vorstellung peitschen und dann wirst du schon sehen.“ Geschehen sei das unmittelbar nach der Aufführung einer Oper im Großen Haus. Ein anderer Sänger soll während einer „zehnmittlängigen Hasstrade“ des Dirigenten ihm als die „begabteste, auf alle Fälle faulste Sau des Theaters“ beschimpft worden sein.

In einer späteren Aussprache in ähnlicher Angelegenheit habe Christ einen Stuhl in die Höhe gehoben und mit voller Wucht auf den Boden geworfen. Zwei Künstler hätten daraufhin pan-



Schöne Hülle für unschönen Streit: das im Jugendstil gebaute Staatstheater Cottbus, hinter dessen Mauern ein Konflikt zwischen Ensemble und Generalmusikdirektor zu eskalieren scheint. Foto: dpa/Patrick Fleul

nisch den Raum verlassen. Gegenüber einem musikalischen Leiter sei Christ mit dem Satz ausfällig geworden, er sei ein „faules arrogantes Schwein“, er werde ihn „plattmachen“.

Den Brief ausgelöst hatte die Kündigung des Studienleiters Frank Bernard seitens der Brandenburgischen Kulturstiftung, unter deren Dach das Staatstheater arbeitet. Bernard hatte Mitte März erstmals über Facebook öffentlich Kritik an seinem Chef geäußert. Dabei hatte er unter anderem von „den Grenzen des täglich zumutbaren Terrors“ geschrieben, zugleich aber einen kollegialen Ton angeschlagen. So hat er Christ Gespräche und Hilfe an „Wenn du Mut hast, dann stell dich mir. Wenn du Empathie hast, zeig sie uns ... wenn du Frust hast, rede mit uns.“ Bernards Kündigung hat



Solisten fühlen sich von ihm gedemütigt: der Cottbuser Chefdirigent Evan Christ. Foto: dpa/Patrick Fleul

die Sparte der Solisten jetzt zum Widerstand angelegt. Sie schreiben: „Unabhängig von der rechtlichen Situation sehen wir als Opernensemble diesen Text als das, was er ist: ein Hilfeschrei

des Studienleiters Frank Bernard bezüglich des seit Jahren praktizierten Umgangs des GMD Evan Alexis Christ mit den Mitarbeitern dieses Theaters.“

Im weiteren Teil des Briefes bitten die Solisten die Mitglieder des Stiftungsvorstandes darum, dass „sie gemäß ihrer Fürsorgepflicht gegenüber uns Mitarbeitern ... erkennbare Schritte unternehmen, welche endlich eine lebenswerte Arbeitsatmosphäre schafft.“

In mehreren Aussprachen wurde Intendant Martin Schüller auf diese und ähnliche Vorfälle hingewiesen. Seine Bemerkungen, mäßigend auf den Generalmusikdirektor einzuwirken, seien jedoch erfolglos geblieben. Zu den Vorwürfen gegen Christ äußern sich Martin Schüller und Martin Roeder, Geschäftsführender Direktor des

Staatstheaters und Vorstandsvorsitzender der Stiftung. Beide klären ein, „dass die geschilderten Vorgänge in der Vergangenheit bereits mehrheitlich in den ... zuständigen Gremien ... persönlich produktiv und lösungsorientiert behandelt wurden“. In anderen Passagen verteidigen sie den Generalmusikdirektor: Es sei außerordentlich bedauerlich, dass Solisten der Sparte Oper die Verbesserung der Zusammenarbeit durch einen Rückblick auf vergangene Konflikte belasten würden. Aggressive, persönlich beleidigende Äußerungen jedweder Art seien jedoch in keiner Weise akzeptabel.

Evan Alexis Christ sagte zu dieser Zeitung kurz angebunden: „Der Brief ist nicht an mich gerichtet. Ich kenne ihn nicht. Wir klären das intern.“

20 Ausfälle gegenüber den Gesangsolisten listet das Schreiben auf. Es handele sich nur um einen Teil dessen, was passiert sei, heißt es von den Verfassern weiter. Die Liste sei nicht vollständig und müheles mit ähnlichen Vorfällen zwischen Christ und den Ankleiderinnen, dem Opernchor und dem Orchester fortzuführen. Am Schluss des Briefes nehmen dessen Autoren ihren Studienleiter in Schutz: „Diejenigen Mitarbeiter jedoch fristlos zu entlassen, welche sich mit dem Mut der Verzeiwung aus der Deckung wagen, um die unerträglichen Zustände zu beenden, ist aus unserer Sicht der falsche Weg.“

Die Stellungnahme zu den Vorfällen seitens der Ministerin Martina Münch, die auch im Stiftungsrat sitzt, ist knapp formuliert: „Wir gehen davon aus, dass die dort erhobenen Vorwürfe gegen Evan Alexis Christ vor Ort mit allen Beteiligten geklärt werden. Der Vorgang wird auch Thema in der nächsten Stiftungsratsitzung sein.“

Der Brief ging auch an die Mitglieder des Stiftungsrates, darunter die Oberbürgermeister der Städte Frankfurt (Oder) und Cottbus, Holger Kelch (CDU) sowie Martin Wilke (parteilos). In der Brandenburgischen Kulturstiftung sind das Staatstheater und das Landesmuseum für moderne Kunst in Cottbus und Frankfurt vereinigt.

KOMMENTAR

Theater im Theater - jetzt reicht's

Seit Wochen gibt es kreischende Missstöne aus dem Musiktheater. Inzwischen ist der Krach am Cottbuser Staatstheater so eskaliert, dass viele sogar um die heutige Opernpremiere zittern. Macbeth steht auf dem Spielplan, Verdis düsterste Oper überhaupt. In der ihr zugrunde liegenden Tragödie beschreibt William Shakespeare den Aufstieg des königlichen Heerführers Macbeth zum König von Schottland, seinen Wandel zum Tyrannen und seinen Fall. Es scheint wie ein düsteres Omen. Denn in den Wochen vor der Premiere wurde die Luft im Theater immer stickiger. Zuerst hatten die Opernsolisten dem Generalmusikdirektor Evan Alexis Christ Beleidigungen und Drohungen vorgeworfen. Dann bestätigten mehr als 70 Orchestermitglieder nicht nur eine für sie „unerträgliche Arbeitsatmosphäre“. Sie baten auch um den Rücktritt ihres Orchesterleiters. Mehr noch: Sie wollen schon heute Abend nicht mehr mit ihm spielen. Das ist deutlich genug. Nun müssen unbedingt auch Theaterleitung und Kulturstiftung deutlich werden. Die Geduld ist am Ende. So ein Theater im Theater ist auf Dauer nicht nur unerträglich für die Künstler, sondern auch für die Zuschauer. ida.kretzschmar@lr-online.de



Verdis Oper „Macbeth“ hat heute im Großen Haus des Staatstheaters Cottbus Premiere. Im letzten Moment wurde der Dirigent dafür ausgetauscht. FOTO: M. MÜLLER

Christ wird heute nicht dirigieren

Theaterstreit eskaliert: Musiker fordern zur Premiere von „Macbeth“ anderen Orchesterleiter.

VON IDA KRETZSCHMAR

COTTBUS Der Theaterdonner in Cottbus wird immer lauter: Wie die Musiker des Philharmonischen Orchesters der RUNDSCHAU berichteten, forderten sie gestern, dass der Generalmusikdirektor Evan Alexis Christ das Dirigat zur heutigen Opernpremiere „Macbeth“ abgeben sollte. Tags zuvor hatten sie um den Rücktritt ihres Orchesterleiters ge-

beten. Darauf hatten sie keine Antwort erhalten.

Die Theaterleitung teilte daraufhin der RUNDSCHAU mit: „Die Premiere von Macbeth wird heute Abend in der Einstudierung von Evan Alexis Christ im Großen Haus des Staatstheaters Cottbus stattfinden. Der erste Kapellmeister des Staatstheaters, Alexander Merzlyn, wird das Premierendirigat übernehmen. Mit dieser Entscheidung will

die Theaterleitung einer weiteren Eskalation des Konflikts zwischen dem Orchester und dem Generalmusikdirektor entgegenwirken.“

Der Streit im Theater ist vor zwei Wochen nach der Kündigung eines Musikers öffentlich geworden, der den Führungsstil von Evan Alexis Christ massiv auf Facebook kritisiert hatte. Der Kritik schlossen sich Opernsolisten und mehr als 70 Orchestermitglieder in Briefen an

die Theaterleitung und die Kulturstiftung an. Schon vor einem Jahr hatte sich das Orchester mit großer Mehrheit gegen eine weitere Zusammenarbeit mit Christ ausgesprochen. Dennoch war dessen Vertrag bis 2024 verlängert worden. Am Montag soll es am Staatstheater eine Zusammenkunft mit Kulturministerin Martina Münch (SPD) und dem Cottbuser Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) geben.

Volontäre spüren dem Frankenfeeling nach

Sie testen Exit Rooms, Burgerbrater, Mensaessen. Sie geben Tipps für Partys, Festivals, Brauchtum. Und sie erzählen, was sie im „alltäglichen Wahnsinn“ ihrer Ausbildung erleben. In ihrem Blog „Frankenfeeling“ wollen die Volontäre der Mediengruppe Oberfranken das fränkische Lebensgefühl transportieren.

Die Volontäre wollen beschreiben, was Nutzer in Franken erleben können und wie die Franken ticken. Genuss, Tradition und Lifestyle sind die Themen. Und sie erzählen, wie das Leben einer Volontärin, eines Volontärs aussieht, geben Einblicke in ihre Ausbildung. Die Zielgruppe sind junge Menschen in Franken im Alter zwischen Anfang 20 und Mitte 30.

Der Blog ist aufgeteilt in drei Kategorien. Ausprobiert: Hier probieren die Volos verschiedene Dinge aus, etwa, was man mit 10 Euro in fränkischen Städten unternehmen kann.

Ausgeplaudert: Die Volontäre sprechen mit Menschen, stellen fränkische Bräuche und berühmte Franken vor oder geben Einblicke in die fränkische Sprache.

Ausgebildet: Hier verraten sie Dinge aus ihrem beruflichen Alltag, berichten von Volontärstagen und Kursen, erzählen über Eigenarten der Kollegen oder über die Pressefreiheit.

Diese unterhaltsame Spielwiese hat System. Die Volontäre sollen nicht nur recherchieren und schreiben lernen und bestenfalls zu ihren Texten noch Fotos liefern, vielmehr will

die Mediengruppe sie für die digitale Zukunft rüsten. Sie sollen Projekte oder neue Produkte im Ganzen denken: von der Entwicklung über die technische und gestalterische Umsetzung bis hin zur inhaltlichen und journalistischen Ausgestaltung.

Im März 2018 wird die Idee entwickelt, ein Business- und Zeitplan erstellt und der Chefredaktion präsentiert. Die Volos erarbeiten die technische und optische Gestaltung, sammeln Themen und setzen erste Geschichten um. Am 15. September 2018 geht „Frankenfeeling“ an den Start.

Bis dahin werden die Volontärinnen und Volontäre einen Tag pro Woche für das Projekt freigestellt, seit Oktober haben sie zwei Tage pro Monat für die Umsetzung von Themen auf dem Blog zur Verfügung.

Bis Jahresende zählt der Blog mehr als 3.000 Nutzer und etwa 13.500 Seitenaufrufe. Auch das ein Lerneffekt: Selbst gute Inhalte bedeuten nicht automatisch, dass der Blog ein Erfolg wird. Man muss stets auf ihn und einzelne Beiträge aufmerksam machen. So denken die Volos nun über Marketingmaßnahmen nach. Sie wollen mehr Themenschwerpunkte setzen. Und sie wollen einen Podcast entwickeln.

mg^o mediengruppe
oberfranken



Kontakt: Corinna Iglar, Leitende Redakteurin mit Schwerpunkt Aus- und Weiterbildung, T +49 176 / 151 886-17, c.igler@infranken.de

Medium: frankenfeeling.de – der Volontärsblog der Mediengruppe Oberfranken GmbH & Co. KG

Auflage: 200.000 mit den Tageszeitungen, auf frankenfeeling.de gut 3.000 Nutzer

Verbreitungsgebiet: Franken
Anzahl Lokalteile: 10

Redaktionsgröße: ca. 100 Redaktionsmitglieder, davon 14 Volontäre

Das sind die Macher: Anna-Lena Deuerling, Stefanie Gleixner, Teresa Hirschberg, Pia Ilchmann, Felix Mock, Dunja Neupert, Jannik Reutlinger, Franziska Rieger, Jutta Rudel, Theresa Schiffel, Johannes Schlereth, Niklas Schmitt, Sarah Stieranka, Jann Weckel, Christoph Wiedemann, **neu ab Januar 2019:** Lea Schreiber, Mirjam Stumpf, Rebecca Vogt.

Volobetreuerin: Corinna Iglar.

Unterstützend mitgewirkt haben die Digitalagentur Netzheimat und die Werbeagentur Hoch4.

Tipp:

„Bei einem solchen Projekt stehen Planung und Koordination im Mittelpunkt. Es sollte viel Zeit für Ideensammlung und Diskussion eingeräumt werden, da sich kreative Ideen nicht an einen festen Terminplan halten.“



WAS IST FRANKENFEELING?

Frankenfeeling! Das steht für fränkisches Lebensgefühl: Genuss, Tradition und Lifestyle.

Wir testen für euch, was man alles in Franken erleben kann. Wo kann ich leckere Foodtrends probieren? Welche ausgefallenen Freizeitangebote gibt es und was muss ich wissen, um mich in Franken zurecht zu finden? Das alles und noch viel mehr findet ihr bei uns.



Exit Room in Franken – Diese Games haben wir getestet

Von Christoph | 18. Juni 2019 | Ausprobiert

- Diese Exit Rooms in Franken haben wir getestet - Hier haben wir euch mal eine Übersicht zusammengestellt, welche Exit Rooms wir schon ausprobiert haben. Marktzeuln, Erlangen, Bamberg und

[Weiterlesen >](#)



Gefangen im Unterbewusstsein eines Gangsters: Der Escape-Room „Dream Extraction“ im Test

Von Doris | 20. Mai 2019 | Ausprobiert

- Entfliehe der Traumwelt im "The Game Escape Room" - Die Zeit läuft. Eine Stunde. 60 Minuten. 360 Sekunden. Knapp bemessen, um dem Unterbewusstsein eines skrupellosen Gangsters zu entkommen. Denn

[Weiterlesen >](#)



Nürnberg: Der Harry-Potter-Exitroom im Test

Von Julia | 5. Mai 2019 | Ausprobiert

- The Game Escape Room: Harry - Eine Zauberer-Flucht in Nürnberg - „Bist du ein Gryffindor, Ravenclaw, Huffelpuff oder Slytherin?“, mit dieser Frage startet Spielleiterin Jenny das Escape-Game „Harry - Eine Zauberer-Flucht“.

[Weiterlesen >](#)



Zu Besuch in der Nürnberger Käskoung Stub'n

Von Teresa | 21. Januar 2019 | Ausprobiert

- Mit Tom im Käsekuchen-Paradies - Käse muss es sein. Nicht Zwetschgen, nicht Streusel und auch keine Donauwelle. Käse. Was wohl passieren würde, wenn man hier ganz dreist einen

[Weiterlesen >](#)



Gegen Lebensmittelverschwendung – Die App Too Good To Go

Von Christoph | 25. März 2019 | Ausgeplaudert

- Too Good To Go in Franken - Was geschieht eigentlich mit dem Essen, dass in Restaurants, Hotels, Fast-Food-Ketten oder in Lebensmittelgeschäften nicht verkauft wird? Ein Großteil wird weggeschmissen.

[Weiterlesen >](#)



Festival in Franken: Wann und wo ein Festival in deiner Nähe ist

Von Christoph | 15. April 2019 | Ausgeplaudert

- Festivals 2019 in Franken - Zelten, Dosenbier, Matsch und gute Musik - das gibt es nur auf Festivals. Und Franken hat 2019 davon einige zu bieten. Wo und

[Weiterlesen >](#)



Escape Time: Der erste Exit Room in Erlangen



Minigolf in der Schwarzlichtfabrik Nürnberg

Von Janina | 7. Januar 2019 | Ausprobiert

- Golfen mit 3D-Brille: Ein Spektakel für die Augen -

Aus Weihnachtsliedern werden überraschende Geschichten

Sie sind schnell gefunden: 20 klassische Lieder, Geschichten und Mythen zu Weihnachten. Aber wie wird daraus eine spannende Weihnachtsserie? Die Redaktion des Mindener Tageblatts setzt die Texte in Bezug zur heutigen Realität. Die Ergebnisse sind überraschend, ebenso der Serientitel: „Wahrnachten“.

Seit Jahren pflegt das Mindener Tageblatt eine Weihnachtsserie, die in den Tagen vor dem Fest erscheint. Dazu wird die Schwarmintelligenz der Redaktion genutzt. Gedanken und Ideen werden gesammelt und durchgeschüttelt. Fest steht: Man will die Standards auf den Kopf stellen. Die Redaktion erstellt eine Liste von Weihnachtsliedern und -gedichten und will sie einem Realitätscheck unterziehen. Die Frage lautet: Welche umgedrehten, abseitigen Themen kann man an den klassischen Texten festmachen?

Alle Vorschläge werden auf Umsetzbarkeit, Relevanz, Akzeptanz geprüft. So wird die Idee verworfen, zu „Last Christmas“ eine Geschichte über einen Hospizpatienten zu machen, aber zu „Am Weihnachtsbaume die Lichter brennen“ wird über Weihnachtseinsätze der Feuerwehr berichtet.

Die Sammlung ist bunt und ungewöhnlich: Zu „Macht hoch die Tür“ erzählt ein junger Mann, wie und warum er Weihnachten im Gefängnis verbracht hat und warum er das nie wieder erleben will. Zu „Stille Nacht, heilige Nacht“ werden Polizei und Ordnungsamt befragt, wie ruhig sie die Feiertage erleben. Zu „Ich lag

und schlief, da träumte mir“ erzählt ein starker Schnarcher, wie ihm eine Sauerstoffmaske tiefen Schlaf zurückgebracht hat. Zu „Fröhliche Weihnacht überall“ berichtet eine Obdachlose, wie traurig die Festtage für sie sind. Und den Song „Santa Claus Is Coming to Town“ nutzt die Redaktion zu einer Spurensuche: Seit Jahren fährt vor den Feiertagen ein kostümierter Weihnachtsmann auf dem Motorrad durch Minden. Nun wird er aufgespürt und nach seinen Motiven gefragt.

Die passenden Protagonisten werden gemeinsam gesucht. Wer kennt jemanden, der zu dem Weihnachtslied eine Geschichte erzählen kann? Die Planung ist sechs Wochen vor Erscheinen abgeschlossen. Themen werden den Gemeinden zugeordnet, datiert und verteilt. Zu jeder Geschichte erscheint ein Infokasten.

Die größte Resonanz gibt es auf „Fröhliche Weihnacht überall“, das Porträt der Bettlerin, die nicht zu ihrer Familie kann. Viele Leserinnen und Leser wollen helfen. Resonanz bekommt auch die Kollegin, die vegane Kekse gebacken hat, die ihr nicht schmecken – von Veganern.

Tipp:

„Menschen in den Fokus zu rücken und ihre Themen mit Weihnachtsliedern zu verknüpfen hat funktioniert, weil die Weihnachtsthemen zwar vorhanden, aber nicht penetrant adventlich, sondern grundspannend waren.“

Kontakt: Monika Jäger,
Leiterin Lokalredaktion Minden,
T +49 571 / 882 148,
monika.jaeger@mt.de

Medium: Mindener Tageblatt/mt.de

Auflage: Abo 26.000, Druck 28.000

Verbreitungsgebiet: Minden, Hille,
Petershagen, Porta Westfalica

Anzahl Lokalteile: 4

Redaktionsgröße: Vollredaktion



Längst nicht alle verbringen in Minden fröhliche Weihnachten. Mishja gehört zu denen, die auf der Straße leben und hier keine Familie haben.

MT-Fotos: Thomas Lieske

Leere Tage

MT-Serie Wahnachten – „Fröhliche Weihnacht überall“: Wenn Familien getrennt sind, kann die festliche Zeit trübe statt hell sein. Mishja wird wohl wie immer allein bleiben. Ganz anders Robin – jedenfalls wenn das Internet geht.

Von Thomas Lieske

Minden (mt). Mishja kennt das Lied. Jeder kennt das Lied. Und nahezu jeder singt es an Heiligabend oder an einem der stimmungsvollen Weihnachtstage. Mishja nicht. Sie hört von draußen zu, wenn der leise Schall von „Fröhliche Weihnacht überall“ durch die dicken Mauern einer der Mindener Kirchen dringt. Schön gesungen. Im Chor. In der festlich geschmückten Kirche. Kurz vor der Bescherung.

Die weihnachtliche Jubelstimmung – spätestens dann ist sie bei jedem angekommen. Bei Mishja nicht. Denn an Heiligabend ist sie allein. Auch an den Weihnachtsfeiertagen. An allen 365 Tagen im Jahr. Fröhliche Weihnacht überall? Nicht bei ihr. „Hier in Minden habe ich keine fröhliche Weihnacht“, spricht sie in gebrochenem Deutsch. Vor 13 Jahren kam sie aus Pskow nach Deutschland. Die Region südwestlich von St. Petersburg gilt als ärmste Region Russlands. Mit ihrer Familie, erzählt die 38-jährige Frau, hat sie in einer selbstgebauten Baracke gelebt – zwölf Menschen in einem großen Raum, beheizt nur mit einem uralten kleinen Ofen. „In Deutschland wollte ich ein besseres Leben haben und der Familie Geld schicken“, erzählt die Frau, die an diesem eiskalten Adventsmorgen auf einer Jacke auf dem Fußboden neben dem Dom sitzt. Sie hat sich gegen die Kirchenmauer in einer Nische gelehnt, der eisige Wind fegt um die Mauerecke. Vor ihr ein alter Kaffeebecher aus Pappe – darin liegen vielleicht zwei Euro in kleinen Münzen. „Als ich ankam, hatte ich Arbeit“, erinnert sich die russische Frau. „Ich wurde damit gelockt.“ Man habe damals guten Lohn versprochen, mehrere Bewohner aus ihrem Dorf zogen mit ihr gen Deutschland. Auch in der Hoffnung, hier ein fröhliches Weihnachtsfest in besseren Verhältnissen feiern zu können. Kurz hinter der Grenze seien sie mit einem Bulli abgeholt worden. Und damit begann für Mishja der Alptraum.

„Wir sollten Leuten Dinge an der Haustür verkaufen“, erklärt die Frau. 14 Stunden und mehr seien sie am Tag unterwegs gewesen. Was die Auftraggeber ihnen zahlten, hing davon ab, wie viel sie an der Haustür ver-

kauften. Nicht selten, erinnert sich die Russin, gab es am Abend kein Geld. Drei Monate machte sie das mit, „aber das war Abzocke. Das war nicht richtig“, erzählt sie. Sie wollte nicht mehr. Und auf einer dieser Touren – sie wurden von Ort zu Ort gefahren – kehrte sie einfach nicht mehr zum Auto zurück.

Da stand sie nun, irgendwo in Deutschland. Ohne Geld, ohne Familie, ohne ein Dach über dem Kopf. „Ich war in Minden gelandet.“ Das war vor 13 Jahren. Heute ist sie immer noch in Minden, zieht von Straßenecke zu Straßenecke,

schlägt sich mit Almosen durch den Tag. „Aber ich setze mich nicht an den Weihnachtsmarkt“, betont sie energisch. Auch wenn sie weiß, dass dort meist mehr Kleingeld im Be-

Die Familie wäre für Mishja das größte Geschenk zu Weihnachten.

cher landet. „Ich ertrage das nicht“, sagt sie. Ihr Blick ist leer, dann steigen Tränen auf. Wie gern, sagt sie, würde sie einfach mit ihrer Familie

über diesen Markt schlendern. Unbeschwert. So wie die anderen, für die es ein fröhliches Weihnachtsfest wird. Sie hat dagegen seit fast 13 Jahren nichts von ihrer Familie gehört. Dort gibt es kein Telefon. Und ob ihre Briefe ankamen, weiß sie nicht. Auch nicht, wer aus ihrer Familie noch lebt. „Und meine Familie weiß vielleicht nicht, ob ich noch lebe“, erzählt sie mit zitternden Lippen. Ein kleines Lebenszeichen – gerade jetzt zu Weihnachten – das würde ihr schon reichen. Dafür würde sie sogar wieder zurück in die ärmste Region Russlands reisen. „Dann könnte ich Weihnachten mit meiner Familie verbringen.“ Sie schluckt: „Lieber Weihnachten in Russland in einer eiskalten Baracke als hier in Deutschland.“ Auf der Straße.

Wie es ist, an Weihnachten nicht bei seiner Familie zu sein, wird Robin Hahlbrock in diesem Jahr zum ersten Mal erfahren. Mehr als 13.000 Kilometer trennen den jungen Mann von seiner Familie. Über ein Freiwilligenprogramm ist er nach Namibia gereist, um dort an einer Schule zu unterrichten. Zu der Trennung über Weihnachten hat er sich freiwillig entschieden. Die Vorfreude auf Weihnachten lässt er sich nicht nehmen. Fröhliche Weihnacht also bei ihm in Namibia. „Wir liegen hier im Süden Afrikas zwar in einer anderen Zeitzone. Aber das ist kein dramatischer Verschiedenheit. Ich werde also mit meiner Familie über Skype telefonieren und so etwas Zeit mit ihr verbringen“, erklärt er. Nein, das Gleiche wie sonst an den Weihnachtstagen sei das nicht. „Wir gehen sonst gemeinsam in die Kirche, essen danach Würstchen und Kartoffelsalat und machen dann die Bescherung. Also der ganz normale typische Heiligabend eben“, schmunzelt er. All das wird ihm in diesem Jahr fehlen. Und damit ist klar: Die richtig fröhliche Weihnacht wie sonst wird es dieses Jahr nicht. Da hilft auch kein Skype. „Es ist eben nicht das Gleiche. Wir telefonieren nur, sehen uns zwar auf dem Bildschirm per Videoübertragung. Aber eine Umarmung oder so etwas wird es eben nicht geben“, weiß Hahlbrock.

Dafür hat ihm seine Gastfamilie versprochen, das diesjährige Weihnachtsfest so fröhlich es nur geht zu gestalten. „Sie wollten alles wissen.

Die Adventsserie

■ In der Zeit bis Heiligabend nimmt die MT-Redaktion unter dem Titel „Wahnachten“ 20 Lieder, Weihnachtsgeschichten und Mythen unter die Lupe und macht dazu den Realitätscheck. Heute geht es um das Lied „Fröhliche Weihnacht überall“ und um die Frage, wie fröhlich Menschen, die von ihren Familienmitgliedern getrennt sind, das Weihnachtsfest feiern.

■ Der nächste Teil der Serie beschäftigt sich Mittwoch mit „In dulci jubilo“, einem Lied aus dem 15. Jahrhundert.

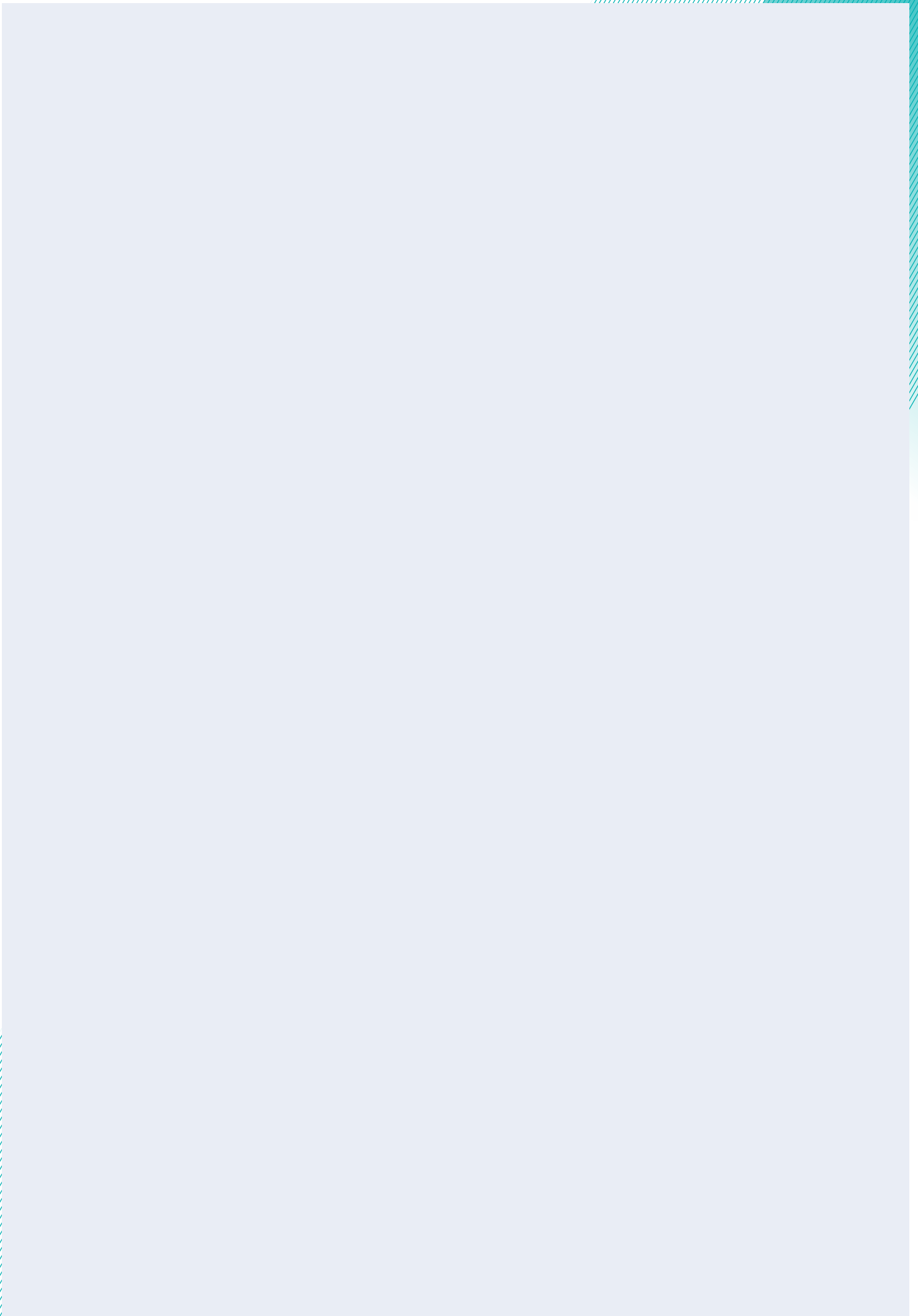
Wie wir in Deutschland Weihnachten feiern, was wir essen, welche Geschenke es gibt“, erzählt der junge Mann. „Ich war total überrascht und ein bisschen überwältigt. Das hätte ich nie eingefordert.“ Die Familie wolle nun ein Überraschungsfest an Heiligabend gestalten. Hahlbrock vermutet, dass sie ihn damit ein wenig von dem Gedanken ablenken wolle, dass er nicht bei seiner Familie sein kann. Sie will offenbar alles dafür geben, dass es für ihn ein fröhliches Weihnachtsfest wird. Zumindest mit den Mitteln, die sie hat. „Das ist ehrlich gesagt nicht viel. Wir leben hier eher in ärmeren Verhältnissen. Das kannte ich so nicht“, gibt Robin Hahlbrock zu. In Afrika zähle daher das Beisammensein in der Familie umso mehr. „Hier gibt es keine großen Geschenke. Hier wird einfach viel getanzt und gefeiert. Ich bin schon sehr gespannt.“

Fröhliche Weihnachten werden es für den jungen Mann mit Sicherheit, „nur eben anders. In einer anderen Familie, ohne großen Konmerz, mit Telefonkontakt nach Deutschland. Ich freu mich trotzdem drauf.“ Wenn denn die Internetverbindung an Heiligabend steht.

Der Autor ist erreichbar unter Telefon (05 71) 88 22 67 oder Thomas.Lieske@MT.de



Weihnachten mit der Familie findet für Robin Hahlbrock dieses Jahr per Videotelefonie über Skype statt. Er ist in Namibia.



Sport lokal

Themen am Rand der Sportplätze

Wer sich mit Eins-zu-null-Berichterstattung begnügt, verschenkt die schönsten Geschichten im Sport. Denn das am meisten lohnende Themenfeld findet sich am Rand der Sportplätze. Die Lokalredaktion schaut nicht nur auf die Spitzenleistungen, sondern auf die zahllosen Amateur- und Hobbysportler und die ehrenamtlichen Helfer. Die Lokalzeitung zeigt, wie Sport Spaß macht, wie er Menschen integriert und die Gesellschaft zusammenhält. Und sie scheut sich nicht, skandalöse Machenschaften der Funktionäre aufzudecken.

Zur Fußball WM treten Leser im Tipp-Kick-Duell an

Für die deutsche Fußballnationalmannschaft ist die WM in Russland zwar eine Blamage, dennoch sollen die Leserinnen und Leser ihren Spaß haben. Maximilian Czysz, Redakteur des Augsburger Landboten, lädt ungewöhnliche Menschen an ungewöhnlichen Orten zum Tipp-Kick-Duell. Bei den kleinen WM-Partien entwickeln sich unterhaltsame Gespräche.

Tipp-Kick ist eine Fußballsimulation, bei der zwei Personen mit je einem Torwart und einem Feldspieler gegeneinander antreten. Das Spiel, das vor fast 100 Jahren erfunden wurde, hat auf jedem Tischchen Platz. Damit sind der Partie keine Grenzen gesetzt, und es gibt eigentlich keinen Ort, an dem Fußballfans nicht spielen könnten.

Für Redakteur Czysz sind das ideale Voraussetzungen für kuriose Begegnungen. Das Motto: Die FIFA hat die Weltmeisterschaft nach Russland gebracht, wir holen Fußball im Kleinformat ins Augsburger Land. Dafür lädt er Menschen zum Tipp-Kick-Zweikampf ein, die selten in der Zeitung stehen. Sie nimmt er mit an ungewöhnliche Orte, baut das kleine Filzspielfeld auf, gibt ihnen zwei mal fünf Minuten – fertig ist das Setting für eine außergewöhnliche WM-Serie.

Auftakt ist eine Begegnung im Kirchturm direkt unter einer tonnenschweren Glocke. Der Pfarrer tritt gegen seine Pastoralassistentin an und gewinnt. Das Spiel von zwei Mitarbeitern der Wasserwacht findet mitten im Badensee auf einem Floß statt. Bedienstete der Straßenmeisterei spielen auf einem Anhänger auf einem Autobahnparkplatz. Förster

tragen das Duell mitten im Wald aus. Ein Schauspieler und sein Theaterleiter treffen auf einer Waldbühne zusammen. Rettungssanitäter kämpfen im Krankenwagen um den kleinen Ball. Sogar im Banktresor wird gespielt – dort messen sich die Vorsitzenden von Volksbank Raiffeisenbank und Sparkasse.

Die Spieler sind mit Ehrgeiz bei der Sache und haben offenbar großen Spaß. Dabei geht es aber nicht nur um Sport und um die Frage, wer Weltmeister wird. Der Reporter stellt quasi nebenher die Menschen vor, ihre Berufe, ihr Ehrenamt, ihre Hobbys. Die Gespräche werden in einer lebendigen Sprache, oft augenzwinkernd, aufbereitet.

Acht Folgen des „WM-Duells“ erscheinen im Juni und Juli 2018 im Augsburger Landboten. Zum Abschluss gibt es eine zusammenfassende Seite mit den Tipps der Teilnehmer.

Das Konzept lässt sich für viele andere Wettbewerbe und Meisterschaften heranziehen und kann ausgebaut werden. Allerdings rät der Redakteur dringend dazu, immer Ersatzbälle dabeizuhaben. Beim Spiel auf dem Badefloß ging ein Ball auf Nimmerwiedersehen in den Fluten unter.

Augsburger Allgemeine

Kontakt: Maximilian Czysz, Redakteur,
T +49 821 / 29 821-70,
maximilian.czysz@augsburger-allgemeine.de

An der Umsetzung beteiligt:
Maximilian Czysz, Fotograf Marcus Merk, Redakteur Oliver Reiser und Mitarbeiter Tobias Karrer

Medium: Augsburger Landbote

Auflage: 35.000

Verbreitungsgebiet: Landkreis Augsburg

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 8

Tipp:

„Die Kombination von lebendigem Spiel und Gespräch taut jeden auf – auch wenn er gar kein Fußballfan ist.“



Wasserpreis
Zusser müssen
mehr bezahlen
Seite 4

Augsburger Land



Fußball
Torschützenkönige treffen
für die Kartei der Not
Seite 5

SAMSTAG, 9. JUNI 2018 AUSGABE LW | NR. 130

www.augsburger-allgemeine-land.de

1



Beengt ist es im Kirchturm von St. Anna in Dinkelscherben: Dort spielten Pfarrer Martin Gall und Pastoralassistentin Bianca Wank gegeneinander.

Foto: Marcus Merk

Heiliger Bimbam: 3:0 für den Pfarrer

WM-Duell Tipp-Kick-Spiel über den Dächern von Dinkelscherben: Zum Auftakt unserer neuen Serie geht es über 60 Stufen hinauf in den Kirchturm von St. Anna

VON MAXIMILIAN CZYSZ

Landkreis Augsburg Die Fifa hat die Weltmeisterschaft nach Russland gebracht, wir holen Fußball im Kleinformat ins Augsburger Land: In den nächsten Wochen bringt die Redaktion unserer Zeitung für ein Tipp-Kick-Spiel Menschen an ungewöhnlichen Orten zusammen. Das erste Tor der Serie schießt Martin Gall. Im Kirchturm der Pfarrkirche St. Anna, hoch über den Dächern von Dinkelscherben, zirkelt der Pfarrer den zwölfeckigen Ball in den Kasten. Nicht einmal 45 Sekunden braucht er für den gezielten Schuss ins linke Kreuzeck – kein Wunder: Gall ist Fußballfan.

Vier Trikots hat der Geistliche im Schrank. Eines davon darf Bianca Wank für das WM-Duell überziehen. Sie ist Pastoralassistentin im Team der Pfarreiengemeinschaft Dinkelscherben. Für das besondere Spiel unter dem Geläut von St. Anna

hat sie sich Unterstützung mitgebracht. Töchterchen Julia erlebt, wie sich ihre Mutter respektabel aus der Affäre zieht. Die Mickhauserin hat es ja auch nicht leicht: Während der ersten Halbzeit muss sie ihren kleinen Fan immer wieder beruhigen. Julia kommt es unter der schweren Glocke aus dem 16. Jahrhundert hoch oben im Turm auf schätzungsweise fünf Quadratmetern etwas ungeheuer vor. Pfarrer Gall aus Haunschwies im Landkreis Aichach-Friedberg, der seit 2016 Leiter der Pfarreiengemeinschaft Dinkelscherben ist, hat es einfacher: Er kann sich voll auf das Spiel konzentrieren. Dafür muss er sich bei seinen Angriffen zwischen Tisch und Glocke zwingen, ja beinahe turnen, um in die gegnerische Hälfte zu kommen. Kurz vor der Halbzeitpause beweist er vor Augen der drei Zuschauer – das sind Mesner Viktor Beßle, der Fotograf und der Reporter – wieder Fingerspitzengefühl: Es

steht 2:0 für den Pfarrer. Statt in die Kabine geht es in der Halbzeit zwei Meter tiefer. Auf der fünften Plattform aus Holzbohlen sind die beiden Glockenschläge nicht so laut. Und Julia kann durch das kleine Fenster den Nachwuchs der Störche beobachten. Sie beruhigt sich wieder und lacht sogar, als Mama nach der Pause zur Aufholjagd bläst. „Jetzt gewinnen wir“, sagt Bianca Wank und bläst zum Angriff mit ihrem schwarz-gelben Kicker.

Zur Halbzeit schlägt die Kirchturmglocke zweimal

Doch Gall hält seinen Kasten sauber – so wie seiner Jugend, als er selbst zwischen den Pfosten stand. Dann der Gegenangriff. Die letzten Sekunden laufen. „Der Torwart muss auf die Linie“, sagt Gall. „Welche Linie denn“, fragt Bianca Wank in der Hektik. Gall schießt. Und trifft – 3:0 für den Pfarrer. Er lacht und freut sich über die Gaudi, die es so

noch nie auf einem Kirchturm gegeben hat. Selbst der schwarze Fleck, den sich der Pfarrer von einer geölten Antriebskette im engen Kirchturm im Eifer des Gefechts auf dem weißen Nationaltrikot eingefangen hat, ist sofort vergessen. Martin Gall freut sich über das WM-Duell und sagt: „Der Sport bringt Menschen zusammen. Das ist doch etwas Grundchristliches. Er bringt auch

Nationen wieder zueinander, wie man bei den Olympischen Spielen gesehen hat. Sport fördert außerdem die Gesundheit. Es ist gut, für den eigenen Leib zu sorgen.“

Termin Wer mehr Lust auf Sport und Kirche bekommen hat: Am Samstag, 16. Juni, findet um 19 Uhr in St. Anna ein Sportlergottesdienst statt. Er richtet sich auch an Nicht-Fußballer.

Mit Druck aufs Köpfcen

Ob im Kirchturm, im Wasser, im Wald oder vielleicht tief unter der Erde: An ungewöhnlichen Orten lädt die Redaktion Fans zu einem WM-Duell ein. Bei dem Spiel handelt es sich um eine Mischung aus Billard, Tischtennis und Blitz-Schach.

● **So geht's** Jeweils ein Torwart und ein Feldspieler bilden eine Mannschaft. Der Tipp-Kick-Ball hat zwei

Farben: Am Zug ist derjenige Spieler, dessen Farbe von oben am meisten zu sehen ist. Der Ball wird durch Druck auf das Kicker-Köpfcen bewegt. Der Torwart kann den Ball abwehren. Der Kicker darf auch zur Verteidigung aufgestellt werden – Mindestabstand sind zwei Spielerlängen. ● **Die Spielzeit** Sie beträgt zweimal fünf Minuten. (mz)

Ein kleiner Sportverein zeigt, wie Integration funktioniert

In der Sportvereinigung 05 Nürtingen spielen viele Flüchtlinge. Die Mannschaft gilt als Underdog – und hat plötzlich Erfolg. Ein genauer Blick auf den Verein zeigt: Die Geschichte geht weit über den Sport hinaus. Sie zeigt, wie Sportvereine zur Befriedung unserer Gesellschaft beitragen können.

Der Stadtteil, aus dem der Sportverein kommt, ist seit Jahrzehnten ein Schmelztiegel für Menschen unterschiedlichster Herkunft. Bei den Bundestagswahlen erreicht die AfD 35 Prozent. Ausgerechnet hier sorgt eine Mannschaft, die zahlreiche Flüchtlinge aufgenommen hat, sportlich für Aufsehen. Die SPV 05, in der Saison zuvor beinahe abgestiegen, ist im Herbst 2018 Tabellenführer der Kreisliga A.

Alexander Schmid, Sportredakteur der Nürtinger Zeitung/Wendlinger Zeitung, besucht das Training und findet Spieler, deren familiäre Wurzeln über den halben Erdball verteilt liegen. Er findet einen Trainer, der in den 1980ern sein Heimatland Benin verließ und sich in der Kleinstadt nahe Stuttgart ein neues Leben aufbaute. Er findet einen Vereinsvorsitzenden, der nach dem Krieg selbst Flüchtling war und als Sudetendeutscher nach Süddeutschland kam.

Vor allem findet der Reporter ein Klima, das von Toleranz, Anstand und Respekt geprägt ist – und von Disziplin. Vielleicht liegt es an dieser Mischung, dass sich so viele Flüchtlinge bei der Sportvereinigung Nürtingen heimisch fühlen.

Schmidts Reportage „Aufbruch auf dem roten Hügel“ liefert Stadtgeschichte, Milieuschilderung und Vereinsporträt in einem. Der Autor erzählt, wie sich die sogenannte Flüchtlingskrise gewinnbringend für alle gestalten lässt und welchen Beitrag Sportvereine dazu leisten können.

Der Autor besucht den Verein zweimal und recherchiert den Hintergrund. Für die Gespräche mit den Flüchtlingen braucht er Zeit und Rücksicht. Aber alle im Verein sind hilfsbereit und auskunftsfreudig.

Die Geschichte hat Folgen. Sportlich hat der Verein den Aufstieg geschafft. Der Zulauf an Flüchtlingen in die Mannschaft reißt nicht ab. Durch die Geschichte, die auch von überregionalen Medien aufgegriffen wird, hat der Verein in der Region einen Popularitätsschub erfahren. Der Trainer wurde als Politikneuling in den Nürtinger Stadtrat gewählt. Mittlerweile zeigt auch das Staatsministerium in Stuttgart Interesse an der Geschichte der SPV 05 Nürtingen.

Auch der Zuspruch der Leserinnen und Leser ist enorm. Er zeigt der Redaktion, dass auch im Lokalsport Geschichten schlummern, die einen Beitrag zu gesellschaftspolitisch relevanten Themen leisten können.

Tipp:

„Die Berührungspunkte von Sport und gesellschaftspolitischen Themen sind auch auf lokaler Ebene vielfältig.“

Kontakt: Alexander Schmid,
Sportredakteur,
T +49 7022 / 946 412-4,
a.schmid@ntz.de

Medium: Nürtinger Zeitung/
Wendlinger Zeitung

Auflage: 20.000

Verbreitungsgebiet: Landkreis
Esslingen

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 10



Aufbruch auf dem roten Hügel

Der Erfolg der SPV 05 Nürtingen liefert eine Geschichte, wie sich die sogenannte Flüchtlingskrise gewinnbringend für alle gestalten lässt

VON ALEXANDER SCHMID

Manche Vereine leben vom Geld, andere von ihrer Weltfremdheit. Manche Vereine versprühen Glanz, andere bestechen durch ihren Charme. Manche Vereine können überall zuhause sein, andere sind untrennbar mit ihrem Ort und ihrer Geschichte verbunden.

„Kurz, kurz, kurz! Los, spiel ab! Bewegung, Bewegung, Bewegung“, raut es unter dem flachen „Schild“ seiner schwarz-roten Baseball-Kappe in den Nürtinger Nachthimmel hinein. Wenn Ignace Didavi auf dem Trainingsplatz brüllt, dann heißt das für seine gut 30 Fußballer, die sich an diesem Donnerstagsabend zur wöchentlichen Übungseinheit auf dem Waldheim im Nürtinger Stadtteil Roßdorf versammelt haben: Schluss mit lustig, jetzt wird gespurt.

An das Bild des streng kommandierenden Trainers der SPV 05 Nürtingen muss man sich als Außenstehender erst noch gewöhnen. Vor allem nach diesem „Aufbruch“, marschiert, dann braucht er für zehn Meter gefüllte zehn Minuten. Links ein freundlicher Händedruck, rechts ein kurzer Small Talk, hier ein kurzes Schäkern, dort ein freundlicher Klaps auf den Rücken. Ein Mann, voll und ganz in seinem Meßer.

Eigentlich kann man sich der Herzlichkeit und dem ansteckenden Lachen des betont lässigen Trainers kaum entziehen. Aber Ignace Didavi ist weit mehr als nur der Kumpeltyp unter den Fußballtrainern der Region. Er ist ein Mann der Disziplin und des gegenseitigen Respekts. Vor allem aber ist er eines: die große Identifikationsfigur in einer Mannschaft, die derzeit auf außergewöhnliche Art sportlich für Furore sorgt.

Erstmals seit der Spielklassenreform im Jahr 1978 hat die Sportvereinigung 05 Nürtingen im vergangenen Sommer den Klassenverbleib in der Fußball-Kreisliga A geschafft. Nach elf Spieltagen und neun Siegen befindet sich die Truppe aus dem Roßdorf in dieser Spielzeit aktuell auf Platz eins und klopft schon mal leise an die Tür zur nächsthöheren Klasse, der Bezirksliga an. Die SPV in der Belegschaft der regionalen Kickerszene? Das gab's noch nie. Und noch vor einem Jahr hätte dieser Gedanke auch geradezu absurd geklungen. Schließlich saßen die sogenannten Waldheim-Buben im Winter der zurückliegenden Saison wieder einmal gewaltig in der Patsche, standen als Abstiegskandidat Nummer eins in die unterste Liga im Grunde genommen bereits fest. Doch dann nahm die Geschichte des ewigen Underdogs einen unerwarteten Verlauf.

Zurück im Training. Zurück zur Ursachenforschung.

Wer in der herbstlichen Nachmittags-sonne über die leicht angestaubte Sportanlage im Schatten der rosagebl-blassgrün schimmernden Hochhausbauten des Roßdorfs streift, er fühlt sich schnell zurückversetzt in die Zeiten, als auf dem Höhenrücken am Beginn des

Neuffener Tals die große Aufbruchstimmung herrschte. In den 1960er- und 70er-Jahren galt das Roßdorf als Nürtingens großer Vorzeigestadtteil, entstanden als Musterbauvorhaben für modernen Städtebau am Reißbrett. Die SPVler machten sich damals daran, ihren Fußballplatz der neuen Umgebung anzupassen. Mithilfe von Spendenaufreufen und unzähligen Stunden ehrenamtlicher Arbeit errichteten sie ihre Sportanlage, so wie man sie heute kennt. Viel Zeit ist seitdem vergangen. Heute blättert der rote Lack von alten Stadionsprecherhäuschen, Grashalme drücken durch den schwarzen Teer der angrenzenden Laufstrecke, an den rostigen Geländern rund um den Hauptplatz hängen sprühliche acht Werbebanden, von Wind und Wetter verblasst, ihr einstiger Lockruf bei manchem kaum mehr zu erkennen. Jahrzehnte klammer Kassen haben hier ihre Spuren hinterlassen.



„Wer zu uns kommt, muss sich ordentlich benehmen“
Ignace Didavi

Wenn aber das Fluchtlicht angeht und das Training beginnt, dann fühlt man sich regelrecht in die Gegenwart kaputtuliert. Hineinbefördert in die Zeit der sogenannten Krise und zu einer guten Geschichte darüber, wie sich die 2015 begonnene Zuwanderung von Menschen, die hierzulande eine echte Lebensperspektive suchen, gewinnbringend für alle gestalten lässt.

In der Kabine im Keller der Sportgaststätte Waldheim sitzen Omar Fatty, Yusupha Bojang, Sanna Jatta, Bruno Kenfack, Nazifou Mamanzougou, Jackson Kwadio Mensah, Amadou Minteh und Muhammad Gaye. Für ein Gruppenbild ziehen sie sich ihre Trikots über. Schüchterne Jungs sitzen da. Geflüchtete aus Togo, Gambia und Kame-



„Elf Freunde müsst ihr sein“, sagt der Fußball-Romantiker. Schwärmer, die an die völkerverbindende Kraft des Sports glauben, dürften sich in der Kabine der SPV bestätigt fühlen. Fotos: Ralf Faust

run. Sie tragen das SPV-Wappen auf ihrer Brust und – folgt man ihrem Trainer – das Herz am richtigen Fleck. „Die Leute sind hier sehr nett zu uns. Wir sind hier wie eine Familie. Wenn jemand ein Problem hat, finden wir gemeinsam eine Lösung“, erzählt Bruno Kenfack stellvertretend für seine schwarzafrikanischen Kameraden, die die auf Deutsch gestellten Fragen des Reporters zwar verstehen, sich aber noch nicht trauen, in der Sprache ihres Schneesuchtslandes zu antworten.

Kenfack ist einer von insgesamt zwölf Geflüchteten, die seit gut einem Dreivierteljahr auf dem Waldheim aus und ein gehen. Nicht nur als Spieler. Auch als Linienrichter oder Jugendtrainer fühlen sie sich hier geschätzt und gebraucht. Die wenigsten unter ihnen kommen direkt aus dem Roßdorf. Ihr Einzugsbereich ist wesentlich größer. Sie wohnen in Wendlingen, Esslingen oder Frickenhausen. Überall dort hat sich inzwischen herumgesprochen, dass es sich lohnt, dreimal in der Woche den nun Nürtinger Stadtteil auf sich zu nehmen und unter Ignace Didavi zu spielen und zu trainieren. „Ignace weiß, wie sie fühlen und denken und wie er sie anpacken muss. Die Jungs haben Respekt vor ihm und blicken zu ihm auf“, sagt der Sportliche Leiter Caner Eker über seinen Trainer, der in den 1980ern sein westafrikanisches Heimatland Benin verließ, in der damaligen DDR, in Chemnitz, Elektrotechnik studierte und sich dann ein Leben im Roßdorf aufbaute.

„Er hat hier bei mir angefangen und sich integriert. Das gibt er jetzt weiter“, weiß Heinz Weyrich, der nicht nur Didavi von Beginn seiner Nürtinger Zeit an kennt, als der damals noch junge Familienvater mit seinem Sohn Daniel an der Hand auf das Sportgelände der Nullfünfer kam und fragte, ob der Bub hier mitspielen könne – Weyrich kennt auch die

unverwechselbare DNA dieses Clubs wie kaum ein anderer.

Seit 1969 lebt der langjährige Jugendleiter und Ehrenamtspreisträger des Deutschen Fußballbundes im Roßdorf. Ein Mann der ersten Stunde also in seinem Stadtteil, der bei den letzten Bundestagswahlen einen gewaltigen Rechtsruck erlebte, als knapp 35 Prozent der AfD mit ihren ausländerfeindlichen Programmpunkten ihre Stimme gaben. Zahlen, die Heinz Weyrich gewaltig stören und die so gar nicht zu seinem Verein passen, der von jeher für eine Willkommenskultur stand und Schmelztiegel für Menschen unterschiedlichster Herkunft war. „Früher waren wir ein Vorzeigestadtteil. Jetzt lässt man uns so richtig fallen“, ärgert sich der engagierte Rentner über das schlechte Image seines Viertels, das in der restlichen Stadt auch als „Roßdorf-Ghetto“ verschrien ist.



„Mit Integration hatten wir nie ein Problem“
Heinz Weyrich

Als Weyrich sich der SPV anschloss, existierte das Roßdorf noch nicht. Wo heute geometrisch spühen angeordnete Bungalow-Flachbauten und Hochhäuser knapp 4000 Menschen Wohnraum bieten, waren in den 50er-Jahren noch Schafswiesen und der Nürtinger Reit- und Hundedressurplatz, wie sich der 73-Jährige erinnert. 1905 wurde der Verein als Freie Turnerschaft gegründet. Erst mit dem Bau der Waldheim-Gaststätte zogen die Turnier 1924 von der Schreiberhöhe hinauf auf den Berg, der einige Jahre später als „roter Hügel“ die weltanschaulichen Ängste eines großen Teils der Bevölkerung bediente, als ein offen bekennender Kommunist den Vereinsvorsitz innehatte. Von den Nationalsozialisten verboten und enteignet, lebte der Verein nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs neu auf. Unter dem neuen Namen Sportvereinigung war in Zeiten zahlreicher Kriegsopfer ursprünglich ein Zusammenschluss aller Nürtinger Vereine geplant. Doch die Klubs aus dem Tal scherten kurzfristig wieder aus und so blieb die Turnerschaft allein auf weiter Flur.

„Mit Integration hatten wir nie ein Problem“, blickt Weyrich auf die bewegte Geschichte der SPV zurück. In den Nachkriegswirren war er als Sudetendeutscher selbst als Flüchtling nach Süd-Deutschland gekommen. „Ich kann die Flüchtlinge gut verstehen“, erinnert er sich an die Zeiten, als er es war, der als junger Kerl von Einheimischen argwöhnisch beäugt wurde. Schon damals schlossen sich viele Vertriebene der Sportvereinigung an. In der 1960er-Jahre Kohl war es die Russland-Deutschen und die Einwanderer aus dem zerfallenen Jugoslawien, aus der Trabantenstadt den Weg zum Waldheim fanden und den Verein bis heute mit prägen.

Von seinem Image konnte sich die SPV nie mehr lösen. „Wir sind der ungeliebte Verein in Nürtingen. Die anderen wollten uns nichts zu tun haben“, sagt Weyrich, der den Ruf seines Clubs mit Humor sieht. Er kann darüber lachen, ein bisschen macht es ihn sogar stolz, auch wenn die Geschichte vom verruchten Arbeiter-

verein bis heute für eine nicht gerade üppig gefüllte Vereinskasse sorgt. Schon immer hätten die Unternehmer und Geschäftsleute in der Region bevorzugt den schillernden FV 09 und die Turmgemeinde unterstützt. „Wir hatten da nie eine Chance“, sagt Weyrich. Dabei könnte er und sein Mitstreiter finanzielle Unterstützung mehr gebrauchen denn je. Ihr Sportheim mussten sie vor drei Jahren bereits verkaufen, seitdem findet das Vereinsleben hauptsächlich im provisorisch aufgebauten Zelt statt. Und auch ihre Arbeit mit den Geflüchteten bringt zwar wertvolle Punkte für die Tabellen, kostet den Verein aber viel Zeit, Organisations-talent und auch Geld.

„Wir tun was für die Gemeinschaft“, betont Weyrich. Fahrdienste müssen organisiert werden, um ihre neuen Spieler am Bahnhof in Wendlingen und Nürtingen abholen zu können, auch wenn wir schauen, dass sie so selbstständig wie möglich werden, die Sprache lernen und sich weiter integrieren“, wie Caner Eker erzählt. Gibt's beim Spiel oder Training was auf die Füße, „dann gehst du mit ihnen zum Arzt“ – oder zur Apotheke. Und wer zieht die Medaillen an? „Wir schauen, dass wir das schaffen“, sagt Eker, der von vielen gemeinsamen Ausflügen abseits des Platzes erzählt, aber auch von dem, was die Geflüchteten dem Verein alles zurückgeben. „Sie sind sehr engagiert, bei den Arbeitsdiensten ganz vorne dabei und immer im Training.“

Inzwischen sind regelrechte „Hype“ entstanden, seit die SPV von Sieg zu Sieg eilt und die Leute verfolgen können, was für starke Kicker da plötzlich das feuerrote Trikot tragen. Zwischen 200 und 300 Zuschauer kommen mittlerweile zu den Heimspielen der SPV. „Die Spieler sind sehr begehrt“, erzählt Weyrich. Die Kinder wollen sehen, wie die Fußballer spielen. Die Flüchtlinge sind Vorbilder für unsere Jugendspieler.“

Allen voran natürlich Nazifou Mamanzougou. Bereits in der Rückrunde der vergangenen Saison schoss der junge Togo-Lese die Siegtreffer im Alleingang zum Klassenverbleib. Auch in dieser Spielzeit ist er trotz dreiwöchiger Verletzungspause mit 14 Treffern in der Torschützenliste der Kreisliga A 2 einer der Besten. Dass er sich im November vergangenen Jahres als einer der ersten Geflüchteten der Sportvereinsunion anschließen hatte, das kam nur durch einen riesigen Zufall zustande. Verletzungsbedingt waren Didavi die Stürmer ausgegangen und so sprach der Trainer in einem Kaufhaus in Wendlingen drei Flüchtlinge an und fragte, ob sie kicken könnten. „Der da“, zeigte die beiden anderen auf den Mann in der Mitte und die beiden anderen Erfolgsgeschichte begann. Dabei hätte Mamanzougou eigentlich gar nicht zu haben sein dürfen. Schließlich wurde der Vollblutstürmer Wochen zuvor bereits bei einem anderen Verein aus der Region im Training vorgestellt. „Nein, danke, du nicht“, hieß es dort – ein regelrechtes „Nein“, so traurig sie auch ist, Trainer Didavi bis heute noch amüsiert.

„Wir sind hier im Roßdorf. Hier haben wir die Philosophie, dass jeder mitmachen darf“, sagt der Mann mit der Schildkröppe, während sich beim „Fünf gegen fünf“ Spielduell die Spieler zu scheren, deren familiäre Wurzeln den halben Erdball abdecken. „Jeder“ heißt aber auch bei der SPV nicht „komplett“ jeder. Denn Werte wie Anstand und Respekt setzt Didavi weit höher als sportliches Können. „Es ist mir wichtig, dass diejenigen, die hierher kommen, sich ordentlich benehmen. Meine Suchkriterien sind sehr streng“, betont er und wird plötzlich ernst. „Fußball ist nur ein Hobby, aber eine gewisse Disziplin muss sein.“ Dass sich hinter diesem Anspruch nicht nur leere Worte verbergen, lässt sich mit Zahlen belegen. Auch in der Fair-Play-Tabelle ist die SPV nach einem Drittel der Saison ohne einen einzigen Platzverweis ganz vorne dabei.

Bleibt die Frage nach den sportlichen Perspektiven. „Das Ziel ist die Bezirksliga“, zeigen sich Bruno Kenfack und seine Freunde in der Kabine selbstbewusst. Ihr Trainer will aber lieber nicht zu große Erwartungen aufkommen lassen. „Hohe Ansprüche haben wir nicht“, sagt Didavi. „Wir wollen einfach gut Fußball spielen, damit die Fans, die für uns auf ihren Sonntagsbraten verzichten sich freuen. Mit der Kritik von außen, dass der sportliche Erfolg in dieser Konstellation nur ein kurzfristiger sein kann, gehen die SPVler gelassen um, auch wenn sie wissen, dass das Nürtinger Fußballmärchen von übergeordneten Mächten dauerhaft bedroht ist. „Die politische Sache freuen wir immer über uns“, sagt Spielerleiter Caner Eker. Das Wort Abschiebung nimmt er nicht in den Mund. Und natürlich hat sich auch bei den finanzstärkeren Vereinen in der Region längst herumgesprochen, was für ein Potenzial bei dem ein oder anderen Spieler in SPV-Trikot steckt.

„Geld regiert auch in der Amateur-Fußball. Abwerber und Verlockungen warten überall. „Wir stellen unseren Ignace und unseren Zusammenhalt dagegen“, sagt Heinz Weyrich. So gut das auch klingt, ob es reicht, das wird man sehen.

Bolzplatzgeschichten erzählen auch ein Stück Zeitgeschichte

Für ein leidenschaftliches Fußballspiel braucht man nicht viel. Ein Ball, ein paar Kleidungsstücke als Tormarkierungen, eine Straße oder ein Wiesenstück genügen. Fast alle Jungs (und viele Mädchen) erinnern sich an eingeschossene Fenster, schimpfende Anlieger, legendäre Tore gegen das Team der Nachbarstraße – Bolzplatzgeschichten eben.

Die Bolzplatzkultur im Ruhrgebiet soll nach dem Willen des Deutschen Fußballmuseums zum immateriellen Weltkulturerbe werden. Diese Nachricht lässt bei Sportchef Jochen Dick Erinnerungen an die eigene Kindheit wach werden, die er im Sportteil der Rhein-Zeitung wiederaufleben lässt. Er erzählt den Leserinnen und Lesern von diesem Sehnsuchtsort der Jugend. Von einem oft staubigen Biotope, in dem eigene Regeln galten. Von hitzigen Gefechte mit immer neuen, unerwarteten Ergebnissen und Mannschaftskonstellationen. Von dem trockenen Gefühl in der Kehle, dreckigen Klamotten und aufgeschürften Knien und Ellenbogen.

Zugleich ruft der Autor die Leser dazu auf, von ihren eigenen Erinnerungen an die Zeit auf den Bolzplätzen zu erzählen. Das Echo ist überwältigend: Mehr als 80 Zusendungen per Mail, Fax und sogar per Post gehen ein, nahezu jede Geschichte hat ihre eigene Note.

Die Redaktion merkt, wie sehr dieses Thema bei den Lesern Emotionen weckt, wie sehr die Erinnerungen auch zum Austausch anregen. Die Leser erzählen von fast autofreien staubigen Straßen, in denen sie

nach dem Krieg kicken. Von abschüssigen Plätzen, kaputten Fensterscheiben und konfiszierten Bällen. Damit beleuchten sie auch ein Stück Zeitgeschichte aus der Region.

Die Erinnerungen der Leser werden auf Sonderseiten im Mantelteil der Rhein-Zeitung veröffentlicht, insgesamt entstehen so vier Extraseiten. Doch damit nicht genug: Mit der Unterstützung von Lotto Rheinland-Pfalz, einem Förderer des Sports im Land, wird eine Veranstaltung ins Leben gerufen, bei der der gute, alte Bolzplatz im Mittelpunkt steht.

Die Leserbriefschreiber und einige ehemalige Fußballgrößen werden ins Druckhaus eingeladen. Dort gibt es eine Lesung aus ausgewählten „Bolzplatzgeschichten“. Dies übernimmt Extorhüter Wolfgang Kleff, unter anderem Mitglied der Weltmeisterschaftsmannschaft von 1974. Er trägt humorvoll die Texte vor und würzt sie mit Erinnerungen aus seiner eigenen Bolzplatzvergangenheit.

Nach dem Erfolg der Aktion ist nun geplant, mit dieser Veranstaltung durch das Verbreitungsgebiet zu ziehen, damit die „Bolzplatzgeschichten“ und die Erinnerungen der Leser in möglichst vielen Regionen wieder aufleben.

Tipp:

„Man sollte an den Leser denken, nicht an die eigenen Vorlieben. Und man darf die Kraft der Erinnerungen an die Kindheit nicht unterschätzen: Sie setzen Emotionen frei, die auch bei den Bolzplatzgeschichten zutage traten.“

Rhein-Zeitung
und ihre Heimatausgaben

Kontakt: Jochen Dick,
Sportchef der Rhein-Zeitung,
T +49 261 / 892 272,
jochen.dick@rhein-zeitung.net

Medium: Rhein-Zeitung
Auflage: 151.000 Aboauflage Print
Verbreitungsgebiet: Nördliches
Rheinland-Pfalz
Anzahl Lokalteile: 13
Redaktionsgröße: 160 Redakteure

Bolzplatz Geschichten



„30 Versuche, das Kellerfenster zu treffen“

Ich wohnte in der Bogenstraße, im Koblenzer Stadtteil Goldgrube. Nach der Erledigung der Schulaufgaben widmeten wir Buben uns dem Fußball. Das geschah gegen den Willen der Eltern, Schuhe waren wegen der finanziellen Situation teuer.

Fanden sich nur zwei oder drei Freunde ein, spielten wir mit einem Tennisball auf kleine Kellerfenster. Jeder hatte 30 Versuche, das Kellerfenster zu treffen. Die Treffer wurden gezählt, und so wurde der Sieger ermittelt. Oft beschwerten sich die Anwohner wegen des ständigen Lärms.

Beliebt war das Spiel auf die „kleinen Tore“. Das Spiel fand in der Bogenstraße statt, die Treppen bestanden aus Kleiderteilen oder Steinen. Gespielt wurde eins gegen eins oder zwei gegen zwei. Das Kicken auf der damals noch verkehrsarmen Straße war in der Zeit nach dem Krieg eine wunderbare Freizeitbeschäftigung. Als Ball diente ein kleinerer Gummiball. Aber es gibt natürlich noch weitere Erinnerungen:

Am Ende der Bogenstraße Ecke Foelxstraße war ein freier Platz, der jedoch zum Bahngelände hin einen Höhenunterschied von circa zwei Metern aufwies. Inzwischen hatte sich eine Straßenmannschaft „Bogenstraße“ gebildet. Im Wettbewerb mit anderen Straßenmannschaften waren wir immer benachteiligt, weil wir nur auswärts unsere Spiele austragen konnten. Häufiger Gegner war die Mannschaft der Beatusstraße, die eine – für die Zeit damals – komfortable Spielfläche besaß. Wir in der Bogenstraße hatten zwar keine guten Platzverhältnisse, aber als Ausgleich einen exzellenten Fußball. Das wurde möglich, weil Alberts Vater, der in seinem kleinen Betrieb Schulfahnen herstellte, dessen seinem Sohn kaufen konnte.

Um Heimspiele austragen zu können, besorgten wir uns Harken und Schaufeln und bearbeiteten unsere schiefe Spielfläche. Das war eine sehr mühselige Arbeit. Der Aspnorn war, zukünftig auch Heimspiele austragen zu können. Die für uns als Mannschaft gewohnte, immer noch etwas schiefe Spielfläche, erleichterte uns allerdings, Spiele zu gewinnen. Wir hatten zwei komfortable Tore. Auf der einen Seite war jeweils ein Elektro- mast der Torpfosten und auf der anderen Seite Pfaltersteine.

Einen Schiedsrichter gab es nicht. Meistens gab es auch keine großen Probleme. Damals gab es ja noch keine Fußballprofis, von denen wir lernten, wie man Fouls zu schinden versteht. Anfangs spielte ich im Tor. Weil ich eine Strickhose anhatte, nannte man mich Strickhosenchen.

Tatsache ist, dass ich durch das tägliche Kicken auf den Bolzplätzen ein Ballgefühl erlangte und auch, dass man sich in einem Mannschaftsgefüge ein- und oftmals unterordnen muss. Darin sehe ich heute noch eine der Voraussetzungen, es zum Vertragsspieler bei TuS Neuwied und späteren Profi in den USA unter Trainer Rudi Gutendorf gebracht zu haben.

Josef Fuhrmann, Ochtingen

„Mancher kommt heute nur zur Dritten Halbzeit“

Der erste Bolzplatz war der Engerser Markt. Nach dem Krieg gab es noch keinen Martinsbrunnen, und der leicht abschüssige Platz war ideal für uns Pänz in Alt-Engers. Die beiden Platzhirsche oder die, die sich durch Schreien und Durchsetzungsvermögen dafür hielten, machten Tiptop und wählten ihre Mannschaften. Da es nach dem Krieg jahrelang keine Kindergärten gab, trafen wir uns fast jeden Nachmittag zum Bolzen auf dem Markt. Drei Ecken – ein Elfer, das galt auch bei uns. Manchmal lief der Ball den Rheinberg hinunter, und der Schnellste lief dann hinterher, um den Ball vor dem Rhein zu retten. Ja, und irgendwann kamen wir auf die Idee, den Schlossvorplatz vor dem Kurfürstlichen Schloss als Bolzplatz zu benutzen. Für fast alle war es kein Problem, sich durch den Vorplatz umschließenden eisernen Stangenzaun zu zwängen.

Die Stäbe liefen eine Lücke von etwa 20 Zentimetern. Auf dem Vorhof des Schlosses, heute Sitz der Landesstiftung „Villa Musica“, standen mächtige Kastanien. Da-

zwischen bauten wir unsere Tore, meist mit Kleidungsstücken oder Steinen. Wir spielten quer rüber, und die Patienten der damaligen Chirurgisch-Orthopädischen Klinik, deren Betten bei gutem Wetter oft vor dem Schlossgebäude standen, feuerten uns an. Schlimm war, wenn der Direktor den Ball konfiszieren und uns vertreiben wollte. Der Schreck hielt höchstens einen Tag, dann zwängten wir uns wieder durch die Gitterstäbe und bolzten. Einer, weil sein Bauchansatz zu dick geworden war, blieb häufig. Wir zogen ihn wieder nach draußen, doch für ihn war das Bolzen damit vorbei.

Wir haben ein paar Jahre auf dem Schlossvorplatz gespielt. 1970 gründete ich dann mit meinem Freund Wilfried einen Hobbyfußballklub, den 1. FC Münz, die „Rheinell“, die 2010 ihr 50. Bestehen feiert. Wir spielten zuerst auf dem Bolzplatz am Engerser Rhein- kapellenchen und seit rund 15 Jahren an der Eisenbahnbrücke Urmitz-Engers auf dem Rasenbolzplatz der Stadt Neuwied. Jetzt haben wir rote und gelbe Leichen, doch spielten

wir Jahrzehnte „Bunt gegen Weiß“. Jeder hatte ein weißes und ein buntes T-Shirt als Trikot dabei.

Wir nennen uns nun „generationenübergreifender Fußballverein“, denn mittlerweile bolzen wir Alten mit unseren Söhnen und Enkelkindern. Diese machen das Spiel schnell, und wir Alten müssen sehen, den Ball nach Zuspätkommen abspielen. Bei Standardsituationen gelingt uns Alten aber immer noch das eine oder andere Tor. Jetzt freuen wir uns auf das 50. Jubiläum und hoffen, dass möglichst alle dies in zwei Jahren noch gesamt erleben werden.

Ja, Bolzen ist Lebenslust, hält uns gesund – und die „Dritte Halbzeit“ nach dem Spiel ist vom Feinsten, besonders nach Geburtstagen, dann wird schon mal die „Dauer gitarre“, die im Flur hinter der Tür steht, hervorgeholt – dann wird es lustig. Ich muss jedoch gestehen, dass mancher älterer Mitspieler nur noch wegen der „Dritten Halbzeit“ beim Vereinswirt „Alia“ zum Bolzen kommt.

Werner Johann Keßler, Neuwied

„Hier, der Kleine ist gut“

Da kommen schöne Erinnerungen auf. Ich bin in Burgbrohl groß geworden (Jahrgang 1941) und sehe noch alles klar vor mir, die schönen Stunden in der „Trasskaul“, ein beliebter Platz zum Kicken. Die ebene Fläche gegenüber dem Bahnhof Burgbrohl war ideal. Es staupte zwar wie Sau, aber der weiche Boden war knochenschonend. Hier trafen sich alle gelehrten Fußballer, die Vorbilder der ersten Mannschaft sowie die kleinen Pänz. Nach dem Anwählen „Füßle lang und breit“ war ich ganz stolz, wenn die Alten mich nahmen – mit den Worten „Hier, der Kleine ist gut, er kann wutzeln!“ Einige der Alten waren später Kollegen bei der Aktien-Gesellschaft für Kohlensäure, der Agelko.

Unsere Durst stillten wir am Wasserhahn des Bahnhofes, in der Gaststätte beim Ingeborg Fuhrmann oder beim kauligen Wirt Herrn Hirsch, den ich nur einmal jubeln hörte. Ich zitiere: „Leute, es wird Frieden. Der Stalin ist gestorben!“ (1953)

Genau in dieser Bahnhofswirtschaft konnte ich – dank eines edlen Spendenpaars von zwei Limos – das 1954er-Finale der „Helden von Bern“ im Fernsehen gucken – also nur 50 Meter von der „Trasskaul“.

Frank Goerlitz, Mülheim-Kärlich



„Die Regeln waren klar“

Ich bin in den 1960er-Jahren aufgewachsen in der Koblenzer Straße im Koblenzer Stadtteil Moselweiß. So oft es unsere Zeit zuließ, trafen wir uns mittags – ohne sich vorher abzusprechen oder gegenseitig einzuladen – auf unserem Bolzplatz. Dort, wo heute das Krankenhaus Marienhof und weitere Verwaltungsgebäude stehen, ging es genau so ab, wie in dem Artikel des Redakteurs Jochen Dick beschrieben. Wer anwesend war, spielte auch, und zwar ohne Schiedsrichter. Die Regeln waren klar, und nach meiner Erinnerung gab es auch nie größere Streitigkeiten über deren Auslegung.

Legendar waren sicher die Spiele von Koblenzer- und Moselweißer Straße gegen die Steinstraße. Es gab da eine gewisse Rivalität, und diese Spiele wollte man einfach nicht verlieren. Und wann wir nach Hause mussten, erfuhr man durch einen Pfiff von unserem Vater vom Balkon aus; wir wussten dann, jetzt ist es Zeit, das Spiel zu beenden. Wahrscheinlich verliert man seine Erinnerungen etwas; aber diese Zeit mag sicher zu einer glücklichen Kindheit bei, und es ist schade, dass den Kindern heute vielerorts diese Möglichkeit nicht mehr gegeben ist.

Bernd Colligs, Wissen

„Bolzen in der Zone: Deutschland ist Weltmeister! – Halt den Mund“

Als ehemaliges Flüchtlingskind aus der DDR habe ich einige Bolzplätze kennenlernen dürfen. Als Siebenjähriger war mein erster Bolzplatzkontakt in einem mecklenburgischen Minidorf namens Dreveskirchen.

Hinter den wenigen Häusern und zwischen den Gärten war ein Stückchen Niemandsland, wo sich die heranwachsenden Jungs trafen. Falls mal ein Kinderspielball aufgetrieben werden konnte, dann wurde wie wild um sich geschossen. Eines Tages herrschte große Unruhe unter den Heranwachsenden. Sie flüsterten sich heimlich zu: „Deutschland ist Fußballweltmeister!“ Als ich das aufgeschnappt hatte, da sprang ich freudig erregt umher und rief: „Deutschland ist Weltmeister!“ „Halt sofort den Mund, sonst kriegst du eine Tracht Prügel!“, sagte der Älteste. Weitere Ausführungen waren – es war ja damals die Sowjetische Besatzungszone – nicht angebracht.

Mein zweiter Bolzplatz war 1955 ein richtiger Fußballplatz in Roth (VG Hamm/Sieg). Hier trafen sich die Jungs ab dem 6. Schuljahr aufwärts und mit einem richtigen Lederball ausgestattet. Da wurde einer ins Tor gestellt, und die an-

deren schossen dann mehr oder weniger gelangweilt in diese Richtung. Wichtigste Trainingsübung war das Erlernen des Lungenzugs. Horst B. und Jürgen K., deren Eltern jeweils ein Lebensmittelgeschäft im Ort hatten, wurden abwechselnd dazu angestiftet, bei ihren Eltern eine Schachtel HB-Zigaretten zu klauen. Das hat für die beiden so manche Tracht Prügel nach sich gezogen.

Mein Bolzplatz Nummer drei war ab 1957 in Breitscheid-Mühlental. Eine etwa 50 Meter lange und fünf Meter breite asphaltierte, teils gepflasterte Straße, die auf der einen Seite von einer langen durchgehenden Häuserzeile und auf der anderen Seite von einer 2,50 Meter hohen Mauer begrenzt wurde. Ausgelegte Kieglstücke markierten die Tore. Die Mannschaftsspieler befanden sich in der Altersklasse von Schulkind bis Opa. Eine Mannschaft war der „1. FC Köln“, die andere „Schalke 04“.

Bei den unkomfortablen Spielen ging so manche Fingerscheibe zu Bruch, und auch die Treppenstufen der Hausgänge und diverse Kellerfenster mussten berücksichtigt werden. Auch für eine eingeleitete Skatgruppe mit

Tischchen war mauerseits noch Platz, da wurde elegant daran vorbei gespielt.

Die Spiele hatten meist ein offenes Ende und wurden nur unterbrochen, wenn ein Auto die Straße befuhr. Bemerkenswerte Spieler waren die Brüder Walter V. und Fritz V. Während der kriegsversehrte Walter mit seinem Holzeisen beim „FC“ im Tor gesetzt war, sollte der technisch versierte Fritz den „Schalker Kreisler“ inszenieren. An diese Zeit gibt es viele schöne Erinnerungen.

Mit meinem besten Kumpel Bernd-Peter H. und Harald S. lernte ich dann noch alle halbeschebenen Wiesen in Breitscheid und Umgebung kennen. Wir verwandelten uns beim Spielgedanklich in unsere Fußballidole: Bernd-Peter war Harry Gregg (nordischer Nationaltorwart), Harald war Helmut Rahn, und ich war Uwe Seeler. So waren wir immer für den Fußball bereit, ein mal sogar am 2. Weihnachtstiertag mit einem neuen Lederball und bei 15 Zentimeter Neuschnee.

Unser Volksschullehrer Helmut diverse Kellerfenster mussten berücksichtigt werden. Auch für eine eingeleitete Skatgruppe mit

es auch schon mal eine zwei- stündige Verlängerung auf dem Schulhof.

Der Lehrer spielte so lange, bis seine Mannschaft gewonnen hatte. Notfalls wollte er sogar in die siegreiche Mannschaft über- treten, was wir aber selbstständig abgelehnt haben.

Am Schulgebäude ging auch so manche Fensterscheibe kaputt, meistens vom Lehrer, denn er schoss nur mit der Pike. Und wenn wir dann verspätet und verschwitzt zu Hause zum Mittagessen erschienen, dann musste man erst einmal das große Donnerwetter von der Mutter über sich ergehen lassen.

Die Jugendlichen in Hamm bolzten schon mal mitten im Ort auf einem verwahrlosten Wiesensstück. Hier hatte bis 1938 die jüdische Synagoge gestanden. Als Gastspieler habe ich da auch schon mal gegen den Ball getreten, was ich aus heutiger Sicht für nicht angebracht erachte.

Trotz meiner umfangreichen Bemühungen habe ich es nur bis zum mittelmäßigen Kreisklassenspieler gebracht – aber die Leidenschaft für den Fußball konnte mir keiner nehmen!

Helmut Schimkat, Pracht

„Dem Stiefvater nie verzeihen“

Im Jahre 1957 musste ich als acht- jähriger Junge mit meiner Mutter in einen Ort an den Glan zu meinem Stiefvater umziehen. Da ich vom Fußballspielen sehr begeistert war, kaufte mir der „neue Opa“ einen Lederball und auch ein paar Fußballschuhe, was aber mein Stiefvater nicht wissen durfte, da er strikt gegen das Fußballspiel eingestellt war.

Wenn ich nach dem Mit- tagessen und den erledigten Schularbeiten den neuen Lederball und meine Fußballschuhe auf den Gepäckträger vom Fahrrad schnallte und zum Bolzplatz fuhr, hatte ich im Handumdrehen einen ganzen Tross von Kameraden hinter mir, weil sonst keiner einen Lederball von den Jungs im ganzen Dorf besaß.

Leider war meine Freude mit dem Lederball und den Fuß- ballschuhen nicht von langer Dauer. Er hatten ein Gasthaus, zu dem auch abends einige Männer einkehrten, die nichts Besseres zu tun hatten, als meinem Stiefvater zu verrotten, was ich von meinem Vater ge- schenkt bekommen hatte und als aktuelles Dorfgespräch über- all die Runde machte.

Eines Abends, als ich schon im Bett war, machte er Ball auf die Suche nach dem Ball und den Fußballschuhen. Beides musste ich immer gut vor ihm verstecken. Als er dann die beiden Utensilien gefunden hatte, ging er in die Scheune, wo das Hackholz für das Holz zum Spalten lag und schlug alle Teile mit einer Axt in viele Stücke. Damit war es mit meiner Leidenschaft Fußballspielen leider vorbei, und ich habe ihm diese Tat bis zu seinem Tod nicht verzeihen können.

Heinz Dieter Schwarz, Dickenschied

Erinnerungen

Das Letzte vom Bolzplatz

Die Bolzplatzkultur im Ruhrgebiet soll nach dem Willen des Deutschen Fußballmuseums zum immateriellen Weltkulturerbe werden. Aus diesem Anlass haben wir unsere Leser dazu aufgefordert, uns ihre Erinnerungen an die Zeit auf den Bolzplätzen zukommen zu lassen. Das Echo war überwältigend. Wir wünschen Ihnen viel Freude bei der Lektüre – auch auf dieser abschließenden Seite.

Jahrelange Misswirtschaft im Landessportverband

Nach intensiven Recherchen enthüllt die Sportredaktion der Saarbrücker Zeitung ein Millionendefizit beim Landessportverband für das Saarland. Über einen längeren Zeitraum wurde erheblich mehr Geld ausgegeben als vorhanden war. Die Finanzaffäre zieht immer weitere Kreise – betroffen sind nahezu alle Sportlerinnen und Sportler im Saarland.

Mehr als ein Drittel der Bevölkerung im Saarland ist Mitglied in einem Sportverein. Diese Vereine bilden vielerorts das Zentrum des sozialen Lebens, Dachorganisation ist der Landessportverband (LSVS). An seinem Tropf hängt die Olympiahoffnung ebenso wie der Dorfverein.

Im Dezember 2017 deckt die Saarbrücker Zeitung (SZ) auf, dass der LSVS seit Jahren Misswirtschaft betreibt. Im Haushalt des Verbands klafft ein Millionenloch. Die Affäre hat eine enorme politische Dimension. LSVS-Präsident ist Klaus Meiser (CDU), Präsident des Landtags und einer der einflussreichsten Politiker in der Region.

Obwohl die Funktionäre mauern und mit falschen Angaben versuchen, die Berichterstattung zu torpedieren, enthüllt die SZ Stück für Stück weitere Missstände. Es geht um den Verdacht auf Vorteilsgewährung, Betrug, Untreue, um überzogene Gehälter der Verbandsmitarbeiter, zwielichtige Grundstücksgeschäfte und Nebenbeschäftigungen. Der Finanzskandal nimmt ungeahnte Ausmaße an. Beobachter rechnen mit Kosten von mindestens einer Million Euro – allein für die Aufklärungsarbeit.

In der Redaktion arbeiten die Ressorts Sport, Landespolitik, ein Reporter und die Chefredaktion an dem Skandal. In gut einem Jahr entsteht eine dreistellige Zahl an Beiträgen – mit immer neuen Enthüllungen. Die aktuellen Berichte werden flankiert von Analysen, Features, Kolumnen, Kommentaren, auch mehreren Sonderseiten, um das schwer zu überschauende Geschehen für die Leserschaft einzuordnen.

Die Staatsanwaltschaft ermittelt und erhebt Anklage, der Landtag setzt einen Untersuchungsausschuss ein. Die im Saarland über Jahrzehnte übliche Verquickung von Ämtern in Sport und Politik wird zum Gegenstand der politischen Debatte. Schließlich tritt Landtagspräsident Meiser zurück und legt alle Ämter in Sport und Politik nieder. Im März 2019 werden er und weitere Präsidiumsmitglieder wegen Untreue verurteilt.

Hunderte Leserbriefe und Kommentare in den sozialen Medien zeigen, wie sehr die Finanzaffäre die Öffentlichkeit im Saarland bewegt.

Der Sportverband, eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, erhält im September 2018 ein neues Präsidium. Alle internen Strukturen stehen heute auf dem Prüfstand.



Kontakt: Mark Weishaupt,
Leiter der Sportredaktion,
T +49 681 / 502 225-4,
m.weishaupt@sz-sb.de

Beteiligte Ressorts: Sport (Mark Weishaupt, Kai Klankert, Tobias Fuchs, Stefan Regel), Landespolitik (Dr. Daniel Kirch u. a.), Reporter (Michael Jungmann), Chefredaktion (Peter Stefan Herbst)

Medium: Saarbrücker Zeitung

Auflage: 123.000

Verbreitungsgebiet: Saarland

Anzahl Lokalteile: 7

Redaktionsgröße: 90

Link zu allen erschienenen Beiträgen:

[www.saarbruecker-zeitung.de/
thema/lsvs-finanzaffaere/](http://www.saarbruecker-zeitung.de/thema/lsvs-finanzaffaere/)

Tipp:

„Hartnäckig bleiben, auch wenn gemauert wird.“

FREITAG, 14. DEZEMBER 2018

Sport

SAARBRUECKER-ZEITUNG.DE/SPORT

FUSSBALL

Nach dem Gruppensieg hoffen die Bayern in der Champions League auf machbare Gegner. Seite D2

RINGEN

Am letzten regulären Kampftag der Bundesliga stehen noch einmal zwei Saarderby an. Seite D3

SERIE DER LSVS-SKANDAL, TEIL 1

Wie im Saarsport eine „Bombe“ ans Licht kam

Vor einem Jahr erfuhr die Öffentlichkeit vom Finanzskandal beim Landessportverband. Die SZ zeichnet nach, was davor geschah.

VON MARK WEISHAUPT, KAI KLANKERT UND TOBIAS FUCHS

SAARBRÜCKEN Seit genau einem Jahr hält der Finanzskandal im Landessportverband für das Saarland (LSVS) das gesamte Land in Atem. Die Aufarbeitung ist noch lange nicht abgeschlossen, immer neue Details kommen ans Licht. Die SZ arbeitet die Ereignisse in einer Serie auf – und startet mit einer Chronologie bis zur ersten Veröffentlichung über ein Haushaltsloch beim LSVS am 15. Dezember des vergangenen Jahres.

Ende Oktober 2017: Die Saar-Uni meldet sich beim LSVS und mahnt unbezahlte Rechnungen an. Der Verband schuldet der Hochschule für die Jahre 2015 und 2016 etwa 500 000 Euro an Energie- und Heizkosten. Der LSVS überweist monatlich 20 000 Euro – obwohl 38 000 Euro vereinbart sind. Lange ist das nicht aufgefallen. „Die Uni hat sich mit dem Betrag zufrieden gegeben“, wird eine LSVS-Angestellte im Untersuchungsausschuss des Landtags zum Finanzskandal berichten. Hauptgeschäftsführer Paul Hans habe ihr den Auftrag erteilt, den Abschlag zu reduzieren. Eine Kollegin sagt zum Kontostand des Verbandes: „In den letzten Jahren waren wir immer knapp mit dem Geld.“

20. November 2017: Innen- und Sportminister Klaus Bouillon (CDU) feiert in der Mensa der Hermann-Neuberger-Sportschule seinen 70. Geburtstag – nach Angaben von Teilnehmern mit 200 bis 300 Gästen. Der Bundesinnenminister gratuliert in einer Videobotschaft. Bouillon hat im Januar den Vorsitz der Sportministerkonferenz der Länder übernommen, er will auf höchster Ebene die Spitzenreformer voranbringen. Im Saarland hat er eine „Sportoffensive“ angekündigt. Als Minister führt der Unionspolitiker die Rechtsaufsicht über den LSVS. Die Verbandsspitze hat sich vor der Geburtstags-



Zwei Schlüsselfiguren im Skandal des Landessportverbandes für das Saarland, der nun seit einem Jahr das Land beschäftigt: die früheren Präsidenten Klaus Meiser (links) und Gerd Meyer.

feier „einstimmig einverstanden“ gezeigt, „die Kosten für die Dienstleistungen und die Getränke“ zu übernehmen. So steht es in einem Sitzungsprotokoll. Bouillon erklärt, das abgelehnt zu haben.

29. November 2017: Die offenen Stromrechnungen bei der Uni haben die Verantwortlichen auf den Plan gerufen. Was jetzt geschieht, ergibt sich lückelos aus internen Aufzeichnungen – die jedoch nur eine Version wiedergeben: die des LSVS-Präsidenten Klaus Meiser und der Hauptgeschäftsführung am Karin Becker, die den erkrankten Hans vertritt. Den Protokollen zufolge stoßen sie auf „Unstimmigkeiten“ im Haushaltsplan, den Hans für 2018 erstellt hat – unter anderem soll ein Zuschuss in Höhe von 550 000 Euro doppelt als Einnahme aufgeführt sein. Am 29. November 2017 informiert Meiser den Saartoto-Geschäftsführer Peter Jacoby über die finanziellen Probleme des LSVS. Der

LSVS ist zu drei Siebteln an Saartoto beteiligt. Das gesetzlich verankerte Sportatell, das dem LSVS 12,5 Prozent der Umsätze von Saartoto (jährlich etwa 12,5 bis 14,0 Millionen Euro) garantiert, bildet das finanzielle Rückgrat des LSVS. Einen Tag später wendet Meiser sich nach Auskunft des Innenministeriums an Minister Bouillon. „Das kam wie eine Bombe“, wird Bouillon später im Untersuchungsausschuss aussagen.

4. Dezember: Das Präsidium des LSVS trifft sich zu einer Sitzung an der Hermann-Neuberger-Sportschule und bespricht die Situation. Im Vorfeld sitzen Meiser und Becker mit mehreren Anwälten zusammen, um die weitere Vorgehensweise zu besprechen. Dabei geht es vor allem um den Umgang mit Hauptgeschäftsführer Hans, der für die finanziellen Probleme verantwortlich sein soll. Mit von der Partie ist bei allen Terminen auch Landtagsdirektor Christoph Zeyer (CDU), mit

dem LSVS-Präsident Meiser in seiner Funktion als Landtagspräsident eng zusammenarbeitet. Das Präsidium hört, was zu diesem Zeitpunkt bekannt ist: Beim LSVS klappt ein Haushaltsloch, ein Millionen-Baukredit und die Einnahmen aus einem Immobilienkredit sollen darin verschwinden sein. Hat sich jemand strafbar gemacht? Einer der Anwälte schlägt in der Sitzung vor, zuerst selbst aufzuarbeiten, was mit dem Geld passiert ist. Laut Protokoll, das unserer Zeitung vorliegt, stellt Klaus Meiser auch einen „Maßnahmenkatalog“ vor. Darin heißt es unter anderem: „Sollten die Haushaltsmittel nicht ausreichen, kann ab 2019 auf die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zurückgegriffen werden.“ Im Klartext: Der Steuerzahler soll für den LSVS aufkommen. CDU und SPD hatten sich 2017 nach der Landtagswahl darauf verständigt, „den Saarsport finanziell abzusichern“ – allerdings nur, falls nach dem Auslaufen des Glücks-

spielstaatsvertrages die Totogelder gefährdet sein sollten.

Anfang/Mitte Dezember: Wann erfährt die damalige Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) von den Finanzproblemen? Kurz bevor das in der Öffentlichkeit dargelegt worden ist, erklärt sie im Untersuchungsausschuss. Meiser habe sie angerufen, um einen Termin gebeten. An das Datum erinnert sich die Politikerin nicht mehr, sie entschuldigt das mit der „ziemlich unübersichtlichen Situation mit vielen anderen Verpflichtungen auch in Berlin“. Nach ihrem Gespräch mit Meiser setzt Kramp-Karrenbauer den Chef ihrer Staatskanzlei in Kenntnis. Nun ist das Thema auf höchster Regierungsebene angekommen. Ein internes Dokument des LSVS legt zeitlich einen anderen Ablauf nahe. Am 4. Dezember hat Meiser im Präsidium aufgezählt, wen er bisher informiert habe. Im Protokoll steht unter „Dienstag, 28.11.2017“: „Gespräch von Klaus Meiser mit Klaus Bouillon und Annegret Kramp-Karrenbauer und Absprache, wann die Aufsichtsbehörde informiert wird.“

8. Dezember: Die Sportredaktion der Saarbrücker Zeitung erhält einen Hinweis, dass im Saarsport bald eine Bombe platzen werde – ohne konkrete Details. Nun beginnen die Recherchen, nach wenigen Tagen gibt es Anhaltspunkte für finanzielle Unregelmäßigkeiten beim LSVS.

12. Dezember: LSVS-Präsident Klaus Meiser meldet sich überraschend in der SZ-Sportredaktion und bittet um ein informelles Treffen. Er schlägt den 16. Dezember vor. Auf die Frage, ob es dabei auch um die finanzielle Situation des LSVS gehen werde, antwortet er ausweichend.

13. Dezember: LSVS-Präsident Meiser lädt den Gesamtverband des LSVS (die Präsidenten aller dem LSVS angehörigen Sportfachverbände und der kooptierten Mitglie-

der) zu einer außerordentlichen Vorstandssitzung am 18. Dezember ein. Dazu hätten ihn „die jüngsten Erkenntnisse zur Finanzsituation des LSVS“ veranlasst.

14. Dezember: Der SZ-Sportredaktion erhält am Abend konkrete Informationen, dass beim LSVS ein Finanzloch in Höhe von fünf Millionen Euro bestehen soll.

15. Dezember: Die SZ-Sportredaktion beschließt, die Geschichte an die Öffentlichkeit zu gehen. Gegen 13.40 Uhr kontaktiert die SZ den LSVS-Präsidenten Meiser telefonisch, informiert über ihr Vorhaben und bittet um eine Stellungnahme. Mit Verweis auf einen privaten Termin, der um 14 Uhr beginnt, bittet Meiser um die Zusendung der Fragen per E-Mail. Die E-Mail geht um 13.56 Uhr raus, auf eine weitere Bitte um 14.11 Uhr auch an Landtagsdirektor Zeyer. Während die SZ auf die Antworten wartet, fährt Meiser nach dem Termin mit seinem Vorgänger Gerd Meyer an die Sportschule und gibt dem Saarländischen Rundfunk (SR) ein Interview. In diesem Interview benennt Meiser den Hauptgeschäftsführer Hans als Hauptschuldigen für die finanziellen Probleme des LSVS. Hans habe verschwiegen, dass der LSVS seit Jahren mehr Geld ausgehen hat, als er zur Verfügung hatte. Erstmals ist öffentlich von einem möglichen Defizit von bis zu fünf Millionen Euro die Rede. Die SZ erfährt von Meisers Termin mit dem SR und veröffentlicht um 17.19 Uhr, in etwa zeitgleich zum SR, online ihre Recherchen zum LSVS-Skandal. Nach einem erneuten Telefonat mit Zeyer sendet André Forsch, Assistent der Geschäftsführung des LSVS, der SZ um 17.42 Uhr per E-Mail die Antworten zu dem Fragenkatalog zu (siehe auch untenstehenden Text).

16. Dezember: Die gedruckte SZ erschüttert mit den Schlagzeilen: „Finanz-Skandal erschüttert Saarsport“ und „Die Welt des Saarsports gerät aus den Fugen“.

„Kein Personal muss entlassen werden“

So beantwortete Ex-LSVS-Präsident Meiser die ersten Fragen der SZ zum Skandal.

SAARBRÜCKEN (mwe/kai/ta) Mit dem Wissen von heute erscheinen die ersten Antworten des damaligen LSVS-Präsidenten Klaus Meiser auf Fragen der SZ zum Finanzskandal in einem neuen Licht. Die SZ dokumentiert die Korrespondenz am Tag des Bekanntwerdens des LSVS-Skandals, am 15. Dezember 2017. Hier die Fragen an Meiser und die Antworten, überstellt per E-Mail vom Assistenten der Geschäftsführung, André Forsch.

Können Sie ein Haushaltsloch beim LSVS bestätigen? Die Höhe soll bei etwa 5 Millionen Euro liegen, stimmt das?

KLAUS MEISER Eine externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist beauftragt, den Sachverhalt aufzuarbeiten. Da bisher noch keine belastbaren Zahlen vorliegen, bitte ich um Verständnis, dass derzeit noch keine konkrete Aussage getroffen werden kann. Wir müssen allerdings auch nach den vorläufigen Ergebnissen davon ausgehen, dass das Gesamtdéfizit insgesamt 5 Millionen Euro betragen kann.

Seit wann haben Sie Kenntnis von Unregelmäßigkeiten?
MEISER Von Unregelmäßigkeiten

kann voraussichtlich nicht gesprochen werden. Nach bisherigen Erkenntnissen ist über einen längeren Zeitraum seitens des Hauptgeschäftsführers verschwiegen worden, dass die strukturellen Kosten höher als die Einnahmen waren. Man kann allerdings davon ausgehen, dass das Geld ausschließlich für sportliche Zwecke verausgabt wurde.

Wie sind die Unregelmäßigkeiten aufgefallen?
MEISER Die strukturellen Probleme sind bei den Haushaltsvorbereitungen für 2018 durch die Nachfolge der des Hauptgeschäftsführers aufgefallen.

Was ist die Ursache für dieses Haushaltsloch?
MEISER Ursache ist wie zuvor beantwortet, dass die strukturellen Kosten offensichtlich durch die laufenden Einnahmen nicht gedeckt sind.

Welche Rolle spielt der Bau der Multifunktionshalle in den Unregelmäßigkeiten?
MEISER Der Bau der Multifunktionshalle spielt keine Rolle, da es sich hierbei nicht um laufende Kosten handelt.

Wer trägt die Verantwortung für das Haushaltsloch?
MEISER Eine endgültige Aussage hierüber kann erst getroffen werden, wenn alle Prüfungsergebnisse vorliegen.

Ist der LSVS zahlungsunfähig?
MEISER Der LSVS ist zahlungsfähig.

Welche Maßnahmen ergreift der LSVS nun? Kreditaufnahme, Sparkurs, Kürzungen von Zuwendungen, Entlassungen?
MEISER Der LSVS ist unter Mithilfe von Wirtschaftsprüfern und Rechtsanwälten mit Hochdruck dabei, ein Gesamtkonzept zur Aufarbeitung und zu entsprechenden strukturellen Maßnahmen zu erarbeiten. Vorab kann festgestellt werden, dass kein Personal entlassen werden muss. Wir sind zuversichtlich, dass weder die Verbände noch die Vereine negativ betroffen sein werden. Allerdings wird insgesamt ein Sparkurs vorbereitet werden müssen. Die Einzelheiten des zu erstellenden Konzeptes werden in den zuständigen Gremien beraten.

Produktion dieser Seite:
Stefan Regel
Tobias Fuchs

KOLUMNE SAARSPORT-TRIBÜNE

Über die Welt hinter der Schranke

Wer zu Hermann-Neuberger-Sportschule will, muss eine gelb-schwarze Schranke passieren. Hinter der Schranke beginnt die Welt des Saarsports – das haben wir vor einem Jahr geschrieben. Als wir zum ersten Mal über den Finanzskandal beim Landessportverband (LSVS) berichteten, diese Welt erschien uns Journalisten vertraut.

An der Sportschule beobachteten wir Olympiasieger und Hoffnungsträger, führten Interviews in der Mensa, berichteten über Millionenprojekte. Aber auch über Mauselöcher und kleine Merkwürdigkeiten – was Politikern und Funktionären nicht immer gefiel. Betrachteten sie die teure Sportschule doch als makellostes Schmuckstück. Heute wissen wir, dass wir über die Welt hinter der Schranke zu wenig wussten.

Wir haben uns lange auf das Sportliche konzentriert. Während wir uns nun mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, die Athleten aus dem Blick zu verlieren. Das hat auch mit dem Wesen dieses Skandals zu tun. Die Sportler haben ihn nicht zu verantworten. Und es fällt auf, dass keine Topathleten darin

ein Jahr nach Bekanntwerden des Finanzskandals beim Landessportverband wissen wir: Um die Athleten ging es an der Sportschule oft nur vordergründig. Das ist das eigentlich Skandalöse.



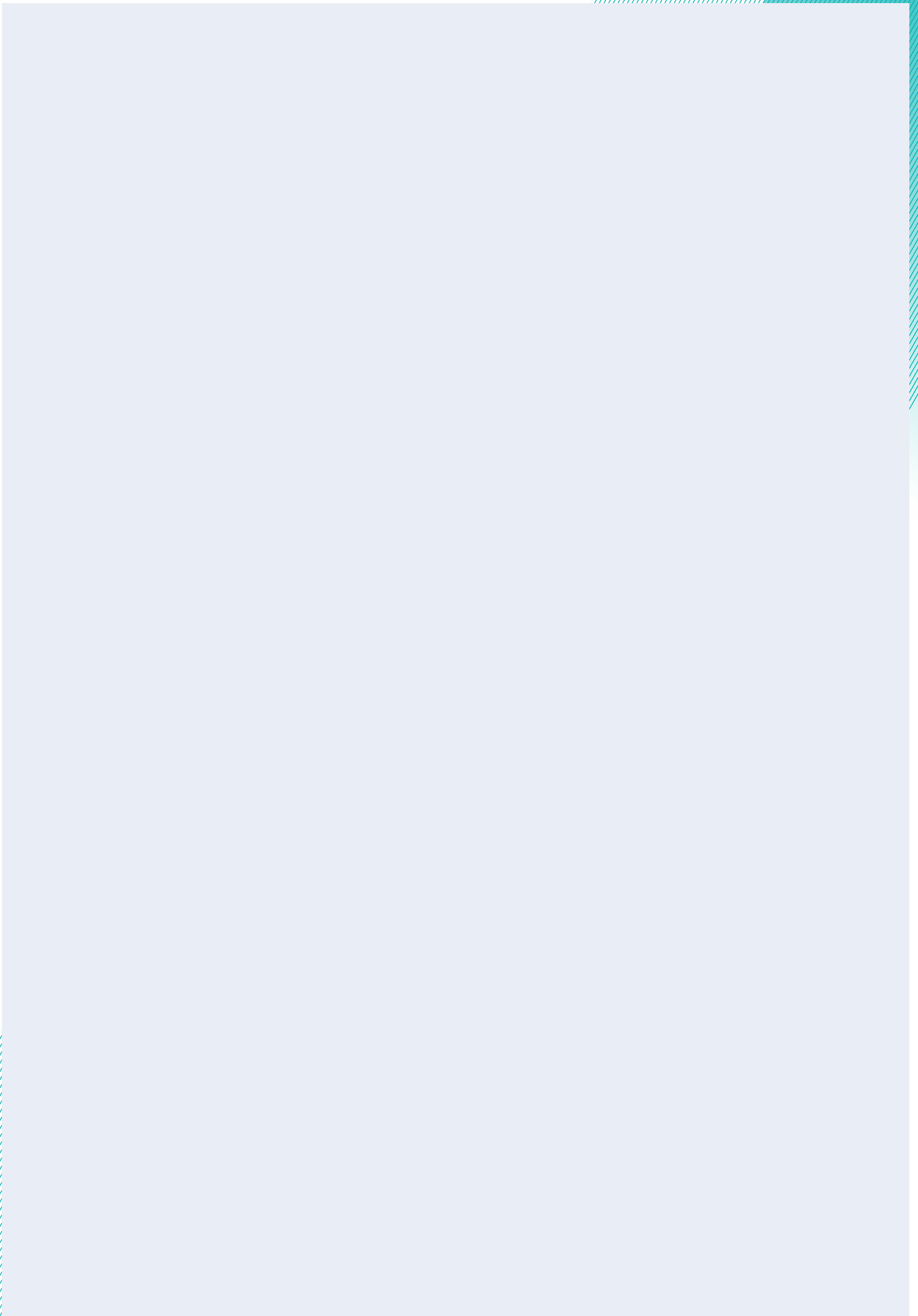
Akteure sind. Während man darüber streiten kann, ob sie von dem fragwürdigen System der Sportförderung profitierten, das mittlerweile einen Untersuchungsausschuss des Landtages und mehrere Gerichte beschäftigt.

Der LSVS habe über seine Verhältnisse gelebt, das gestehen sei-

ne Funktionäre heute ein. „Wir Athleten haben sicherlich nicht über unseren Verhältnissen gelebt.“ Das hat Athletensprecherin Anja Noske vor einem halben Jahr gesagt. Auch das ist wahr.

Wie oft haben auch wir berichtet, dass der Tischtennis-Nationalspieler Patrick Franziska gut 90 000 Euro aus dem sogenannten Verstärkungsfonds erhalten hat? Doch: Was ist das, verglichen mit den vielen Spitzengeldern innerhalb des Verbandes? Laut SR soll allein der Küchenchef der Mensa gut 100 000 Euro verdient haben.

Niemand neidet den Angestellten ihr Einkommen. Nur offenbaren solche Auswüchse das eigentliche Skandalöse an diesem Finanzskandal. Da wäre die organisierte Verantwortungslosigkeit auf allen Ebenen zu nennen, die Selbstbedienungsmentalität vermeintlicher Sportsfreunde, das System kleiner Gefälligkeiten, auch der Machthabererhemaliger Funktionäre. Die Summe all dessen führt zu einem traurigen Ergebnis. Hinter der Schranke ging es um vieles, doch um eines zu oft nur vordergründig: den Saarsport.



Gesellschaft lokal

Das Exotische vor der Haustür

Nirgends kommen wir dem gesellschaftlichen Leben näher als am eigenen Ort und in der Region. Hier ist die Lokalredaktion mittendrin, hier erfährt sie, worüber sich die Menschen freuen und wo sie der Schuh drückt. Die Redaktion geht Gerüchten und Klatschgeschichten ebenso nach wie den Hintergründen von Verbrechen und findet Geschichten voller Emotionen. Und sie zeigt den Leserinnen und Lesern zugleich, dass Gesellschaftsthemen hochpolitisch sind. Ein großes Feld für Lokalreporter, die frei nach Egon Erwin Kischs Vorbild das Exotische in unserer Umwelt aufspüren.

Mit Aufklärung und Transparenz emotionalen Prozess begleitet

Im Herbst 2016 wird eine Freiburger Studentin von einem jungen Flüchtling ermordet. Der Fall löst ein riesiges Medieninteresse aus. Von der Badischen Zeitung fordert der Prozess eine enorme Teamleistung. Sie berichtet engagiert und ohne Emotionen zu schüren, stellt konsequent die Belange des Opfers in den Vordergrund.

Die gerichtliche Aufarbeitung des Falls ist für die Redaktion eine Herausforderung. Wie findet man das richtige Maß in der Berichterstattung? Wie trifft man den richtigen Ton? Vor dem Prozessauftritt entwickelt ein Orga- und Reporterteam Themen und Strategien. Die Maßgabe lautet: keinesfalls voyeuristische Interessen bedienen und stets die Belange des Opfers in den Vordergrund stellen.

Die Redaktion will den Leserinnen und Lesern ein klares Bild darüber verschaffen, was eigentlich passiert war und ist. Kein Betroffenheitsjournalismus, sondern Recherche und Aufklärung. Die Journalistinnen und Journalisten klären, welche Rolle die Behörden spielen, sie decken Defizite und Pannen auf. Sie stellen Ermittler und Vertreter der Justiz vor, erklären deren Arbeit. Vor allem erläutert die Redaktion immer wieder die eigene Vorgehensweise und sorgt für Transparenz. Regelmäßig produziert sie Zusammenfassungen, damit die Leser den Überblick behalten können.

Erstmals berichtet die Redaktion mit einem Liveticker direkt von der Gerichtsverhandlung. Die Redakteure tickern aus dem Gerichtssaal und produzieren journalistische

Protokolle, um die zu erwartenden Urteile für die Leserschaft nachvollziehbar zu machen.

Dies erfordert einen enormen Ressourceneinsatz: In der Regel sind pro Verhandlungstag drei Redakteure im Einsatz. Ein Kollege konzentriert sich auf die Berichterstattung im Print, ein Kollege tickert, und eine Kollegin kontrolliert und prüft im Backoffice jeden einzelnen Ticker-Beitrag.

Die Verhandlung fördert jede Menge Stoff zum Nachrecherchieren zutage, etwa die Zustände rund um die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Das beschäftigt das Team über die gesamte mehrmonatige Prozessdauer.

Entstanden sind weit über 100 Beiträge sowohl für die gedruckte Zeitung als auch in speziellen digitalen Formaten. Einzelne Beiträge werden mehr als 100.000 Mal aufgerufen.

Mit derselben Strategie und demselben Aufwand berichtet die Redaktion über den jahrelangen sexuellen Missbrauch eines neunjährigen Jungen im Breisgau, der ebenfalls 2018 in Freiburg verhandelt wird. Auch hier setzt die Redaktion auf die Aufklärung der komplizierten Hintergründe.

Tipp:

„So ein Verfahren mit zahllosen thematischen Verästelungen verlangt einen gut geplanten Personaleinsatz. Das konnte nur gelingen, weil wir die redaktionelle Arbeit konsequent auf diese uns sehr wichtigen Themen ausgerichtet haben.“

Kontakt: Uwe Mauch, Leiter der Lokalredaktion Freiburg, T +49 761 / 496 520-0, mauch@badische-zeitung.de

Medium: Badische Zeitung
Auflage: 140.000

Verbreitungsgebiet: Südbaden
Anzahl Lokalteile: 21
Redaktionsgröße: 150

Link zu den Online-Dossiers:
www.badische-zeitung.de/kindesmissbrauch-breisgau
www.badische-zeitung.de/fall-maria-l

Badische Zeitung

Freiburg · Freitag, 23. März 2018
<http://www.badische-zeitung.de/sie-sind-uns-ein-raetsel-geblieben>



„Die Bürger der Stadt Freiburg können aufatmen und ein weiteres Stück Normalität wiedererlangen“, sagen die Eltern des Opfers. FOTO: DPA

„Sie sind uns ein Rätsel geblieben“

Gericht sieht im Alkohol- und Drogenkonsum von Hussein K. keine strafmildernden Umstände / Bewegende Worte der Eltern des Opfers

Von Frank Zimmermann

Etwa 100 Meter entfernt vom Eingang des Gerichts, bewacht von einer Schar von Polizisten, protestiert am Donnerstagfrüh ein kleines Grüppchen der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD, gegen die ihrer Meinung nach verfehlte Flüchtlingspolitik. Hätten die jungen Männer mit Mützen und Sonnenbrillen keine Mikrofonanlage aufgebaut, die bis in Saal IV des Landgerichts zu hören ist, würde man sie wohl kaum beachten. Fröhlich postieren sich drinnen Kameramänner und Fotografen vor der Anklagebank. Gegenüber, auf den Plätzen der Nebenklage, sitzt Anwalt Bernhard Kramer, er wird später sagen: „Es ist ein gerechtes, richtiges Urteil.“

Die Eltern des Opfers, Friederike und Clemens Ladenburger, sind zum Urteil nicht erschienen. Sie haben das den gesamten Prozess über so gehalten. Am Donnerstagmittag erklären sie, das Urteil „mit großem Respekt“ zur Kenntnis genommen zu haben. Der Mord sei „angemessen geahndet worden“. Weiter sagen sie in der von Anwalt Kramer versandten Erklärung: „Es ist uns wichtig, dass das Gericht die besondere Schwere der Schuld festgestellt hat, die der Täter

auf sich geladen hat. Nicht minder bedeutsam ist die vorbehaltene Sicherungsverwahrung, mit der der Rechtsstaat die Allgemeinheit in Deutschland und Europa dauerhaft vor einem hochgefährlichen Menschen schützen kann.“ Innen selbst habe der Prozess bei der Bewältigung des Schicksalsschlags weitergeholfen.

Auf das große mediale und öffentliche Interesse nimmt die Vorsitzende Richterin Kathrin Schenk in ihrer 90-minütigen Urteilsbegründung mehrfach Bezug. Gleich zu Beginn sagt sie: „Dies ist eine Tat, die nicht von einem Flüchtling, nicht von einem unbegleiteten minderjährigen Ausländer und nicht von einem Mann, sondern von einem Menschen begangen wurde, der allein für die Tat verantwort-

lich ist.“ Die Aufgabe des Verfahrens, die Tat zu klären und zu ahnden, sei nicht leicht gewesen, denn – nun wendet sich die Richterin an den Angeklagten: „Sie sind uns ein Rätsel geblieben.“

Es sei, resümiert Schenk, letztendlich unklar, was dazu geführt habe, dass „Sie trotz guter Anlagen und Startbedingungen in Deutschland zu der Persönlichkeit geworden sind, die Maria Ladenburger ermordet hat“. Anders als K.s Verteidiger Sebastian Glathe sieht das Gericht keine strafmildernden Umstände durch Alkohol- und Drogenkonsum; K. sei auch nicht krank. Vielmehr habe er kognitive und motorische Leistungsfähigkeit bewiesen. Bestärkt sieht sich das Gericht durch Videoaufnahmen aus der Tatnacht – weder

seien Auffälligkeiten noch alkoholbedingte Ausfallerscheinungen zu sehen.

Zentral für die „besondere Schwere der Schuld“ ist K.s Tat 2013 auf der griechischen Insel Korfu, für die er wegen versuchten Mordes und Raubs verurteilt wurde. Wer einen Menschen aus zehn Metern hinunterstürze, könne nicht ernsthaft auf einen glücklichen Ausgang vertrauen, so Schenk. Ein sexuelles Motiv kann das Gericht – anders als Oberstaatsanwalt Eckart Berger – bei der damaligen Tat nicht erkennen.

Von drei infrage kommenden Mordmerkmalen im Freiburger Fall stellt die Kammer am Ende nur die Verdeckung einer Straftat (die schwere Vergewaltigung) fest. Auch wenn K.s Geständnis im Wesentlichen im Einklang mit den rechtsmedizinischen und kriminaltechnischen Ergebnissen stehe, sieht das Gericht zahlreiche seiner Aussagen als widerlegt an.

Mit ergreifenden Worten verabschieden sich die Eltern von ihrer ermordeten Tochter: „Maria war für uns ein großer Sonnenschein und wird es immer bleiben. Sie lebte Nächstenliebe und Solidarität, versprühte Hoffnung, steckte andere an mit ihrer Lebensfreude und wandte sich einfühlend jedem zu, der ein gutes Wort und tätige Hilfe brauchte. Ihr Leben überstrahlte, auch heute, alles Dunkel.“

WIR ÜBER UNS

NAMENSNNUNG

Die Badische Zeitung nennt bei Verbrechen keine Namen von Tätern oder Tatverdächtigen, sie nennt aus Respekt vor den Opfern und deren Angehörigen aber auch keine vollständigen Namen der Opfer. Daher wurde im Mordfall an der Dreisam bislang stets der Name der getöteten Studentin mit Maria L. angegeben.

Nun haben deren Eltern und Geschwister in Zusammenarbeit mit der Universität Freiburg eine Stiftung eingerichtet, die auch ein Vermächtnis ist. Sie haben dieser in Erinnerung an Maria den Namen Maria-Ladenburger-Stiftung gegeben. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, fortan den vollen Namen des Mordopfers zu nennen. **BZ**

Chronologie einer aufwändigen Wahrheitssuche

Anfang September 2017 hat der Prozess gegen Hussein K. begonnen – und nähert sich nun dem Urteilspruch

Der Prozess gegen Hussein K. hat am Freitag seinen 23. Prozessstag erreicht und damit den Drittlezten. Wir dokumentieren in Auszügen die wichtigsten Stationen des Verfahrens.

- **5. September 2017: Prozessauf-takt.** Am ersten Tag des Prozesses gibt der Angeklagte Hussein K. zu, in Bezug auf sein Alter gelogen und sich jünger gemacht zu haben, um die Vorzüge eines minderjährigen Flüchtlings in Anspruch zu nehmen.
- **11. September 2017: Hussein K. gesteht.** Der zweite Prozessstag hatte mehrere Paukenschläge zu bieten. Hussein K. legte zunächst ein Geständnis ab. Er gab zu, Maria L. am 16. Oktober 2016 auf dem Radweg an der Dreisam gewürgt, vergewaltigt und getötet zu haben.
- **10. Oktober 2017: Jugendamt und Pflegemutter.** Das Jugendamt des Kreises Breisgau-Hochschwarzwald hatte laut Aussage vor Gericht fast ein Dreivierteljahr keinen direkten Kontakt zu Hussein K. In der Vernehmung der Pflegemutter wurde deut-



Ankläger Eckart Berger FOTO: DPA

lich, dass diese nicht ahnte, dass Hussein K. ein verurteilter Straftäter ist und während seines Aufenthaltes in ihrem Haus erneut zu einem wurde.

- **7. November 2017: Altersgutachten.** Zwei Gutachter kommen zu dem Ergebnis, dass der Angeklagte bei der Tat älter

als 21 Jahre alt war. Gutachterin Ursula Wittwer-Backofen geht von einem Alter zwischen 22 und 26 Jahren aus, Gutachter Andreas Schmeling von einem wahrscheinlichen Alter von 22 bis 23 und einem Mindestalter von 19 Jahren.

- **8. Dezember 2017: Telefonat mit dem toten Vater.** Der fünfzehnte Verhandlungstag endete mit einer Überraschung: Das Gericht hat mit einem Mann im Iran telefoniert, der sich als Gholam K. und als Vater des Angeklagten identifiziert. Es gebe eine Geburtsurkunde des Angeklagten – und er nannte ein Geburtsdatum, das im iranischen Kalender jedoch keinen Sinn machte.

- **8. Januar 2018: Das gecrackte iPhone.** Eine externe Firma hatte das iPhone des Angeklagten für die Ermittler gecrackt. „Es ist alles absolut stimmig“, sagte der Ermittler über die Daten. Diese zeigten sogar, wann der Angeklagte die Böschung der Dreisam hochgegangen war – und gaben auch Aufschluss über die wahrscheinliche

Dauer der Tat – eine Stunde und zwanzig Minuten.

- **25. Januar 2018: Aussage der griechischen Ermittler.** Wie 2014 der als Mordversuch gewertete Angriff von Hussein K. auf eine Studentin auf der Insel Korfu abgelaufen ist, erklären griechische Polizisten, die eingeflogen worden sind.
- **2. März 2018: psychiatrisches Gutachten über Hussein K.** Das Gutachten des forensischen Psychiaters beschreibt Hussein K. als „manipulativ und als Person mit psychopathischen Zügen“.
- **9. März 2018: Plädoyer I.** Oberstaatsanwalt Eckart Berger fordert lebenslange Haft mit Sicherungsverwahrung.
- **12. März 2018: Plädoyer II.** Es folgen noch die Schlussworte von Nebenklage und Verteidigung.
- **22. März 2018: Der Prozess endet mit dem Urteil des Gerichts.** **10**

► Eine vollständige Übersicht gibt's auf mehr.bz/chronikdreisammord

Säuglingssterben in Neukölln: Was steckt hinter den Zahlen?

In Neukölln ist die Säuglingssterblichkeit viel höher als im Rest Berlins. Ein Stadtrat vermutet, das liege an muslimischen Verwandtenehen. Damit löst er ein virales Beben aus. Zwei Reporter der Berliner Morgenpost gehen dem Thema nach und finden heraus: Verwandtenehen sind ein Problem, doch die Statistik ist wertlos.

Am Anfang der Geschichte stehen dramatische Zahlen: Im Bezirk Neukölln sterben fast doppelt so viele Säuglinge wie im Rest Berlins. Der Gesundheitsstadtrat des Viertels mit einer hohen Quote von Einwanderern unter den Bewohnern nennt eine Häufung von Verwandtenehen als mögliche Ursache. Damit löst er eine Kette von Reaktionen aus. Im Netz wird die These tausendfach kommentiert. Bald geht es nicht mehr um die Sache, sondern um Emotionen.

Julius Betschka und Martin Nejezchleba von der Berliner Morgenpost recherchieren die Frage, warum in Neukölln mehr Babys als im Rest der Stadt sterben, über vier Monate. Ihr Anspruch ist es, ein tabuisiertes Thema so unvoreingenommen, exakt und packend wie möglich zu erzählen.

Viele Mediziner und Sozialarbeiter, mit denen sie sprechen, reagieren verunsichert. Zahlreiche Ärzte wollen nicht mit ihnen reden: Zu oft werde nicht exakt berichtet, man wolle nicht im falschen Licht dastehen, das Thema sei zu heikel.

Die Reporter merken schnell, dass der Fall sehr vielschichtig ist. Nach Recherchen in Statistiken, nach

unzähligen Gesprächen mit Experten und Betroffenen wird klar: Die Fallzahlen sind viel zu gering. Letztlich hat die Statistik, die die Debatte auslöste, keine belastbare Datenbasis.

Doch wie lässt sich die Säuglingssterblichkeit erklären? Dazu tragen Betschka und Nejezchleba Theorien zusammen, gleichen sie mit Forschungen und Statistiken ab und konfrontieren Experten mit den Ergebnissen. Schließlich ist klar, dass an der Theorie mit den Verwandtenehen etwas Wahres dran ist. Die Reporter finden eine türkische Familie, die offen über ihre Erfahrungen spricht. Die Eheleute sind Cousine und Cousin und haben eine behinderte Tochter. Sie sind glücklich miteinander und warnen doch klar vor Verwandtenehen.

Obwohl die Autoren so viele Fakten wie möglich sammeln, bleiben Fragen offen. Auch das macht der Text klar: Wann wird Aufklärung zu Stigmatisierung, wann Verschweigen zum Problem?

Kurz vor der Veröffentlichung des Textes gibt der Gesundheitsstadtrat eine Studie in Auftrag. Sie soll aufklären, woran die Babys gestorben sind. Wie die Recherchen aber zeigen, könnte das nahezu unmöglich sein.

Tipp:

„Bei einem derart kontroversen Thema ist vor allem eines entscheidend: reden. Wir Autoren haben immer wieder im Gespräch unsere eigene Haltung einem Faktencheck unterzogen – und uns die Frage gestellt: Ist die Wahrheit doch komplizierter?“

Kontakt: Martin Nejezchleba, Reporter,
T +49 30 / 887 277 865,
martin.nejezchleba@morgenpost.de

Medium: Berliner Morgenpost

Auflage: 80.000

Verbreitungsgebiet: Berlin

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 100

Die toten Babys von Neukölln

In keinem anderen Bezirk Berlins sterben so viele Säuglinge. Die Ehe unter Verwandten sei ein Grund, sagt der Stadtrat für Gesundheit. Ihm wird deshalb Rassismus unterstellt

J. BETSCHKA UND M. NEJEZCHLEBA

Der Junge kommt mit 1940 Gramm und 46 Zentimetern zur Welt. An einem kühlen Montag im April, zwei Wochen vor dem Geburtstermin, um 21 Uhr und zehn Minuten. Keine zehn Minuten später ist das Baby tot. Sterbeort: ein Kreißsaal in Neukölln. Als Todesursache notiert eine Ärztin auf den rosafarbenen Leichenschauchein: Herztillstand. Statistischer Krankheitscode: Q87. Das steht für angeborene Fehlbildungen. Ein Gendefekt. Die Mutter wusste schon seit Monaten von der schweren Erkrankung ihres Babys.

In keinem anderen Berliner Bezirk sterben so viele Säuglinge wie in Neukölln. Von 1000 Babys überleben im Schnitt 5,3 das erste Lebensjahr nicht. Zum Vergleich: In Steglitz-Zehlendorf liegt die Rate bei 1,4, in ganz Berlin bei 3,1. In einem Bericht des Neuköllner Gesundheitsamtes von Juni 2018 steht dazu folgendes: Die Sterberate sei fast doppelt so hoch wie im Rest Berlins, stark gefährdet seien die Kinder ausländischer Eltern. Und: „Besonders alarmierend“ sei, dass die Säuglingssterblichkeit in Neukölln steige – „ganz im Gegensatz zur generellen Entwicklung in Berlin und Deutschland“, so der Bericht.

Das alles jagt Medizinern einen Schrecken ein, stellt Experten vor Rätsel. Säuglinge sterben und niemand weiß warum – ein Horrorszenerario. Ein Stadtrat sieht die Chance, etwas zu bewegen – und blickt sich auf den brüchigen Grat zwischen Aufklärung und Populismus.

Ein Mann, der den Dingen auf den Grund geht

Seinen Anfang nimmt das alles mit einer Pressemitteilung. Sie stammt von Falko Liecke (CDU), seit neun Jahren Stadtrat in Neukölln, seit sieben Jahren für Jugend und Gesundheit zuständig, seit zwei Jahren stellvertretender Bürgermeister. Liecke ist ein Mann mit entschlossenem Blick und auf Linie getrimmtem Bart. Wenn er sich selbst beschreibt, spricht er von einem Mann, der auch die unschönen Probleme kompromisslos angeht, der sich nicht in ideologische Schranken weisen lasse. Von einem, der den Dingen auf den Grund geht – und selbst Kritiker schützen ihn dafür. Am ersten Juni dieses Jahres gibt dieser Mann in der Pressemitteilung bekannt, welches Problem er als nächstes ins Visier nimmt: die hohe Säuglingssterblichkeit. Er werde intensive Maßnahmen einleiten, damit weniger Kinder im ersten Lebensjahr sterben – so die Definition von Säuglingssterblichkeit. Zunächst gelte es aber, die Ursachen zu finden. Doch: Noch bevor er zu suchen beginnt, benennt er schon Möglichkeiten. Vielleicht liege alles an ärztlicher Unterversorgung. Oder an einer „Häufung von Verwandtenehen“.

Nicht mehr als ein Nebensatz. Aber der wird zum Epizentrum eines politischen Erdbebens. Er löst eine Kette von Reaktionen aus, die selbst der entschlossenste Stadtrat nicht einzufangen vermag. Noch am selben Tag sputet ein Bundestagsabgeordneter der AfD Liecke These auf Facebook zu, macht aus ihr eine hetzerische Kausalkette: Türkisch-arabische Migranten führten zu vielen Cousinenehen. Viele Cousinenehen zu vielen missgebildeten und toten Kindern. Die Geschichte der toten Babys von Neukölln verbreitet sich über die sozialen Medien rasend, wird Thema in rechten Facebook-Foren. Von linker Seite heißt es schnell: Rassismus. Schließlich hatte die AfD nur Wochen zuvor mit einer Anfrage zu Verwandtenehen einen Eklat im Bundestag ausgelöst.

Liecke wird im Neuköllner Bezirksparlament mit parlamentarischen Anfragen von Grünen, Linken und SPD über-

häuft. Sein Vorgesetzter, der Bezirksbürgermeister der SPD, Martin Hikel, sagt: „Wir benötigen mehr Fakten und Netzwerkarbeit statt vorläufiger Schlüsse.“ In Zeitungsartikeln werden internationale Mediziner als Beweis für Lieckes vermeintlichen Rassismus angeführt. Lieckes Antwort: „Politikern Rassismus vorzuerwerfen ist einfach. Das Problem zu lösen nicht.“

Hier also beginnt die Spurensuche. In einem Bezirk geprägt von kultureller Vielfalt, Armut und Möglichkeiten. Ein Bezirk, der in vielen Medienberichten nicht ohne das Attribut „Problem“ ausgetauscht. Ähnlich wie Duisburg-Marxloh oder Köln-Chorweiler. Neukölln gilt einigen als Testlabor für die Bundesrepublik. Was läuft hier schief?

Einen Monat nach dem Beben beginnt Liecke mit den Aufklärungsarbeiten. Der Stadtrat empfängt in seinem Büro im Rathaus Neukölln. Am Anzugreifer trägt er das Wappen seines Bezirks. Er verschränkt die Arme, als er sich in den Bürostuhl lehnt. Als CDU-Mann in Neukölln sei er ja heftige Kritik gewohnt. Aber die Emotionalität, mit der das Thema diskutiert werde, das könne er nicht nachvollziehen. Man könnte sagen: Das Beben war so schwer, dass es den Stadtrat ordentlich durchgeschüttelt hat. Der Assistent des Stadtrats hat auf dem Konferenztisch einen Stapel aufgebaut: Zeitungsartikel, ein Fachartikel, eine Studie der Oxford University, eine Präsentation mit dem Titel „Das konsanguine Paar – was der Arzt wissen muss“. Das Wort „konsanguin“, es gehe ihm noch schwer über die Lippen, sagt Liecke. Er lerne vieles erst im Zuge der Recherchen. Unter anderem das: Als konsanguin werden Ehen von blutsverwandten Paaren bezeichnet, beispielsweise Cousins und Cousinen. Im Gegensatz zu Inzest ist das in den meisten Rechtssystemen erlaubt. Liecke blättert, tippt auf einen Stichpunkt auf Seite vier. Dort steht, bei konsanguinen Partnern verdoppelt sich die Gefahr, dass Kinder behindert auf die Welt kommen. Nur weil das Thema heikel ist, solle er ihm nicht nachgehen“, fragt Liecke. „So bin ich nicht gestrickt.“

Politikern Rassismus vorzuwerfen ist einfach. Das Problem zu lösen nicht.

Falko Liecke (CDU), Gesundheitsstadtrat von Neukölln



Frägt man ihn, ob er das Heiraten zwischen Cousins und Cousinen problematisch finde, atmet er tief durch – und versucht sich an einer Antwort: Das habe ja schon etwas mit kultureller Entwicklung zu tun, das seien ja oft Zwangsehen, zu einer liberalen Gesellschaft passe das nicht, fördere Parallelschichten. Liecke räuspert sich und sagt: „Ein Buschlowsky hätte das bestimmt drastischer formuliert.“ Doch die Suche nach den Ursachen, sie beginnt erst.

Eine Ursache könnte rund fünf Kilometer südlich von Lieckes Büro liegen. Erster Stock: die pädiatrische Intensivstation im Vivantes Klinikum Neukölln. In Zimmer 208 türmen sich Bildschirme, winden sich Drähte und Schläuche über Säuglingsbetten. Eine Frau start von einem Hocker in den abgedunkelten Raum. Ein Säugnapf bedeckt fast die ganze Brust des winzigen Babys im Krankenbettchen, hämmert auf und ab. Das Kind kam mehrere Monate zu früh, hat eine angeborene Fehlbildung. 3000 Babys kommen hier jährlich zur Welt. Die Klinik ist spezialisiert auf Frühchen und Neugeborene mit schweren Erkrankungen, komplizierte Fälle aus ganz Berlin werden hier behandelt. Chefarzt Rainer Rossi leitet seit 22 Jahren die Kindermedizin. Über die vielen toten Säuglinge in Neukölln sagt Rossi: „Wir sind erschrocken und müssen dem nachgehen.“

Hört man sich unter Frauen- und Kinderärzten in Berlin um, lautet eine Theorie: Rossis hochspezialisierte Klinik sei ein Grund, warum in Neukölln mehr Säuglinge sterben als anderswo: Je komplizierter die Fälle, desto größer die Gefahr von Fehl- und Totgeburten. Außerdem, sagen Ärzte, nähmen die Spezialisten dort viele späte Abtreibungen vor, die auch in die Statistik der toten Säuglinge einfließen würden.

In einem Bericht der Gesundheitsverwaltung heißt es außerdem: Fast ein Drittel der Todesfälle seien auf ein niedriges Geburtsgewicht zurückzuführen, der Anteil solcher Neugeborenen sei in Neukölln deutlich über dem Berliner Durchschnitt. Es sei anzunehmen, dass die Säuglingssterblichkeit dort auch deshalb so hoch sei. Der Chefarzt selbst erklärt dazu: „Bei uns werden auch solche Todesfälle dokumentiert, wenn extra Frühgeborene vor jeglicher Behandlungsfähigkeit geboren werden und dann – medizinisch korrekt – ohne Behandlung sterben.“ Ist also alles nur eine Sache der Statistik?

So einfach ist es nicht. Eine Anfrage der Berliner Morgenpost beim Berliner Amt für Statistik ergibt: Nicht der Sterbort der Säuglinge zählt für die Statistik, sondern der Wohnort der Mütter. So richtig bewusst war das in Neukölln nur wenigen. Die Spezialklinik kann also nicht schuld sein. Warum aber sterben die Kinder? Chefarzt Rossi nennt soziale Unterschiede als möglichen Grund. Die Neuköllner Klientel, gerade türkische und arabische Migranten, gehe zwar oft zum Arzt, aber eher bei akuten Beschwerden. „Vorsorgeuntersuchungen und dauerhafte langfristige Betreuungsnachfrage sind hingegen oft schwer zu vermitteln“, so Rossi. Und so würden Probleme in der Schwangerschaft oft zu spät auffallen. Aber: Bislang sei das Spekulation. Erst eine Datenauswertung könne klären, was genau das Problem sei. Denn im Bezirk Mitte ähneln sich die sozialen Probleme. Dennoch sterben dort wesentlich weniger Babys – die Zahl dort liegt etwa im Berliner Durchschnitt.

Auch deshalb hat der Vorstoß von Gesundheitsstadtrat Liecke nicht nur im Krankenhaus für Aufregung gesorgt. Alle, die in Neukölln mit dem Thema zu tun haben, sind verunsichert und alarmiert“, sagt Susanne Butscher. Die Sozialpädagogin, schulterlange Haare,



Piercing in der Nase, arbeitet in der Schwangerschaftsberatung Lydia im Neuköllner Norden. Butchers Schwangerschaftsberatung ist eine von nur zwei im ganzen Bezirk. Rund 2500 Frauen beriet sie 2017 mit ihren Kolleginnen, wenn es um die Suche nach Hebammen ging, um finanzielle Anträge und Vorsorgeuntersuchungen. In ihrem kleinen Büro klingelt ständig das Telefon. Terminanfragen. Sie muss alle absagen. Nichts mehr frei diesen Monat.

In die Beratung von Butscher kommen vor allem türkische und arabische Frauen, in den letzten Jahren immer mehr Roma: „Gerade diese Frauen sind oft sehr jung und kriegen teilweise fünf Kinder in vier Jahren.“ Auch das sorge für ein niedriges Geburtsgewicht der Säuglinge. Ein Risikofaktor. Dazu, sagt Butscher, sprächen viele nur schlecht Deutsch und kämen erst gegen Ende der Schwangerschaft zu ihr, wenn es für langfristige Beratung schon zu spät sei.

So auch die Libanesin Rana K. – die Butscher, sprächen viele nur schlecht Deutsch und kämen erst gegen Ende der Schwangerschaft zu ihr, wenn es für langfristige Beratung schon zu spät sei. Sie ist im siebten Monat schwanger und sitzt zum ersten Mal in der Beratung. Es geht um finanzielle Unterstützung, deshalb kommen die meisten. K. sagt, sie ist alleinerziehend. Und: „Ich brauche das Geld für das Notwendigste.“ Windeln, Medizin, so was. Sie ist arbeitslos, wohnt mit drei Geschwistern bei den Eltern. Das Gespräch mit Butscher ist schnell vorbei, nachdem die Geldfrage geklärt ist. Butscher: „Viele kommen, weil sie gehört haben, dass sie hier Geld beantragen können.“ Was Beratung darüber hinaus leisten könne, davon hätten die wenigsten eine Vorstellung. Das sei schon frustrierend. Und gesundheitliche Probleme, wie Schwangerschaftsdiabetes



Yilmaz und Aysel Z. mit ihrer kranken Tochter Läle

Wir sagen heute allen, dass es nicht normal ist, Verwandte zu heiraten

Yilmaz Z. hat in der Türkei seine Cousine geheiratet, ihre Tochter ist schwerbehindert

oder Fehlbildungen, fielen so erst spät auf. Oder nie.

Überlastete Beratungsstellen, fehlendes Verständnis für Beratung – das könnten Gründe sein dafür, dass in Neukölln mehr Säuglinge sterben als anderswo. Und die Verwandtenehen, sagt die Sozialpädagogin. Das muss auch Gesundheitsstadtrat Liecke bestätigen. Wie viele Paare im Bezirk tatsächlich blutsverwandt sind, wie viele von ihnen Kin-

der gezeugt haben, das weiß niemand. „Viele heiraten ja gar nicht standesamtlich, sondern nach islamischem Recht“, sagt Butscher. Die seien nirgendwo erfasst. Was sie aber weiß: 2017 gab es in der Schwangerschaftsberatung nur einen einzigen Fall, in dem es schwere Komplikationen gab, weil die Eltern blutsverwandt waren.

Wichtiger sei ohnehin, die Beratungsangebote auszubauen. Sie legt eine bunte Broschüre vor sich auf den Tisch, blättert. Das Elternbegleitbuch des Bezirks Neukölln: die Texte sind nur auf Deutsch, die Kinder auf dem Fotos sind

Aktion „Gemeinsame Sache“ fördert den guten Bürgersinn

Mit seiner Aktion „Gemeinsame Sache“ gibt der Tagesspiegel dem Bürgersinn ein Gesicht. Die Zeitung ruft die Menschen auf, sich für eine lebenswerte Stadt, einen gepflegten Kiez, gute Nachbarschaft und soziale Projekte einzusetzen. Mit Erfolg. Rund 250 Berliner Initiativen und Einrichtungen machen mit.

Der Tagesspiegel fördert seit 2012 mit der Aktion „Gemeinsame Sache“ das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement in Berlin. Die Zeitung mobilisiert jährlich zur Teilnahme an einem stadtweiten Aktionstag: In allen Berliner Bezirken gehen Initiativen in die Öffentlichkeit, um Gutes für die Stadt zu tun – als Demonstration des guten Bürgersinns.

Rund 250 Kiezprojekte, Vereine, Kirchen, Kitas, Schulen, Flüchtlingsinitiativen oder Unternehmen aus allen Teilen Berlins haben jeweils 2017 und 2018 mitgemacht. Bürgerinitiativen, Quartiersräte, Hausgemeinschaften, Vereine, Eltern und Erzieherinnen und Erzieher von Kindertagesstätten, Lehrerinnen und Lehrer und ihre Schulklassen oder Kirchengemeinden geben dem Bürgersinn ein Gesicht. Sie verschönern ihr Wohnumfeld, pflegen Grünanlagen, beseitigen Nazischmierereien, lackieren Parkbänke neu, renovieren soziale Einrichtungen und Schulen, unterstützen Flüchtlinge und Bedürftige. Auch Handwerker, Betriebe, Unternehmen mit ihren Beschäftigten beteiligen sich an Projekten. Alle Initiativen zeigen, welch vielfältiges bürgerschaftliches Engagement es in Berlin gibt.

In der Zeit vor den Aktionstagen werden über fünf Wochen lang täglich in der gedruckten Zeitung und online beeindruckende Initiativen vorgestellt, um ihre Arbeit, die sonst oft zu wenig Beachtung findet, zu würdigen. Alle Berichte werden für die Online-Präsentation eigens aufbereitet und mit zusätzlichen Informationen angereichert. Außerdem wird auch über die zwölf digitalen Bezirksnewsletter des Tagesspiegels für die Aktion geworben.

Auf der Anmeldeseite können die Besucherinnen und Besucher sehen, wo es in ihrer Nachbarschaft Projekte gibt, die noch Mitstreiter für ihre Aktivitäten an den Aktionstagen suchen. Viele Initiativen haben dadurch in den vergangenen Jahren neue Mitglieder gewinnen können.

Während der Aktionstage besucht ein Reporterteam sämtliche Initiativen und berichtet im Print und online ausführlich über sie. Abschließend werden die freiwilligen Helferinnen und Helfer zu einer Danke-Party im Verlagshaus eingeladen.

Die Zeitung will mit der Aktion nicht nur das ehrenamtliche Engagement der Menschen würdigen, sondern auch selbst zu einer bürgerschaftlichen Vernetzung beitragen.

Tipp:

„Zeitung machen heißt, auch mal selbst für gute Nachrichten zu sorgen: etwa mit Geschichten über engagierte Menschen, deren Einsatz üblicherweise keine Nachricht ist, die aber essenziell für unsere demokratische Gesellschaft sind.“

Kontakt: Gerd Nowakowski,
Leitender Redakteur,
T +49 30 / 260 211 470-1,
gerd.nowakowski@tagesspiegel.de

Medium: Der Tagesspiegel
Auflage: ca. 115.000 (350.000 Leser)
Verbreitungsgebiet: Berlin und
Brandenburg, teilweise bundesweit
Anzahl Lokalteile: 1
Redaktionsgröße: ca. 130 Köpfe

GEMEINSAME SACHE Wir alle helfen mit – am Aktionstag engagieren sich Tausende Berliner in allen Bezirken:

Gut gemacht, Nachbarn

Helfen, wo Hilfe benötigt wird – damit Berlin schöner und lebenswerter wird. Initiativen, Kitas, Schulen, Kirchengemeinden, soziale Träger und Unternehmen zeigen an den Aktionstagen in allen Bezirken, wie unverzichtbar freiwilliger Einsatz ist. Und am heutigen Sonnabend geht es weiter

AKTIONSTAGE
7. und 8. September

PARK-EISENBAHN WUHLHEIDE
Im Bahnbetriebswerk, der Schaltzentrale der Parkseisenbahn Wuhlheide in Köpenick, wuseln rund 20 Azubis der BVG herum. Gleisbau-Azubis im ersten und zweiten Lehrjahr. Mit Schottergabeln, Gleishebern und Stopfern verlegen sie ein Stück Gleis in schweißtreibender Handarbeit, überwacht von ihrem Teamleiter Thorsten Schaeffer. Seit 2007 sind die BVG-Azubis regelmäßig in der Wuhlheide mit einer Hilfsaktion für die Parkseisenbahn aktiv, sagt Schaeffer, ein Zweimetermann mit glatt rasiertem Schädel. In der Wuhlheide können die jungen Männer über, eine „Nulltage“ herzustellen, ein völlig waagerechtes Gleis. Brauche man auch bei der BVG, solche Nulltagen, sagt Schaeffer. Und Handarbeit bei Sonne oder Regen sei bei den vielen kleinen Reparaturarbeiten im Gleisnetz von U- und Straßenbahn auch eher die Regel als die Ausnahme. „Fitnessstudio und Solarium braucht hier keiner mehr.“ *loy*



PUTZAKTION IN KAULSDORF-NORD

OBDACHLOSEN-CAFÉ SCHÖNEBERG
Für 20 Cent erhält in der Wohnungslosentagesstätte jeder ein gelbes Handtuch und eine Duschmarke. Xenia Leonhardt steht am kleinen Empfangstisch vor der Küche, verteilt Duschmarken und verkauft belegte Brote. Normalerweise sitzt sie am Freitag im Büro, aber ihr Arbeitgeber hat ihr freigegeben. „Sonst komme ich selten mit Obdachlosen in Kontakt“, sagt Leonhardt. Sie freut sich, hier helfen zu können. An den Tischen im Café sitzen etwa zehn Gäste. Walter, ebenfalls ein Freiwilliger, kocht in der Küche, während eine weitere Freiwillige Helferin Karotten für das warme Mittagessen schneidet. „Wir wollen ein bisschen Zuhause schaffen für unsere Gäste“, sagt Mitarbeiterin Nicole Klecha. Wenn es um 13.30 Uhr das kostenlose Essen gibt, „soll es zugehen wie im Taubenschlag“, sagt Leonhardt. Sie ist bereit und empfängt lächelnd den nächsten Gast. *ja*



GÄRTNERN AM KINDERHAUS BERLIN-MITTE

Einen Überblick über alle Aktionen finden Sie unter www.tagesspiegel.de/gemeinsamesache

SCHULE AM KIENHORST-PARK
Gefällt euch diese Arbeit? „jaaaaaaeeeeiiii“, jubelt die Klasse 4b der Till-Zullespiegel-Grundschule in Reinickendorf mehrstimmig. Spaß macht es schon, sagen die meisten. Mit Handschuhen und Greifern ausgestattet sind die Kinder in den Kienhorst-Park gezogen. Die spannendsten Funde? Schlingen, Staubsaugerbeutel, Windeln. Hinter einem Krokoch vermuten Kinder der 2b gar ein Skelett – detektivische Instinkte werden hier geweckt. Auch der kritische Blick geschärft. Und die Liebe zur Umwelt gestärkt: auf Frösche sind sie nämlich auch gestoßen, haben sie auf die Hand genommen. „Süß.“ *two*



ANPACKEN IM JUGENDCLUB



SCHOTTERN IN DER WUHLHEIDE

JÄTEN UND HARKEN IN MITTE



TEILEN IN LICHTENBERG



BAUEN IN NEUKÖLLN

SPIELPLATZPFLEGE IN MARZAHN



BEETE PFLEGEN IN WEDDING



AUFLESEN IM TIERGARTEN



BLITZEN IN BOHNSDORF



AUFRAÜMEN IN GESUNDBRUNNEN

ENGEL FÜR BEDÜRFTIGE IN LICHTENBERG
In Lichtenberg werden Obst und Gemüse in Regale geräumt. Gerade hat ein Kleinläster ausrangige Supermarkt-Produkte gebracht, im Laden der „Berliner Engel für Bedürftige“ werden sie für kleines Geld abgegeben. Der

Verein hat drei Läden, einer davon ist auf der Frankfurter Allee 268. „Unser Verein wurde von Menschen gegründet, die selbst bedürftig waren“, sagt Vorstand Andreas Hempel. Es freut ihn, dass er mittlerweile anderen hel-

fen kann: „Man sieht, dass es immer mehr Menschen schlechter geht.“ In jedem Laden, wo Ehrenamtliche und Minijobber helfen, werden etwa 500 Kunden versorgt, die ihre Bedürftigkeit nachgewiesen haben. *jp/r*

FABRIK OSLOER STRASSE
In der Fabrik Osloer Straße herrscht Gewusel: Mehrere Mitmachaktionen finden dort statt. Zum Hochbeet-Bauen im Hof ist Besuch gekommen: Sozialsenatorin Elke Breitenbach steht im Sand und packt mit an. „In Berlin sind 365 Tage im Jahr Freiwilligentage“, lobt sie das soziale Engagement. „Ganz viel Engagement fällt den Menschen gar nicht auf, weil es selbstverständlich ist“, sagt sie. Deshalb sei es wichtig, darauf aufmerksam zu machen und die Menschen zum Mitmachen einzuladen. Auch sieben Mitarbeiter der Firma Gesobau beteiligen sich an der Aktion, die von der Freiwilligenagentur in der Fabrik Osloer Straße initiiert wurde. Die Mitarbeiter pflanzen Blumen und schrauben Hochbeete aus Europaletten zusammen. Die Wohnungsgesellschaft möchte 1.100 Stunden soziales Engagement leisten. Ein paar davon stecken nun in bunten Blumenbeeten. *skr*

UNTERKUNFT BREBACHER WEG
Noch ein wenig die Erde festklopfen, dann kann die kleine Pflanze der Sonne entgegen wachsen. Nicole Vonn und Haura Al-Rikabi sehen zufrieden aus. Gemeinsam hatten sie sich im Internet durch die Aktionen der „Gemeinsamen Sache“ geklickt und sich entschieden, in der Gemeinschaftsunterkunft am Brebacher Weg zu helfen. „Hier sind viele schwangere Frauen und kleine Kinder. Die wollen wir unterstützen“, sagt Vonn. Wie die Pflanzen heißen, weiß Walburg Borowiak, die in der Gemeinschaftsunterkunft arbeitet: Silberblatt und Winterastern, erklärt sie die botanisch weniger bewanderten Mitstreiter auf. Ein kleiner Spielplatz hinterm Haus ist in den vergangenen Wochen gemeinsam mit Bewohnern gebaut worden. Nun sorgen die Freiwilligen Helfer dafür, dass es drumherum schön grün und blüht. „Wir wollen es hier so schön wie möglich machen“, sagt Borowiak. *mfr*

GARTEN FÜR EVIN IN WILMERSDORF
„Evin“ bedeutet auf Kurdisch „Liebe“ und auf Türkisch „Zuhause“. Der so benannte Jugendhilfeträger ist seit 1997 in mehreren Bezirken aktiv. An der Holsteischen Straße in Wilmersdorf gibt es Platz für bis zu 45 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in betreuten Wohngemeinschaften und zusätzlich eine Erstaufnahmestelle. Hinter dem Haus hat der Verein neuerdings einen Garten. Am Aktionstag wurden Beete und eine Kräuterspirale angelegt. Dabei bekam das Team um die ChefIn des Wohnprojekts, Konstanze Griebner, Hilfe aus der Freien Universität. Eine Gruppe von Lehrlingen, die sich an der FU zu Fachangestellten für Medien- und Informationsdienste (Fachbereich Bibliothek) ausbilden lassen, packte mit an. Auch einige der jungen Hausbewohner wurden zur Gartenpflege erwartet, waren zum Zeitpunkt unseres Besuchs aber noch in der Schule. *CD*

ANZEIGE

FÜR DIE KIPPE DANACH IN NEUKÖLLN
An der Decke der Touristeninfo im Neuköllner Rathaus hängt schon die erste Sehenswürdigkeit: eine Mosaikdecke. Die Leiterin des Ladens, Tanja Dickert, kämpft mit mobilen Aschenbechern gegen geworfene Kippen. „Die Stummel liegen sogar run, wenn es bereits Aschenbecher gibt, wie hier auf der Rathaustrampe“, sagt Dickert ein wenig ernüchtert. Und plötzlich kommt Ludger Schiffers: „Heute sollen sich doch Freiwillige melden, um Aschenbecher aufzustellen.“ Der emeritierte Professor kämpft schon lange gegen die Stummel. 1971 haben die Studierenden im Hirsal gemacht, das störte ihn ganz besonders. Von Dickerts mobilen Aschenbechern nimmt er gleich mal eine Tüte mit. *cbo*

HERBSTPUTZ IM HARNISCHHAUS IN FRIEDRICHSHAIN
Irene Soparhi ist voller Tatendrang. Die 78-Jährige hat zwei Gummihandschuhe und einen Eimer mit heißem Wasser in der Hand. Die Reinrein hat in der Zeitung von der „Gemeinsamen Sache“ gelesen und beteiligt sich am Herbstputz im Garten des Dr. Harnisch-Hauses. Das Haus liegt in einer ruhigen Seitenstraße mitten in Friedrichshain, nur eine Minute zu Fuß vom U-Bahnhof Frankfurter Tor entfernt. Hier finden 182 pflegebedürftige Menschen in 158 Einzel- und zwölf Doppelzimmern ein Zuhause. „Auch in meinem Alter will ich mich anpacken“, erklärt sie. Jetzt müsse sie aber wirklich mit der Arbeit loslegen. Im idyllischen Hof sitzt ein Bewohner und spielt Mundharmonika. Dort soll neben dem Hühnergehege, in dem fünf Hennen nach Körnern picken, eine „Naschecke“ entstehen. Nächsten Sommer können die Bewohner direkt aus dem Rosthuh-Himbeeren, Johannisbeeren und Brombeeren pflücken. *mda*

EIN HOCHBEET IM BETREUTEN WOHNEN IN NEUKÖLLN
„Ich kenne das noch von früher, da hatten wir einen Garten in Brandenburg. Es ist schön, heute einen Tag aus dem Lager rauszukommen“, sagt Tim Köhler. Er meint das Rebe-Lager. Heute bauen die vier Auszubildenden in der Straße 614 in Neukölln in einer Einrichtung für betreutes Wohnen ein Hochbeet. Dietrich Schippl, der Ehrenamtskoordinator von Vita e. V., erklärt: „Die Hochbeete kommen hierhin, dort drüben bauen wir eine Kräuterschnecke mit Basilikum, Schnittlauch und Petersilie.“ Warum genau in diesem Garten? „Hier wohnen drei unserer Klienten, Menschen mit einer psychischen Erkrankung. Mit helfenden Händen wollen wir den Garten für sie schön machen“, sagt der Projektleiter, Christoph Warweg. *cbo*

NÄHCAFÉ IN MARZAHN
Menschen zusammenbringen – das geht am besten über ein gemeinsames Hobby, ist sich Martina Polizzi sicher. Aus dieser Idee heraus entstand im Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte ein Nähcafé der Volkssolidarität, in dem Frauen aus der Nachbarschaft zusammenkommen. Eine von ihnen ist Salila Bro, die vor drei Jahren aus Syrien nach Marzahn kam. Sie kann hier Nähen lernen, und vor allem neue Kontakte knüpfen. „Hier sind immer Menschen, die mir helfen können“, sagt sie. Leiterin Martina Polizzi weiß, wie schwer es geflüchteten Menschen fallen kann, Anschluss zu finden. Über die Stoffbeutelgebäude, die bedruckt werden sollen, ergeben sich Gespräche aber ganz unkompliziert. *mfr*

STADTTEILZENTRUM TURMGARTEN IN KAROW
In Karow geht's gemütlich zu: Sieben Freiwillige sitzen unter einem kleinen Pavillon am Gartentisch, es gibt Kaffee und frischen Pflaumenkuchen. Sie alle haben ein gemeinsames, die Leidenschaft fürs Grün. Genauer: Es geht um die Umgestaltung des kleinen Gartens vor dem Stadtteilzentrum im Turmgarten. „Der Boden ist eine Katastrophe, hier ist nur Sand und Bauschutt drauf“, sagt eine Teilnehmerin und deutet auf den Rasen. „Wir brauchen in jedem Fall Humus.“ Wichtig ist außerdem, Pflanzen zu finden, die pflegeleicht sind und den Garten bunter werden lassen. „Ich habe Hibiskus, weiß mit Rot in der Mitte; in meinem Garten, den kann ich beisteuern“, sagt eine Frau. „Sonnenblumen gehen auch“, sagt eine andere. Doch die Grünfläche am Stadtteilzentrum ist erst der Anfang: Die Ehrenamtlichen nutzen den Aktionstag, um einen Gartenklub für die Region zu gründen, auch die Nachbarschaft soll bald bunter werden. *hsp*

Redaktion reagiert besonnen auf Eskalation bei Abschiebung



Als die Polizei in Witzenhausen einen Syrer zur Abschiebung abholen will, eskaliert die Situation. Es kommt zu Gewalt, es gibt Verletzte. Ordnungskräfte und Protestierende schildern die Vorgänge unterschiedlich. Die Witzenhäuser Allgemeine macht die vielen Stimmen hörbar, die Leser können sich selbst ein Bild machen.

Der Fall sorgt bundesweit für Schlagzeilen: In der Nacht zum 23. April 2018 holt die Polizei mitten im nordhessischen Witzenhausen einen Syrer aus einer Wohngemeinschaft. Der 27-Jährige soll abgeschoben werden. Mehrere Dutzend Anwohner, Aktivistinnen und Studenten stellen sich den Beamten in den Weg. Es kommt zu Tumulten, schließlich zu Gewalt. Welche Seite wie zu der Eskalation beigetragen hat, ist im Nachhinein nicht zu klären. Die Darstellungen von Polizei und Aktivisten gehen weit auseinander.

Die Redaktion der Witzenhäuser Allgemeinen erfährt durch eine Pressemitteilung der Polizei von den Vorfällen. Tenor: Demonstranten haben Polizisten angegriffen und mit Steinen beworfen. Nachdem diese Meldung online gegangen ist, beginnt der Shitstorm. Viele Beteiligte und Anwohner beschwerten sich, die Vorfälle seien einseitig dargestellt worden. Eine intensive Recherche beginnt. Sie zeigt, dass der Fall lange nicht so eindeutig ist, wie er zunächst schien. Unter anderem wird der Redaktion ein Video zugespielt, das zeigt, wie Polizisten auf am Boden sitzende Demonstranten einprügeln.

Die Online-Berichterstattung wird deshalb laufend aktualisiert. Für die Print-Ausgabe wird ein Artikel erstellt, in dem alle Beteiligten zu Wort kommen.

In einem teils aufgeheizten lokalen Umfeld bleibt die Redaktion engagiert und besonnen – auch gegen Widerstände. Sie spricht mit allen Seiten und stellt die auseinandergehenden Schilderungen und Positionen in Print und Online gegenüber. Vor allem setzt sie auf größtmögliche Transparenz und macht die Schwierigkeiten der Recherche für die Leserinnen und Leser nachvollziehbar.

Wie sich später herausstellt, war der Protest durchaus berechtigt. Denn der Syrer hätte gar nicht abgeschoben werden dürfen. In den folgenden Tagen gibt es weitere Kundgebungen in der Stadt – vonseiten der Unterstützer des Flüchtlings, aber auch von Personen, die der AfD nahestehen. Über Wochen hinweg begleiten die Redakteure das Thema mit Reportagen, Analyse-, Service- und Hintergrundstücken und Kommentaren. Ein breites Leserecho und viel Lob von verschiedenen Seiten – lokal wie national – bestätigten die Redaktion in ihrer Herangehensweise.

Kontakt: Friederike Steensen, Leiterin HNA-Redaktion Witzenhausen, T +49 5542 / 931 612, fst@hna.de

Medium: HNA / Witzenhäuser Allgemeine

Auflage: HNA insgesamt rund 130.000, Witzenhäuser Allgemeine ca. 6.500

Verbreitungsgebiet: Nordhessen und Niedersachsen; Witzenhausen und Umgebung

Anzahl Lokalteile: HNA 14

Redaktionsgröße: insgesamt 140, Lokalredaktion Witzenhausen 4

Die Autoren der Berichterstattung rund um die Abschiebung:

Redaktionsleiterin Friederike Steensen, Volontär Maximilian Beer und Redakteurin Nicole Demmer sowie in der HNA-Online-Redaktion Philipp David Pries und Andreas Berger. Den nötigen Freiraum für die Recherche und Berichterstattung hat Stefan Forbert geschaffen.

Tipp:

„Nur mit möglichst großer Transparenz bei der Entstehung der Beiträge gewinnt man die Leser (wenngleich nicht alle) für sich und kann Widerständen bei der Recherche besser begegnen.“

Das sagen Beteiligte

„Es ist peinlich, dass eine Abschiebung nachts geschieht. Da tut mir auch die Polizei leid – sie steht zwischen den Stühlen.“

Susan Denecke, Witzenhausen, Teilnehmerin des Straßenfestes

„In einem Rechtsstaat kann es keine Moral außerhalb des Rechts geben. Was die da (Antifa) machen, ist moralische Nötigung.“

Gerhard Schenk, Bebra, Teilnehmer der Mahnwache

„Ich bin gekommen, weil wir in Deutschland eine historische Verantwortung haben, seitdem im Nationalsozialismus Minderheiten unterdrückt wurden.“

Rainer Hentschel, Witzenhausen, Teilnehmer des Straßenfestes

„Ich will zeigen, dass das hier keine AfD-Veranstaltung ist.“

Katharina Lindenthal, Bad Sooden-Allendorf

„Die AfD versucht hier, sich als Beschützer der Polizei aufzuführen. Doch diese Gruppierung dort ist keine bürgerliche Kraft. Deshalb sind wir hier. Und wir sind mehr, lauter und bunter.“

Felix Martin, Landtagskandidat im Wahlkreis 9 von Bündnis 90/Die Grünen, Teilnehmer des Straßenfestes

„Danke, danke, dass es Euch gibt.“

Katharina Lindenthal an die Polizei

„Die Behörden haben bei der Abschiebung versagt. Sie war illegal. Jetzt bin ich auf der Seite des Menschen, dem in der Nacht zu Montag ein Trauma zugefügt wurde.“

Waltraud Eisenträger-Tomczuk, Bündnis „Bunt statt Braun“, Teilnehmerin des Straßenfestes

„Wir haben von Anfang an gesagt, wir wollen eine überparteiliche Bürgergruppe bilden.“

Otto Baumann zu Vorwürfen, die Mahnwache sei eine AfD-Veranstaltung

„Ein bisschen schade ist es, dass so viele vom Fest weg und hin auf die andere Seite des Platzes gegangen sind. Vielleicht liegt's ja an den letzten Lautsprechern... Aber solange es friedlich bleibt, ist alles okay.“

Benjamin Kahl, Anmelder des Straßenfestes

„Wir sind befreundet und arbeiten teilweise zusammen. Natürlich kommen die, wenn ich so eine Veranstaltung anmelde.“

Otto Baumann zur Teilnahme der AfD-Kreisvorstandsmitglieder Dr. Klaus-Dieter Schenk und Gerhard Mansius an der Mahnwache

„Es ist bedauerlich, dass jetzt wieder jemand festgenommen werden musste, dass einzelne Personen am Ende aggressive Energien verbreiten. So ist kein Gespräch und kein Austausch möglich. Und am Ende heißt es wieder, alle seien aggressiv gewesen.“

Gabriele Eufinger, Ziegenhagen, Teilnehmerin des Straßenfestes

„Nicht die Demonstration hat die Abschiebung verhindert – es war nur der Rechtsweg in Person der Anwältin, die das Ganze stoppen konnte.“

Ulrich Hennemuth, Dienststellenleiter der Witzenhäuser Polizei

„Wir haben hier in Witzenhäusen so eine tolle Gemeinschaft aufgebaut, die müssen wir lebendig halten trotz aller Vertreibungen.“



Bunt statt Braun: Mehrere hundert Teilnehmer des Festes hatten sich auf einem Teil des Marktplatzes und in den umliegenden Straßen versammelt, um ein Zeichen gegen die Mahnwache zu setzen.

Foto: Maximilian Beer

Ein Platz – zwei Seiten

In Witzenhäusen stehen sich Teilnehmer von Mahnwache und buntem Fest gegenüber

Von Maximilian Beer und Nicole Demmer

WITZENHAUSEN. Kurz vor 15 Uhr. Auf dem Marktplatz stehen vereinzelt Polizisten, Feuerwehrleute. Auch die ersten Demonstranten sind gekommen – junge, ältere, Witzenhäuser. Einige haben ihre Kinder mitgebracht, andere schminken sich gegenseitig. Aus Lautsprechern erklingt Jazz. Benjamin Kahl (28) hat das Straßenfest angemeldet. Man wolle sich so „rechtsradikal und rechten Kräften“ entgegenstellen und Polizeigewalt publik machen. Lust auf noch mehr Gewalt habe hier niemand. Unter den Teilneh-

mern ist auch Felix Martin, Landtagskandidat der Grünen. Er wird die Menschen auf der anderen Seite des Platzes später als „erbärmlichen Haufen“ bezeichnen. Als die ersten von ihnen kommen, gibt es Pfiffe, Buhrufe, Sprechchöre. Immer mehr werden in den nächsten Stunden bis zu der Reihe Polizisten vorrücken, die beide Seiten voneinander trennt.

Kurz nach 16 Uhr. Die Polizei stellt entlang der Walburger Straße eine Wand aus Bussen hin. Otto Baumann baut mit Mitstreitern ein Rednerpult auf. Ein grüner Plakat mit der Aufschrift „Bürgergruppe Frieden in Witzenhäusen! Bürger schützen ihre Polizei! Unser

Witzenhausen muss friedlich bleiben“ wird dahinter entrollt, eine Frau schwenkt eine Regenbogenfahne mit „Pace“-Aufdruck – stets begleitet von Pfiffen der Gegenseite.

Die Schwellen an, als Katharina Lindenthal, eine der Gründerinnen der Bürgergruppe und vor ihrem Redebeitrag sichtlich angespannt, anfängt, von einem Zettel abzulesen. „Wir möchten gemeinsam mit Ihnen unserer Polizei mit dieser Aktion unsere Solidarität bekunden“, liest sie vor. Zu verstehen dürfte sie kaum sein. Die Gegenseite ist so laut, dass es aufseiten der Mahnwache wie in einem Lärmkollern anmutet. Derweil verteilen ihre Mitstreiter die „Witzenhäuser Erklärung“, eine Solidaritätsbekundung mit der Polizei.

Mittlerweile klafft eine Lücke im Straßenfest. Vorne schimpfen sie auf die anderen, hinten spielen sie Karten auf dem Boden, essen Kuchen. Doch es bleibt friedlich – was gut ist. Da sind sich alle hier einig. Als Otto Baumann vorm Rathaus einem TV-Team ein Interview gibt, wird es plötzlich laut. „Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda“ rufen ihm die Besucher über die Köpfe der Polizisten entgegen.

Gegen 17:25 Uhr geht Otto Baumann wiederholt durch die rund 50 Mann starke Reihe der Mahnwache, gibt Anweisungen, wie es

weitergehen soll. Zum Beispiel zur „Zeremonie“, zu der sich die Teilnehmer schweigend Hand in Hand in Reihe stellen. Stoisch blicken sie in Richtung der Menschen, die sie auspfiffen. Und obwohl er eigentlich die Rede aus Gründen der Eskalation Katharina Lindenthal überlassen hat, greift Otto Baumann am Schluss unter lauten „Hau ab“-Rufen doch zum Mikrofon, dankt allen, wünscht den Demonstranten eine gute Heimreise nach Göttingen und verlässt als letzter der Mahnwachen-Gruppe durch das Rathaus den Platz.

Baumann ist weg, Mittelfinger sinken und auf dem Marktplatz breitet sich Applaus aus, unter den sich „Unser Marktplatz“-Rufe mischen. Einige der Besucher des Straßenfestes, das letztlich doch eine Demo war, versammeln sich am Eingang zur Erm-schwerder Straße, wenige Meter von dem Ort entfernt, wo das geschah, weshalb jeder, der heute hier ist, gekommen war. Ein junger Mann sagt ins Mikro, dass es nicht reicht, auf die AfD zu zeigen – dass Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft weit verbreitet zu sein scheint. Und ein letztes Mal klatschen alle.

Weitere Fotos zu diesem Thema gibt es auf <https://zu.hna.de/demoswiz2704>



Mahnwache: Katharina Lindenthal sprach für die rund 50 Aktivisten und Unterstützer der Bürgergruppe.

Foto: Nicole Demmer

Video: Polizist schlägt Demonstranten

Rechtsanwalt leitet Filmaufnahmen an Staatsanwaltschaft weiter – Polizei gibt keine Stellungnahme ab

WITZENHAUSEN. Ein Pfeifkonzert mit Trillerpfeifen, Blaulicht, eine Reihe Polizisten leuchtet mit Taschenlampen mehrere Personen an, die in einem Zwischenraum zwischen einem Polizeiauto und einer Hauswand stehen: Vier Tage nach den Ausschreitungen am Rande der Abschiebung des Syrers Bangin H. ist ein neues Video von dem Einsatz aufgetaucht. Rechtsanwalt Sven Adam, der einige verletzte Demonstranten vertritt, hat es der HNA und dem Spiegel zur Verfügung gestellt und nach eigenen Angaben als Beweismittel an die Staatsanwaltschaft Kassel weitergegeben.

Das Brisante: Man sieht auf den verwickelten Aufnahmen, wie ein Hundeführer der Polizei scheinbar unvermittelt mit einem Schlagstock auf mehrere Demonstranten einschlägt. Auch ein zweiter Poli-

zist schlägt Personen, die vor dem Polizeiauto sitzen, mit dem Bangin H. weggebracht werden sollte. Ob die Beamten allerdings zuvor provoziert oder angegriffen worden sind, ist nicht erkennbar. Laute Rufe wie „Pfeffer!“ und „Gib mal das Fahrrad! Der Hund!“ lassen sich im allgemeinen Tumult und Geschrei nicht eindeutig zuordnen.

Aufgrund des Videos hat Adam gegen den Hundeführer Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung im Amt erstattet. „Die Staatsanwaltschaft wurde zudem aufgefordert, die Ermittlungen nicht durch eine polizeiliche Dienststelle im Werra-Meißner-Kreis durchführen zu lassen, sondern Polizeibeamte aus Kassel mit den Ermittlungen zu betrauen“, teilt Adam mit. Die Pressestelle der Polizei wollte mit Verweis auf lau-

fende Ermittlungen vorerst keine Stellungnahme zum dem Video abgeben.

Unterdessen hat die Anwältin von Bangin H., Claire Deery, eine Klage des Syrers gegen

dessen Behandlung durch die Polizei eingereicht. Der Mann habe nicht selbst packen dürfen, nur sehr wenig zu trinken und nichts zu essen bekommen. Auch habe er nicht mit



Polizisten mit Schlagstöcken: Wie die Beamten vorgegangen sind, zeigt ein neues Video. Die Gesichter haben wir gepixelt, um ihre Persönlichkeitsrechte zu wahren.

Foto: RA Sven Adam/Screenshot: HNA

Das sagen offizielle Stellen

Bürgermeister Daniel Herz (parteilos)

„Ich bin sehr erleichtert, dass es trotz einer teilweise aufgeheizten Atmosphäre nicht erneut zu Ausschreitungen gekommen ist, und trotzdem alle Seiten ihr Grundrecht auf Demonstration wahrnehmen konnten“, sagte Witzenhäusens Bürgermeister Daniel Herz. „Das friedliche Ende der Demonstration lässt darauf hoffen, dass wir eine bunte, offene und tolerante Stadt bleiben.“ Von den Bundesbehörden fordert er Aufklärung, wie es zu der Panne bei der Abschiebung kommen konnte. (fst)

Staatsanwaltschaft Kassel

Die Staatsanwaltschaft Kassel leitet die Ermittlungen. „Bei dem Einsatz wurden nach bisherigen Erkenntnissen Pfefferspray gegen die Beamten eingesetzt und auch Steine gegen einen Funkwagen geworfen“, so Sprecher Dr. Götz Wied. Ob das Video als Beweismittel genutzt wird, sagte er nicht. Er erklärte, dass mehrere Beamte Augenreizungen davontrugen, einer erlitt eine Prellung an der Hand. Laut Wied werden die Ermittlungen vor Ort von der Polizeidirektion (PD) Werra-Meißner geführt. Weder bei der Staatsanwaltschaft noch bei der PD hätten am Freitagmittag bereits Anzeigen gegen Polizeibeamte vorgelegen. (fst)

Landrat Stefan Reuß (SPD)

Landrat Stefan Reuß (SPD) hat jeder Form von Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus eine Absage erteilt. Bei der Synode des ev. Kirchenkreises bedauerte Reuß, dass politische Gruppierungen das Thema für sich besetzen, um rechtsextremes Gedankengut zu verbreiten. Der Vorgang der gestoppten Abschiebung sei dazu nicht geeignet. Es handle sich um ein laufendes Verfahren, die Umstände des Einsatzes und der Proteste wollte er nicht bewerten. (wke)

Abgeordneter Dirk Landau (CDU)

„Im Falle einer fälschlicherweise angeordneten Abschiebung bietet unser System Rechtsmittel“, schreibt Landtagsabgeordneter Dirk Landau (CDU). Die Aktion nach der Intervention der Rechtsanwältin abzubrechen, sei die einzige vertretbare Herangehensweise, die Lage zu retten. Es sei inakzeptabel, wenn Demonstranten Beamte angreifen. „Ein empfundenes Unrecht mit Unrecht zu bekämpfen, ist unethisch und nicht zielführend.“ (fst)

Das Video gibt es unter <https://zu.hna.de/witzenhausen2704>

Artenschutz wird zu einem Eiertanz der Behörden

Artenschutz für seltene Tiere ist eine gute Sache. Doch er kann bizarre Formen annehmen und eine Großstadt an den Rand der Handlungsfähigkeit bringen. Der Autor der Stuttgarter Nachrichten geht der Geschichte nach, wie in der Stadt die streng geschützte Mauereidechse umgesiedelt werden soll. Eine Posse.

In Stuttgart gibt es eine besondere Form der streng geschützten Mauereidechse. Bei jedem Bauprojekt müssen vorgefundene Tiere umgesiedelt werden. Das kostet viel Zeit und Geld. Das Problem: Die Naturschutzbehörden beim Land haben festgelegt, dass die Eidechsen nur innerhalb der Stadtgrenzen umgesiedelt werden dürfen. Dort gibt es jedoch keinerlei Flächen mehr dafür. Die Folge: Die Bahn kann einen Abschnitt des Projekts Stuttgart 21 nicht bauen, weil sie rund 6.000 Tiere nicht unterbringen kann.

Im Juli 2017 berichtet Jürgen Bock in den Stuttgarter Nachrichten über Unmut von Anwohnern, weil eine Wiese am Rande eines Landschaftsschutzgebiets mit Steinen zugeschüttet wird – eine Ausgleichsfläche für Eidechsen von den Stuttgart-21-Baustellen. Wie sich herausstellt, ist es die letzte noch nutzbare Fläche in der Stadt.

Die Kommune sucht ebenso wie private Bauherren händeringend Ausweichflächen. Immobilienfirmen handeln mit möglichen Arealen. Kleingärtner aus ganz Deutschland wollen helfen, dürfen aber nicht. Am Ende müssen die Behörden entscheiden,

ob sie die geschützten Tiere zum Töten freigeben, doch sie winden sich um diese Entscheidung herum. Mensch gegen Eidechse, Artenschutz gegen Wohnungsnot, guter Wille gegen fehlende Möglichkeiten.

Der Autor spricht mit dem größten Eidechsenexperten des Landes, der die Richtlinien für die Umsiedlungen entwickelt hat, aber selbst zugeben muss, dass sie nicht funktionieren. Diverse Exklusivgeschichten folgen. Etwa über ein Gutachten, das feststellt, dass sich die streng geschützte Eidechse im Stadtgebiet explosionsartig verbreitet. Über die Kosten für Umsiedlungen und betroffene Bauherren. Und über den Eiertanz der Behörden. Die Verantwortlichen sagen nur das Nötigste. Das Thema ist heikel, niemand will entscheiden. Darf nicht gebaut werden, drohen Klagen. Werden Tiere zur Tötung freigegeben, ebenso.

Die Publikumsresonanz ist enorm. Anwohner der neuen Habitats zeigen, dass die umgesiedelten Eidechsen längst in die umliegenden Gärten getürmt sind. Leser, Betroffene und Politiker melden sich zu Wort. Helfer aus ganz Deutschland bieten an, Eidechsen aufzunehmen. Doch der Artenschutz lässt auch das nicht zu. Die Berichterstattung geht weiter.

Alles drin, näher dran

**STUTTGARTER
NACHRICHTEN**

Kontakt: Jürgen Bock, Titelauteur, T +49 711 / 720 576-98, juergen.bock@stuttgarter-nachrichten.de

Medium: Stuttgarter Nachrichten
Auflage: zusammen mit den

Partnerzeitungen ca. 268.000

Verbreitungsgebiet: Stuttgart und die vier Nahkreise (Kerngebiet)

Anzahl Lokalteile: 7 Sublokalausgaben, 3 eigene Lokalausgaben und mehr als ein Dutzend Mantelpartner

Redaktionsgröße: Ressort

Exklusivautoren 12

Tipp:

„Die Leser mit ins Boot zu holen lohnt sich!“

Artenschutz extrem

Exklusiv Wenn zwei Eidechsen Hunderttausende Euro kosten: Der Konflikt um Ersatzflächen in Stuttgart treibt groteske Blüten

Eidechsen sind streng geschützt. Das kann bei Bauprojekten enorme Probleme machen. In Stuttgart nimmt die Suche nach Ausweichquartieren inzwischen bizarre Formen an.

VON JÜRGEN BOCK
UND SYEN HAHN

STUTTGART. Ein Wohngebiet in Bad Cannstatt: Hier will die Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH (WHS) 49 Wohnungen bauen. Vor Beginn steht die naturschutzrechtliche Untersuchung des Grundstücks auf dem Programm. „Auf einem kleinen Teil davon wurden zwei Zauneidechsen gesehen. Dadurch wurde rechnerisch ein Bestand von etwa acht Eidechsen bestimmt“, berichtet Marc Bosch, der Leiter Wohn- und Gewerbebau bei der WHS.

Die Folge: keine Baufreigabe für die 49 Wohnungen. „Aufwendige und kostenintensive Ausgleichsmaßnahmen mussten ergriffen werden“, so Bosch. Ein Biologe wird beauftragt, ein Konzept zu entwickeln, um einerseits die artenschutzrechtlichen Probleme zu lösen und trotzdem das Bauvorhaben realisieren zu können. „Wir mussten längere Verhandlungen mit der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Stuttgart und mit dem Regierungspräsidium führen“, so Bosch.

Das Ergebnis: Der Bauherr erhält die Auflage, ein sogenanntes Ausgleichsgrundstück zu erwerben. Die Eidechsen sollen eingesammelt und zunächst in ein Zwischenquartier gebracht werden. In der Zwischenzeit soll das Unternehmen das Ausgleichsgrundstück so herrichten, dass die Eidechsen in ihrer neuen Heimat guten Gewissens ausgesetzt werden können. Also kauft die WHS ein Grundstück in einem Weinberg, welches dann nach den Vorgaben des Biologen vorbereitet wird. Der Boden wird ausgiebig untersucht. Und: „Baumbestände wurden teilweise gerodet“, erzählt der Bauherr: Die WHS errichtet Mauern und stellt ein mustergültiges Biotop für die Eidechsen her.

Doch es gibt ein Problem: „Kuriöserweise wurde am Tag des Einfangens keine einzige Eidechse gefunden“, erzählt Bosch. Dennoch habe man die angeordneten Ausgleichsmaßnahmen umsetzen müssen – das neue Grundstück also für die nicht vorhandenen Eidechsen vorbereiten. Diese Ausgleichsmaßnahmen waren inzwischen Bestandteil der Baugenehmigung geworden.

Die Folgen dieses aufwendigen Artenschutzes: Es haben sich ein Bauverzug von sechs Monaten sowie Mehrkosten beim Erdbau und zusätzliche Baukosten für das Ausgleichsgrundstück und die Herstellung des Biotops ergeben. Und: „Zusätzlich musste sich die WHS dazu verpflichten, das Ausgleichsgrundstück 25 Jahre lang zu pflegen und die Entwicklung des Grundstücks sowie des Eidechsenbestands zu überwachen.“ Dies werde in den Folgejahren weiteres Geld kosten, so Bosch. All dies habe dazu geführt, „dass pro Quadratmeter

Wohnfläche Mehrkosten in Höhe von etwa 75 Euro entstanden sind. Für zwei gehobene und dann nicht mehr gefundene Eidechsen.“

Die Tiere sind in der gesamten EU und in Deutschland per Bundesgesetz seit 2007 streng geschützt. Das heißt, dass Eidechsen, die auf Bauflächen leben, umgesiedelt werden müssen. Selbst Experten räumen ein, dass man sich bis dahin keinerlei Gedanken darüber gemacht hat, was das in der Praxis bedeutet.

Bizarre Beispiele gibt es viele. Eine Bundesinstitution, die nicht namentlich genannt werden will, hat so ihre ganz eigenen Erfahrungen gemacht. Auf einem Baugrundstück fanden sich 17 Eidechsen. Eine mögliche Umsiedlungsfläche, die man bereits besaß und nutzen wollte, wurde von den Naturschutzbehörden abgelehnt. Also machte man sich auf die Suche – und wurde schließlich fündig. Für mehrere Hunderttausend Euro erwarb man ein Grundstück am Waldrand und hübschte es mit allem auf, was vorgeschrieben ist. Danach zogen die Tierchen um. In der darauffolgenden Nacht machte sich eine Rotte Wildschweine über das Gelände her. Keiner der kleinen Neubürger kam mit dem Leben davon.

„Kuriöserweise wurde am Tag des Einfangens keine einzige Eidechse gefunden.“

Marc Bosch
Wüstenrot Haus- und Städtebau GmbH

Solche Probleme gibt es in Baden-Württemberg immer wieder – doch mit Abstand am größten sind sie in der Landeshauptstadt. Das liegt nicht nur daran, dass dort im Zuge von Stuttgart 21 große Flächen mit zahlreichen Eidechsen umgestaltet werden. Eine gewichtige Rolle spielt der genetische Code der Tiere. Hubert Laufer, der als größter Eidechsenexperte des Landes gilt, bezeichnet sie als „Mischmasch“. Futtertiere, die einst für die Wilhelma gedacht waren, haben den Weg in die Freiheit gefunden und sich mit einheimischen Tieren vermischt. Herausgekommen ist die Stuttgarter Eidechse, die Einsprengel aus Italien und Frankreich in sich trägt.

Das ändert nichts am Schutz. Aber Experten wissen nicht, welchen Einfluss auf die Population es hätte, wenn sie außerhalb der Stadt ein neues Zuhause finden und dabei auf ortsansässige Exemplare treffen würde. Deshalb sollen die Tiere in Stuttgart bleiben. Das macht die Suche nach Ausweichquartieren in einer Stadt mit enormen Grundstückspreisen schwer.

„Ähnlich große Probleme wie in Stuttgart gibt es unseres Wissens nach im Land nicht, insofern ist das ein Ausnahmefall“, sagt ein Sprecher des Umweltministeriums. Aber



Habitat Killesberg Foto: Lg/LeifPiechowski

einer, der den Beteiligten die Schweißperlen auf die Stirn treibt. Nicht nur bei den Immobilienunternehmen und gewöhnlichen Bauherren. Bei der Stadtverwaltung zeigt man sich zwar gelassen, aber auch dort muss man für jedes einzelne Baufeld Lösungen finden. Das geht ins Geld.

Im Neckarpark etwa, wo das derzeit größte neue Stadtquartier entsteht, hat man vor Beginn der Maßnahmen eine Population von 2000 Eidechsen errechnet. „Wie viele es heute sind, weiß kein Mensch“, sagt ein Sprecher. Wohl aber, was das Ersatzhabitat am Rande des Geländes und die Vergrünung dahin kosten: fast vier Millionen Euro. Macht 2000 Euro pro Tier. Derzeit erarbeitet

die Verwaltung ein Konzept für Mauer- und Zauneidechsen. Es soll bis Mitte des Jahres vorliegen und sowohl die bisherigen Lebensräume als auch mögliche Ersatzflächen aufzeigen.

Härter trifft es die Bahn. Sie muss im Zuge der Arbeiten zu Stuttgart 21 allein aus Untertürkheim noch rund 5000 Tiere umsiedeln. Ein paar Hundert sind auf Vorschlag von Stadt und Regierungspräsidium bereits auf dem Killesberg gelandet. Zu diesem Zweck ist eine Wiese am Rande des Landschaftsschutzgebiets in eine Steinwüste verwandelt worden. Der Protest dagegen ließ nicht lange auf sich warten.

Wohin also mit dem Rest? Aus Bahnkreisen verlautet, man habe inzwischen mehr als 200 Flächen geprüft. Heißer Favorit waren zuletzt Weinberghänge am Esslinger Schenkenberg. Zwar nicht in Stuttgart, aber doch sehr dicht dran und wohl grundsätzlich genehmigungsfähig. Dort könnte man alle 5000 Mauereidechsen unterbringen und die Probleme damit auf einen Schlag lösen. „Wir haben im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens die Umsiedlung dorthin beantragt“, sagt ein Projektsprecher. Dummerweise sind bei der Untersuchung des Gebiets Ureinwohner gefunden worden. „Der Schenkenberg fällt als Umsiedlungsfläche aus, weil dort die Zauneidechse lebt, die mit der Mauereidechse nicht harmoniert“, heißt es im Umweltministerium. Alles zurück auf null.

Für die Bahn sind solche Erfahrungen nichts Neues. Bereits bei der Neubautrecke nach Ulm sind in manchen Abschnitten mehr Eidechsen gefunden worden als noch einige Jahre zuvor – und an anderen Stellen. Das hat die Arbeiten zum Teil um ein- bis einhalb Jahre verzögert, weil ein Planänderungsverfahren notwendig geworden ist und die Tiere zudem nur zu bestimmten Zeiten eingesammelt werden können. Offiziell will man sich bei der Projektgesellschaft trotzdem nicht zu weit aus dem Fenster lehnen, um weitere Konflikte zu vermeiden. Dementsprechend vorsichtig klingt die Stellungnahme. Man befindet sich bei der Artenschutzproblematik in Untertürkheim „in enger, konstruktiver und lösungsorientierter Abstimmung mit den

Landesumweltbehörden“. Denen lägen „umfangreiche Erkenntnisse zu Verbreitung, Entwicklung und Erhaltungszustand vor“.

Hinter den Kulissen freilich rauchen die Köpfe. Es gilt für alle Beteiligten, aus dem Dilemma herauszukommen, ohne den Artenschutz zu verletzen. Dafür wären mehrere Varianten denkbar. Die eine ist die Erweiterung der sogenannten Gebietskulisse Stuttgart – also des Gebiets, in dem Stuttgarter Eidechsen leben und umgesiedelt werden können. Sie entspricht Teilen des Stadtgebiets und geht am Neckar auch etwas darüber hinaus.

Marktkenner berichten: Ungenutzte Eidechsenquartiere werden für enorme Summen gehandelt

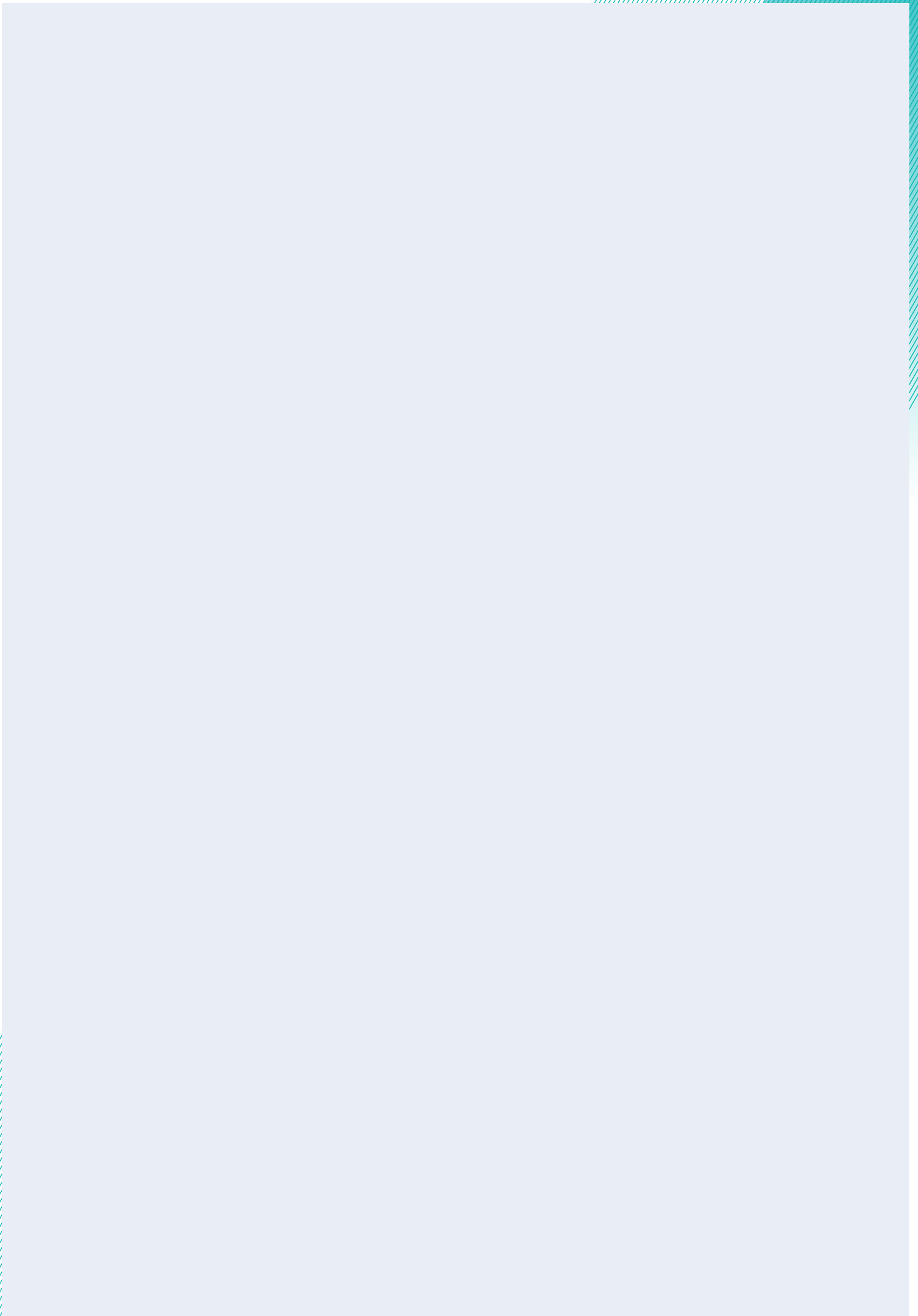
„Aus unserer Sicht ist sie gültig und adäquat“, heißt es im Umweltministerium. Das lässt wenig Spielraum. Deshalb läuft im Hintergrund eine zweite Diskussion. Darüber, ob Artenschutz wirklich bedeutet, jedes einzelne Exemplar umzusiedeln oder nur generell den Bestand nicht zu gefährden. Bei 5000 Tieren eine heikle Sache. Und Ausnahmegenehmigungen stehen offenbar nicht zur Debatte.

Eine weitere Möglichkeit scheidet aus: Ignorieren. „Der Artenschutz gilt zwar EU-weit, aber in anderen Ländern ist die Umsetzung völlig anders“, sagt ein Insider. Dort könne man es sich schlicht nicht leisten, auf Eidechsen Rücksicht zu nehmen, und keinen interessiere das. „Aber bei uns“, sagt er, „setzen wir natürlich alles penibel korrekt um.“ Auch für zwei Tiere, die hochgerechnet acht sind und dann doch noch vor dem Umzug ausziehen.

Und: Diese achtsame Auslegung des Artenschutzes hat noch ganz andere, ungewollte Folgen. Wird ein Ausgleichsgrundstück einmal nicht benötigt, beginnt der Handel. Marktkenner berichten von astronomischen Summen, die in der Baubranche für genehmigungsfähige, aber ungenutzte Ausweichquartiere für Eidechsen geboten werden. Einzelnen Bauherren soll bereits das Zehnfache der ursprünglichen Erstellungskosten eines solchen Biotops angeboten worden sein.



Mauereidechsen: schön, geschützt – und für Bauprojekte besonders in Stuttgart ein Problem. Foto: Vipergarden/Adobe Stock



Panorama lokal

Unterhaltung und Tiefgang

Der Lokalteil hat kein Ressort „Vermischtes“, er ist selbst eine Mischung – bestenfalls eine gut gemachte. Zu dieser Mischung gehören bunte und unterhaltsame Geschichten ebenso wie hintergründige. Wer seine Leser unterhalten will, muss die Geschichten neu denken und konzipieren. Dazu gehören Frechheit und Augenzwinkern, aber auch Ernsthaftigkeit und Tiefgang. Unterhaltung wird zum journalistischen Konzept; das Ergebnis ist ein frischer und frecher Lokalteil, an dem sich die Leser erfreuen und auch mal reiben können.

Web-TV-Sendungen direkt von der Festwiese

Der „Gillamoos“ ist einer der ältesten Jahrmärkte in Bayern. Die Mittelbayerische Zeitung berichtet von jeher ausführlich darüber. 2018 testet die Redaktion ein neues Format: Gillamoos-TV. Mit dem Anspruch, mehrere Generationen zu erreichen und gleichzeitig die Seele des Jahrmarkts einzufangen.

Rund um das erste Septemberwochenende wird im niederbayerischen Abensberg ein buntes Programm geboten. Fünf Tage lang wird der Gillamoos gefeiert, ein traditioneller Jahrmarkt, ein Volksfest und ein politischer Stammtisch mit knapp 300.000 Besuchern.

Für die Lokalzeitung gehört der Gillamoos zum Pflichtprogramm. 2018 kommt zur breit gefächerten Berichterstattung die Kür. Zusätzlich zu Print- und Online-Artikeln, Live-Blog, Bildergalerien, Beiträgen für Social Media und Videos stemmt die kleine Redaktion eine Web-TV-Sendung. Als Projektpartner kommen die Stadt Abensberg und ein Festwirt mit ins Boot. Zahlreiche Sponsoren sichern die Finanzierung.

Direkt auf der Gillamooswiese wird täglich eine 30-minütige Sendung produziert, mit jeweils drei bis fünf Beiträgen und zwei Live-Interviews. Die Beiträge werden meist tagesaktuell gefilmt, geschnitten und vertont. Aufgezeichnet werden die Sendungen live on tape, es gibt keinerlei Schnitt.

Drei Redakteure und ein Kameramann bestreiten die Hauptarbeit. Federführend ist Benjamin Neumaier, Redakteur der Lokalredaktion

Kelheim. Er kümmert sich vor der eigentlichen Arbeit um die Finanzierung, erstellt das Konzept, plant die Inhalte, schreibt für Print und Online. Daneben klärt er als „Gillamoos-Grantler“ Auswärtige über den Jahrmarkt und das Volksfest auf. Er moderiert die Sendungen zusammen mit Redakteurin Evi Reiter. Sie erstellt außerdem die Sendungsplanung, ist für Drehs verantwortlich, schneidet und vertont Beiträge.

Bei Nieselregen und 12 Grad arbeitet das Team in einer kleinen Hütte auf der Festwiese. Die Beiträge werden zwischen Blasmusik und Toilettenwagen vertont. Zudem fällt das Internet auf der Festwiese größtenteils aus.

Unter dem TV-Projekt darf die sonstige Berichterstattung nicht leiden. So entstehen rund um den Gillamoos 26 Print-Seiten, mehr als 50 Online-Artikel, ein Online-Live-Blog mit 223 Beiträgen, mehr als zehn Bildergalerien und Beiträge für die Social Media.

Die Zugriffszahlen sprechen für den Erfolg des Konzepts. Gillamoos-TV erreichte mehr als 122.000 Personen. Auf die Online-Artikel gab es knapp 45.000 Zugriffe. Der Online-Live-Blog zum Politischen Frühschoppen mit 175 Beiträgen wurde fast 18.000 Mal geklickt.

Mittelbayerische

Kontakt: Benjamin Neumaier, stv. Leiter der Lokalredaktion Kelheim, T +49 9441 / 203-24, benjamin.neumaier@mittelbayerische.de

Medium: Mittelbayerische Zeitung
Auflage: ca. 102.000
(Regionalausgabe Kelheim: 11.724)
Verbreitungsgebiet: Ostbayern (Oberpfalz, Niederbayern)

Anzahl Lokalteile: 13

Redaktionsgröße: ca. 120 Redakteure und Korrespondenten, Lokalredaktion Kelheim 8 Redakteure, 2 Pauschalisten

Link zur Online-Gillamoos-Berichterstattung:

www.mittelbayerische.de/gillamoos

Link zu Gillamoos-TV:

www.mittelbayerische.de/region/kelheim/gillamoos-nachrichten/alle-folgen-von-gillamoos-tv-24024-art1686136.html

Link zum Live-Blog:

www.mittelbayerische.de/region/kelheim/gillamoos-nachrichten/live-so-klang-der-gillamoos-aus-24024-art1682043.html

Tipp:

„Planung und Organisation ist alles. Ein festgezurrtter Ablauf-, Recherche, Dreh- und Sendungsplan und vor allem eine einwandfreie und überprüfte technische Ausstattung sind das A und O.“



Der Biergarten im Hofbräuzeitel wird 2018 zum Gillamoos-TV-Studio.

FOTOS: PIEKNIK

Gillamoos-TV ist am Start

PROJEKT Die Mittelbayerische Zeitung berichtet seit Jahren ausführlich in Wort und Bild sowie in einem Live-Blog über den Abensberger Jahrmarkt. Heuer kommt eine weitere Facette hinzu: Gillamoos-TV.

VON BENJAMIN NEUMAIER

Der Gillamoos ist die größte Veranstaltung im Landkreis Kelheim und zieht die weitesten Kreise. Knapp 300 000 Besucher aus nah und fern strömen Jahr für Jahr auf den Abensberger Jahrmarkt vor den Toren der Stadt. Die Mittelbayerische Zeitung berichtet darüber seit jeher ausführlich in Wort und Bild – heuer zudem ergänzend mit audiovisuellen Beiträgen für zusätzliche Hintergrundinformationen unter dem Label Gillamoos-TV.

Aus einem Studio im Biergarten des Hofbräuzeitels im Herzen des Gillamoos bietet das Mittelbayerische Medienhaus an den Festtagen ein launiges Sonderformat mit den Moderatoren Evi Reiter und Benjamin Neumaier – um den Gillamoos in Interviews, Reportagen von der Festwiese, Blicken hinter die Kulissen oder den schon bekannten Grantier-Videos darzustellen.

Kooperationen waren nötig

Ohne Partner wären diese ergänzenden Video-Beiträge bei Gillamoos-TV nicht möglich gewesen. Erster und nahe liegender Ansprechpartner war die Stadt Abensberg. Schon alleine der Namensrechte wegen, denn ohne die Zustimmung der Stadt wäre der Name Gillamoos-TV Essig gewesen. Denn die Rechte am Begriff Gillamoos liegen einzig und allein bei der Stadt Abensberg. Bürgermeister Dr. Uwe Brandl war aber schnell vom Ansinnen des Mittelbayerischen Medienhauses begeistert. „Die Stadt Abensberg ist mit dabei.“

Zweites großes Thema in den Vorbereitungen war, einen Festwirt beziehungsweise eine Brauerei zu finden, um das Studio zu realisieren. Schnell

war klar, dass Joseph „Hofbräu“ Neumeier zusammen mit seinem neuen Festwirt Daniel Schneider für das Projekt Gillamoos-TV brannte. „Das müssen wir machen. Unbedingt“, sagt Neumeier und überzeugte seinen Festwirt.

Das Zelt wurde von einem MZ-Team besichtigt und in Abwägung mit Daniel Schneider ein Platz für das Studio gefunden. Somit berichtet das Team des Mittelbayerischen Medienhauses jetzt aus dem Biergarten des Hofbräuzeitels

und somit mitten von der Gillamooswiese.

Gillamoos TV soll ein modernes und interessantes Format für mehrere Generationen sein und gleichzeitig die Historie, die Seele des Jahrmarktes dar-

stellen. Themen wurden gesammelt, verworfen, ausgebaut oder wieder hervorgekramt. Trotzdem gibt es kein fertiges Sendekonzept, die Mittelbayerische reagiert natürlich anlassbezogen. Denn passieren kann und wird auf dem Gillamoos schließlich immer etwas. Der Gillamoos wird garantieren, dass die MZ mit Vielfalt punkten kann – in Wort, Bild und nun eben auch in Videos.

Bunt, vielfältig, gemütlich

Von Reportagen über Traditionsschausteller wie etwa das Kasperltheater, offizielle Programmpunkte wie das Holzsaugen oder das Anzapfen durch Bürgermeister Brandl, die Mittwoch-Vorfeier des Gillamoos beim Tscherry oder einem Blick auf Partyvolk bis hin zu Politik am Montag oder einem Blindtest der Gillamoosbiere am MZ-Stand stellen wir den Gillamoos in all seinen Facetten so dar, wie er eben ist: Vielfältig, gemütlich und bunt.

Moderatoren des Videoformats „Gillamoos TV“ sind Evi Reiter, für die der Gillamoos kein Neuland ist, und Benjamin Neumaier, der als langjähriger Gillamoos-Reporter Erfahrung gesammelt und als gebürtiger Abensberger den Gillamoos quasi schon mit der Muttermilch aufgesogen hat.

Zu sehen ist Gillamoos-TV auf dem Internetseite der Mittelbayerischen Zeitung, über die Gillamoos-Homepage der Stadt Abensberg (www.gillamoos.bayern) sowie über mehrere Facebook-Kanäle. Danach sind die Sendungen auch auf Dauer in der Mediathek auf www.mittelbayerische.de verfügbar – für alle, die sich nach dem Gillamoos nochmal ein Bild machen wollen...



Unsere Moderatoren: Evi Reiter und Benjamin Neumaier



Die Zuschauer erleben den Gillamoos wieder hautnah – auch in Videoformaten der MZ.



Das müssen wir machen. Unbedingt“

JOSEPH NEUMEIER
Brauerei Hofbräu – im Hofbräuzeitel steht während der fünf Festtage das Studio von Gillamoos-TV

DER DONNERSTAG

Hofbräuzeitel: 19 Uhr MyOmei, 19.30 Uhr Holzsaugwettbewerb

Ottenbräu: 19 Uhr: Luis Trinkers

Weinzelt: 19 Uhr Anzapfen mit den „D“ Vahunacklkn“, 19.30 Uhr Slapjack, 22 Uhr DJ Pierre van Hoooven

Jungbräu: 19 Uhr Festzeltbetrieb und Auftakt mit den Gipfelstürmer

Weißbierstadt: 19 Uhr Gillamoos-Eröffnung mit „Maxxx“, 0 bis 4 Uhr Gillamoos-DJ Nic Baldera

Kuchlbauer: 19 Uhr Joe Williams Band – Stargastauftritt: Mickie Krause

Oida Gillamoos: 16 Uhr Gillamoos-Eröffnung, Blech de la mode Österreichisch-Fränkisch-Böhmische Spitzen Blaskapelle

BEI UNS IM NETZ

Alles rund um den Gillamoos finden Sie bei uns im Internet: www.mittelbayerische.de/gillamoos

Ein Blick in die Glaskugel: Wie sieht München 2040 aus?

Wo steht München im Jahr 2040? Wie wird sich der Verkehr entwickeln? Wie werden die Menschen wohnen, wie ihre Freizeit verbringen? Wer kümmert sich um Alte und Kranke? Vor allem: Was muss passieren, damit die Stadt zukunftsfähig ist? Münchner Merkur und tz wagen in einer Serie einen Blick in die Glaskugel.

Immer mehr Menschen ziehen in die bayerische Landeshauptstadt. Bis 2035 sollen 1,85 Millionen Bürger in München leben. Ende September 2018 waren es noch 1,54 Millionen. Der Zustrom wird die Stadt verändern und die Infrastruktur stark beanspruchen. Die zentrale Frage ist: Wie wird sich München entwickeln und was braucht es, damit die Stadt lebenswert bleibt und ihren Charme behält?

Für tz und Münchner Merkur haben Redakteur Sascha Karowski und die Redakteurinnen Caroline Wörmann und Ramona Weise in die Zukunft geschaut. In ihrer 14-teiligen Serie „München 2040“ suchen sie vielfältige Antworten auf eine Vielzahl von Fragen, denen sich die immer weiter prosperierende Metropole München in den nächsten 20 bis 25 Jahren stellen muss.

Sie entwickeln gemeinsam mit der Leitung der Lokalredaktion und dem Chefredakteur ein Themenpaket mit dem Anspruch, möglichst nah am Leben der Münchner dran zu sein. Behandelt werden etwa die Themenfelder Wohnen, ÖPNV, Individualverkehr, Grünflächen, Freizeitgestaltung, Arbeit und Altenpflege. Die Autoren

stellen Pflegeroboter „Garmi“ vor, erklären, wie die Münchner Verkehrsgesellschaft den Verkehrskollaps abwenden will, und diskutieren, ob sich künftig wegen der Platznot ein größerer Teil des Lebens auf den Dächern abspielen muss. Sie stellen das Einkaufen der Zukunft vor und Visionen für den Arbeitsplatz von morgen. Dabei kommen viele Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Politik zu Wort.

In der Umsetzung ist es den Redakteuren wichtig, ein möglichst vielschichtiges Bild der Herausforderungen zu zeigen, vor denen München steht. Auch von den Leserinnen und Lesern kommen im Laufe der Serie immer wieder Anregungen, die in weiteren Folgen aufgenommen werden. Die Hauptaufgabe liegt darin, für die Serie sowohl im Boulevardtitel tz als auch in der Regionalzeitung Münchner Merkur eine ansprechende optische Form zu finden und Themen unterschiedlich zu gewichten.

Die Redakteure testen in der Serie auch neue Darstellungsformen: wie etwa in der vorletzten Folge, in der bekannte Münchner ihre Visionen für die Stadt vor allem visuell präsentieren.

Tipp:

„Im Team zu arbeiten und gemeinsam Ideen für eine Serie zu entwickeln und umzusetzen ist eine tolle Abwechslung von der ‚normalen‘ Redaktionsarbeit, das hat uns angespornt, das Beste aus uns herauszuholen.“

Münchner Merkur



Kontakt: Caroline Wörmann, Redakteurin Redaktion München und Region,

T +49 89 / 530 646-3,
caroline.woermann@tz.de

Medium: Mediengruppe
Münchner Merkur/tz

Auflage: 340.000

Verbreitungsgebiet: Oberbayern

Anzahl Lokalteile: 20

Redaktionsgröße: 24 (Lokalteil für Münchner Merkur und tz)



München, die Weltstadt mit Herz. Die Isarmetropole ist beliebt, immer mehr Menschen ziehen in die Landeshauptstadt. Allein bis zum Jahr 2030 sollen hier schon 1,85 Millionen Menschen leben – und vor allem auch arbeiten. Wie das dann aussehen kann? Das beleuchtet der heutige Teil unserer großen Serie **Stadt der Zukunft**.

SASCHA KAROWSKI, MARC KNIEPKAMP

München

-Serie – Die Stadt der Zukunft

Die Visionen der Konzerne

Alles wird anders durch die Digitalisierung, auch unsere Arbeit. Man nennt das „die vierte industrielle Revolution“ – und sie findet maßgeblich in München statt. So hat der Computer-Riese IBM sein weltweit erstes Hauptquartier außerhalb der USA in München eröffnet, nämlich in den HighLight Towers am Mittleren Ring. Bei IBM Watson sollen langfristig 1000 Mitarbeiter die Möglichkeiten vernetzter Geräte erforschen. Der Münchner Platzhirsch Siemens ist auch einer der Treiber der digitalen Revolution, und im neuen InsureTec-Hub geht's um die Digitalisierung der Versicherungsbranche. Dank BMW bleibt auch die Auto-Industrie eine sehr prägende Branche der Stadt. Außerdem gibt's einen Haufen Start-Ups.

„2040 wird die Technik noch weiter vorangeschritten sein. Arbeiten, wann und wo man will, wird noch extremer möglich sein“, sagt Bastian Bäuer. Er ist der Deutschland-Chef von Mindspace –

sein Unternehmen bietet moderne Büroflächen an. Und Klaus Bengler, Professor für Ergonomie an der TU, sagt: „Gerade das kooperative Zusammenwirken gut gestalteter smarter Maschinen und kreativer Menschen kann neue Lebens- und Arbeitsweisen ermöglichen, die ähnliche Horizonte



IBM sitzt in den HighLight Towers
F.: obs/IBM/Viertböck

eröffnen wie die Entwicklung vom Telefon zum Smartphone oder der Kutsche zum Automobil.“

Was wird aus Büro & Co.?

So arbeiten wir in 20 Jahren

Ein Büro wie ein Raumschiff? Keiner weiß, wie die Zukunft unserer Arbeit aussieht, aber Visionen gibt's viele...

Foto: Getty/ikon

Das plant der Bürgermeister

Wirtschaftsbürgermeister Josef Schmid (48, CSU) weiß, dass die Digitalisierung auch Einzug in produzierenden Gewerbe hält. „Da steht der Arbeiter beispielsweise nicht mehr an der Fräse, sondern überwacht mit einem Tablet sechs automatische Fräsen.“ Daher würden Fort- und Weiterbildung immer wichtiger. Auch die Stadt muss sich weiterbilden – etwa bei der Münchner Beschäftigungskonferenz. „Dort haben sich Menschen aus dem Bereich der Wirtschaft, der Gewerkschaft und der Wissenschaft getroffen, die sich alle intensiv mit dem Arbeitsleben von morgen befassen. Ich habe für mich das Resümee daraus gezogen, dass es deutlich mehr Chancen gibt. Das Allerwichtigste ist Bildung. Bildung und noch mal Bildung.“

An einer Stockclarbeitslosigkeit werde man aber grundsätzlich nicht vorbeikommen, da es immer Menschen gibt, die aus psychischen oder körperlichen Gründen nicht im klassischen Sinne arbeiten können. „Dass diese nicht abgehängt werden, dafür müssen wir weiter Sorge

tragen.“ Etwa mit dem dritten Arbeitsmarkt...

Auch die Stadt treibt die Digitalisierung voran. Es gibt mehrere sogenannte „Hubs“, also Digitalisierungszentren in München: einen InsureTech Hub sowie einen Mobility Hub mit BMW und Siemens. „In letzterem können wir zeigen, wie wir uns Digitalisierung im Bereich der Mobilität vorstellen. Beide Hubs begleiten wir intensiv, weil im Wandel dieser Branchen die Arbeitsplätze von Morgen geschaffen werden, etwa in den Bereichen künstliche Intelligenz und Internet of Things.“

Klar: Die größte Herausforderung ist der Wohnungsmarkt. Aber: „Wir können nicht einfach Wohnungen um jeden Preis bauen. Ich habe schon öfter darauf hingewiesen, dass wir in München auch noch Platz für Gewerbe und ausreichend Grünflächen brauchen. Diese Balance ist wichtig für die Zukunftsfähigkeit und Lebensqualität unserer Stadt.“ Auch beim Gewerbe gilt daher: mehr in die Höhe bauen! Beispiel MAN: „Mich hat der Las-



Josef Schmid (r.) bei MAN
Foto: Astrid Schmidhuber

tenaufzug sehr beeindruckt. Der kann schwere Lastwagen und Busse bis in den siebten Stock heben.“ Eine Rolle werden auch Modelle wie Coworking Spaces spielen. „Wir haben da etwa das Munich Urban Colab im Kreativquartier. Dort können sich Start-Ups ausprobieren, weil sich nicht jeder einen 3D-Drucker leisten kann. Es ist auch ganz wichtig, dass wir solche Möglichkeiten in Zeiten haben, in denen Ideen schnell entwickelt werden. Solche Coworking Spaces, aber auch alle Arten von Büroflächen, in die ich mich kurzfristig mieten kann, sind die Zukunft.“

Stadt braucht Spezialisten

Die Stadt München beschäftigt rund 38 400 Mitarbeiter. Und der Bedarf steigt mit der wachsenden Stadt weiter. Das weiß Personalreferent Alexander Dietrich (42, CSU).

Herr Dietrich, die Suche nach Personal wird nicht leichter. Welche Stellensind offen?

Alexander Dietrich: Wir haben Probleme, im Spezialistenbereich Personal zu finden. Ingenieure, Ärzte, IT-Fachleute, aber auch Juristen. Die verdienen bei uns deutlich weniger als in der freien Wirtschaft.

Wie wächst die Verwaltung? Ist die Stadt denn gut aufgestellt für die Zukunft?

Dietrich: Wir werden es gar nicht schaffen, die Aufgaben zu bewältigen, wenn wir uns nicht der Digitalisierung bedienen. Wir werden künftig gar nicht mehr das Personal finden. Daher

glaube ich auch nicht, dass die Verwaltung proportional nach der Bevölkerung wachsen wird. Und was ganz wichtig ist, ist dass wir die Arbeitszeiterfassung umstellen. Denn wir arbeiten bei der Stadt immer noch mit Stempelkarten. Die Umstellung ist komplex, weil wir an die 800 Standorte im Stadtgebiet haben, zum Teil auch kleine Liegenschaften. Aber ich kann nicht sagen, ich präsentiere mich als digitalisierter Arbeitgeber und drücke dem neuen Mitarbeiter eine Stempelkarte in die Hand und einen Bleistift, damit er Korrekturen vornehmen kann.

Arbeitsräume sind auch ein Zukunftsthema. Wie stellt sich die Stadt da auf? Spielen Coworking Spaces eine Rolle?

Dietrich: Wie das Arbeiten 2040 aussieht, kann heute keiner wirklich vor-



Personalreferent Dietrich
Foto: Sigi Jantz

ausagen. Aber auch die Stadt hat Probleme, ihre Mitarbeiter alle unterzubringen. Vor Kurzem haben wir uns eine Verwaltung in Rotterdam angesehen. Dort sparen sie 40 Prozent der Büroflächen ein, weil ohnehin nie die ganze Belegschaft auf einmal anwesend ist: Homeoffice, Krankheit, Urlaub oder Teilzeit. Daher müssen wir uns auch damit beschäftigen. Das ist ein großes Zukunftsthema.

Nächste Folge:

Die Visionen der Münchner

Erfolgsgeschichten über das Glück und das Gelingen

Sehen wir die Dinge mal nur von der guten Seite. Mit diesem Ansatz betrachtet die Redaktion der Nordsee-Zeitung ihr Revier. Herausgekommen sind Geschichten, die ausschließlich von gelungenen Ideen, verwirklichten Träumen und genutzten Chancen erzählen. Ein Extrablatt über das Glück und das Gelingen.

Auf der Suche nach Geschichten werden Journalistinnen und Journalisten meist dort fündig, wo es dunkel, schmutzig und windig zugeht. Berichte von Versäumnissen und Skandalen, Niederlagen und Versagen, Unglücken und Verbrechen sind die Regel. Dabei kommen die Themen, die Zuversicht verströmen, häufig zu kurz.

Die Nordsee-Zeitung dreht diese Sichtweise um. Die Redaktion sucht nach Geschichten über die guten Seiten des Lebens. Damit füllt sie eine 32-seitige Sonderausgabe mit dem Titel „Erfolgsgeschichten“.

Darin werden keine Probleme gewälzt, sondern Lösungen beschrieben. Es sind ausschließlich Geschichten vom Gelingen. Menschen aus Stadt und Land zeigen dafür Gesicht, berichten von ihren Ideen, verwirklichten Träumen und Glückserlebnissen. Von Chancen, die sie genutzt haben. Von Risiken, die sie eingegangen sind. Von Irrwegen, die sie zu neuen Zielen geführt haben. Erfolgsgeschichten eben.

Ein Arzt erzählt vom Glück des Helfens, ein Pastor von der Freude an den kleinen Momenten im Leben, eine Auszubildende berichtet, wie sie Selbstvertrauen gewann, eine

Schülerin beschreibt ihr Leben mit einer Spenderleber. Es gibt Geschichten über zufriedene Hebammen, erfolgreiche Firmengründer, einen Flüchtling, der den Gesellenbrief schafft, einen Verein, der Kinder betreut, eine Handicap-Fußballmannschaft, über Biobauern und Liebespaare. Zusätzlich geben Dutzende Menschen eine kurze Stellungnahme dazu ab, was sie glücklich macht.

Ziel ist es, das Glück in der Region greifbar zu machen und Menschen vorzustellen, die mit ihrer positiven Einstellung Mut machen und nach vorn schauen. Für das Extrablatt haben die Teams der Nordsee-Zeitung, der Zevener Zeitung und der Kreiszeitung Wesermarsch erstmals ihre Kräfte gebündelt und die Ideen und Geschichten gemeinsam erarbeitet. Die Sonderausgabe wird allen rund 133.000 Haushalten in der Region zugestellt.

Die Leserinnen und Leser reagieren mit dankbaren Kommentaren. Aufgrund der positiven Resonanz wird es die Sonderbeilage künftig zweimal jährlich geben. Darüber hinaus sind die „Erfolgsgeschichten“ inzwischen als feste Rubrik im Blatt verankert. Ein Gegenbeweis dazu, dass aus Sicht der Medien nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten sind.

Tipp:

„Wir sollten die Themen nicht aus den Augen verlieren, die Zuversicht verströmen, das Leben bejahen, die unseren Alltag ebenfalls prägen – die aber auf den ersten Blick vielleicht als zu normal und selbstverständlich erscheinen.“

NORDSEE-ZEITUNG

Kontakt:

Christoph Linne, Chefredakteur,
T +49 471 / 597 250,
christoph.linne@nordsee-zeitung.de
Nicole Ehlers, Content-Chefin
(stv. Chefredakteurin),
T +49 471 / 597-251,
nicole.ehlers@nordsee-zeitung.de
Oliver Riemann, Marktredakteur
(Mitglied der Chefredaktion),
T +49 471 / 597-293,
oliver.riemann@nordsee-zeitung.de

Medium: Nordsee-Zeitung

Auflage: knapp 38.000

Verbreitungsgebiet: Stadt Bremerhaven, Landkreis Cuxhaven

Anzahl Lokalteile: 2

Redaktionsgröße: 50 Redakteure (inkl. Volontäre)

NORDSEE-ZEITUNG

NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG BREMERHAVEN SEIT 1895

ERFOLGS GESCHICHTEN

...von Menschen, Machern und Möglichkeiten!

KLAUS REICHSTEIN

Arzt aus Leidenschaft: Dr. Klaus Reichstein behandelt im Klinikum Reinkenheide in Bremerhaven verletzte und kranke Kinder aus vielen Krisengebieten der Welt. Seite 7



MADELEINE TROEBNER

Ums Leben gekämpft – und gewonnen: Madeleine Troebner aus Langen lebt mit einer Spenderleber und setzt sich nun selbst für Organspende ein. Seite 3



NORBERT OSTENDORF

Beseelt von seinem Traum: Norbert Ostendorf aus Brake hat alles daran gesetzt, aus einem alten, verwaisten Kinos eine lebendige Kulturstätte zu machen. Seite 14



NICOLE STEFFENS

Sie macht Lesen zum Erlebnis: Nicole Steffens eröffnet ihre Buchhandlung in einem Bremerhavener Problemviertel und weckt unter schwierigen Bedingungen die Lust an der Welt der Literatur. Seite 14



ANDREAS KLIMEK

Der Markt der Möglichkeiten: Andreas Klimek hat in Hagen im Bremischen einen Bürgermarkt aus der Taufe gehoben, wo sich Menschen treffen, informieren, stöbern, einkaufen und sogar Hilfe organisieren können. Seite 25



SWANTJE HARMS

Eine Vision zum Greifen: Marketing-Expertin Swantje Harms aus Oldenburg hat eine umweltfreundliche Verpackung für Biomilch entwickelt, die aus nachwachsenden Rohstoffen besteht. Seite 24



FENJA WILMS

Vom Mut gepackt: Die Auszubildende Fenja Wilms mag ihren Job in der Hotelküche in Bremerhaven umso mehr, seit sie ihre Aufgaben mit mehr Selbstvertrauen angeht. Seite 13



SEFAKOH OCLOO-REKOW

Von der Friseurin zu Ingenieurin: Die in Ghana geborene Sefakoh Ocloo-Rekow nimmt heute global vernetzt die Arbeitsprozesse im Siemens-Werk in Cuxhaven unter die Lupe. Seite 8



LISA MARIE SOMMER

Von der späten Berufung: Lisa Marie Sommer hat mit 28 Jahren die Liebe für ihren Beruf entdeckt. Nach einigen Jobs und Irrwegen macht sie nun in Bremerhaven eine Ausbildung zur Busfahrerin. Seite 31



Betroffene geben Denkanstöße für mehr Respekt im Alltag

Im Internet häufen sich Hasskommentare, auf der Straße wird gepöbelt, Polizisten und Rettungskräfte klagen über Gewalt. Hat sich Respektlosigkeit in unserer Gesellschaft breitgemacht? Drei Autorinnen der Pforzheimer Zeitung suchen nach Geschichten darüber. Sie lassen Betroffene erzählen und geben dem Thema ein Gesicht.

Mangelnder Respekt taucht in Meldungen immer wieder auf. Nicht nur Polizisten erleben häufiger Gewalt und unangemessenes Verhalten, auch Rettungskräfte und Vertreter öffentlicher Ämter.

Nina Giesecke, Isabel Ruf und Julia Wessinger, Redakteurinnen der Pforzheimer Zeitung, suchen nach Betroffenen. Sie werden nicht nur bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst fündig, sondern auch im Supermarkt, in der Notaufnahme, auf dem Fußballplatz. Allerdings wollen sich nur wenige Betroffene offen äußern – aus Angst davor, dass sich ihre Situation noch verschlimmert. Grundlos, wie sich nach der Veröffentlichung der Artikel herausstellt.

Die Redakteurinnen treffen 15 Menschen, die in ihrem Beruf, im Ehrenamt oder privat mangelnden Respekt erlebt haben. Es sind Erlebnisse, die überraschen, verärgern und zum Nachdenken anregen.

In der 13-teiligen Serie „Mehr Respekt, bitte“ erzählt eine Polizistin, wie sie bespuckt und mit Flaschen beworfen wird, eine Kassiererin im Supermarkt über unhöfliches Verhalten, ein Rettungssanitäter über

Bedrohungen, ein Feuerwehrmann über respektlose Gaffer, ein Taxifahrer über unberechenbare Fahrgäste, ein Notfallmediziner über aggressive Patienten. Bundes- und Landtagsabgeordnete berichten, wie sie mit Beleidigungen und Bedrohungen umgehen. Eine 16-jährige Schülerin erzählt, wie sie auf offener Straße angemacht worden ist. Zusätzlich erklären Experten das Phänomen aus wissenschaftlicher Sicht.

Für die Print-Serie wird eine eigene Optik entwickelt. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf das große Bild des Protagonisten mit einem prägnanten Zitat. Der Text wird aufgelockert durch Grafiken, Kästen und Interviews.

Die Autorinnen nehmen auch persönlich Stellung und erzählen von eigenen Erfahrungen. Während der Reportage drehen sie zusätzlich Videos für Snapchat und Instagram, die parallel zu den Print- und Online-Artikeln veröffentlicht werden. Die Rückmeldungen über diese Kanäle sowie per E-Mail und über Facebook zeigen, wie sehr das Thema auf Resonanz stößt. Die Reaktionen der Leserinnen und Leser werden in der letzten Folge der Serie veröffentlicht. Auch die Protagonisten berichten von äußerst positiven Rückmeldungen.

Tipp:

„Bei Interviews, die sehr persönlich und für die Protagonisten nicht einfach sind, ist es wichtig, sich ausreichend Zeit zu nehmen und eine angenehme Atmosphäre zu schaffen, in der sich das Gegenüber sicher fühlt und sich öffnen kann.“

Kontakt: Isabel Ruf,
Online-Redakteurin,
T +49 7231 / 933 173,
isabel.ruf@pz-news.de

Medium: Pforzheimer Zeitung

Auflage: 32.000; pz-news.de

rund 2 Mio. Visits/Monat,

Facebook 44.000 Abonnenten,

Instagram 7.600 Follower,

Snapchat 6.000 Follower

Verbreitungsgebiet: Pforzheim,

Enzkreis, Nordschwarzwald

Anzahl Lokalteile: 3

Redaktionsgröße: 40

Link: www.pz-news.de/respekt

NINA GIESECKE, ISABEL RUF UND JULIA WESSINGER
PFORZHEIM/ENZKREIS

Respekt, so steht es im Wörterbuch, ist die Achtung und Wertschätzung gegenüber anderen Personen, aber auch Tieren, Gruppen, Institutionen, Ländern, Kulturen und Weltanschauungen. Doch geht eben diese Achtung in unserer heutigen Welt zunehmend verloren? Wird die Menschheit immer egoistischer? Hat sich Respektlosigkeit in unserer Gesellschaft breitgemacht? Nagt sie gar an Autoritäten wie Polizisten, Lehrern und Ärzten?

Offensichtlich schon. Allein innerhalb der vergangenen vier Jahre ist die Gewalt gegen Polizisten um 22 Prozent gestiegen, wie die Kriminalstatistik belegt. Unangemessenes Verhalten gegenüber Rettungskräften und Vertretern öffentlicher Ämter ist keine Seltenheit mehr. Doch nicht nur da macht es sich bemerkbar – auch direkt vor unseren Augen auf der Straße, im Supermarkt, am Telefon. Respektlosigkeit beginnt bereits im Kleinen und hat nach Auskunft des Experten Werner Polster zuletzt zugenommen.

Diesem Phänomen geht die „Pforzheimer Zeitung“ auf den Grund. In der neuen Serie „Mehr Respekt, bitte“ kommen deshalb Menschen zu Wort, denen in ihrem Beruf, im Ehrenamt oder privat mit mangelndem Respekt begegnet worden ist oder noch wird. „Wir wollen zeigen, an welchen Stellen es im Alltag an Achtung und Wertschätzung mangelt“, sagt PZ-Redakteurin Julia Wessinger. „Wenn ein Feuerwehrmann bei seiner Arbeit behindert oder ein Rettungssanitäter beleidigt wird, müssen wir als Journa-



„Dieses Problem geht uns alle an!“

Die PZ-Redakteurinnen Nina Giesecke, Julia Wessinger und Isabel Ruf gehen dem mangelnden Respekt in unserer Gesellschaft auf den Grund.

listen darauf hinweisen. Dieses Problem geht uns alle an“, so Wessinger weiter. „Als Online-Redakteurin begegne mir mangelnder Respekt selbst täglich – zum Beispiel in Form von Berichten über Respektlosigkeiten, die wir auf PZ-news.de veröffentlichen, aber noch häufiger in Kommentaren in den sozialen Medien“, erklärt Kollegin Nina Giesecke. „Im Internet ist die Hemmschwelle geringer als im realen Leben. Wer sich dann noch hinter einem Pseudonym versteckt, der

tippt auch schnell mal eine Beleidigung in die Tasten. Das kann dann unter Umständen richtig persönlich werden, da müssen wir eingreifen. Deshalb ist Respekt mir selbst in unserer heutigen Welt ein Anliegen“, beschreibt Giesecke. Das sieht PZ-Redakteurin Isabel Ruf ähnlich. „Auch ich habe als Reporterin schon Dinge erlebt, die ich beunruhigend finde. Vor allem vor der Arbeit der Polizei haben viele keinen Respekt, wobei obendrein noch gegen die Beamten, gerade an Absper-

rungen nach Unfällen oder anderen Delikten. Das ist immer häufiger der Fall. Das muss sich ändern“, so Ruf. Die neue Serie „Mehr Respekt, bitte“ soll Missstände aufzeigen, aber auch Denkanstöße geben. „Ich frage mich zum Beispiel, wie wichtig die Erziehung ist – ob Respekt nicht schon Kindern ganz anders vermittelt werden sollte“, sagt Ruf weiter. Die Redakteurinnen wollen wissen, wie jeder für sich im Alltag gegen Respektlosigkeit vorgehen kann, wo es besonders hart

und woran das überhaupt liegt. Um diese Fragen zu beantworten, kommen in einigen Serienfolgen auch Experten zu Wort, die das Phänomen aus wissenschaftlicher Sicht erklären.

Auch die PZ-Leser selbst dürfen sich äußern. Ist Ihnen selbst schon Respektlosigkeit entgegengebracht worden? Senden Sie uns eine E-Mail mit Ihren Erfahrungen an internet@pz-news.de.

„Der Affekt schlägt den Verstand“

PZ-INTERVIEW mit **Werner Polster**, Leiter und Gründer der Akademie für Psychotherapie in Pforzheim, über die Gründe für Respektlosigkeit und die Bedeutung der Erziehung.

DAS GESPRÄCH FÜHRTEN **ISABEL RUF** UND **JULIA WESSINGER**

Kein „Bitte“, kein „Danke“, Aggressivität bis hin zu Gewalt. Respektlosigkeit kann sich in vielen Facetten und alltäglichen Situationen äußern. Werner Polster erklärt, welche psychologischen Hintergründe dabei eine Rolle spielen.

PZ: Herr Polster, zu Beginn ganz prinzipiell die Frage: Was ist Respekt, was ist Respektlosigkeit?

Werner Polster: Das hat viel mit Achtung und Missachtung zu tun. Respekt heißt, die Beachtung der Belange meines Gegenübers auch und insbesondere bei unterschiedlicher Meinung. Mein Gegenüber kann ganz diametrale Standpunkte vertreten, aber ich verliere ihn als Mensch mit seinen Eigenheiten nicht aus dem Auge. Wenn ich das tue, bin ich immer respektvoll. Manche Menschen fühlen sich auch unterbewusst ausgegrenzt oder vielleicht abgewertet. In solchen Fällen kann man dazu geneigt sein, sich auf Kosten des anderen größer zu machen. Ein weiterer Aspekt ist: Ich kann schnell Respekt verlieren, wenn ich glaube, ich bin im Recht. „Ich hab doch recht, also kann ich drauf bauen.“ Ich übertreibe jetzt bewusst. Aber das ist eine grundlegende Fehleinschätzung.

Warum wird jemand respektlos?

Da spielen zwei grundsätzliche Aspekte eine Rolle: der individuelle und der gesellschaftliche. Unter den individuellen Aspekt fällt die Entwicklung. Für eine gute Steuerungsfähigkeit müssen bestimmte Hirnbereiche gereift sein, insbesondere das Stirnhirn, wo die Normen und gesellschaftliche Werte sitzen. Das Stirnhirn wird in der Entwicklung als Letztes dazu geschaltet, bei Frauen im 25. bei Männern im 27. Lebensjahr – tendenziell noch später. Aber, und das ist der zweite individuelle Aspekt, es kann mir immer etwas daneben gehen. Das ist die sogenannte 70-Prozent-Regel.

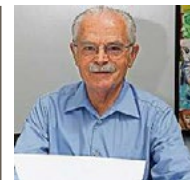
Klingt mathematisch. Was ist denn darunter zu verstehen?

Wir haben angeborene Affekte, die im Unterbewusstsein gebildet werden, eine „Basis-Emotion“, die quasi angeschubst wird. Das merke ich gar nicht. Erst wenn ich den Affekt ins Frontallhirn schicke, wird er mir bewusst. Jetzt kommt die Eigenart: Wenn diese Basis-Emotion über 70 Prozent steigt, wird zunehmend mein Frontallhirn abgeschaltet. Der Affekt ist viel stärker als der Verstand, da kann ich noch so reif sein. Das heißt, ich funktioniere nur noch automatisch. In der Evolution ist das höchst sinnvoll. Wenn ich in der Savanne etwas Gefährlichem begegne, bin ich gut beraten gewesen, dass der Affekt sofort hochfährt und ich handele, also fliehe oder kämpfe. Das heißt: Je mehr mein Affekt hochfährt und ich es nicht früh genug erkenne und gegensteuere, desto mehr werde ich blindwütig und eben respektlos. Wenn mich andauernd jemand abwertet, kann so etwas beispielsweise passieren.

In vielen Situationen hat eine Person jedoch nichts Schlimmes getan und trotzdem wird sie respektlos behandelt.

Die Bedeutung einer Botschaft bestimmt der Empfänger. Das heißt umgekehrt: Wenn ich etwas sage, dann weiß ich, wie ich es meine. Das heißt aber überhaupt nicht, dass das bei Ihnen so ankommt. Das ist hochindividuell. Jeder verarbeitet Botschaften auf der Basis seines Werdegangs, seines Wissens, seines Erfahrungsschatzes. Ein drastisches Beispiel: Wenn ein Vater jedes Mal, bevor er laut wird, sich über die Haare streicht, ist diese Geste eingepreßt. Wenn das Kind erwachsen ist und jemand etwas sagt und streicht sich dabei über die Haare, konnotiert man das gleich als kritisch. Das ist normal. Das Entscheidende ist, dass ich bereit bin, mein Vorab-Urteil zu korrigieren anhand der neuen Erfahrung.

Gruppendynamik ist beim Thema Respektlosigkeit bestimmt auch ein wichtiger Punkt.



Werner Polster geht davon aus, dass gerade Jugendliche Respekt lernen können, bestenfalls bereits in der Erziehung oder später in Therapien. „Unser Gehirn ist extrem flexibel“, sagt der Experte.

FOTO: KETTERL

Werner Polster...

... hat von 1966 bis 1972 in München studiert. Er ist Facharzt für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie sowie für Neurologie und Psychiatrie. 1984 ließ sich Polster in Pforzheim nieder und eröffnete seine Praxis. Parallel bildet er in seiner Akademie für Psychotherapie Ärzte bezüglich der Pflichtkurse „Psychosomatische Medizin“ und des Zusatztitels Psychotherapie sowie in weiteren Workshops aus. ir/juw

Definitiv. In Gruppen werden Dinge nicht hinterfragt, sondern relativiert, das Unrechtsbewusstsein wird aufgehoben. Dann gibt es nur Schwarz und Weiß. Ein Beispiel ist die Pegida-Bewegung: Die Menschen haben das Gefühl, sie können sowieso nichts bewegen und niemand hört auf sie. Wenn ich in dieser inneren Haltung bin, dann laufe ich Gefahr, in diesen Extremismus zu gehen und mir Gruppen zu suchen, in denen ich mich stark und mächtig mache.

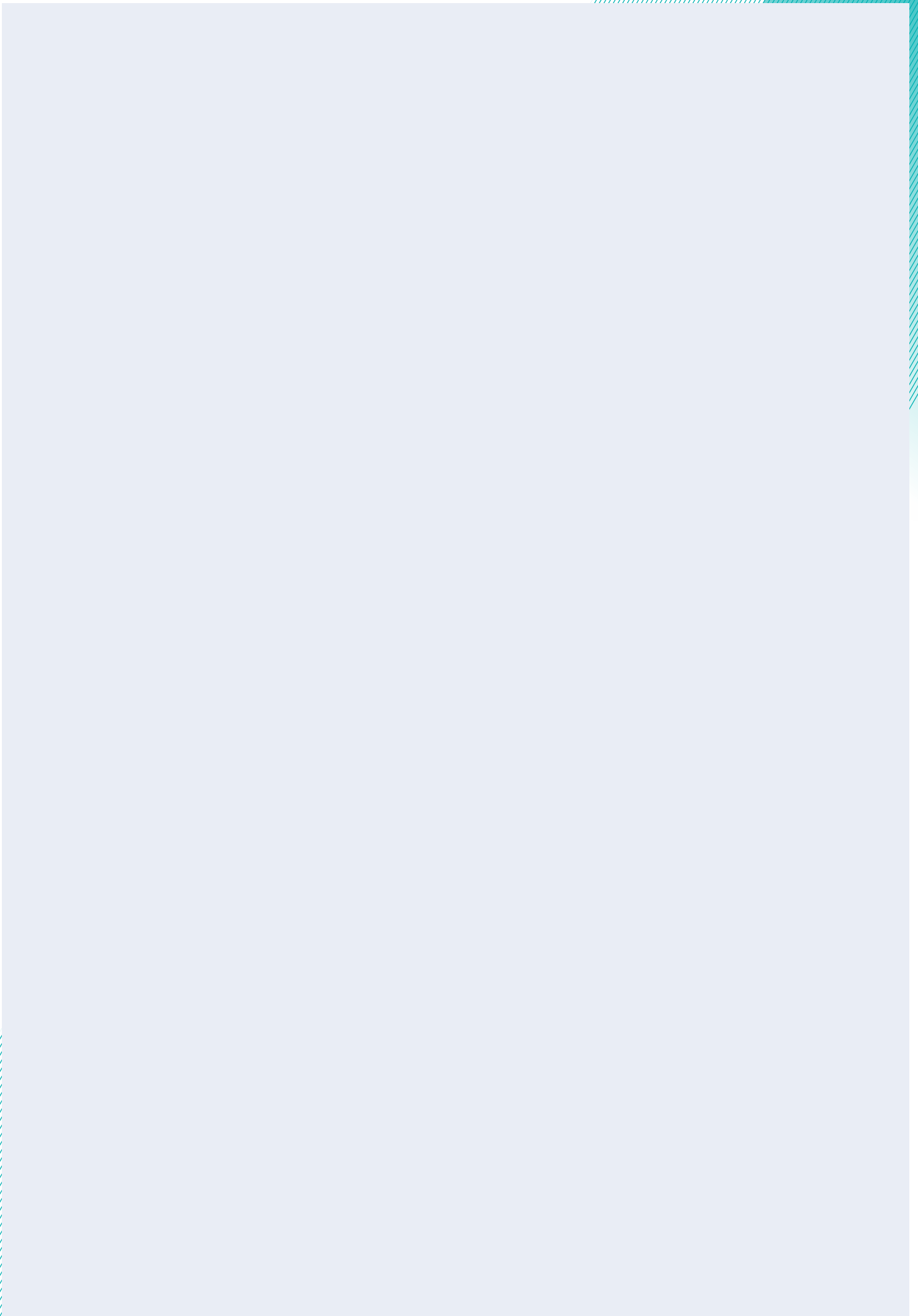
Wie verhalte ich mich, wenn mit mir respektlos umgegangen wird?

Da gibt es leider kein Patentrezept. Die Metakommunikation ist wichtig, also den anderen darauf hinzuweisen, was gerade passiert. Wenn der Affekt zu hoch ist, wird daraus nichts. Aber dann gebe ich. Ich muss mir nicht alles gefallen lassen. Bei Berufsgruppen, die von Grund auf gefährdet sind, muss es bestimmte Schutzräume oder Alarmsysteme geben.

Wie kann man Respekt lernen oder beibringen?

Das Ideale ist, schon mit den eigenen Kindern respektvoll umzugehen. Als Elternteil bin ich in einer Machtposition. Die sollte ich nicht ausnutzen, sondern auf Augenhöhe bleiben. Wenn ich nur sage „Mach das jetzt so!“ ist das Machtausübung. Man muss sein Handeln erklären: „Es geht nicht anders. Ich erwarte, dass du das machst, weil...“. Das klingt ganz anders. Das Gehirn ist sehr flexibel, gerade Jugendliche können viel lernen und korrigieren. Nichts zu tun, weil man nicht bestimmen möchte, ist aber genauso Unsinn. Sie würden doch nicht auf die Idee kommen, Ihr Kind nicht festzuhalten, wenn es auf die Straße rennt. Entwicklungspotenzial gibt es nur, wenn es auch Grenzen gibt – sonst entsteht Chaos.

In der Serie „Mehr Respekt, bitte“ stellt die „Pforzheimer Zeitung“ wöchentlich eine Person vor, die in ihrem Beruf, Ehrenamt oder im Alltag mit mangelndem Respekt in Berührung kommt. Neben der Sondersseite in der gedruckten Ausgabe der PZ gibt es Eindrücke von den Protagonisten auf den Instagram- und Snapchat-Accounts von PZ-news (@pznews). Sie haben selbst Erfahrungen mit mangelndem Respekt gemacht? Senden Sie Ihre Meinung an internet@pz-news.de.



Service lokal

Orientierung und Nutzwert

Ob beim Einkaufen oder im Garten, bei der Arzt-Suche oder der Verkehrssicherheit – die Menschen suchen nach Hilfe und Orientierung. Gute Lokaljournalisten beherzigen das und stehen ihren Lesern als Ratgeber zur Seite. Sie testen Dienstleistungen und Produkte, befragen Experten oder beschreiben ihre Erfahrungen im Selbstversuch. Und sie bitten ihre Leser um Hilfe und reichen Tipps und Rezepte weiter. Erklärstücke, Infoblocks und interaktive Grafiken steigern den Nutzwert des Mediums enorm. Umfassender Service bietet aktive Lebenshilfe.

Gemeinsame Aktion lässt Stadt und Landkreis aufblühen



Jeder Einzelne kann etwas für mehr Artenvielfalt und gegen das Insektensterben tun. Das zeigt die Aktion der Celleschen Zeitung, die Stadt und Landkreis aufblühen lässt. Sie liefert Informationen, gibt Denkanstöße und verteilt Saatgut für insektenfreundliche Gärten. Die Nachfrage der Bürger ist riesig.

Die Redaktion will nicht immer nur neue Meldungen zum Artensterben verbreiten. Sie will etwas dagegen tun – und zwar gemeinsam mit den Lesern. So initiieren Lokalredakteur Michael Ende und Blattmacherin Maren Schulze die Aktion „Celle blüht auf“. Sie wollen ein Zeichen setzen für mehr Vielfalt und zugleich die Menschen dazu anstiften, gemeinsam etwas zu unternehmen.

Das Ziel: Möglichst viele Flächen in Stadt und Landkreis sollen zum bunten Blütenmeer werden und Insekten wie Wildbienen oder Schmetterlingen Nahrung und Unterschlupf bieten. Dafür verschenkt die Zeitung eine eigens auf Insekten abgestimmte Saatmischung aus Wild- und Kulturpflanzen. Unterstützt wird die Aktion von einer Reihe von Projektpartnern aus der Landwirtschaft, dem Naturschutz und der Kommunalpolitik, von Unternehmen und Verbänden. Wichtiger Partner ist das Institut für Bienenkunde Celle, ein Kompetenzzentrum für alle Belange der Bienenhaltung.

Über Monate widmet sich die Redaktion intensiv dem Thema Artenvielfalt. Sie stellt Insektenarten vor, die in Niedersachsen leben, berichtet über Ökosysteme. Sie spricht mit Imkern,

Bauern, Gärtnern, Saatgutexperten. Sie schreibt über bedrohte Tierarten und Pflanzenschutzmittel und organisiert einen Infoabend über das geheimnisvolle Leben der Bienen. Das Fachwissen soll die Menschen sensibilisieren und ihnen zeigen, was jeder Einzelne tun kann.

Die Aktion trifft offenbar einen Nerv vieler Menschen. Der Erfolg übertrifft die kühnsten Erwartungen der Initiatoren. In kurzer Zeit werden 25.000 Tütchen mit der Saatgutmischung unters Volk gebracht. Darüber hinaus gibt es viele Nachfragen von Leserinnen und Lesern, Schulen und Kindergärten, Vereinen und Unternehmen.

Die Gesamtbilanz kann sich sehen lassen: Rund 8,3 Hektar blühende Landschaft in Stadt und Landkreis Celle werden gepflanzt – das entspricht zwölf Fußballfeldern voller Wildblumen. Die Aktion macht auch überregional Eindruck. So übernimmt der niedersächsische Umweltminister Olaf Lies die Schirmherrschaft und will „Celle blüht auf“ landesweit bekannt machen.

Die Aktion soll weitergehen. Die Zeitung macht auch im neuen Jahr die Berichterstattung zu diesem Thema zum Schwerpunkt.

Kontakt:

Maren Schulze, Blattmacherin,
T +49 5141 / 990 341,
m.schulze@cellesche-zeitung.de
Michael Ende, Lokalredakteur,
T +49 5141 / 990122,
m.ende@cellesche-zeitung.de

Medium: Cellesche Zeitung

Auflage: 23.000 (verkaufte Exemplare im Dezember 2018)

Verbreitungsgebiet: Landkreis Celle

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: 17 Redakteure/
3 Volontäre (Vollredaktion)

Tipp:

„Wichtig ist, sich nicht gleich am Anfang selbst ein Bein zu stellen, indem man an die Dinge denkt, die problematisch sein könnten. Es ist besser, man setzt sich ein Ziel, marschiert los und nimmt dann ein Hindernis nach dem anderen.“

LOKALES

Samstag, 3. März 2018

www.cellesche-zeitung.de/lokales

9



Lothar H. Blumm (Archiv) / Stefan Zutz (Archiv) / Montage: CZ

VON MAREN SCHULZE

CELLE. England im Jahr 1852. Ohio, USA, im Jahr 2007. China im Jahr 2008. Das sind die drei Zeitebenen des Bestsellers „Die Geschichte der Bienen“, der ein düsteres Szenario für die Zukunft ausmalt. Ohne Bienen keine Nahrung, und wenn Aurin Maja Lunde in China Menschen zu Arbeitsbienen werden lässt, die mühsam von Hand Blüten bestäuben, durch Obstbäume balancieren, müssen sie dafür auf persönliche Freiheit und Bildung verzichten. Wenn heute in unserer Überflussgesellschaft tonnenweise Obst und Gemüse im Müll landen – dort wird die einzelne Pflanze zur wertvollen Delikatesse. Science Fiction? Leider nein, vielmehr nur die konsequent weitgedachte Entwicklung, in der unsere Natur und wir Menschen als Verursacher schon mittendrin stecken.

Deutschland im Jahr 2017: Die Realität der Schlagzeilen lautet so: „Öko-Dienstleister in Gefahr: Insekten schwinden dramatisch“ oder „Zu wenig Nektar: Hummeln in Städten verhungern“ und „Stopp des Artenchwunds muss Kanzlersache werden“. Kanzlersache? Ja, sicher, aber doch auch Sache jedes einzelnen. Und deswegen ist CZ-Redakteur Michael Ende – in seiner Freizeit selbst auch als Imker aktiv – auf die Idee der vielen kleinen Schritte zurückgekomm-

men. Jeder kann mithelfen, die Lage für die Insekten etwas zu entspannen und ganz nebenbei vielleicht auch sich selbst – bei der Gartenarbeit, bei der Beobachtung der Natur, durch die Faszination der fein abgestimmten ökologischen Zusammenhänge.

Celle im Jahr 2018: „Celle blüht auf“ – das schreibt sich die CZ für dieses Jahr und auch darüber hinaus auf ihre Fahnen. Und zwar sprichwörtlich – möglichst viele Flächen in Stadt und Landkreis Celle sollen zum bunten Blütenmeer werden und Insekten wie Wildbienen und Schmetterlingen Nahrung und Unterschlupf bieten. Damit jeder mithelfen kann, wird es ab 17. März bei der CZ sowie bei unten aufgeführten Partnern die Saatmischung „Blühende Landschaft“ kostenlos geben. Eine eigens auf Insekten abgestimmte Mischung aus 41 verschiedenen Wild- und Kulturpflanzen, die fünf Jahre lang auf einer Fläche stehen bleiben kann und allein deswegen schon Entspannung für den Gärtner bietet, aber auch für das Auge, wie Projekte der Stadt Celle im vergangenen Jahr mit beispiels-

weise der Blumenwiese am Wilhelm-Heinrich-Ring und der naturnahen Gestaltung der Kreiselflächen gezeigt haben. Begeisterung bei den Vorbereitenden.

Die CZ wird sich in den kommenden Monaten intensiv dem Thema Artenvielfalt widmen. Es wird viele Insekten zu entdecken geben, in Niedersachsen leben mehr als 300 Wildbienenarten, und viel zu lernen über das Zusammenspiel in der Natur. Dafür haben wir kompetente Partner an unserer Seite. Vom Celler Bieneninstitut beispielsweise, die Imker, die Landwirtschaft, der Nabu und BUND, Stadt und Landkreis Celle – sie alle wollen mithelfen und helfen, unsere Umwelt lebenswert zu erhalten.

„Es summt und brummt einfach nicht mehr wie früher in unserer Natur. Wir in Celle können unseren Beitrag dazu leisten, dass dem Artensterben Einhalt geboten wird. Denn man muss oft im Kleinen anfangen, um Großes zu bewirken“, sagt Celles Oberbürgermeister Jörg Niggde und hofft, dass sich viele Bürger an der Aktion beteiligen werden. „Unsere

Ökosysteme sind auch unsere Lebensgrundlagen. Auch Bienen sind unverzichtbarer Teil unseres Lebens. Nicht jedem mögen sie aufgrund ihrer Größe gleich ins Auge fallen, aber Bienen gehören zur Klasse der Insekten, die mehr als 60 Prozent aller beschriebenen Tierarten ausmacht“, betont Landrat Klaus Wiswe. Otto Boecking von der BUND-Kreisgruppe Celle hat die Erfahrung gemacht, dass viele selbst aktiv werden wollen: „Oftmals fehlt es an kleinen Denkanstößen, um das eigene Vorhaben im Alltag, im eigenen Umfeld in die Tat umzusetzen.“ Den Insekten möchte die CZ gemeinsam mit den Bürgern den Tisch decken – unter anderem mit der Blümmischung. Doch neben Nahrung fehlt ihnen auch Wohnraum: „Wir müssen auch wieder für mehr Bäume, Sträucher und geschützte Bereiche sorgen. Letzteres benötigen die Insekten, damit aus abgelegten Eiern sich ungestört über Larven und Puppen die nächste Generation der erwachsenen Tiere wie Wildbienen entwickeln kann“, sagt Werner von der Ohe, Leiter des Instituts für Bienenkunde in Celle.

Mitmachen können auch Sie: Mit einer Fläche im Garten oder auf dem Balkon, mitmachen können aber auch Schulen und Kindergärten, denen die CZ für ihre Projekte gerne Saatgut zur Verfügung stellt. Packen wir es an.

KONTAKT

Fragen, Anregungen, Kritik? Als Mitarbeiter der Stadt-Redaktion freut sich Michael Ende am Montag über Rückmeldungen unter Telefon (05141) 990-122.



MEINUNG

Mitmachen!

VON MICHAEL ENDE

Es ist nicht nur ein trauriges Geschäft, immer neue Meldungen und Berichte über das immer rasanter um sich greifende Artensterben zu verbreiten – uns bei der CZ genügt das auch nicht. Wir wollen nicht einfach schulterzuckend zusehen und kommentieren, wie unsere Natur den Bach runtergeht. Das sollte niemand. Wir wollen etwas dagegen tun, uns gegen eine unheilvolle Entwicklung stemmen, bevor es zu spät ist. Und das wollen wir ab jetzt gemeinsam mit Ihnen, mit unseren Lesern.

Wer denkt, dass es sich um ein reichlich abstraktes Problem handelt, der sollte sich daran erinnern, wie im vergangenen Sommer die Windschutzscheibe seines Autos aussah: Im Vergleich zu früher war sie blank. Es gibt einfach kaum noch Insekten, die dem Straßenverkehr zum Opfer fallen könnten. Dabei geht es längst nicht nur um Kerbtiere. Sie sind nur ein Teil im faszinierenden und zerbrechlichen System der Natur, in dem alles mit allem zusammenhängt. Kippen wichtige Bausteine weg, dann droht ein Domino-Effekt mit Folgen, die kaum abzuschätzen sind.

Unser aller Verhalten hat dazu geführt, dass wir jetzt an einem Punkt angelangt sind, an dem es brenzlich wird. Unsere Art, mit dem Land und den Lebewesen umzugehen, muss sich ändern, denn wir sägen seit Jahrzehnten immer kräftiger an dem Ast, auf dem wir sitzen. Das darf so nicht weitergehen.

Deshalb wollen wir mit „Celle blüht auf“ nicht nur ein Zeichen setzen, sondern aktiv etwas unternehmen. Viele noch so kleine Schritte können Großes bewirken, wenn wir sie gemeinsam gehen. Lassen Sie uns das tun. Lassen Sie uns unser Celler Land zum Blühen bringen. Jeder auf seine Weise. Ob wir das schaffen? Ja, wir können das!

MELDEN SIE SICH

Ideen und Anregungen zu unserer Aktion „Celle blüht auf“ sind natürlich immer willkommen – zum Beispiel, wenn Sie sich schon längst für die Natur engagieren. CZ-Redakteur Michael Ende gibt gern seinerseits auch Anregungen und vermittelt Kontakte für Interessierte, die sich aktiv beteiligen wollen. Erreichbar ist er unter Telefon (05141) 990-122 oder zu dieser Aktion per E-Mail an info@celle-blueht-auf.de.



Abstandssensoren zeigen: Radler werden oft bedrängt

Autofahrer müssen beim Überholen mindestens 1,50 Meter Abstand zu Radfahrern halten. Viele Radler klagen, dass dies oft nicht geschieht. Die Redaktion des Tagesspiegels will es genau wissen und entwickelt einen Sensor. Das Ergebnis: Bei mehr als der Hälfte der Überholvorgänge wird es zwischen Auto und Radfahrer zu eng.

Zu geringer Abstand beim Überholen ist ein Unfallrisiko und wird immer wieder als Grund genannt, warum Menschen Angst haben, in der Stadt Fahrrad zu fahren. Die Polizei weigert sich, die Abstände zu kontrollieren. Es gibt bisher keine offiziellen Erhebungen dazu. Mit dem durch das Medieninnovationszentrum Babelsberg geförderten Projekt Radmesser will die Tagesspiegel-Redaktion Klarheit über das Thema schaffen.

Dafür arbeitet ein interdisziplinäres Team aus Physikern, Programmierern und Redakteuren zusammen. Es kombiniert klassischen Journalismus mit Datenjournalismus und innovativen Technologien. Die Frage: Wie sicher sind Radfahrer auf den Straßen Berlins?

Zunächst recherchiert das Team, welche Radinfrastruktur es in der Stadt gibt und welche Verbesserungen geplant sind. Die Ergebnisse und ein Teilnehmeraufruf werden in einer interaktiven „Swipe Story“ veröffentlicht. Dort gibt es auch eine Umfrage: Was stört oder ängstigt Radler in Berlin am meisten und wo wünschen sie Verbesserungen? 5.000 Menschen nehmen daran teil.

Kern des Projekts ist die Entwicklung eines Sensors und einer zugehörigen Smartphone-App, mit dem sich der Abstand von überholenden Autos messen lässt. Der Ultraschallsensor wird am Rahmen des Fahrrads befestigt und ist mit dem Smartphone am Lenker verbunden.

Eine Testfahrt ergibt, dass viele Autofahrer mit zu geringem Abstand überholen. Nach der Veröffentlichung dieser Messung auf verschiedenen Tagesspiegel-Kanälen (Print, Online, Social Media) melden sich 2.500 Freiwillige, die am Projekt Radmesser teilnehmen wollen. Von ihnen bekommen 100 für acht Wochen einen Sensor gestellt.

Am Ende werden knapp 17.000 Überholvorgänge ausgewertet. In mehr als der Hälfte der Fälle werden Radfahrer zu eng überholt. Die Ergebnisse liefern Hinweise darauf, warum die Stimmung auf der Straße so aggressiv ist. Und die Angst fast immer mitfährt. Die Daten zeigen außerdem, wo Berlins Straßen für Radfahrer am gefährlichsten sind.

Nach der Veröffentlichung erhält das Team zahlreiche Anfragen von Interessenten aus Deutschland und Europa, die das Projekt ebenfalls am eigenen Standort umsetzen wollen.

Tipp:

„Frühzeitig Feedback von Leserinnen und Lesern einzuholen macht jedes Projekt stärker. Genauso wichtig war es, in schwierigen Methodenfragen Forscherinnen und Forscher an Unis um Rat zu fragen. Sie haben uns mit Leidenschaft unterstützt.“

Kontakt: Hendrik Lehmann,
 Head of Tagesspiegel Innovation Lab,
 T +49 172 / 312 745-1,
hendrik.lehmann@tagesspiegel.de

Das Team: Michael Gegg, Hendrik Lehmann, David Meidinger, Fabian Altenried, Hans Hack, Martin Baaske, Hannes Soltau, Andreas Baum, Jakob Kluge, Helena Wittlich

Medium: Der Tagesspiegel
Auflage: ca. 115.000 (350.000 Leser)

Verbreitungsgebiet: Berlin und Brandenburg, teilweise bundesweit

Anzahl Lokalteile: 1

Redaktionsgröße: ca. 130 Köpfe

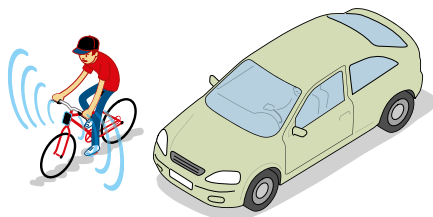
Link: interaktiv.tagesspiegel.de/radmesser

Messen auf Rädern

Zwei Monate, 100 Testfahrer, 13 300 Kilometer – mit Abstandssensoren hat der Tagesspiegel in einem großangelegten Versuch erstmals erfasst, wie nah Rad- und Autofahrer sich in Berlin wirklich kommen. Knapp 17 000 Überholvorgänge wurden ausgewertet. Die Ergebnisse liefern Hinweise darauf, warum die Stimmung auf der Straße so aggressiv ist. Und die Angst fast immer mitfährt

VON ANDREAS BAUM, MICHAEL GEGG, JAKOB KLUGE, HENDRIK LEHMANN, DAVID MEIDINGER UND HELENA WITTLICH

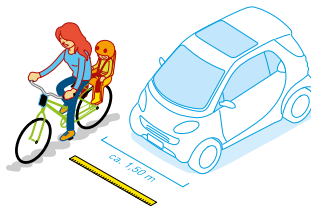
VERSUCHSAUFBAU



Datensammler

Mit Abstandssensoren haben 100 Radfahrer gemessen, wie eng sie auf ihren täglichen Wegen von Autos überholt werden: Männer und Frauen aus 99 Postleitzahlbereichen in allen Bezirken. Die Testfahrer fuhren insgesamt 13 300 Kilometer. 16 700 Überholvorgänge wurden erfasst. Der Sensor misst mittels Ultra-

schall nach links und rechts, durchschnittlich 20 Mal in der Sekunde. Er ist über Bluetooth mit dem Handy verbunden, das an einer Halterung am Lenker befestigt ist. Die Messdaten wurden dem Tagesspiegel übermittelt. *Noch mehr Daten und Grafiken finden Sie online unter [radmesser.de](#)*



Annäherungsprobleme

Doch was heißt „zu eng“? Laut gängiger Rechtsprechung und Polizeiaus-sage müssen mindestens 1,5 Meter Überholabstand gehalten werden – das entspricht der Breite eines Smartis. Sind Kinder mit auf dem Rad, sogar mindestens zwei Meter. Tatsächlich wurden zu unseren Testfahrern mit Kindern

aber im Schnitt nur 8,4 Zentimeter mehr Abstand gehalten. Mehr als die Hälfte der gemessenen Überholvorgänge unterschritt den Mindestabstand. In 192 Fällen betrug der Abstand sogar weniger als 50 Zentimeter. Weder Warmwesten, Geschlecht noch Alter beeinflussten den Abstand.



Gefährliches Pflaster

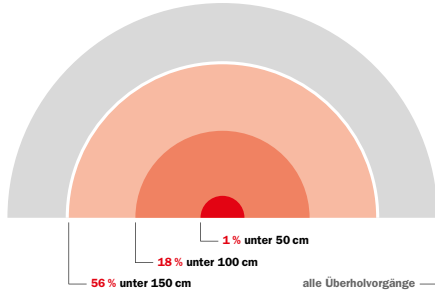
Wie eng Autofahrer Radfahrer überholen, wird von der Polizei in Berlin nicht systematisch kontrolliert. Obwohl es einen Bußgeldkatalog gibt, 30 Euro kostet es, zu eng zu überholen. Hätte die Polizei alle gemessenen Überholmanöver kontrolliert, wären mindestens 282 060 Euro Bußgeld fällig geworden.

Abstände unter 50 Zentimetern können sogar als Straftat gewertet werden, für die Gerichte Geldstrafen und Punkte in Flensburg verhängen können. Für Kontrollen fehlt Personal, heißt es. Dabei gilt zu enges Überholen als Hauptgrund dafür, warum Menschen sich in der Großstadt nicht aufs Rad trauen.

Illustrationen: Martin Uebachs, Gernot Klein/Florian Baur

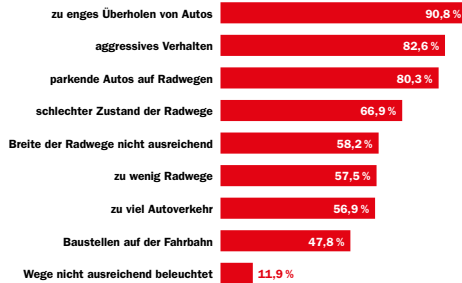
Mit welchem Abstand werden Radfahrer überholt?

Mehr als die Hälfte aller Pkw, Lkw, Busse und motorisierter Zweiräder überholt zu eng.



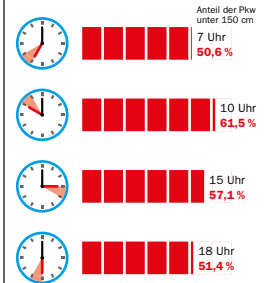
Hauptgründe, warum sich Radfahrer unsicher fühlen

Knapp 5000 Radfahrer wurden befragt. Fast alle äußerten dieselbe Angst.



Wann überholen Autos zu dicht?

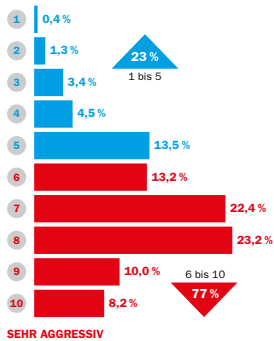
Im Berufsverkehr wird es für Radfahrer häufiger noch enger.



Wie gehen die Verkehrsteilnehmer miteinander um?

Die große Mehrheit der Berliner empfindet das Klima auf der Straße als aggressiv (auf einer Skala 1-10).

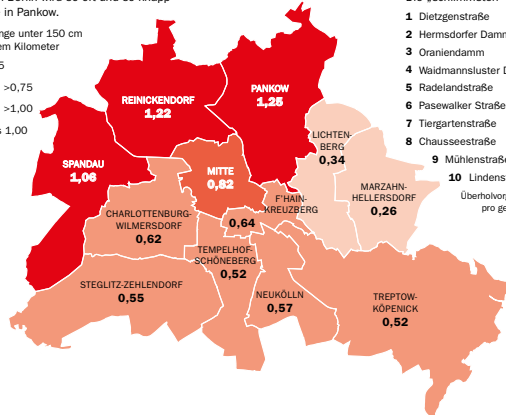
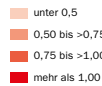
SEHR RESPEKTVOLL



Bezirke, in denen am dichtesten überholt wird

Nirgendwo in Berlin wird so oft und so knapp überholt wie in Pankow.

Überholvorgänge unter 150 cm pro gefahrenem Kilometer

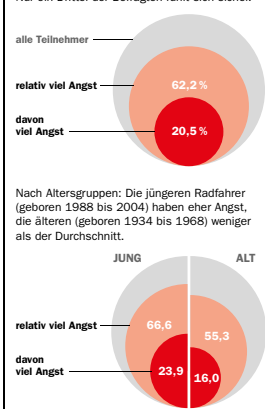


Die „schlimmsten“ Straßen:

- 1 Dietzgenstraße PAN 6,43
 - 2 Hermsdorfer Damm REI 5,66
 - 3 Oranienamm REI 5,64
 - 4 Waldmannsluster D. REI 4,99
 - 5 Radelandstraße SPA 4,41
 - 6 Pasewalker Straße PAN 3,99
 - 7 Tiergartenstraße MIT 3,37
 - 8 Chausseestraße MIT 3,33
 - 9 Mühlenstraße FR-KR 3,32
 - 10 Lindenstr. FR-KR 2,97
- Überholvorgänge unter 150 cm pro gefahrenem Kilometer

Wie groß ist die Angst?

Nur ein Drittel der Befragten fühlt sich sicher.



Mit Geschichten und Daten den Ärztemangel beleuchtet

Nicht nur auf dem Land fehlen Ärzte, auch in Städten wie Heilbronn wird es immer schwieriger, einen Termin zu bekommen. Die Heilbronner Stimme befasst sich in einer Serie mit dem Ärztemangel. Darin geht sie den Problemen und Ursachen nach und bereitet das Thema in einem datenjournalistischen Projekt auf.

Das Verbreitungsgebiet der Heilbronner Stimme umfasst nicht nur die 120.000-Einwohner-Stadt Heilbronn, sondern auch ländlich geprägte Landkreise. Dort sind Probleme mit der medizinischen Versorgung an der Tagesordnung, etwa weil der Hausarzt des Ortes in Rente geht und keine Nachfolge findet. Die Redaktion hat oft über einzelne Fälle berichtet, nun bereitet sie das Thema umfassend auf.

Den Einstieg bildet ein Scrollytelling, das das Team selbst programmiert. Darin wird aufgezeigt, wie die medizinische Versorgung für jede einzelne Gemeinde zu diesem Zeitpunkt aussieht. Die Datenlage ist schwierig. Insbesondere Fachärzte betreiben auf dem Papier oftmals mehrere Praxen in unterschiedlichen Kommunen, praktizieren jedoch faktisch nur an einem Ort. Für die Auswertung werden die aggregierten Daten aus dem Versorgungsbericht der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg (KVBW) verwendet, die im Netz unter www.arztsuche-bw.de eine umfassende Ärztedatenbank bereitstellt. Diese Daten werden von der Redaktion mit demografischen Werten abgeglichen und auf einer interaktiven Karte visualisiert. So können

die User sehen, wie viel und welche Ärzte es in ihrer Nähe gibt.

Von diesem Scrolly wird auf weitere Artikel verlinkt. Darin wird erzählt, wie eine Gemeinde ohne Arzt klar kommt, wie Kommunen kreativ werden, um Hausärzte zu ködern, wann Ärzte Patienten ablehnen dürfen. Ein Redakteur beschreibt, wie schwer es ist, einen Termin beim Kinderarzt zu bekommen. Eine Kollegin geht der Frage nach, ob Telemedizin fehlende Ärzte auf dem Land ersetzen kann.

An dem Projekt beteiligt sind zwei Lokalredaktionen, die Online- und die Mantelredaktion sowie eine Volontärin. Gesteuert wird das Projekt von den Onlinern, die die Themen zunächst komplett auf www.stimme.de spielen. Die Veröffentlichung im Print findet danach über mehrere Tage verteilt statt.

Die enge thematische Zusammenarbeit zwischen Online und Print ist ein Testballon. In Zukunft sollen häufiger Themen gemeinsam erarbeitet und für beide Auspielungswege aufbereitet werden.

Das Projekt ist ein voller Erfolg. Die Verweildauer ist bei den meisten Artikeln deutlich höher als im Durchschnitt von stimme.de.

Tipp:

„Gemeinsam kreativ im Coworking Space statt Stress in der Redaktion. Die Projektgruppe hat sich mehrfach aus dem Arbeitsalltag herausgenommen, um das Projekt zu entwickeln: Das weitet den Blick, fördert die Fähigkeit zum Querdenken.“

Kontakt:

Valerie Blass, Redakteurin für Politik und Gesundheit, T +49 7131 / 615 768, valerie.blass@stimme.de

Medium: Heilbronner Stimme / stimme.de (Heilbronner Stimme GmbH & Co. KG)

Auflage: 241.000

Verbreitungsgebiet:

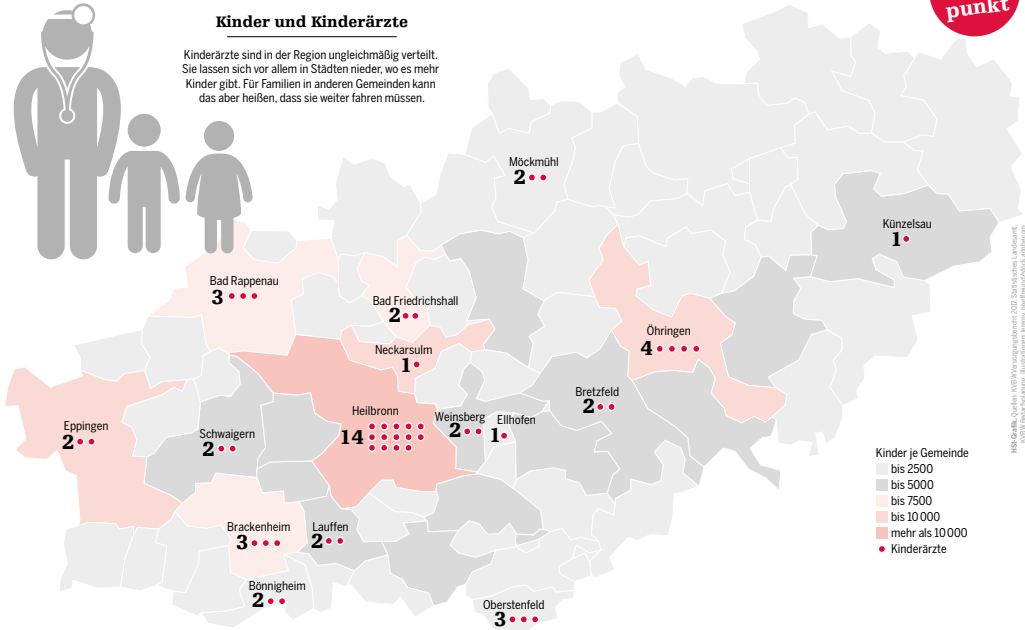
Region Heilbronn-Franken

Anzahl Lokalteile: 6

Redaktionsgröße: 101

Link: aerzte.stimme.de

Im Blickpunkt



Das Gesundheitszeugnis für die Region

SERIE Mediziner fehlen an vielen Stellen – Einige Probleme zeigt ein Blick auf die Daten

Einwohner pro Hausarzt

Versorgungsgebiet Heilbronn

1633

352.735 Einwohner 216 Hausärzte

Versorgungsgebiet Neckarsulm

1684

106.940 Einwohner 63,5 Hausärzte

Versorgungsgebiet Künzelsau

1534

54.182 Einwohner 35,3 Hausärzte

Versorgungsgebiet Öhringen

2055

56.527 Einwohner 27,5 Hausärzte

Baden-Württemberg

1527

10.879.618 Einwohner 7127 Hausärzte

Serie: Ärztemangel

Von unserem Redakteur Daniel Stahl

Eine Woche lang hat sich unsere Redaktion mit dem Mangel an Medizinern in der Region befasst. Was dabei deutlich wurde: Die schwierige Versorgung mit Ärzten könnte in den kommenden Jahren noch schlechter werden. Gegenmaßnahmen werden höchstens langsam greifen.

Das bestätigen auch Leser-Reaktionen auf die Serie. „Was wir gerade erleben, ist erst der Anfang einer Entwicklung, die sich in den nächsten zehn Jahren noch deutlich verschlechtern wird“, schreibt der Heilbronner Arzt Bernd Sälzer in einem Leserbrief. „Nicht nur in ländlichen, sondern auch in städtischen Gebieten wird es zu einem eklatanten Haus- und Fachärztemangel kommen“, sagt der Vorsitzende des Spitzenverbands der Fachärztlichen Berufsverbände Baden-Württemberg.

Nachwuchs fehlt Große Probleme macht dabei schlicht der Mangel an Ärzten. Nachwuchs fehlt. Von den in der Region niedergelassenen Hausärzten – und auch in anderen Fachgebieten – ist mehr als ein Drittel über 60 Jahre alt. Das zeigt die Grafik unten auf der Seite. Auch hier mit starken regionalen Unterschieden: Nahezu jeder zweite Internist in Heilbronn ist über 60, Heilbronner Kinderärzte sind dafür noch fast alle jünger.

In den kommenden Jahren steht in vielen Praxen der Generationenwechsel an. Schon jetzt ist absehbar, dass nicht alle Pra-

xen auch Nachfolger finden werden. Das erleben manche unserer Leser schon jetzt. Eine Frau schreibt, dass es in ihrem Ort noch Hausärzte gebe – „aber die sind fast alle jenseits der 65“. Sie fährt jetzt in einen Nachbarort, um zu ihrem neuen Hausarzt zu kommen – nach längerer Suche. „Wohin soll das alles noch führen?“, fragt sie. „Ich bin bei einigen Praxen auch abgelehnt worden, weil entweder total überlaufen oder nicht ortsansässig.“

Quote Im Vergleich mit anderen Gemeinden in Baden-Württemberg ist die Region Heilbronn und Hohenlohe nicht schlechter versorgt. Das zeigt etwa die Quote an Hausärzten pro Region in der Darstellung links. Doch es lohnt sich, genauer hinzusehen. Manche Gemeinden haben Glück – oder gut geplant. In anderen Orten, wie etwa in Zweiflingen, kennen die Einwohner es gar nicht anders: Sie müssen für jeden Arztbesuch in benachbarte Städte fahren.

Wie groß das regionale Gefälle sein kann, wird am Beispiel der Kinder- und Jugendärzte auf der Karte oben deutlich. Die ungleiche Verteilung macht vielen Eltern Probleme. Eine Mutter schreibt, wie sie und ihr Säugling von mehreren Kinderarzt-Praxen abgewiesen wurden. Jetzt mache sie zumindest die Vorsorgeuntersuchungen mit ihrem Kind beim Hausarzt. „Ansonsten wüsste ich nicht, wo wir hätten hin sollen“, sagt sie.

Was klar ist: Das Thema Ärztemangel wird unsere Region und damit auch unsere Redaktion noch lange beschäftigen.

@ Überblick und weitere Serienteile <http://aerzte.stimme.de>

Top und Flop

Beste Versorgung mit Hausärzten (Ärzte je 1000 Einwohner)

- Forchtenberg (1,22)
- Siegelsbach (1,19)
- Abstatt (1,05)
- Bad Wimpfen (1)
- Weißbach (0,98)
- Künzelsau (0,93)
- Weinsberg (0,92)



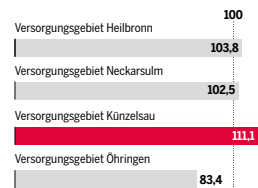
Schlechteste Versorgung mit Hausärzten (Ärzte je 1000 Einwohner)

- Zweiflingen (0)
- Untereisesheim (0)
- Pfedelbach (0,22)
- Hardthausen (0,24)
- Niederhall (0,25)
- Neckarwestheim (0,27)
- Mulfingen (0,27)

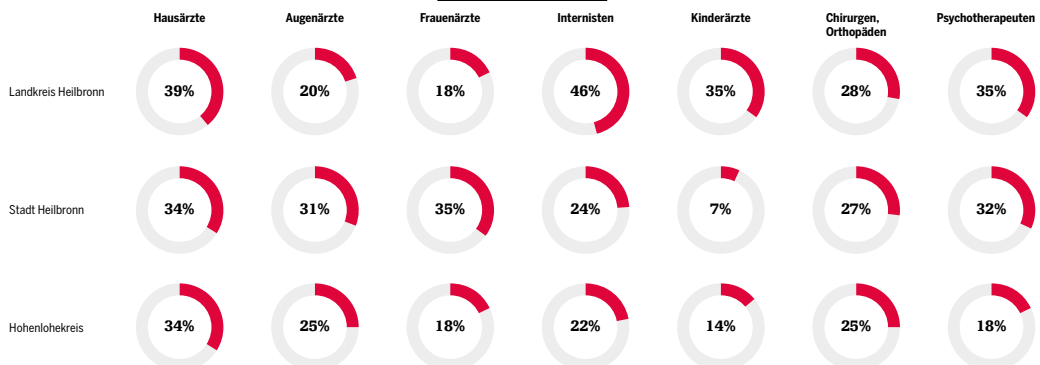


Versorgungsgrad Hausärzte

Am Richtwert von 100 orientiert sich die Planung



Anteil der Ärzte über 60 Jahre



Eine App erweckt die Gesundheitsserie zum Leben

Gesundheit ist ein hohes Gut. Entsprechend groß ist das Interesse an Themen aus diesem Bereich. Bereits im dritten Jahr bietet die Mitteldeutsche Zeitung eine Medizinserie. Diesmal geht es um Spitzenmedizin. Erstmals können dabei die Leserinnen und Leser mit einer App hinter die Geschichten schauen.

Nach den Serien „Gesundes Sachsen-Anhalt“ 2016 und „Besser vorgesorgt“ 2017 beleuchtet die Mitteldeutsche Zeitung 2018 die „Spitzenmedizin in Sachsen-Anhalt“. Das Reporter-Team Bärbel Böttcher (Text) und Andreas Stedtler (Foto und Video) zeigt an verschiedenen Beispielen auf, dass Menschen in dem Bundesland auf höchstem Niveau medizinisch versorgt werden.

Es geht um besondere Behandlungskonzepte, um neue Operationsmethoden und die Ärztinnen und Ärzte, die sie entwickelt haben. Im Mittelpunkt stehen jeweils Patientinnen und Patienten und ihre persönlichen Schicksale, die sich dank der ärztlichen Kunst zum Guten gewendet haben. Etwa die Geschichte eines Mannes mit angeborenem Herzfehler, der bis heute von einem spezialisierten Kinderkardiologen betreut wird. Oder der Fall eines Patienten, dem trotz eines Tumors in der Gehörschnecke eine Gehörprothese eingesetzt wurde, was bis dahin in Fachkreisen als unmöglich galt. Nun kann er wieder voll seinem Beruf nachgehen. Berührend ist das Schicksal eines jungen Mannes, der bei einem Arbeitsunfall seinen linken Unterarm verloren hat und nun lernt, mit einer Hightech-Prothese umzugehen.

Die Geschichten werden erstmals mithilfe von Augmented Reality (AR) zum Leben erweckt. Für die spezielle AR-Technik können Leserinnen und Leser die App „MZ virtuell“ herunterladen und bekommen anschließend interessante Zusatzinformationen, die hinter den Bildern liegen. Etwa Interviews mit den Ärzten. Oder persönliche Geschichten der Patienten. In anderen Fällen gibt es 360-Grad-Video Einblicke in einen OP-Saal. Dieses Angebot wird gut angenommen. Die Resonanz auf die Seiten ist groß. Leser schreiben über ihre eigene Geschichte oder bedanken sich, weil sie einen Ansprechpartner für ihr eigenes Problem gefunden haben.

Eingebettet in die Serie ist wieder eine Gesundheitsmesse, auf der sich zahlreiche Aussteller präsentieren und interessante Vorträge oder ein Mitmachprogramm geboten werden. Das Angebot lockt knapp 2.000 Besucherinnen und Besucher an.

Auch in diesem Jahr wird das Thema Gesundheit in der Mitteldeutschen Zeitung im Mittelpunkt stehen. Die Leser wissen das zu schätzen. Schon jetzt wenden sich viele mit ihren Sorgen und Nöten oder auch ihren positiven Erlebnissen an die Zeitung.

MZ.de Mitteldeutsche Zeitung

Kontakt: Hartmut Augustin,
Chefredakteur,
T +49 345 / 565 424-2,
hartmut.augustin@dumont.de

Medium: Mitteldeutsche Zeitung
Auflage: 170.000

Verbreitungsgebiet:
südliches Sachsen-Anhalt
Anzahl Lokalteile: 16
Redaktionsgröße: 180

Tipp:

„Regionale Experten und Menschen der Region, die von ihrem Wissen und Können profitieren – das ist die ideale Kombination. Damit können spannende, tragische und manchmal anrührende Geschichten erzählt werden.“

Die elektronische Hand

SERIE TEIL 2 Sascha Mrongowius hat bei einem Arbeitsunfall seinen linken Unterarm verloren. Nun trägt er eine Prothese der Spitzenklasse. Doch die stellt einige Anforderungen an den Besitzer.

VON BÄRBEL BÖTTCHER

Ich habe eine gefühlte Ewigkeit geschrien, einfach nur geschrien", sagt Sascha Mrongowius. Als der 34-Jährige von seiner Fröhlichkeit am 17. März 2017 erzählt, muss er häufig schlucken. Es sind schlimme Erinnerungen.

Der Mann ist Schichtleiter in einer Produktionsanlage, in der Müll zu Brennstoff verarbeitet wird. An jenem Morgen fällt der sogenannte Nachzerkleinerer, eine Art Schredder, immer wieder aus. Gegen 8:45 Uhr stellt der Maschinist ihn schließlich auf Wartung. Er kontrolliert, ob der Motor warm ist. Dabei passiert es. „Irgendwie muss ich zu nah an die Keilriemenscheibe gekommen sein“, erzählt er. Es gibt einen kurzen Ruck. Sein linker Arm hat sich in der noch laufenden Antriebseinheit verfangen.

Traurige Gewissheit

Seine Hilfeschreie hört zunächst niemand. Es ist laut in der Halle. Irgendwie schafft es Sascha Mrongowius, an den Notaus-Schalter zu kommen. Die Anlage steht. Ein Arbeitskollege zieht ihn aus der Maschine, leistet Erste Hilfe. Der herbeigerufene Notarzt verbindet die Wunde, verabreicht etwas gegen die wahnsinnigen Schmerzen. Dann geht es auf schnellstem Weg in das Berufsgenossenschaftliche Klinikum Bergmannstrost in Halle.

Die Ankunft in der Notaufnahme bekommt Sascha Mrongowius noch mit. Dann verliert er das Bewusstsein. Als er Stunden später nach einer Operation wieder zu sich kommt, wird das zur Gewissheit, was ihm beim Anblick seiner Verletzungen eigentlich schon klar war: die linke Hand und ein Teil des Unterarmes sind verloren. „Da habe ich erst einmal gehaut“, sagt er. „Für mich ist eine Welt zusammengebrochen.“ Seine Gedanken kreisen um die eine Frage: Wie geht es jetzt weiter? In dieser Situation stehen ihm nicht nur seine Freundin, die Familie und die Arbeitskollegen bei. Auch das Ärzteteam um Professor Frank Siemers, Direktor der Klinik für Plastische und Handchirurgie am Bergmannstrost, macht



Sascha Mrongowius hat sich schnell an seine Hightech-Armprothese gewöhnt.

FOTOS: ANDREAS STEDTLER

Schwellung zurückgeht, wird der Stumpf zudem mit einem Kompressionsverband versorgt. Eine umfangreiche Reha beginnt. Ziel ist es unter anderem, vorhandene Muskeln im linken Arm wieder aufzubauen und zu kräftigen.

Es dauert gute vier Monate, bis der Größiger (Anhalt-Bitterfeld) zum ersten Mal selbst spürt wie es ist, eine Prothese zu tragen. In einem Leipziger Zentrum startet eine Testphase. Dabei soll herausgefunden werden, mit welcher Art Prothese er gut zurecht kommt, welche am besten zu ihm passt, welche ihm gefällt. Das ist schließlich ein Hightech-Gerät, eine sogenannte myoelektrische Unterarmprothese. „Myo“ ist das griechische Wort für Muskel. Und die Prothese wird, vereinfacht gesagt, durch elektrische Energie, die aus Muskelkraft gewonnen wird, angetrieben.

„Die Steuerung myoelektrischer Prothesen erfolgt über Elektroden“, erklärt Orthopädietechnikermeister Tilo Salewski. „Diese sitzen im Schaft der Prothese, haben somit Kontakt zum Armstumpf.“ Nun entstehe im menschlichen Körper bei jeder Muskelbewegung elektrische Spannung. Sie liege zwar nur im Mikrovolt-Bereich, sei aber auf der Haut messbar. Diesen Vorgang, der auch in den noch vorhandenen Muskelgruppen im Armstumpf abläuft, machen sich Prothesenbauer zunutze. „Die geringe Spannung wird verstärkt durch die Elektroden - als Signal an die Elektronik der Prothese weitergegeben. Dadurch öffnet sich beispielsweise die Hand“, sagt der Geschäftsführer der orthopädischen Werkstatt „Salewski

& Partner“ in Halle. Damit das klappt, wird bei jedem einzelnen Patienten vorher aufwendig getestet, wo genau die Elektroden sitzen müssen.

Zudem erfordert es viel Übung, herauszufinden, welche Muskelgruppe angesteuert werden muss, damit sich die künstliche Hand beispielsweise öffnet, schließt oder damit sich einzelne Finger bewegen. Ergotherapeuten helfen dabei. „Es gibt aber Patienten, die fühlen sich damit überfordert“, sagt Tilo Salewski. „Andere brauchen zumindest bei ihrer Arbeit etwas Robusteres. Für sie gebe ich mechanische Prothesen, die mit Hilfe eines Seilzugs oder von Bandagen funktionieren. Auch der Captain-Hook-Haken sei da mitunter noch gefragt. Und manch einem reiche eine passive Armprothese, die rein ästhetische Funktionen erfülle.“

Sinn für Technik

Sascha Mrongowius trägt seine Hightech-Prothese seit dem Oktober des vergangenen Jahres. „Ich habe mich schnell daran gewöhnt, ich bin ein echter Technik-Freak“, sagt er. Und liefert sofort den Beweis. Geeknet hält er mit der künstlichen Hand ein ziemlich weiches Portionsstückchen Butter. Ohne es zu zerquetschen. Er kann Schleifen binden - etwa an seinen Arbeitsschuhen. Oder wenn ein Geschenk verpackt werden muss. Trotzdem vermisst er wie viele andere Prothesenträger seinen Tastsinn. Er spürt nicht, was er macht. „Die Hand ist blind“, sagt Frank Siemers.

Der renommierte Handchirurg verweist darauf, dass die Möglichkeiten „das wichtigste Werkzeug

Diese Bilder können Sie zum Leben erwecken

Und so funktioniert das:

1. Die kostenlose App „MZ virtuell“ aus Google Play Store oder App Store auf dem Smartphone oder Tablet installieren.
2. Die App öffnen und der Anleitung folgen.
3. Die Kamera des Handys oder Tablets direkt über jedes Foto mit diesem Zeichen halten.
4. Digitale Inhalte (z. B. Filme) starten dann automatisch.



Der Handchirurg Professor Frank Siemers erklärt hier unter anderem, wie eine moderne Handprothese funktioniert.

des Menschen“ zu erhalten, mit der Einführung der Mikrochirurgie viel besser geworden seien. Dank OP-Mikroskop und feinstem Nahtmaterial könnten kleinste Nerven und Gefäße wieder hergestellt werden. Auch bei sogenannten Replantationen, also dem Wiederanfügen abgetrennter Finger und ganzer Hände. Manchmal aber ergebe das keinen Sinn.

„Dann müssen wir amputieren. Und dann ist es unser Ziel, dem Patienten mit prothetischem Ersatz doch eine weitestgehend gute Handfunktion zu verschaffen“, betont Frank Siemers.

Bei Sascha Mrongowius ist das gelungen. Übrigens - der Mitteldreier geht mit seiner Hightech-Hand sehr sorgsam um. Im Krankenhaus habe ihn ein Arzt mit der

Aussicht getröstet: Wir machen aus Ihnen einen Sechs-Millionen-Dollar-Mann. Der Mediziner nahm Bezug auf eine Fantasy-Serie aus den USA, in der ein Pilot nach einem Absturz mit entsprechenden teuren Körper-Ersatzteilen versorgt wurde.

Lieb und teuer

Nun, so viel hat die Unterarm-Prothese nicht gekostet. „Aber ich trage so zirka 75 000 Euro am Arm“, sagt Sascha Mrongowius. Kosten, die Krankenkassen oder wie in seinem Falle die Berufsgenossenschaften tragen. Bereits im Februar dieses Jahres ist er übrigens an seinen alten Arbeitsplatz zurückgekehrt. Und dort nimmt er die Prothese ab, um die Elektronik unter anderem vor Staub zu schützen. Denn der ist für sie genauso schädlich wie Wasser. Demnächst bekommt der Maschinist einen weniger empfindlichen Greifer. Nur für die Arbeit. In der Öffentlichkeit möchte sich mit solch einem Gerät kaum mehr jemand sehen lassen.

Auch so zieht Sascha Mrongowius viele Blicke auf sich. Anfangs habe ihn das gestört. Inzwischen sei er daran gewöhnt. Mitunter wäre es ihm lieber, die Menschen, die da so schauen, würden ihn ansprechen, Fragen stellen. Sicher, er könnte sich für die Prothese einen hautfarbenen Silikonüberzug anfertigen lassen. Dann fielen sie nicht so auf. Doch das will er nicht. Er steht zu ihr. „Auslösen lässt sich die Erinnerung an den 17. März 2017 sowieso nicht.“

Thema der nächsten Folge: Wie Augenlicht gerettet wird

SPITZENMEDIZIN IN SACHSEN-ANHALT

Besondere Formen der Behandlung, innovative OP-Methoden, schnelle Wege zur Genesung - darum geht es in der Serie.

ihm von Anfang an Mut. Schon bei den ersten Visiten erklären sie ihm, was durch moderne Handprothesen heutzutage alles möglich ist.

Doch für eine prothetische Versorgung müssen zunächst die Voraussetzungen geschaffen werden. In einigen Fällen wird der Stumpf, salopp gesagt, auf die optimale Länge gebracht. Im Falle von Sascha Mrongowius heißt das: Es wird nachgekürzt. Und dann muss die Wunde heilen. Damit die

Ein Leben (fast) ohne Plastik ist möglich und nicht schwer

Ist es möglich, mit einer Familie plastikfrei zu leben? Eine Redakteurin des Südkuriers macht den Selbsttest. Fünf Monate lang versucht sie mit Mann und Kindern auf Plastik zu verzichten. Die Erfahrungen fließen in eine viel beachtete Serie ein. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass es funktioniert, wenn man denn will.

Der achtjährige Sohn bringt Redakteurin Kerstin Mommsen auf das Thema. Er sieht einen Bericht darüber, wie Meerestiere an Plastikmüll verenden. Die Antwort auf seine Fragen lautet, dass die Menschen dabei sind, ihren eigenen Planeten zu zerstören. Deshalb fasst Mommsen mit ihrer Familie noch am selben Abend den Entschluss, auf Plastik so gut es geht zu verzichten und über ihre Erfahrungen zu berichten.

Plastikmüll ist ein globales Problem, das aber vor der Haustür und mit dem eigenen Verhalten beginnt. Gemeinsam mit ihrem Mann und ihren zwei Kindern will Mommsen dieses Verhalten ändern. Die Familie schließt einen „Plastikpakt“. Mommsen mixt ihre Spül- und Putzmittel selbst, sie kauft in Läden ohne Verpackungsmüll ein, reicht beim Metzger die Tuppereschüssel über den Tresen, holt die Milch in Flaschen bei der Molkerei ab. Bei Kosmetika wird es schon schwieriger, denn sie enthalten meist verstecktes Mikroplastik. Schwierig ist es auch, Kleidung ohne Mikroplastik zu finden oder das Kinderzimmer plastikfrei zu bekommen.

Alle Erfahrungen erklärt die Autorin lesernah, authentisch und verständ-

lich. Sie reichert die stark auf die Region bezogenen Geschichten an mit Erklärstücken, Grafiken und persönlichen Tipps.

Am Ende hat sie eine Antwort auf die Frage, ob man tatsächlich nahezu immer auf Plastik im Alltag verzichten kann: Man kann. Die Familie begann mit sechs gelben Säcken im Monat und liegt heute bei einem Sack mit Plastikabfällen. Und der ist noch nicht einmal ganz gefüllt. Der Aufwand dafür ist überschaubar. Die Familie muss ihre Lebensweise durch den Plastikverzicht nicht groß umstellen. Aus dem Selbstversuch der Mommsens ist eine Lebenseinstellung geworden ist.

Die Berichte werden nicht nur für die Print-Ausgabe, sondern auch cross-medial aufbereitet – zum einen für Südkurier Online und die sozialen Netzwerke, zum anderen auf einem Blog der Redakteurin.

Die Artikelserie findet medial starke Beachtung. Kerstin Mommsen wird in Fernsehsendungen eingeladen, ebenso zu zahlreichen Diskussionsrunden zum Thema Müllvermeidung. Ende 2018 wird die Serie mit dem dritten Platz des Helmut-Schmidt-Journalistenpreises für Wirtschaftsjournalismus gewürdigt.

Tipp:

„Authentisch sein ist auf jeden Fall wichtig, denn nur dann nehmen die Leser dem Redakteur den Selbstversuch ab. Und wichtig ist es natürlich auch, sich wirklich auf das Thema einzulassen, mit allen Höhen und Tiefen.“

SÜDKURIER

Kontakt: Kerstin Mommsen, Redaktionsleiterin Lokalredaktion Friedrichshafen, T +49 7541 / 707 057-41, kerstin.mommsen@suedkurier.de

Medium: Südkurier

Auflage: 119.000

Verbreitungsgebiet: Bodensee, Schwarzwald und Hochrhein

Anzahl Lokalteile: 16

Redaktionsgröße: 100

Link: www.sk.de/9672431

ALBBOTE NR. 114 | AB
SAMSTAG, 19. MAI 2018

ALBBOTE NR. 114 | AB
SAMSTAG, 19. MAI 2018



SÜDKURIER-Lokalchefin Kerstin Mommsen mit ihren Kindern Theo (vorne) und Paul im Kinderzimmer. Neben Holzspielzeug ist vieles auch aus Plastik – und eigentlich nur sehr schwer zu ersetzen. BILDER: FOTOGRAFIE TRAUTMANN

Mit Kindern geht's kaum **plastikfrei**

Leben ohne Plastik (Teil 6): Lego, Duplo, Playmobil und Co. sind ausnahmslos aus Kunststoff – der nächste Teil unseres Selbstversuchs, diesmal aus dem Kinderzimmer

VON KERSTIN MOMMSEN

Seit Mitte Januar verzichten wir nun schon auf so viel Plastik, wie irgend möglich, doch mittlerweile stecken wir bei eineinhalb Säcken pro Monat fest. Es gelingt uns nicht, weiter zu reduzieren – zumindest im Moment, doch wir versuchen es weiter. Ein Blick in die Zimmer meiner beiden Kinder Paul (8 Jahre) und Theo (2 Jahre) offenbart, dass Plastik einfach überall ist. Manchmal ist der Einsatz von Kunststoff auch wirklich sinnvoll, manchmal völlig überflüssig. Unser Überblick:

► **Spielzeuge** Viele Spielsachen sind bei uns aus Holz, etwa die Kugelbahn, die Bauklötze, Traktoren oder Puzzle. Aber um Lego, Duplo-Lego für den Jüngeren oder Playmobil kommen wir nicht drumerum. Diese Lieblingsspielzeuge meiner Söhne sind alle aus Kunststoff. Aber das ist auch gut so und in diesem Fall nicht wirklich schlimm, denn die Teile sind tatsächlich unkaputtbar – außer man würde einen Hammer nehmen und darauf herumhauen. Beide Kinder lieben es, mit den Spielzeug-Klassikern Türme zu bauen, Autos zu konstruieren oder die Duplo-Eisenbahn aufzubauen.

Auch die berühmten Schleich-Tierfiguren, die in Schwäbisch-Gmünd hergestellt werden, sind aus Plastik. Auch diese Spielsachen halten ewig und können ebenso wie Lego oder Playmobil über Generationen hinweg weitervererbt werden. Tatsächlich brauche ich für unseren Zweijährigen gar kein Spielzeug mehr zu kaufen. Denn er benutzt all das, was sein sieben Jahre älterer Bruder schon bespielt hat. Das gilt für die Holz-Spielsachen ebenso wie die aus Plastik. Es gibt aber auch Plastikkrum, der gewaltig nervt und bei uns seit unserem „Plastikpakt“ nicht mehr gekauft wird (oder nur noch ganz, ganz selten). Überraschungserwartung: Neben der Schokolade ein gelbes Plastik-Ei enthalten, in denen dann irgendein billiges Plastik-Spielzeug versteckt ist, das nach einmaligem Gebrauch in Einzelteilen in den Kinderzimmern herumfliegt und danach im Müll landet. Oder die Kinder-Menüs der Burger-Ketten, die als Bonus immer ein Plastikspielzeug enthalten, das dasselbe Schicksal ereilt, wie die Eier-Überraschungen.

► **Windeln und Flaschen:** Wir haben noch ein Wickelkind zu Hause und dafür brauchen wir natürlich Windeln.

Die Serie

Die einzelnen Folgen erscheinen jeweils samstags auf der Seite [Leben und Wissen](#)

- Teil 1: Kosmetik**
Mikroplastik steckt in vielen Kosmetika
- Teil 2: Lebensmittel I**
Wie man plastikfrei einkaufen kann
- Teil 3: Lebensmittel II**
Fleisch ohne Verpackung einkaufen
- Teil 4: Getränke**
Regionale Saftabfüller und Wasser
- Teil 5: Kleidung und Mikroplastik**
Welche Alternativen es gibt
- Teil 6: Kinder und Plastik**
Spielen mit Holz- und Metallspielzeug
- Teil 7: Putzmittel und Co.**
Wie man plastikfrei waschen kann
- Teil 8: Einkaufswagen-Check**
Ist das Leben ohne Plastik teuer?
- Fazit von Autorin Kerstin Mommsen**

Und die kaufe ich noch immer konventionell, obwohl die Verpackung aus Kunststoff ist und auch die Windeln selbst viel davon enthalten. Aber auf Stoffwindeln umzusteigen ist für uns alle nicht vorstellbar, auch wenn es politisch korrekt wäre. Dafür habe ich den Einsatz von Feuchttüchern radikal reduziert, auch wenn ich immer

So machen Sie das Beste draus

Auch wenn viele Spiel- und Sackdosen aus Kunststoff sind, gibt es doch Möglichkeiten, Plastik im Kinderzimmer zu reduzieren.



für unseren kleinen Sohn bereit, wenn er soweit ist.

► **Auf Ökositiegel achten:** Bei Spielzeug gibt es eine Vielzahl von Prüfsiegeln. Seit Juni 2009 gibt es den Blauen Engel. Für die umweltfreundliche Herstellung darf nur Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft eingesetzt werden und das Spielzeug muss frei von synthetischen Duftstoffen, Flammschutzmitteln sowie Holzschutzmitteln sein. Das „GS-Siegel“ (geschützte Sicherheit) garantiert, dass die gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Das gilt auch für Produkte, die Polyzyklische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK – Weichmacher) enthalten, die krebsereizig sind. Das Umweltbundesamt rät dazu, vorsichtig zu sein bei Plastik-Spielzeug, das unangenehm riecht und keine Prüfsiegel hat.

► **Großpackungen oder unverpackt kaufen:** Der Plastikmüll von Gummibärchen oder Keksen lässt sich verringern, wenn Sie zu Großpackungen greifen, die es manchmal in Supermärkten gibt. Auch in den Unverpackt-Läden in Konstanz, Markdorf oder Ravensburg gibt es Süßes, das ohne Verpackung auskommt. (mom)



Im Unverpackt-Laden in Markdorf habe ich Gummibärchen ohne Verpackung gefunden – ansonsten gestaltet sich die Suche nach Süßigkeiten oder Keksen ohne Plastikverpackung schwierig.

nach ein Päckchen für unterwegs dabei habe. Zuhause kommen die guten alten Waschlappen zum Einsatz. Die Babyflaschen, die Theo noch braucht, sind aus Kunststoff und ich finde, dass das auch Sinn macht. Er trinkt zwar auch schon aus Bechern, aber immer wieder lässt er sein Trinken doch einmal fallen. Ich weiß nicht, wie viele kaputte Gläser und Flaschen ich in den letzten zwei Jahren aufgelegt habe, wäre sein Geschirr nicht aus unkaputtbarem Kunststoff. Für Paul und uns habe ich mittlerweile Flaschen aus Edelstahl angeschafft, damit wir auch unterwegs auf Plastikflaschen verzichten können.

► **Kindergeburtstag:** Es ist natürlich am bequemsten, bei den immer wiederkehrenden Parties den Tisch mit Papptischen, Plastikgeschirr, Ballons und natürlich Strohhalm zu decken. Doch das kommt bei uns nun nicht mehr infrage. Wir benutzen diese Dinge nicht mehr, und das ist auch ganz einfach. Statt Strohhalm kommen nun lange hohle Nudeln in die Becher (das funktioniert), es gibt echte Teller und Gläser und statt Ballons kommen Lampions zum Einsatz. Die knallen zwar nicht, sehen aber auch schön aus.

Schokoladenecke: Nur beim Bäcker habe ich eine kunststofffreie Variante gefunden. Manchmal sind die Außenhüllen aus Papier – drinnen steckt dann aber jedes mal eine riesige Plastik-Wanne, in der die Leckereien geschützt sind, wahrscheinlich, damit sie nicht zerbröckeln. Natürlich wäre Selbstbacken die ideale Lösung, doch die ist relativ zeitintensiv und Zeit habe ich meistens leider nicht so viel, wie ich gerne hätte. Auch beim Thema Süßigkeiten haben wir bisher keine brauchbare Alternative gefunden – außer im Unverpackt-Laden „Heimatliebe“ in Markdorf. Sowohl die Müsli-Riegel, die ich gerne als Vesper mitgebe, als auch Gummibärchen oder Lakritze sind fast ausschließlich in Plastiktüten oder -umhüllungen zu bekommen. Ich fragte in der Expertengruppe „Plastikfrei – Tipps und Tricks“ auf Facebook nach. Immerhin sind dort 32.000 Menschen versammelt, die versuchen, auf Plastik zu verzichten. Deren Antworten waren erhellend. Wahweise sollten wir auf den Süßkrum ganz verzichten, Vegetarier werden oder alles selber machen – alles keine denkbaren Varianten für uns.

SK Parallel zur Serie halte ich in meinem Blog „Ist ein Leben ohne Plastik möglich?“ meine Erfahrungen fest: www.sk.de/9672431



Mit der App „rePlace“ können Verbraucher den Herstellern mitteilen, wenn Sie Plastikverpackungen überflüssig finden.

Tipps für Spielzeug aus Kunststoff

Wenn man schon auf Spielzeug aus Plastik nicht verzichten will, dann sollte man wenigstens auf Qualität achten:

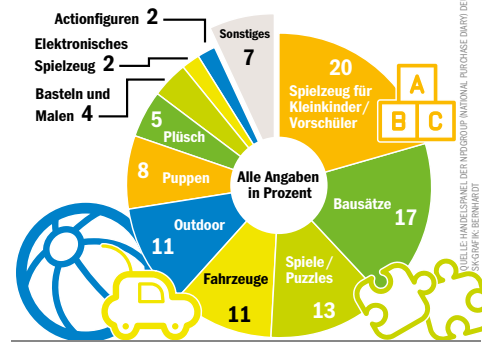
- 1. Woran kann man die Qualität von Plastikspielzeug erkennen?** Die Orientierung ist relativ leicht. Produkte namhafter Hersteller, die in Deutschland bzw. Europa beheimatet sind und meistens hier produzieren, verwenden gesundheitlich unbedenklichen und langlebigen Kunststoff. Anders ist es mit Waren aus China bzw. Asien, die oft aus weichem Plastik bestehen.
- 2. Warum ist weiches Plastik bedenklich?** Spielzeug wie aufblasbares Wasserspielzeug oder Bälle bestehen ursprünglich aus hartem Vinyl, das durch die Zugabe von Weichmachern elastisch wird. Diese werden nach und nach wieder freigesetzt. Sie finden sich im Hausstaub wieder. Einige Weichmacher können

wie Hormone wirken und Leber und Nieren schädigen. Daher gibt es Substanz Grenzwerte für drei dieser Substanzen in Kinderspielzeug und zusätzlich für drei weitere in Babyspielzeug. Trotzdem kommen immer wieder Spielzeuge in den Handel, die die gesetzlich festgelegten Grenzwerte überschreiten. Leider sind Phthalat-Weichmacher geruchslos und daher kaum zu entdecken.

3. Auf was sollte man bei Hartplastik achten? Es besteht bei namhaften Herstellern aus dem unbedenklichen Kunststoff ABS. In Schadstofftests schnitten diese Produkte gut ab. Achten Sie auf den Hinweis „PVC-frei“. Fragen Sie im Laden oder den Internet-Anbieter nach der Art des Kunststoffs, wenn Sie keine Hinweise finden. Der Hersteller ist nicht verpflichtet, das Material zu kennzeichnen. Kaufen Sie daneben Spielzeug aus PE (Polyethylen) und PP (Polypropylen), (mic)

Welches Spielzeug die Deutschen kaufen

Trend Januar bis Oktober 2017



QUELLE: HANDELSMISSEL DER INTERDISZIPLINÄREN PURCHASE DATA (DEUTSCHLAND) | SÄGROBEK, BEHNHARDT

Stichwortliste Register

Aktionen

Seiten: 14, 40, 44, 52, 54, 68, 78, 84, 108, 112, 122, 130, 140, 142

Alltag

Seiten: 40, 42, 102, 134, 136, 148

Anwalt

Seiten: 14, 34, 36, 40, 52, 54, 56, 84, 90, 96, 100, 114, 118

Arbeitswelt

Seiten: 84, 100, 132, 136

Demokratie

Seiten: 14, 22, 52, 54, 56, 66, 70, 86

Drittes Reich

Seiten: 38, 70, 72

Experiment

Seiten: 40, 42, 78, 80, 82, 84, 86, 102, 130, 148

Flüchtlinge

Seiten: 14, 32, 58, 60, 62, 110, 118, 124

Forum

Seiten: 14, 36, 40, 44, 54, 72, 86, 112, 122, 140

Geschichte

Seiten: 18, 32, 38, 46, 66, 68, 70, 72, 74

Gesellschaft

Seiten: 14, 34, 36, 40, 42, 44, 52, 54, 58, 60, 62, 68, 72, 84, 94, 102, 104, 110, 112, 118, 120, 122, 124, 126, 132, 134, 136

Gesundheit

Seiten: 84, 96, 120, 144, 146

Gewalt

Seiten: 14, 32, 46, 66, 118, 124, 136

Heimat

Seiten: 18, 26, 32, 38, 42, 44, 58, 62, 66, 70, 72, 74, 80, 82, 84, 92, 94, 102, 104, 110, 112, 130, 140

Hintergrund

Seiten: 18, 22, 26, 32, 34, 36, 38, 44, 46, 50, 56, 58, 60, 62, 66, 68, 70, 72, 74, 82, 86, 91, 92, 94, 96, 100, 110, 114, 118, 120, 124, 126, 136, 140, 142, 144, 146, 148

Integration

Seiten: 14, 58, 60, 62, 110, 120, 124

Interaktiv

Seiten: 40, 52, 54, 58, 78, 84, 112, 130, 136, 142, 144

Kinder und Jugend

Seiten: 34, 40, 42, 44, 54, 68, 102, 118, 120

Kommunalpolitik/ Politik

Seiten: 14, 22, 36, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 70, 72, 74, 80, 82, 86, 90, 92, 94, 96, 114, 120, 122, 124, 126, 132, 140, 142, 144

Kontinuität

Seiten: 14, 22, 26, 36, 40, 42, 50, 56, 58, 60, 62, 72, 80, 82, 90, 92, 94, 96, 100, 102, 114, 118, 122, 124, 126, 134, 140, 144, 146, 148

Kriminalität

Seiten: 14, 32, 38, 46, 60, 72, 74, 90, 118

Kultur

Seiten: 38, 44, 78, 80, 94, 100, 102, 104, 112, 130

Landwirtschaft

Seiten: 26, 42, 140

Lebenshilfe

Seiten: 26, 40, 78, 102, 134, 136, 142, 144, 146, 148

Menschen

Seiten: 18, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 54, 68, 84, 94, 100, 102, 104, 108, 110, 112, 118, 120, 122, 130, 132, 134, 136, 146

Multimedia

Seiten: 18, 26, 40, 42, 44, 46, 54, 58, 68, 78, 80, 82, 84, 86, 96, 102, 118, 124, 130, 136, 142, 144, 146, 148

Recherche/ Investigation

Seiten: 18, 22, 32, 34, 36, 38, 46, 50, 56, 60, 66, 70, 72, 74, 90, 92, 96, 100, 114, 118, 120, 124, 126, 142, 144, 146, 148

Redaktionskonzept

Seiten: 14, 40, 44, 52, 54, 60, 68, 78, 80, 82, 84, 86, 102, 104, 108, 118, 122, 130, 132, 134, 140, 146

Serie

Seiten: 32, 36, 42, 44, 52, 54, 58, 62, 66, 70, 72, 74, 84, 104, 108, 112, 122, 130, 132, 134, 136, 140, 142, 144, 146, 148

Service

Seiten: 26, 40, 78, 86, 102, 140, 142, 144, 146, 148

Sport

Seiten: 80, 108, 110, 112, 114, 134, 136

Technik

Seiten: 126, 132, 142, 146

Test

Seiten: 40, 78, 102, 142, 148

Umwelt

Seiten: 18, 26, 40, 92, 96, 126, 140, 148

Unterhaltung

Seiten: 44, 78, 80, 102, 104, 108, 112, 130, 134

Verbraucher

Seiten: 26, 36, 40, 90, 102, 144, 146, 148

Vereine

Seiten: 38, 44, 80, 94, 110, 114, 122, 134, 140

Verkehr

Seiten: 40, 52, 92, 132, 142

Wächteramt

Seiten: 22, 36, 50, 56, 60, 90, 92, 96, 100, 114, 118, 124, 126

Wahlen

Seiten: 22, 54, 86

Wirtschaft

Seiten: 26, 36, 40, 56, 90, 92, 94, 96, 114, 126, 132, 134, 136, 148

Wohnen

Seiten: 36, 40, 62, 84, 90, 94, 132

Zukunft

Seiten: 26, 40, 52, 78, 84, 132

preisgekrönt

Der Preis

Der Preis richtet sich exklusiv an die größte Zielgruppe unter den Tageszeitungsjournalisten. Die Auszeichnung wird seit 1980 jährlich vergeben. In die Auswahl kommen nur Redaktionen und Journalisten, die bürgernahe Konzepte umsetzen, schwierige Themen aufgreifen, sich zum Anwalt der Leser machen oder engagierten Service bieten. Seit 2013 wird zusätzlich ein Sonderpreis für Volontärsprojekte ausgelobt.

Der Deutsche Lokaljournalistenpreis hat sich längst als einer der wichtigsten Medienpreise Deutschlands etabliert. Dies liegt vor allem an der unabhängigen Jury, die seit Anbeginn journalistische Qualität und keine Gesinnung auszeichnet.

Bernd Neumann, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, nannte ihn „die wohl bedeutendste Auszeichnung für Regionalzeitungen im deutschsprachigen Raum“. Chefredakteure bezeichnen ihn als „Ritterschlag für die ganze Redaktion“.

Die Reihe

Die Rezepte für die Redaktion sind konstitutiver Bestandteil des Deutschen Lokaljournalistenpreises. Alles Ausgezeichnete aus einem Preisjahrgang findet sich hier, auch jene Beiträge werden dokumentiert, an denen eine Auszeichnung nur knapp vorbeigegangen ist.

Der Basisband der Rezepte für die Redaktion entstand 2005 zum 25-jährigen Jubiläum des Preises. Auf 456 Seiten dokumentiert das Buch Bestes und immer noch Nachahmenswertes aus 25 Jahren Preisgeschichte. Diese Zusammenschau war möglich, weil die Konrad-Adenauer-Stiftung jeden Preisjahrgang mit einer Dokumentation der preisgekrönten und fast preisgekrönten Arbeiten begleitet hat.

Praktisches Arbeitsbuch

Diese Tradition setzen die „Rezepte für die Redaktion“ Jahr für Jahr fort. Sie tragen dazu bei, gute Ideen und zukunftsweisende Konzepte bekannt zu machen.

Die Rezeptesammlung ist zum einen ein praktisches Arbeitsbuch für den Redaktionsalltag, zum anderen eine Einladung an die Kolleginnen und Kollegen, miteinander ins Gespräch zu kommen und sich über lokalen Qualitätsjournalismus auszutauschen.

Die Jurymitglieder

Heike Groll ist Leitende Redakteurin in der Chefredaktion der Volksstimme. Sie ist seit 2011 Mitglied in der Jury des Deutschen Lokaljournalistenpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung, seit 2015 deren Sprecherin.

Inken Boyens ist Geschäftsführerin der Boyens Mediengruppe, zu denen u. a. die unabhängigen Tageszeitungen Dithmarscher Landeszeitung, Brunsbütteler Zeitung, Marnener Zeitung und Dithmarscher Kurier gehören. Sie ist stellv. Vorsitzende des „Verbandes Deutscher Lokalzeitungen e. V.“, Vorsitzende des Aufsichtsrates „Lokalzeitungen Service GmbH“, Vorsitzende des „Verbandes der Zeitungsverlage Norddeutschland e. V.“ sowie Mitglied des Präsidiums „Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V.“ Zur Jury gehört sie seit 2018.

Dominik Grobien ist Leiter der Hauptabteilung Kommunikation der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seit 2018 gehört er der Jury des Deutschen Lokaljournalistenpreises an.

Dr. Jost Lübben ist seit 2015 Chefredakteur der Westfalenpost und der Westfälischen Rundschau, zuvor war er Chefredakteur der Nordsee-Zeitung (Bremerhaven). Jurymitglied ist er seit 2018

Peter Pauls ist Chefautor des Kölner Stadt-Anzeigers, davor war er lange Jahre stellvertretender Chefredakteur und von 2009 bis 2017 Chefredakteur des Hauses. Der Jury gehört er seit 2015 an.

Anton Sahlender war von 1988 bis 2014 Stellvertreter des Chefredakteurs der Main-Post in Würzburg. Seit 2004 vertritt er als Leseranwalt die Interessen der Leser in der Redaktion. Er engagiert sich als Sprecher der Vereinigung der Medien-Ombudsleute in Deutschland, als Vorstandsmitglied der Initiative Tageszeitung (ITZ) und als Mitglied der journalistischen Initiative Qualität (IQ). Zur Jury zählt er seit dem Jahr 2015.

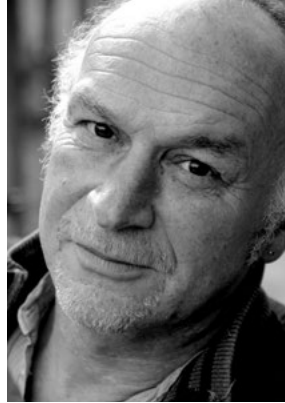
Hans-Josef Vogel ist Regierungspräsident des Regierungsbezirks Arnsberg. Seit dem Jahr 2015 gehört er zur Jury des Deutschen Lokaljournalistenpreises.

Die Herausgeber



Heike Groll (Jahrgang 1965) ist Leitende Redakteurin in der Chefredaktion der Volksstimme aus Magdeburg und zuständig für Personalentwicklung in der Redaktion sowie für redaktionelles Projektmanagement. Zuvor war sie nach dem Journalistikstudium in Dortmund bei der Leipziger Volkszeitung, bei der Initiative Tageszeitung/„drehscheibe“ in Bonn und dem Fränkischen Tag in Bamberg tätig. Seit 2015 ist sie Sprecherin der Jury.

Bildnachweis: © Sarah Kossmann



Robert Domes (Jahrgang 1961) ist freier Journalist und Autor. Er war 17 Jahre lang Lokalredakteur der Allgäuer Zeitung, zuletzt als Redaktionsleiter. Seit 2002 arbeitet er selbständig in der Betreuung journalistischer Projekte und Fachbücher, in der Organisation und Betreuung von Seminaren sowie als Referent und Dozent in der journalistischen Aus- und Fortbildung. Er schreibt als Autor für verschiedene Medien und veröffentlicht eigene Romane.

Bildnachweis: © Simone Schatz

Ausschreibung 2019

Über Ihre Serie spricht die ganze Stadt? Ihre Aktion bringt die Region in Bewegung? Sie bringen lokale Themen groß raus, auf allen Kanälen? Dann zeigen Sie es uns: Bewerben Sie sich für den

Deutschen Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung

Preiswürdig sind:

- › Beiträge zu beliebigen lokalen Themen
- › Kontinuierliche Berichterstattung
- › Multi- und crossmediale Konzepte von lokalen Themen
- › Beispielhafte Initiativen und Aktionen
- › Konzepte und Serien
- › Visuelle Umsetzungen von lokalen Themen
- › Investigative Recherchen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung vergibt den Journalistenpreis seit 1980 jährlich. Sie zeichnet Journalisten und Redaktionen aus, die Vorbildliches für den deutschen Lokaljournalismus geleistet haben, ob in Print- und/oder digitalen Medien. Sie spricht nicht nur gut ausgerüstete Großstadtedaktionen an, auch Lokalredaktionen mit knapper Besetzung bekommen eine faire Chance. Bei der Preisvergabe berücksichtigt die Jury diese Unterschiede in der redaktionellen Ausstattung.

Der Sonderpreis für Volontärsprojekte richtet sich an junge Journalisten. Sie können sich bewerben mit ihren Ideen, Texten und Projekten, vor allem solche mit einem interaktiven Ansatz – zum Beispiel mit Events, Online-Foren und Leserkontakten aller Art.

Die Arbeiten müssen in der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 in einer in Deutschland erscheinenden Zeitung und/oder einem entsprechenden digitalen Medium veröffentlicht worden sein. Jahresübergreifende Serien, die in 2018 begonnen, von denen der größte Teil aber in 2019 veröffentlicht wurde, sind ebenfalls teilnahmeberechtigt.

Autoren können sich mit einem oder mehreren Beiträgen bewerben. Das Bewerbungsportal ist ab dem **15. November 2019** unter www.kas.de/lokaljournalistenpreis online.

1. Preis 6.000,- EUR

2. Preis 3.000,- EUR

3. Preis 1.500,- EUR

Sonderpreis für Volontärsprojekte: 2.000 EUR

Einsendeschluss ist der 31. Januar 2020.

Dr. Jochen Blind
Pressesprecher
Konrad-Adenauer-Stiftung
10907 Berlin

T +49 30 / 26 996-3227
jochen.blind@kas.de